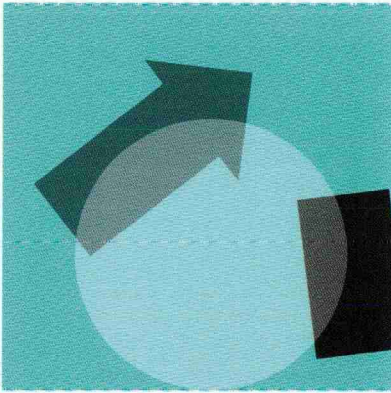


BIBLIOTHECA
IBERO-AMERICANA

VERVUERT

Stephan Hollensteiner

Aufstieg und Randlage



***Linksintellektuelle, demokratische Wende
und Politik in Argentinien und Brasilien***

Stephan Hollensteiner
Aufstieg und Rاندlage
Linksintellektuelle, demokratische Wende und Politik
in Argentinien und Brasilien



BIBLIOTHECA IBERO-AMERICANA

Veröffentlichungen des Ibero-Amerikanischen Instituts
Preußischer Kulturbesitz
Band 104

BIBLIOTHECA IBERO-AMERICANA

Stephan Hollensteiner

Aufstieg und Randlage

Linksintellektuelle, demokratische Wende und Politik
in Argentinien und Brasilien

Vervuert Verlag · Frankfurt am Main

2005

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© Vervuert Verlag, Frankfurt am Main 2005
Wielandstr. 40, D-60318 Frankfurt am Main
info@iberoamericanalibros.com
www.ibero-americana.net

D30
B-44636-2005

ISSN 0067-8015
ISBN 3-86527-239-8

Alle Rechte vorbehalten
Umschlaggestaltung: Michael Ackermann
Umschlagbild: Ute Lübbeke
Gedruckt auf säure- und chlorfreiem, alterungsbeständigem Papier
gemäß ISO-Norm 9706
Satz: Anneliese Seibt, Ibero-Amerikanisches Institut

Printed in Spain by Cargraphics.

Inhalt

Vorwort	7
---------------	---

A – Theorie, Methode, Historie

I. Bemerkungen zu Theorie und Methode	9
1. Linksintellektuelle, Politik und “demokratische Wende”	9
2. Intellektuelle und Politik: Begriffe, Deutungen, Ursprünge.....	14
2.1 Geistesaristokratische Perspektiven: Freischweben	19
2.2 Funktionalistische Deutungen: Integration und Dissens	22
2.3 Neo-marxistische Ansätze: Führung und Engagement	27
3. Vermittlungen in Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft.....	33
4. Organisation zwischen Generation und Gruppe	39
5. Der Vergleich: Methode, Material, Gliederung.....	46
II. Historische Konstellationen	54
1. 19./20. Jahrhundert: <i>intelectuales-políticos</i> und <i>pensadores</i>	55
1.1 Argentinien: “Generation von 1837” bis Kulturnationalismus ..	60
1.2 Brasilien: “Generation von 1870” bis Modernismus.....	65
2. 1930-60: Vom Populismus zur wissenschaftlichen Soziologie..	70
2.1 Argentinien: Unterdrückung und Erneuerung im Peronismus ...	75
2.2 Brasilien: Kooptation in Populismus und Demokratie	86
3. Zwischenspiel: Tradition und Demokratisierung	98

B – Gruppengeschichten

III. Intellektuelle zwischen Autoritarismus und Demokratie ...	107
1. Argentinien: Die Intellektuellen des CCS	108
1.1 <i>Pasado y Presente</i> : Reformmarxismus im Postperonismus	108
1.2 Militärregime, Politisierung und zweite PyP-Folge	112
1.3 Exilerfahrungen: <i>Controversia</i> und <i>Punto de Vista</i>	118
1.4 Die CCS-Gründung: Aufbruch in der Demokratie.....	128
1.5 Später <i>Alfonsinismo</i> : Identitätsdebatte und Austrennung.....	135
1.6 Menemismo: <i>desencanto</i> und Erneuerungsversuche.....	141
1.7 Die späten 1990er Jahre: Reaktivierung oder Stagnation?	151
2. Brasilien: Die Sozialwissenschaftler von <i>Cebrap</i> und <i>Cedec</i> ..	156
2.1 <i>Seminário de Marx</i> und Blüte der USP-Soziologie.....	156
2.2 Bürokratisch-autoritäres Regime und Wissenschaftsexil	159

2.3	Die Anfänge des <i>Cebrap</i> (1969-73): Widerstand statt Exil	163
2.4	<i>Distensão</i> (1974-78): Opposition und <i>Cedec</i> -Gründung	168
2.5	<i>Abertura</i> (1979-84): Pluralisierung und Seitenwechsel	178
2.6	<i>Nova República</i> : Krisenphänomene und Erneuerung	186
2.7	Wahl 1994 und Regierung Cardoso: <i>brothers in arms</i>	194
3.	Zwischenspiel: Gruppengeschichte und Transitionsverlauf	201

C – Entwicklungsmuster im Vergleich

IV. Ideen	209
1. Die Wende zur Demokratie: Ursachen, Etappen, Einflüsse	209
1.1 Der Vorlauf: Vergangenheitsbewältigung und Revision	211
1.2 Die Aufwertung liberaler Demokratieideen	216
1.3 Linke und liberale Einflüsse und Rezeptionen	221
2. Demokratie zwischen Staat und Zivilgesellschaft	235
3. Interessenvermittlung zwischen Konflikt und Konsens	243
4. Die 1990er Jahre: Demokratisierung oder Modernisierung	256
5. Zwischenspiel: Dritter Weg, Utopie und Reformismus	263
V. Organisation	267
1. Sozialisation und Berufsweg	268
2. Kollektive zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft	275
2.1 Die Zirkel in Lehrjahren und Widerstand	277
2.2 Neuorganisation zwischen Aufbruch und Beharrung	280
2.3 Die <i>revistas</i> : Öffentliche oder wissenschaftliche Debatte	294
3. Institutionen und Netzwerke	303
4. Zwischenspiel: Organisation und Kapitalerwerb	312
VI. Politik	316
1. Presse-Aktivitäten: Reflexion und Mobilisierung	317
2. Zivilgesellschaft zwischen Nähe und Ferne	330
3. Parteien: Aufbauhilfe und Programmarbeit	345
4. Staat und Institutionen: Varianten der Koexistenz	369
5. Zwischenspiel: Prinzipientreue oder Pragmatismus?	387
VII. Schlussbetrachtung: Brüder im Geiste, ferne Nachbarn	401
Übersichten und Tabellen	427
Abkürzungsverzeichnis	433
Quellen- und Literaturverzeichnis	437

Vorwort

Die vorliegende Studie ist die gekürzte Fassung der Untersuchung "Zwischen Aufstieg und Randlage. Sozialwissenschaftliche Linksintellektuelle, demokratische Wende und Politik in Argentinien und Brasilien, 1960-1995", die als Inaugural-Dissertation vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main im Sommer 2001 angenommen und ebenda disputiert wurde. Die seitdem in beiden Ländern vorgefallenen Entwicklungen in Politik und Intellektuellendiskussion – in Argentinien der Wahlsieg und das schnelle Scheitern der Mitte-Links-Regierung der *Alianza*, von der sich die meisten Mitte-Links-Intellektuellen (einschließlich der hier untersuchten) bald abwendeten; in Brasilien das für die Intellektuellen ernüchternde Ende von Cardosos zweiter Amtszeit und der Wahlkampf zwischen dem *paulista* Serra und dem *paulista*-Idol Lula, der mit deutlicher Mehrheit zum neuen Staatspräsidenten gewählt wurde, ohne aber tiefere linksintellektuelle Reformhoffnungen zu wecken – bestätigen *grosso modo* die Ergebnisse dieser Untersuchung. Genauere Aussagen zum aktuellen Verhältnis zwischen Linksintellektuellen und Politik, vor allem im Hinblick auf einige (wenige) personelle Veränderungen der Intellektuellengruppen in Argentinien sowie auf die Regierungs- und Wahlkampfpraxis des brasilianischen *Partido dos Trabalhadores*, der sich sich aufgrund verschiedener Korruptionsaffären mittlerweile in einer tiefen politischen und ethisch-moralischen Krise befindet, hätten freilich neue Forschungen notwendig gemacht, zu denen der Verfasser aufgrund anderer Verpflichtungen nicht mehr in der Lage ist. Der im analytisch-interpretativen Teil weitgehend unveränderte Text ist somit auch als ein zeitgeschichtliches Dokument aus den späten 1990er Jahren (dessen Recherchen grösstenteils vor Anbruch des globalen Internet-Zeitalters durchgeführt wurden) zu lesen.

Beim Zustandekommen dieser Arbeit halfen viele Freunde, Kollegen und Institutionen, die bereits bei der Vorlage zur Disputation gewürdigt wurden. Nochmals gedankt werden soll aber den Mitgliedern der untersuchten Intellektuellengruppen in Argentinien und Brasilien, die wiederholt für Fragen und Materialrecherche zur Verfügung standen; meinem Betreuer Hans-Jürgen Puhle, auf dessen fachliche, infra-

strukturelle und menschliche Unterstützung ich immer zählen konnte; sowie Marianne Braig und Ursula Apitzsch, die wertvolle Anregungen gaben. Von den Freunden und Kollegen, die in Deutschland, Argentinien und Brasilien Teile des Manuskripts lasen und kommentierten, sind stellvertretend Ferran Ferrando (München) und Marcus Gräser (Frankfurt am Main) zu nennen, ohne deren hartnäckige Hilfe der endgültige Text das Licht der Welt kaum erblickt hätte. Zur Finanzierung der Arbeit schliesslich trugen die Stipendien der Graduiertenförderung des Landes Hessen (1995/96) und des brasilianischen Außenministeriums (1998) entscheidend bei, die auch zwei Forschungsreisen ermöglichten. *Last but not least* zu danken ist Ute Lübbeke für die Umschlagillustration und vor allem Anneliese Seibt und Peter Birle vom Ibero-Amerikanischen Institut Berlin sowie Katharina Happ und Anne Wigger vom Vervuert-Verlag Frankfurt am Main, die maßgeblich dazu beitrugen, den Text in eine druckreife Fassung zu bringen.

Gewidmet ist diese Arbeit meiner Familie – meinen Großeltern Hans und Anna, die ihre Veröffentlichung nicht mehr erleben durften, meiner Mutter Gabriele, und natürlich Biancka, Ianno und Laslo, ohne die alles nichts wäre.

Rio de Janeiro, im August 2005

A – Theorie, Methode, Historie

I. Bemerkungen zu Theorie und Methode

1. Linksintellektuelle, Politik und “demokratische Wende”

Dans l'ensemble du continent, ni la classe dirigeante ni l'Etat ne produisent d'idées, ce sont les intellectuels qui produisent et diffusent des idéologies (Touraine 1988: 141).

Das Diktum, dass in den lateinamerikanischen Gesellschaften “casi cualquiera que escribe, pinta, actúa, enseña y se expresa” (Castañeda 1994: 197) ein “Intellektueller” sei, ist angesichts der in den vergangenen Jahrzehnten gestiegenen Bildungsraten eine effektvolle Zuspitzung. Dass Literaten, Künstler und Wissenschaftler in Lateinamerika aber wie in kaum einer anderen Weltregion zu den Eliten gehören und einen oft überproportional erscheinenden Einfluss in Gesellschaft und Politik erlangten, ist ein vielzitiertes Lehrsatz.¹ Die Führungs- und Herrschaftsfunktionen, die der *ciudad letrada* (A. Rama 1984) als Importeur, Produzent und Verbreiter von gesellschaftlich relevanten Ideen und Symbolen zukamen, wurzelten in ihrer kolonialen Mittlerposition zwischen den Eliten der alten und neuen Welt, gebildeter Minderheit und illiterater Masse (Touraine 1985) sowie in einer traditionell von Rhetorik und Personalismus geprägten Politik (Puhle 1971). Weil die in den jungen Republiken anhaltenden oligarchischen Herrschaftsstrukturen und die Organisationsschwäche von Staat, Gesellschaft und Parteien die lateinamerikanischen Intellektuellen früh zu politischen Ersatzakteuren machte (Castañeda 1994: 201), verharrten sie selten im akademischen Elfenbeinturm. Die exponierte Stellung bedeutete Einfluss und Macht, aber auch autoritäre Unterdrückung oder Flucht ins Exil. Im 20. Jahrhundert machten anhaltende Unrechtsverhältnisse, der Einfluss marxistischer Ideen und – von der

1 Vgl. Mols (1985: 114-118), Touraine (1985; 1988: 137-150) (sein Überblick zur lateinamerikanischen Politik heißt bezeichnenderweise *La parole et le sang*), Werz (1992), Castañeda (1994: 195-224) und Kohut (1991a).

mexikanischen bis zur kubanischen Revolution – anti-imperialistische Bewegungen den zunehmend sozialwissenschaftlich geprägten Linksinтеллектуellen zum wichtigsten Standesvertreter.

Die Gründer der “neuen” bzw. “kritischen Soziologie” (Werz 1992: 171) in den 1960er Jahren einte nicht nur die Kritik an der vermeintlichen Wertneutralität des Funktionalismus, sondern auch an einem peripheren Kapitalismus, der für Lateinamerika Stagnation, Unterentwicklung und Ausschluss der Unterschichten mit sich brachte. Die “bürokratisch-autoritären Regime” (O’Donnell 1973), die ab Dekadenende vor allem im *Cono Sur* Andersdenkende unterdrückten oder vertrieben, förderten die Konjunktur von sozialrevolutionären Ideen und Bewegungen. Nachdem sich die auf der ökonomischen Modernisierung und dem Kampf gegen die “Subversion” ruhende Legitimität der Generäle erschöpft hatte, kam es in den 1980er Jahren vielerorts zur Rückkehr zu demokratischen Ordnungen. Mit diesem Übergang, mit dessen Ursachen und Verlaufsformen sich eine bald blühende Transitionsforschung beschäftigte,² wandelten sich auch die Linksinтеллектуellen des Kontinents. Hatten viele zuvor liberale Ideen kritisiert und nach Wegen zum Sozialismus gesucht, würdigten sie nun bürgerliche Freiheitsrechte und rechtsstaatliche Institutionen. Diese als Paradigmawechsel “von der Revolution zur Demokratie” (Lechner 1985) bezeichnete Wende, die sich im Werdegang vieler Generationsmitglieder der kritischen Soziologie spiegelt, betraf nicht nur Denken und Selbstverständnis, sondern auch öffentliches Handeln. Nach dem Widerstand gegen die Generäle kämpften viele während der politischen Öffnung in Presse und Zivilgesellschaft für Menschenrechte, Pluralismus und soziale Gerechtigkeit oder waren beim Aufbau demokratischer Parteien oder Institutionen beteiligt (Ansaldi 1987). Lange bevor 1989 der “real existierende Sozialismus” in Osteuropa zusammenbrach, hatten viele lateinamerikanische Linksinтеллектуelle begonnen, Veränderung im Rahmen einer liberalen Ordnung zu denken (Barros 1986; Chilcote 1994; Santisi 1997).

Als widersprüchliches kontinentales Phänomen, das zur Revision lang gehegter Veränderungsideale zwang und zugleich neue Hand-

2 Grundlegend war das von O’Donnell, Schmitter und Whitehead geleitete Projekt *Transitions from Authoritarian Rule* (1986, 4 Bde.); als jüngere Übersichten vgl. Merkel/Sangmeister (1995), Merkel/Puhle (1999) und Nohlen/Thibaut (1994).

lungsmöglichkeiten eröffnete, barg der demokratische Wandel der Intellektuellen in den einzelnen Ländern erhebliche Unterschiede. Besonders in Argentinien und Brasilien schienen bis Mitte der 1990er Jahre unterschiedliche Szenarien entstanden zu sein. Während die argentinische Öffentlichkeit den Einflussverlust oder das "Schweigen der Intellektuellen" beklagte, wurde in Brasilien mit der Wahl und Wiederwahl des ehemals "kritischen Soziologen" Fernando H. Cardoso zum Staatspräsidenten die Ankunft der Absolventen der *Universidade de São Paulo* an den Schalthebeln der Macht bejubelt.³ Auch für die deutsche Presse schienen die am "regierenden Gigolo" Carlos Menem verzweifelnden argentinischen Linksintellektuellen ihre Repression und Radikalisierung geschuldete Randlage nach einer Dekade Demokratie nur wenig überwunden zu haben, während der Aufstieg der zuvor oppositionellen Sozialwissenschaftler aus São Paulo lange Hoffnung auf linksintellektuelle Reformen weckte.⁴

Jenseits des nur wenig fruchtbaren orthodoxen Vorwurfs der "Metamorphose" (Petras 1991)⁵ wirft der demokratische Wandel der lateinamerikanischen Linksintellektuellen eine Reihe von Fragen auf. Wie und warum veränderten die kritischen, neomarxistischen Sozialwissenschaftler Selbstverständnis und politische Ideen? Welche Organisationsformen und Handlungsstrategien, welche Beziehungen zu Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft, Parteien und Staat entwickelten repräsentative Figuren im Verlauf der Demokratisierung; und welche individuellen und kollektiven Werdegänge wurden erkennbar? Welcher Zusammenhang bestand zwischen den Umbrüchen in der Politik und denen im Denken; welchen Einfluss besaßen einerseits die Kräftekonstellation des Transitionsprozesses auf die Intellektuellen,

3 Vgl. u.a. "Los intelectuales argentinos y la práctica política" (*La Maza*, 1.4.1992) und die von der größten Tageszeitung *Clarín* veröffentlichte Serie "El silencio de los intelectuales" (11. und 25.11.1993); zu Cardosos Wahl u.a. die Reportagen "A Maria Antônia chegou lá" (*Veja*, 12.10.1994), und "Arribação elegante" (*Isto é*, 16.11.1994).

4 Vgl. zu Argentinien Peter B. Schumanns FR-Beiträge "Im Schatten des Doktor Frosch. Die argentinische Kultur unter dem Menemismus" (13.5.1995), "In der Sackgasse der Wünsche" (29.11.1995), "Der regierende Gigolo" (Ostern 1996); zu Brasilien Müller-Plantenbergs Eloge (1995), S. Hollensteiner, "Der Soziologe als Präsident" (FR, 2.8.1995) und die Cardoso-Apologie von Leoni (1997).

5 Zur Kritik an Petras, der den Wandel vom "organischen" zum "institutionellen" sozialwissenschaftlichen Intellektuellen auf den Einfluss der nordamerikanischen Stiftungsgelder zurückführt, vgl. Meschkat (1991) und Vilas (1993).

und welchen konnten diese andererseits auf Politik und Öffentlichkeit allgemein und die Transitionen im Besonderen nehmen? Trifft das Bild der "fernen Nachbarn" (Lovisolo 1995), das die marginalisierten argentinischen den einflussreichen brasilianischen *scientific communities* gegenüberstellt, angesichts der zeitgeschichtlichen Unterschiede auch für sozialwissenschaftliche Linksintellektuelle zu? Welche politischen *opportunity structures* bestanden für Intellektuelle, und wie gingen sie damit um? Schließlich: Warum litten die argentinischen Linksintellektuellen nach der Euphorie unter dem Zivilpräsidenten Alfonsín bald wieder an Randlage; warum dagegen konnten die Sozialwissenschaftler aus São Paulo trotz eines lange vom Militär dominierten Transitionsprozesses kontinuierlich ihren öffentlichen und politischen Einfluss mehren?

Obwohl die Transition zur Demokratie das in den 1990er Jahren dominante Thema nicht nur der deutschen politikwissenschaftlichen Lateinamerikaforschung war (Mols/Birle 1992), hat der demokratische Wandel der Linksintellektuellen – wie der anderer Gruppen der Zivilgesellschaft (außer Hengstenberg et al. 2000) – geringe Aufmerksamkeit erfahren. Die ideengeschichtlichen Übersichten (Barros 1986; Werz 1992; Chilcote 1994; Speck 1996; Santisi 1997; Lauga 1999) lassen bei allen Verdiensten mit Ausnahme von Castañeda (1994) die Interaktion zwischen Ideen, Institutionen und Politik außen vor. Erscheinen die Intellektuellen in Überblicksdarstellungen zur Entwicklung in Argentinien und Brasilien *en passant*,⁶ entstanden die Vergleichsstudien (außer Cano 1984) in Lateinamerika (Brunner/Barrios 1989; Liedke Filho 1990; Lovisolo 1995). Während die argentinischen Intellektuellen hierzulande meist in philologischer Perspektive behandelt wurden,⁷ konzentrieren sich die vor Ort entstandenen Analysen sozialwissenschaftlicher Institutionen auf die 1950er und 1960er Jahre (Neiburg 1993; Noe 1994; Agulla 1984; 1996; Rubinich 1997). Einzig

6 Die älteren Studien über die "revolutionäre *Intelligentsia*" (Schickert 1967) oder lateinamerikanische Soziologie (Beckmann 1967) leiden an der epochentypischen Überhöhung der Intellektuellen; als neuere Sammelbände vgl. Mols 1985, Touraine 1988, Munck 1991, Rial 1993, Hofmeister/Thesing 1994 für Lateinamerika, Schelsky 1994; Briesemeister et al. 1995; Sevilla/Ribeiro 1995 für Brasilien sowie Nolte/Werz 1996, Sevilla/Zimmerling 1996 für Argentinien.

7 Klimmeck (1991) analysiert den publizistischen Widerstand, Schulze-Röhl (1988) und King (1991) untersuchen die Entwicklung literarischer Intellektueller, Pagni (1993) und Pagni/von der Walde (1995) die ersten PdV-Jahre.

Silvia Sigal (1991), die eine traditionelle Bindungslosigkeit (und folgende "disponibilidad") der Linksintellektuellen diagnostizierte, hat ihre Erkenntnisse aktualisiert (1997). Auch die Brasilien-Sammelbände zu Intellektuellen (Gullar et al. 1983; Kohut 1991) streifen unsystematisch sozialwissenschaftliche Aspekte. Specks ideengeschichtliche Studie (1995) zum "politisch-sozialen Denken" im 20. Jahrhundert behandelt die institutionellen Rahmenbedingungen am Rande; Pécauts am Generationsbegriff orientierte Arbeit (1989) über die "politische Sonderrolle" der Sozialwissenschaftler zwischen Volk und Nation endet mit Beginn der *Nova República*; die Studien zur institutionellen Entwicklung der Sozialwissenschaften schließlich besitzen (wie die jüngeren Cardoso-Biographien) eine São Paulo-Schräglage.⁸

Als ein Beitrag zur Begreifbarmachung der Entwicklung sozialwissenschaftlicher Linksintellektueller will diese Arbeit helfen, Lücken zum jüngeren Zusammenhang zwischen intellektuellem und politischem Wandel in Lateinamerika zu schließen. Sie untersucht nicht die gesamten Sozialwissenschaften in Argentinien und Brasilien, sondern vergleicht ebensolche Linksintellektuellengruppen in ihrer Entwicklung von den 1960er bis Mitte der 1990er Jahre. Im Fokus stehen solche Kollektive aus der Generation der kritischen Soziologie, die trotz Unterdrückung und Exil zwei bis drei Jahrzehnte zusammenblieben und in Denken und Handeln paradigmatisch die Wende zur Demokratie vollzogen. Für Argentinien geht es um den Diskussionszirkel des *Club de Cultura Socialista* (CCS), der 1984 aus dem Zusammenschluss der so genannten *gramscianos argentinos* – um die Zeitschriften *Pasado y Presente* (PyP, 1963-1965 in Córdoba, 1973/74 in Buenos Aires) und *Controversia* (1979/80 im mexikanischen Exil) – und den Gründern der Zeitschrift *Punto de Vista* (PdV, seit 1978) entstand. Für Brasilien werden die Gründergruppen der sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute *Cebrap* (*Centro de Análise e Planejamento*) und *Cedec* (*Centro de Estudos da Cultura Contemporânea*) untersucht, die 1969 bzw. 1976 entstanden und im Lektürekreis des *Seminário de Marx* (SdM, 1958-1963) gemeinsame Ursprünge besaßen.

8 Neben den Vermittlungsversuchen von Schwartzman (1993), Villas-Boas (1995) und Vianna et al. (1994) leidet daran v.a. die vom USP-Soziologen Sérgio Miceli herausgegebene *História das Ciências Sociais* (1989/1995) und die Übersicht zur Soziologie der brasilianischen Humanwissenschaften in *Comparativ*, H. 6, 1998.

Zuvor aber sollen die theoretisch-methodologischen Werkzeuge geschärft werden.

2. Intellektuelle und Politik: Begriffe, Deutungen, Ursprünge

They consider themselves custodians of abstract ideas like reason and justice and truth, jealous guardians of moral standards that often are ignored in the market place and the houses of power (Coser 1970: viii).

Als Ehrentitel, Schimpfwort oder soziale Kategorie gehört der Begriff des Intellektuellen zum Vokabular der Feuilletons wie der politischen und sozialwissenschaftlichen Debatten. Weil die Reflexion über Intellektuelle primär von diesen selbst vollzogen wird, vermischen sich objektive und subjektive, empirisch-historische und theoretisch-normative Elemente. Hier soll kein weiteres Glied an die Kette der vielen Kontroversen über die Rolle der Intellektuellen in Gesellschaft und Politik gereiht werden.⁹ Weil Intellektuellenbegriffe historisch veränderbare Kategorien sind und im Zusammenhang mit dem Kollektibewusstsein einer Gesellschaft wie der Intellektuellen selbst stehen (Eyerman 1994: 4), werden nur einige Schlaglichter auf einen Begriff geworfen, der auch in der Umgangssprache unterschiedliche Bedeutung besitzt. Dem für Lateinamerika (historisch) relevanten romanischen Sprachgebrauch eignet eine politische Konnotation, die der anglo-germanischen Lesart fehlt (Leonhard 1996: 9). Während ein Intellektueller in Frankreich stets republikanische Werte verteidigt, wurden hierzulande noch in der Adenauer-Zeit "vaterlandslose Schwätzer oder verantwortungslose Schreibtischtäter" diffamiert (Bering 1978: 63). Im wissenschaftlichen Sprachgebrauch besitzt der Begriff eine politische und wissenssoziologische Deutung, die auf unterschiedliche Ursprünge und soziale Rollen hinweisen.

Wissenssoziologisch werden mit dem Begriff alle Schichten bezeichnet, die sich mit der Produktion, Verbreitung und Anwendung von Kultur und Wissen befassen. In Nachfolge der antiken Priester

⁹ Als jüngere Übersichten vgl. Rieff (1970), Harth (1984), Gella (1976), Gagnon (1987), Brunner/Flisfish (1989), Robbins (1990), MacLean/Montefiore (1991), Eyermann (1994), Fink et al. (1996), Said (1997) sowie *ProKla* (Nr. 70, 1988) und *Liber* (Nr. 25, 1995).

umfasst er jene Gruppen, die wie Literaten und Wissenschaftler an Universitäten oder anderen Bildungseinrichtungen gesellschaftliche Normen und Werte, Ideen-, Kultur- und Symbolbestände erzeugen. Oft synonym benutzt, zielt der Begriff der Intelligenz primär auf administrative oder technische Expertenschichten. Aufbauend auf ihrer kognitiv-symbolischen Kompetenz und ihrer kulturschöpfend- wertsetzenden Funktion werden Intellektuelle wissenssoziologisch im Hinblick auf Qualifikation, Institutionen, Binnendifferenzierung sowie das Verhältnis zu anderen Eliten untersucht. Indem dieser Begriff auf die quantifizierbaren Aspekte der Intellektuellen abhebt, vernachlässigt er ihre selbstdefinitorischen Aspekte.

Die politische Intellektuellendeutung rückt die Kritiker- und Kontrollfunktion in den Vordergrund. Sie bezeichnet eine bestimmte Rolle, die Mitglieder gebildeter Schichten mittels des "öffentlichen Gebrauchs der Vernunft" (I. Kant) als Verteidiger der Werte der Aufklärung oder als Kritiker von Gesellschaft und Politik einnehmen. Demnach lässt nicht das im Elfenbeinturm gehütete Wissen, sondern erst die auf universalen Werten und sozialem Verantwortungsgefühl ruhende öffentliche, an die nationale Politik gebundene Intervention aus dem Gelehrten einen Intellektuellen werden. Historisch geht diese Rolle auf die *philosophes* und *hommes de lettres* der europäischen Aufklärung zurück, die sich von Kirche, Staat und Universitäten lösten und in einer *opinion publique* agierten, die in den Städten des 18. Jahrhunderts in Debattierzirkeln, politischen Clubs und literarischen Journalen entstand und von Bildungsbürgern und "demokratischen Aristokraten" getragen wurde und sich auf interessierte Laien ausweitete.¹⁰ Während die wissenssoziologische Deutung die Intellektuellen mit anderen Eliten funktional verflochten sieht, betont die öffentlich-politische ihre Autonomie sowie das auf unterschiedlichen Werten und wechselnden Bindungen fußende Spannungsverhältnis (Lepsius 1963).

Im Europa des 19. Jahrhunderts entstanden mit *Intelligentsia* und *Intellectuels* zwei historische Idealtypen mit unterschiedlichen Handlungs- und Erfolgsmustern. *Intelligentsia* bezeichnete im Russ-

10 Obwohl die *hommes des lettres* noch nicht "Intellektuelle" genannt wurden, besaßen sie bereits, vgl. die Genese von Bourdieus "intellektuellem Feld" (1970: 77f.) und Habermas' "Öffentlichkeit" (1990: 69ff.), viele ihrer Merkmale.

land und Polen der 1850/1860er Jahre Gruppen von entfremdeten anti-zaristischen Literaten und Bildungsbürgern (Gella 1970: 13), die ihre Ideen mit einem "Gang ins Volk" zu verbreiten und dieses für einen Umsturz zu mobilisieren versuchten. In Nachfolge dieser Konstellation zielt der moderne *Intelligentsia*-Begriff politisch auf die Radikalisierung von anti-Status quo orientierten Denkern, die v.a. in Umbruchsphasen als revolutionäre Führungsschicht fungieren, organisatorisch auf die oft durch Marginalisierung verstärkte gemeinschaftliche Verbundenheit von Intellektuellengruppen (Gagnon 1987a: 5). Weil die russische *Intelligentsia* weder auf Unter- und Mittelschichten noch auf die Eliten größeren Einfluss ausübte, blieb sie erfolglos. Wurde der Begriff lange synonym mit der soziologischen Definition benutzt, meint er seit der Entkolonialisierungsdebatte radikale Denker mit einer führenden Rolle in national-revolutionären Bewegungen.¹¹

Die so genannte Dreyfus-Affäre im Frankreich der späten 1890er Jahre etablierte ein erfolgreicherer Handlungsmuster – und den Intellektuellenbegriff im heutigen Sprachgebrauch. Die bürgerlich-republikanischen Literaten, Künstler und Wissenschaftler um Emile Zola, die den zu Unrecht des Landesverrats angeklagten jüdischen Hauptmann Dreyfus (unter Berufung auf Wahrheit und Gerechtigkeit) öffentlich verteidigten, wurden von ihren Gegnern als *les intellectuels* verschmäht. Sie wendeten das Stigma aber selbstaffirmativ zu einem der Macht und Mehrheitsmeinung entgegengesetztem "öffentlichen Gewissen", bevor es sich auf den gesamten Diskurs bezog (Harth 1984: 202). Mit Artikeln und Manifesten, offenen Briefen und kollektiven Petitionen entstanden in der Debatte – die nicht nur literarisch-politische Zirkel, sondern mittels der Massenpresse auch bürgerliche Schichten erreichte – die bis heute gültigen Aktionsformen von Intellektuellen, die in der Öffentlichkeit gezielt "intervenieren", um Einfluss auf Staat und politische Akteure auszuüben. Die Berufung auf die Werte der Aufklärung, die Verantwortung für das Gemeinwohl sowie Macht- und Herrschaftskritik gelten seit der Dreyfus-Affäre als Leitideen politischer Intellektueller, die mit Parteinahme universale

11 Das 1965-69 von Klaus Eßer in einigen Entwicklungsländern durchgeführte Projekt "Intelligenzja und Politik" (sic) sah erstere als "theoretisierende Politiker, Gewerkschaftler, Militärs und Angehörige der Fachintelligenz nur [...] solange, wie sie revolutionäre Ideologien und Programme schaffen, [...] für ihre Durchsetzung kämpfen und revolutionäre Bewegungen führen" (Schickert 1967: X).

Werte in einen nationalstaatlichen Rahmen übertragen. „Zweifel und Einmischung“ (Walzer 1993) beruhen auf einem unauflösbaren, mehr oder weniger starken Spannungsverhältnis zum allgemeinen Wertekonsens. Das 20. Jahrhundert zeigte die Wirkungsmacht des in der Dreyfus-Affäre geborenen losen *parti des intellectuels* (Eyerman 1994: 58), der progressiven bürgerlichen Intellektuellen oft als Handlungsmuster und Selbstvergewisserung diente.

Diese Deutungen und Ursprünge zeigen nicht nur, dass Intellektuelle unterschiedliche Rollen in der Gesellschaft einnehmen können – sie verweisen auch auf sich überschneidende soziologische und politische Konfliktlagen. Als Akteure und Ergebnis eines Aufklärungsprozesses sind Intellektuelle wegen der lange an die Städte gebundenen Entwicklung von Wissenschaft, Kunst oder Medien ein urbaner Sozialtyp. Aufgrund ihrer (oft vom Staat verliehenen) Bildungspatente gehörten sie traditionell zu den oberen Schichten und stammten erst mit der Demokratisierung von Bildung aus Mittel- und Unterschichten. Die widersprüchlichen Verwendungsweisen ihrer kulturell-wissenschaftlichen Kompetenz – als Experten oder Kritiker, Ideologen oder Kulturschöpfer – verweisen darauf, dass Intellektuelle in einem unaufhebbaren Spannungsfeld zwischen Herrschaftskritik und Sinnstiftung, Kontrolle und Kulturschöpfung stehen (Wien 1971). Mit ihren Ideen, Symbolen und Werten können sie zur sozialen Integration wie Desintegration, zum Aufstieg wie Umsturz politischer Machthaber, zur Beschwörung vergangener wie zum Entwurf zukünftiger Ordnungen beitragen und Herrschaft legitimieren wie delegitimieren. Intellektuelle Erkenntnis versteht sich entgegen dem Expertenwissen immer als gesellschaftliches Orientierungswissen; intellektuelle Parteinahme in der Öffentlichkeit als Verteidigung des gesellschaftlich Ganzen oder Unterdrückten. In der politischen Deutung obliegt Intellektuellen die Kritik herrschender Werte, sofern sie Ausdruck partikularer oder unsittlicher Interessen politischer, ökonomischer oder religiöser Macht sind (Harth 1984: 203). In dieser Selbst- wie Fremdwahrnehmung eignet den Intellektuellen ein prestigeträchtiger Autonomieanspruch, der bei ihren Debatten oft im Mittelpunkt steht und eine große Selbstreferenz zur Folge hat.

Fungiert die Hinterfragung von Herrschaft und politischer Macht als universaler Kern der modernen Intellektuellen-Rolle (Demirovic 1991: 66), scheint der Begriff des „Linksintellektuellen“ zunächst

tautologisch. Die übliche Unterscheidung zwischen Links- und Rechtsintellektuellen deutet darauf hin, dass die Vorstellungen von Vernunft und Wahrheit in pluralen Gesellschaften Teil eines auch mittels der Intellektuellen ausgetragenen Ideen- und Meinungsstreits sind. Als eine seit der französischen Revolution universale Richtungsangabe gilt die Berufung auf links als emanzipatorischer Leitwert, der auf die Befreiung aus sozioökonomischen Unterdrückungssituationen zielt (Bobbio 1994). Aufbauend auf der revolutionären Wertetrias ging es den "Linken" vor allem um die Werte Brüderlichkeit und Gleichheit als die Grundlagen sozialer Gerechtigkeit (Caute 1966: 9-13). Konservative propagierten dagegen primär die individuelle Freiheit, aber auch eine nationalistische und hierarchische, in Eliten und Massen geschiedene Ordnung. Indem sich die Klassengegensätze verschärften und die Arbeiter- und Revolutionsbewegungen erstarkten (und in den Revolutionen des frühen 20. Jahrhunderts entluden), gewann der Marxismus auch unter bürgerlichen Intellektuellen an Boden. Solange die kapitalistische Ordnung und die Ausbeutung der proletarischen durch bürgerliche Klassen der Verwirklichung von Gleichheit und Gerechtigkeit im Wege stand, sahen Linksintellektuelle ihre Aufklärungsfunktion in der Opposition zu bürgerlichen Eliten und in der Parteinahme für die Arbeiterklasse, die sich und die Gesellschaft "aus den Ketten des Kapitalismus" befreien sollte. Nur eine kritische statt affirmative Theorie, so die "Frankfurter Schule", ermögliche die Überwindung des Kapitalismus und die Befreiung des Intellektuellen aus der bürgerlichen Klassenlage. In einer gemäßigten progressiven Variante bezeichnet der Begriff diejenigen, die sich – oft an der Seite reformistischer Parteien – innerhalb der kapitalistischen Ordnung für die Ausweitung der politischen Partizipation und sozialen Wohlfahrt einsetzen, ohne auf revolutionären Umsturz zu zielen.

Obwohl Linksintellektuelle mit Übernahme der marxistischen Lehrsätze auch mit der kommunistischen Bewegung sympathisierten, behielten die meisten – wegen bürgerlicher Herkunft und geistiger Autonomieansprüche – ein zwiespältiges Verhältnis zur politischen Linken. Gerieten sie einerseits mit den Orthodoxien der kommunistischen Internationalen in Konflikt, kritisierten sie andererseits den Reformismus sozialdemokratischer Parteien. Ähnlich Sartres Diktum, dass es bei "objektiver Betrachtung" der Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft keinen Intellektuellen geben könne, der nicht links

sei (Sartre 1971: 11), sahen sich Linksin intellektuelle als “Gegenkultur zum Kapitalismus” (Bauman 1986). Das galt besonders für Lateinamerika, wo Kolonialisierung und peripherer Kapitalismus weit stärker als in Europa zu sozialen Gegensätzen und materiellem und politischem Ausschluss führten – auch hier waren es die kapitalismuskritischen Linksin intellektuellen, welche die historischen Muster von *Intelligentsia* und *intellectuels* für ihr politisches Engagement in Anspruch nahmen (Kohut 1991a). Weil der Gegensatz zwischen rechts und links, Freiheit und Gleichheit aber nicht als invariable Dichotomie, sondern historisch wandelbare Unterscheidung zu betrachten ist, die einer ständigen Überprüfung und Neuformulierung unterliegt (Bobbio 1994: 61f.), wird die Debatte um das Selbstverständnis als “Linksin intellektuelle” ein zentrales Moment der Gruppenanalyse sein – zumal der Untersuchungszeitraum einer Krisen- und Erneuerungsphase des linken Denkens entsprach.

Legitimiert Vernunft in der Moderne Herrschaft, verweisen Wissen und Wahrheit auf die Erzeugung von Macht und Gegenmacht. Hatten die *literati* des chinesischen Kaiserreichs und die französischen *philosophes* die Fundamente eines Zentralstaats gelegt, definierten sich *Intelligentsia* und *intellectuels* durch ihre Kritik an den etablierten Eliten (Bauman 1987). Mit der Ausbreitung von Bildung, Kultur und Hochschulinstitutionen wie der Printmedien wurden Intellektuelle zu Produkten und Protagonisten der Massendemokratie. Seitdem sich die junge Soziologie im frühen 20. Jahrhundert mit “Geistesarbeitern” beschäftigte, werden ihre Bedeutung, Denk- und Organisationsformen sowie Beziehungen zu Klassen, Parteien und Staat kontrovers diskutiert. Im Folgenden werden drei Ansätze näher erörtert.

2.1 Geistesaristokratische Perspektiven: Freischweben

Ces amphibes qui nagent entre deux eaux, à distance égale du monde du travail prolétarien et du monde des employeurs et exploités.¹²

Die bürgerlichen Theoreme des ersten Jahrhundertdrittels betonen die Autonomie und Kulturschöpfung der Intellektuellen sowie die Trennung zwischen Wissenschaft und Politik, Geist und Macht. Grundle-

12 Romain Rolland, “Réponse à une enquête sur le déclin des idées de liberté et de progrès” (1936), zit. n. Gipper (1996: 13).

gend ist Max Webers Wissenssoziologie, die auf der Unterscheidung zwischen Erfahrungswissen und Werturteil, wissenschaftlichem und politischem Denken ruht. Den empirisch arbeitenden und institutionell eingebundenen Wissenschaftlern, denen die „Durchrationalisierung des Weltbilds“ (Weber 1973a: 415) obliege, stünden ungebundene „Kaffeehausintellektuelle“ wie Literaten und Journalisten gegenüber. Strebten erste wertneutrales Wissen an, ließen die zweiten ihren Idealen freien Lauf und nähmen an einer als Kampf um Macht verstandenen Politik teil. Wissenschaft „vermag niemanden zu lehren, was er soll, sondern nur, was er kann und – unter Umständen – was er will“ (ebd.: 190); sie berät unparteiisch die Politik, überlässt dieser aber die letzte Entscheidung.¹³ Als standesbewusster Exponent des gelehrten Kaiserreichs, für das Aufklärung an akademische Diskurse gebunden war, träumte der zwischen Lehrstuhl und Öffentlichkeit oszillierende Weber den Traum der jungen Soziologie, die Grundlagen einer „wissenschaftlichen Politik“ zu legen.

In einflussreicher Weise hat Karl Mannheim die Dichotomie zwischen Geist und Macht mit der These der sozialen Sonderstellung der Intellektuellen verknüpft. Die *Intelligentsia*, die alle literarischen und wissenschaftlichen, freien und gebundenen „Geistesarbeiter“ umfasst, sei wider Besitzdifferenzen durch das „vereinheitlichende Band der Bildung“ zu einer sich bewussten Schicht zusammengefügt (Mannheim 1995: 136). Dank seiner „faculty of seeing someone else’s side“ (ebd.: 118) könne der Intellektuelle von der eigenen Klassenlage abstrahieren und zwischen anderen Gruppeninteressen vermitteln. Im Gegensatz zu parteilich-standortgebundenen Politikern sei „die sozial freischwebende Intelligentsia“ als „relativ klassenlose Schicht“ in der Lage, eine weltanschauliche Synthese zu entwickeln. Das vom Kultursociologen Alfred Weber („Die Not der geistigen Arbeiter“, 1920) übernommene Bild des „Freischwebens“ verweist auf die Sonderstellung der Intellektuellen in der Sozialstruktur, aber auch auf den geistesaristokratischen Habitus der Distanz, um als „Anwalt der geistigen Interessen des Ganzen“ zu wirken (Mannheim 1995: 138).

13 Wie die Elite im Kaiserreich-Elite diffamierte Weber sie als „verantwortungslose Elemente“ (R. Walther, „Hundert Jahre Zola“, *Süddeutsche Zeitung*, 13.1.1998). Für das Handeln in der Politik entwarf er die noch zu erörternde Unterscheidung von prinzipientreuer „Gesinnungs-“ und pragmatischer „Verantwortungsethik“.

Die Metapher der "freischwebenden Intelligenz", die Mannheim (wie das Generationstheorem) in Auseinandersetzung mit Marx' Klassenbegriff entwickelte, ist nicht nur von marxistischen Denkern als bürgerliche Verblendung kritisiert worden, deren idealistischer *bias* verschiedene Interessen verdeckte. Zwar sah Mannheim Freischweben nicht als absolute Bindungslosigkeit "im luftleeren Raum" (ebd.), sondern hielt Positionswechsel zwischen klassen- und parteigebundenen "Seinsauslegungen" für möglich. Der Intellektuelle könne sich einer der "sich bekämpfenden Klassen" anschließen, doch nie mit einer von seiner Herkunft fremden Klasse völlig eins werden. Einerseits werde er bei dieser auf Misstrauen stoßen, andererseits bleibe sein Wunsch nach "Gesamtorientierung und Zusammenschau" auch als Parteimitglied lebendig (ebd.: 140) – die Distanz zur Politik sei Teil des intellektuellen Wesens. Mannheim hob die Trennung zwischen Wissenschaft und Intelligenz auf und deutete institutionelle Randlage zur kreativen "Ungebundenheit" um.¹⁴ Zugleich schrieb er – ähnlich Julien Bendas einflussreicher Kritik am "Verrat der Intellektuellen" – die Dichotomie zwischen tugendhaftem Geist und sündenfälliger Politik fort.

Die den geistesaristokratischen Theoremen eingelassene,¹⁵ abgetrennte Handlungsbereiche implizierende Dichotomie von Macht vs. Geist erscheint im lateinamerikanischen Kontext als problematisch, weil die lateinamerikanischen Geisteseliten seit jeher herausgehobene Integrations- und Führungsaufgaben übernahmen. Das habituell-disanzierte Freischweben war für manche zwar geistesaristokratisches Distinktionsmerkmal, wurde aber vom Aktivismus bei der Entstehung politischer Bewegungen verdrängt. Viele hatten Wertfreiheit und Frei-

14 Mannheims Theorem ist stark durch die eigene Sozialisation in der "versprengten Budapester Intelligenz" der 1920er Jahre wie der späteren "offiziellen Randlage" an den Universitäten Heidelberg und Frankfurt (Hoeges 1994: 213) geprägt.

15 Auch Mannheims Zeitgenosse (und Max Webers Schüler) Robert Michels (1876-1936), der Intellektuelle als nicht am "Metermaß des Doktorexamens" zu messende "Menschen mit Erkenntnis" ansah, betonte widersprüchlich ihre Bedeutung bei der Organisation nationaler und politischer Bewegungen. Einerseits seien Intellektuelle Teil des für alle politisch-sozialen Organisationen geltenden "ehernen Gesetzes der Oligarchie", das den Verlauf der Geschichte als einen Kampf zwischen Eliten und Gegen-Eliten begreift; andererseits gerate ihre Mission durch Nähe zur Tagespolitik, wo Universalismus und Wissenschaftlichkeit verloren gingen, "in allerhöchste Gefahr" (Michels 1987: 205).

schweben schon vor den Politisierungsphasen im 20. Jahrhundert zurückgewiesen – die brüchige Nation wie die sozialen und politischen Missstände erlaubten keinen Rückzug, sondern verlangten Engagement und Parteinahme (Kohut 1991a). Mannheims “Apologie des kulturschaffenden Geistes” (Harth 1984: 206), die den sozialen Ort der Intellektuellen und den Ablösungsprozess von der Klassenherkunft unklar lässt, kann sie aber als eine nach Synthese strebende Wert- oder “Reflexionselite” (Eyerman 1994: 89) begreifbar machen. Zudem erhellt sie den Anspruch vieler Intellektueller, als Mittler zwischen den Werten sozialer und politischer Gruppen zu fungieren, als selbsterklärter Anwalt des Gemeinwohls oder in Opposition zu Parteien oder Staat zu stehen. Nicht als Annahme absoluter Bindungslosigkeit, sondern als Metapher für die “Heimatlosigkeit des Geistes” (Hooges 1993: 229) eröffnet Mannheims Freischweben eine idealisierte Annäherung an die oft schnellen Positionswechsel von Intellektuellen in der Politik.

2.2 Funktionalistische Deutungen: Integration und Dissens

The achievement of the optimum balance of civility and intellectual creativity are the tasks both of the statesman and the responsible intellectual (Shils 1970: 51).

Viele moderne liberal-funktionalistische Gesellschaftstheoretiker haben im Anschluss an Weber, Mannheim und Michels die kulturellen Schöpfer- und Führungsfunktionen von Intellektuellen statt im Hinblick auf ihre Klassenlage auf den gesellschaftlichen Wertekonsens betont. Sie sehen Intellektuelle bei zunehmender Mittelklasse-Abstammung als eine Wertelite, die mittels Ideen und Symbolen “some sense of stability, coherence and orderlines” produziert, um soziale Verbundenheit zu stiften (Parsons 1970; Shils 1970). Wertkonflikte gelten dabei als ein institutionell vermittelter Richtungsstreit innerhalb der bestehenden Ordnung. Während systemtheoretisch aufgrund der Integrations- und Führungsaufgaben eine funktionale Konvergenz zwischen Macht-, Funktions- und Werteliten besteht, betonen konfliktorientierte Autoren die grundlegende Spannung zwischen Intel-

lektuellen und anderen Eliten.¹⁶ Hinterfragung des Konsenses oder Opposition innerhalb bestehender Institutionen gelten als Teil der intellektuellen Kritikerrolle in einem auf gemeinsamen Grundwerten basierenden Ideenrahmen. Entsprechend ihrer Haltung zu den *core values* pendeln Intellektuelle als “servants or critics” (Eisenstadt 1987) zwischen Legitimation oder Hinterfragung des Status quo.

Strukturfunktionalistische Ansätze sehen die Intellektuellen als sozial verantwortliche Elite mit Führungs- und Vermittlungsfunktionen, die mit Entwicklung und Verbreitung von Leitvorstellungen (“Ideologien”) Einfluss auf die Politik nehmen sowie – oft in Verbindung mit dem Staat – soziale oder nationale Integration befördern und Entwicklungshindernisse beseitigen (Brunner 1991: 93f.). Juristen, Philosophen oder Literaten waren auch in Lateinamerika diejenigen, die Aufklärungs- und Fortschrittsideen aus Europa und den USA brachten und mit einheimischen Werten verbanden. Die für den Kontinent charakteristische *bricolage idéologique* – als oft inkongruente Synthese zwischen dem Universalen und Partikularen, Herrschenden und Unterdrückten (Bourricaud 1980: 25) – entstand bei den lateinamerikanischen Intellektuellen auf Basis des Wertkonflikts zwischen Zentrum und Peripherie. Einerseits orientierten sie sich an der Entwicklung in Europa, andererseits wollten sie den neuen Nationen dienen. Im 20. Jahrhundert verschärfte sich dieser Konflikt mit dem Syntheseversuch von schwer zu vereinbarenden Leitwerten wie Nation und Klassenkampf, Entwicklung und Demokratie (Touraine 1985: 27). Problematisch bei den funktionalistischen Rollenbestimmungen ist nicht nur ihr hoher Abstraktionsgrad, sondern ihre auf weithin entwickelten und integrierten liberaldemokratischen Gesellschaften ruhenden Annahmen, die periphere Entwicklungsrückstände und Klassenkonflikte vernachlässigen. Dieser mit der Verbreitung der US-Modernisierungsideologie und der Kritik am Linksnationalismus einhergehende Blick wurde in Lateinamerika im 20. Jahrhundert wiederholt kritisiert (Maldonado-Denis 1971).

16 “By the nature of the intellectuals’ role there should be some tension between the intellectuals and the value orientations embodied in the institutions [...] not only to the orientations of the ordinary members of the society, but also [...] of those exercising authority in society, since it is on them that the intellectuals’ attention is most often focused” (Shils 1970: 32f.).

Die Frage, warum Intellektuelle pro- oder anti-Status quo-orientierte Ideen entwickeln, ist nicht geklärt worden. Eine vom Konsens abweichende Haltung kann als Kompensation für materielle Not, geringes Sozialprestige oder institutionelle Randlage gedeutet werden (Parsons 1970: 23). Der angenommene Konnex zwischen ideologisch-politischer Orientierung und institutionellen Bindungen mündet in die idealtypische Unterscheidung zwischen *institutionalized* oder *free-lance* (Shils 1991: 286-293), *attached* oder *unattached intellectuals* (Coser 1970: 249-267). Gebunden sind die in den Organisationen von Wissenschaft, Medien oder Kulturindustrie beschäftigten Intellektuellen; ungebunden jene, die diesen Institutionen freiberuflich zuarbeiten oder informell beschäftigt sind. Beiden eignen gegenseitige Ressentiments und unterschiedliche Beziehungen zu Eliten und politischen Institutionen. Während die institutionell Gebundenen zu Status quo-Verhalten und Nähe mit anderen Eliten neigen, tendieren "free-lancer" zur Systemkritik und verbleiben meist außerhalb des Machtbereichs. Gleich *entrepreneurs* verteidigen sie oft die institutionelle Ungebundenheit als bewusstes Freischweben, das die Hinterfragung des *mainstream* ermögliche.

Die heuristisch gedachte Kausalität zwischen institutioneller Integration und politisch-weltanschaulicher Mäßigung ist trotz einzelner historischer Beweise nicht universal. Problematisch erscheint zudem die an modernen Gesellschaften entwickelte Prämisse fester Beschäftigungsverhältnisse und stabiler kulturell-wissenschaftlicher Institutionen. Indem diese in Lateinamerika aufgrund ökonomischer oder politischer Unterdrückung selten oder gar nicht bestanden, war die Grenze zwischen *attached* und *unattached* fließend. Weil Bindungen und Organisationsformen v.a. in einem autoritären Kontext nicht immer klar zu bestimmen sind und Intellektuelle ungebunden und institutionalisiert wirkten, sind über Dichotomien hinausweisende Kategorien nötig. Als analytischer Begriff rückt Cosers "setting" die Einbettung von Intellektuellen in Gruppe und Medien, Kultur- und Wissenschaftsinstitutionen in den Blick und erlaubt,¹⁷ Entfremdung und Randlage auf die soziale Verortung rückzubeziehen. Das lateinameri-

17 *Setting* meint eine institutionalisierte Umgebung von Gleichgesinnten, die gegenüber Öffentlichkeit und Publikum vermittelt (Coser 1970: 3-11). Die universitäre Einbettung ist vor allem deswegen bedeutsam, weil sie Einkommen, Arbeitsroutinen und Marktunabhängigkeit sichert (ebd.: 280).

kanische Szenario wird die Gleichzeitigkeit der bei Coser in einer historischen Zeitleiste stehenden *settings* Salon, Kaffeehaus, wissenschaftliche Gesellschaft, Zeitschriften oder Boheme, aber auch die Brüchigkeit des bei ihm dominierenden universitären Milieus zeigen.

Indem eine konfliktorientierte liberale Theorie ein flexible(re)s Verhältnis zwischen Intellektuellen und Politik andeutet, können in einer historisch-strukturellen Typologie vier Beziehungsmuster unterschieden werden (Coser 1970: 135-144).¹⁸ Erstens können Intellektuelle (vorzugsweise in Umbruchssituationen) politische Macht erlangen, um – wie die Jakobiner mit der in Diktatur umschlagende “politics of virtue” – auf radikale Weise ihre Aufklärungs- und Gerechtigkeitsideen umzusetzen. Zweitens können Intellektuelle Machthaber legitimieren oder ihnen als Sprachrohr dienen, wobei sie häufig – wie Napoleons *idéologues* – in affinen Sachfeldern wie Kultur- oder Bildungspolitik wirken. Drittens können Intellektuelle politische Machthaber beeinflussen, ohne institutionell in der Administration oder Regierung integriert zu sein. Wie die *fabians* im England des späten 19. Jahrhundert stammen sie meist aus der Mittelklasse, bleiben an Universitäten oder *think-tanks* und geben lediglich Handlungsanweisungen. Viertens schließlich können Intellektuelle Machthaber oder politisches System kritisieren und sich als “Gewissen der Gesellschaft” begreifen. Ihre auf dem Vorbild der *dreyfusards* ruhende “politics of conscience” zielt als an grundlegende Gesellschaftsfragen gebundene Parteinahme primär auf die öffentliche Meinung. Die Typologie verdeutlicht die Vielfalt intellektueller Einflussnahme in der Politik, aber auch die in Umbruchsmomenten wachsenden politischen Aufstiegsschancen.

Als Synthesversuch wissenssoziologischer und politischer Deutungen begreift Habermas’ kommunikative Gesellschaftstheorie die Intellektuellen als einen doppelgesichtigen Sozialtyp, der mit seinen Aufklärungsideen auf je unterschiedlichen Bühnen zwei Rollen – kulturell-wissenschaftlicher Experte oder öffentlicher Kritiker – spielen kann. In der öffentlichen Kritikerrolle seien Intellektuelle eine von der Macht getrennte Diskurselite, die mit ihrem öffentlichen Eintreten “für verletzte Rechte und unterdrückte Wahrheiten, fällige Neuerun-

18 Ausgenommen sind die auf einer Wissenschaftsrolle fern der Politik beharrenden Intellektuellen sowie die auf Suche nach “salvation abroad” (Coser 1970: 229).

gen und verzögerte Fortschritte” (Habermas 1987: 29) an der politischen Meinungsbildung beteiligt sind. Während Intellektuelle in funktionalistischer Sicht strategisch-machtbewusst wie politische Eliten handeln, beharrt Habermas auf einem uninstrumentalisierbaren Aufklärungsüberschuss. Historisch sind Intellektuelle “Geburtshelfer und Protagonisten der Öffentlichkeit” (ebd.: 30), die bis zum frühen 19. Jahrhundert auf dem Boden liberaler Bürgerrechte durch die freie Presse und in Clubs, Lese- und Bildungsgesellschaften entstand.¹⁹

Als Ebene eines “über Druckerzeugnisse, Bildung, Information und Unterhaltung vermittelten, mehr oder weniger diskursiven Meinungsstreits” ist die politische Öffentlichkeit der kommunikative Unterbau des Wettbewerbs von Zivilgesellschaft und “Erzeugung legitimer Macht” (ebd.: 45). Intellektuelle und Öffentlichkeit besitzen demnach eine sich gegenseitig bedingende Zwitterstellung zwischen Staat und Gesellschaft, Macht und Wahrheit. Der Intellektuelle zielt dabei “nicht auf Beschlussfassung, sondern auf Entdeckung und Problemlösung” in einer Öffentlichkeit, die zwischen den unterschiedlichen Logiken von Politik (als Kampf um Macht) und Wissenschaft (als Kampf um Wahrheit) vermittelt; er wird mit seinem öffentlichen Reden und Schreiben zu einem “politischen Akteur im Vorfeld des Staats, ohne unmittelbar zum Staatsapparat zu gehören” und übersetzt “Wahrheitsfragen” in Geltungs- und Machtfragen (Demirovic 1991: 67). Indem kritische Öffentlichkeit organisatorisch auf “meinungsbildenden Assoziationen” beruht, ist sie Teil der eines liberalen Begriffs von Zivilgesellschaft; mit den von Habermas betonten Kontroll- und Korrektivfunktionen gegenüber Staat, Ökonomie und Kulturindustrie trifft sie sich mit einem emphatischen, als sittliche Gegengröße fungierenden Begriff von Zivilgesellschaft.

19 Während Habermas in “Strukturwandel der Öffentlichkeit” (1962) noch eine kulturindustrielle Kommerzialisierung und Bedeutungsverlust des Vereinswesens “beherrschte Öffentlichkeit” (Habermas 1990: 28) mit konsumierendem statt rasonierendem Charakter diagnostizierte, sei mit der Bildungsexpansion der 1960er Jahre eine kritische, “politisch fungierende Öffentlichkeit” entstanden.

2.3 Neo-marxistische Ansätze: Führung und Engagement

Die Daseinsweise des neuen Intellektuellen kann nicht mehr in der Redegewandtheit bestehen, dieser äußerlichen und oberflächlichen Anregerin von Empfindungen und Leidenschaften, sondern im aktiven Eingreifen in das praktische Leben als Erbauer, Organisator mit "anhaltender Überzeugungskraft" (Gramsci 1986: 232).

Gegenüber dem liberalen Beharren auf geistiger Autonomie sehen marxistische Ansätze die Intellektuellen als Träger klassengebundener Interessen, deren Funktionen durch Klassenkampf und Organisation politischer Herrschaft bestimmt wird. Obwohl der Marxismus im 20. Jahrhundert viele Linksintellektuelle in seinen Bann zog, tat er sich mit der theoretischen Deutung der Gruppe schwer. Zum einen bestand in der sozialistischen Ideengeschichte Misstrauen gegenüber Intellektuellen bürgerlicher Herkunft,²⁰ zum anderen maß der Ökonomismus der III. Internationalen den Überbaustrukturen nur geringe Bedeutung für die Organisation von Politik zu. In diesem Kontext und vor dem Hintergrund der revolutionären Entwicklungen in Russland und Mitteleuropa setzte sich Antonio Gramsci (1891-1937) konstruktiv mit den Intellektuellen auseinander. Wegen seines Bruchs mit der Basis-Überbau-Dichotomie war er grundlegend für einen "neo- oder kulturellen Marxismus" (von Beyme 1992: 111), der auch in der jüngeren lateinamerikanischen Debatte bedeutsam wurde.

Gramscis Intellektuellen-Begriff umfasst in Erweiterung der wissenssoziologischen Definition alle politisch, administrativ, technisch, akademisch und künstlerisch Tätigen, also auch Klerus, Ärzte und Ingenieure. Sie sind anders als bei Mannheim aber keine eigenständige Schicht, sondern Teil der anderen ökonomisch bestimmten Klassen. Diese besitzen demnach eine eigene Schicht von Intellektuellen, die ihr "Homogenität und Bewusstsein ihrer eigenen Funktion in der Geschichte" (Gramsci 1986: 222) verleihen, d.h. sie geistig führen und ihre Interessen durchsetzen sollen. Als "Funktionäre des Überbaus" haben sie die Aufgabe, "untergeordnete Funktionen der gesellschaftlichen Hegemonie und politischen Herrschaft auszuüben" (ebd.: 228),

20 Nach Lenin ist "die Intelligenz als besondere Schicht [...] gekennzeichnet durch den Individualismus und die Unfähigkeit zur Disziplin und Organisation" ("Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück", 1946, zit. n. Gipper 1992: 14).

wobei sie in der "Zivilgesellschaft" als einer zwischen Basis und Überbau vermittelnde Ebene ihren genuinen Handlungsort haben. Diese ist das Netz aller Interessengruppen und Organisationen, das die Gesellschaft durchzieht – und der Ort, an dem um hegemoniale Normen und Werte gerungen und der Klassenkampf auf weltanschaulicher Ebene geführt wird (Kebir 1991). Weil die Erlangung der Hegemonie der politischen Herrschaft vorausgeht, wäre Zivilgesellschaft in kapitalistischer Sicht ein Krisenpuffer, in marxistischer Perspektive Vorhof zur Erlangung der Macht. Klassenherrschaft gründet sich nicht nur auf den Besitz der Produktionsmittel, sondern auch auf die Fähigkeit, die Gesellschaft im Überbau zu "führen";²¹ sie ist umso stärker, je mehr zivilgesellschaftlichen Konsens sie stiften kann und je weniger sie auf den Zwang des Staatsapparats rekurrieren muss.

Ausgehend davon unterschied Gramsci zwischen "kleinen" und "großen", "traditionellen" und "organischen" Intellektuellen. Traditionell seien diejenigen, die als "Repräsentanten einer historischen Kontinuität" die Herrschaft der feudalen oder bürgerlichen Klassen zementieren; organisch jene, die qua Klassenzugehörigkeit oder Bewusstwerdung zur Emanzipation der Arbeiterklasse (als "Klasse für sich") beitragen. Gramsci hielt anders als die meisten Marxisten die bürgerliche Intelligenz aber für fähig, sich in den Dienst des Proletariats zu stellen. Weil der organische Intellektuelle im Sinne einer neuen Verbindung von Theorie und Praxis auf ein Bündnis aller fortschrittlichen Kräfte hinwirke, bestehe seine Arbeit statt im schöngeistigen Reden – "als Erbauer und Organisator mit anhaltender Überzeugungskraft" – in (von Gramsci selbst praktizierten) publizistischen und politischen Aktivitäten.

Das Begriffspaar traditionell vs. organisch bleibt bei Gramsci aber uneindeutig. Zum einen meint es eine politische Richtungs dichotomie, die rechts-links, konservativ-progressiv oder reaktionär-revolutionär entspricht, und deren Bedeutung vom historischen "Entwicklungs-

21 Anders als Marx unterschied Gramsci im Überbau zwischen "società civile" als Bereich der nicht-staatlichen Vereinigungen und "società politica" als Bereiche des Staats, denen er verschiedene Herrschaftsmodi – Konsens (*hegemonia*) der Zivilgesellschaft, Zwang (*dittadura*) dem Staat – zuordnete. In liberal-kapitalistischen Ordnungen verbinden sie sich im "erweiterten" Staat, der als "Erzieher" Konsens und Zwang verbindet. Nicht eingegangen sei hier auf die Widersprüche, die sich aus Fragmentcharakter und Übersetzungsfragen der *Quaderni* ergeben.

stand der Klassenkämpfe" (und der Sichtweise darauf) abhängig ist. Zum anderen meint "organisch" in organisatorisch-soziologischer Sicht eine "mehr oder minder enge Beziehung zu einer grundlegenden gesellschaftlichen Gruppe" (Gramsci 1986: 228);²² also die Stärke und Intensität, mit dem Intellektuelle sich an eine soziale Schicht binden. Weil "alle Mitglieder einer politischen Partei als Intellektuelle gesehen werden müssen" (ebd.: 49), war für Gramsci das Agieren in einer klassenorientierten Partei eine herausragende Form der Organizität. In leninistischer Tradition sollte die Arbeiterpartei als "kollektiver Intellektueller" ein "höheres Bewusstsein" haben und bei Arbeitern voranbringen (Costa 1997: 22).

Im Sinne dieser soziologischen Messgröße kann "Organizität" zu bestimmen helfen, inwieweit Intellektuelle an der geistigen oder organisatorischen Formierung oder am politischen Aufstieg einer sozialen Schicht beteiligt sind. Organisch wirken können sie über die öffentliche Parteinahme hinaus durch Programmarbeit in politischen und zivilgesellschaftlichen Verbänden. Die als höchsten Grad der Organizität gedachte Einbindung in eine klassengebundene Partei ist aber nicht nur wegen Gramscis Leninismus zu relativieren. In Lateinamerika, wo linke oder kommunistische Parteien zyklisch unterdrückt wurden oder wegen ihrer Dogmen unglaublich waren, ist auch das Engagement in jenen Organisationen zu berücksichtigen, die während Autoritarismus und Transition politische Ersatzfunktionen wahrnahmen. Weil er Intellektuelle letztlich aber als an Klassen rückgebundene politische Akteure denkt (Aranowitz 1991: 17), bleibt Gramsci der für die liberalen Ansätze charakteristische Konflikt zwischen Autonomie und Gehorsam fremd.

Neben den gesellschaftlichen und politischen Analogien, die zwischen Gramscis Erfahrungshintergrund der europäischen Peripherie des frühen 20. Jahrhundert und der Entwicklung vieler Staaten Lateinamerikas bis in die 1960er Jahre bestanden, war sein Intellektuellen-

22 Im Italien des frühen 20. Jahrhunderts waren Klerus und Militär aus Sicht des Bürgertums "traditionelle" Intellektuelle, aus Sicht der Arbeiter aber auch die bürgerlichen selbst. An der Aufrechterhaltung des Status quo maß sich die Stärke der traditionellen Intellektuellen, an der Fähigkeit, diesen zu verändern, die der organischen. Auch "soziologische Organizität" band Gramsci widersprüchlich an die ökonomische Übereinstimmung mit einer Klasse (1986: 228). Ein konvertierter Bürgerlicher, der sich in den Dienst der Arbeiterklasse stellt, wäre insofern weniger organisch als ein Arbeiter mit politischen Führungsfunktionen.

modell für Denken und Handeln der lateinamerikanischen Linken aus mehreren Gründen attraktiv. Erstens erlaubte es die Kritik an den Dogmen kommunistischer Parteien, ohne die linksintellektuelle Identität infrage zu stellen. Zweitens hofften bürgerliche Intellektuelle mit dem Anspruch auf Organizität darauf, sich mit den "Trägern des historischen Fortschritts" zu vereinen und in einem progressiven "national-populären" Block die eigene Entfremdung zu überwinden.²³ Drittens entsprach die Ausweitung des Proletariats um eine kulturell-nationale Dimension, die auf das Volk als revolutionäres Subjekt zielt, den fragmentarischen Klassenbildungsprozessen Lateinamerikas (von Fürstenberg 1997: 71). Schließlich machte die Zivilgesellschaft den Ort des eigenen Widerstands zu autoritären Machthabern deutlich.

Gramscis Theoreme wurden verschieden weiterentwickelt. Nach Jean-Paul Sartre (1905–1980) kennzeichnet den Intellektuellen im Kapitalismus der am eigenen Leib erfahrene Widerspruch zwischen Theorie und Praxis der Aufklärung. Einerseits seien sie als Vasallen des Bürgertums sozialisiert, andererseits aber durch ihre Bewusstwerdung zum Bruch mit deren Ideen und Institutionen gezwungen. In Sartres existentialistischem Marxismus artikuliert sich intellektuelle Erkenntnis immer als *prise de conscience* über die Widersprüche der Klassengesellschaft. Der Intellektuelle verkörpert das Bewusstsein der bürgerlichen Gesellschaft, ist mittels kritischem Engagement in Öffentlichkeit aber auch Träger und Katalysator ihrer Selbstaufklärung, Veränderung und Überwindung.²⁴ Sartre selbst verkörperte das Paradigma des "engagierten Linksintellektuellen", der seine Ideen in öffentlichen Aktionen und der Zeitschrift *Les Temps Modernes* verbreitete. Trotz der Übernahme marxistischer Ideen und des Anspruchs, stellvertretend für andere Schichten Partei zu ergreifen, zweifelte er an

23 Das an bürgerlichen Literaten illustrierte Entfremdungssyndrom bezog Gramsci auf das Verhältnis zu Arbeitern und subalternen Schichten. Ihre Entfremdung könnten Intellektuelle überwinden, indem sie das Volk mit "national-populärer" Kultur zur hegemoniefähigen Klasse mit höherem Bewusstsein formen.

24 "Cette prise de conscience [...] n'est pas autre chose que le dévoilement des contradictions fondamentales de la société, c'est-à-dire des conflits de classe et, au sein de la classe dominante même, d'un conflit organique entre la vérité qu'elle réclame pour [...] les valeurs, mythes et traditions qu'elle maintient et dont elle veut infecter les autres classes pour assurer son hégémonie. [...]. L'intellectuel [...] est poussé à faire pour lui-même, et en conséquence *pour tous*, la prise de conscience" (Sartre, "Plaidoyer pour les intellectuels"; zit. n. Harth 1984: 213).

der Möglichkeit einer "organischen" Verbindung zwischen Arbeiterklasse und bürgerlicher Intelligenz und verkörperte zeitlebens das problematische Verhältnis vieler Linksintellektueller zu politischen Organisationen. Trotz seiner großen Selbstbezüglichkeit war Sartres Entwurf im lateinamerikanischen Kontext auch deswegen bedeutsam, weil er bei vielen Linksintellektuellen Vorbildfunktion besaß und die eigene Prägung beeinflusste.

Auch nach Michel Foucault sind Intellektuelle Teil des Kampfes um Klassenherrschaft, die sich in einem "Wahrheitsregime" – als Ensemble gesellschaftlich anerkannter Diskurse und Praktiken – materialisiere. Dieser Herrschaftszusammenhang überwölbe den nach dem Zweiten Weltkrieg vollzogenen Sprung vom "universalen" zum "spezifischen" Intellektuellen. Anders als seine der Gelehrtenelite angehörenden Vorgänger stehe der spezifische Intellektuelle den Lohnabhängigen näher als der Macht. Weil die Ausdifferenzierung von Gesellschaft und Wissensproduktion den klassischen Rollen – Mannheims Freischweben wie Sartres Engagement – die Grundlage entzogen hat, beschränke sich das emanzipatorische Wirken moderner Intellektueller auf lokale Arbeits- und Lebensverhältnisse. Während sich Gramscis "organischer", Sartres "engagierter" und Foucaults "spezifischer" Intellektueller in geschichtsphilosophischem Elan und der Parteienbeziehung unterscheiden, ähneln sie sich in der politischen Praxis (Kebir 1991: 187). Wie die beiden anderen soll der spezifische Intellektuelle zum etablierten Diskurs Gegenmacht organisieren.

Pierre Bourdieus analytischer Hebel zur Intellektuellenanalyse ist ein auf kulturelle Produktionsbereiche erweiterter Kapitalbegriff. In seiner am französischen Bildungssystem entwickelten Theorie bilden Schulbesuch, Lektüren, Diplome etc. (in Wechselwirkung mit dem sozialen Habitus) das so genannte symbolische Kapital, das durch Klassenlage vorbestimmt und durch Biographie und Sozialisation ausgeformt wird. Die verschiedenen "Felder" wie Recht, Schule oder Wirtschaft besitzen als Handlungs- und Produktionsbereiche eigene Regeln und – stärker als Habermas' autonome Sphären – Interdependenzen und strukturelle Homologien. Nach dem Prinzip der "Übertragbarkeit des Kapitals" erhöht die Macht in einem Feld die Chance, auch in einem anderen Feld solche zu erlangen; ökonomisches Kapital erleichtert den Erwerb symbolischen Kapitals oder politischer Macht. Kunst, Literatur und Wissenschaft sind Teile eines "intellektuellen

Feldes“, in dem analog zur Politik und Ökonomie Interessenkonflikte bestehen und um Anerkennung, Einfluss und Macht gerungen wird (Bourdieu 1988). Die Auseinandersetzung in den intellektuellen Feldern, die sich zunächst um spezifische Kompetenzen dreht, verweist qua Kapitalübertragung auf gesellschaftliche Herrschaftsfragen – indem darüber verhandelt wird, wer welche Normen und Werte als die legitimen, allgemein anerkannten durchzusetzen vermag. Wie bei Gramsci geht es bei Bourdieu um Klassenkampf auf kultureller Ebene, ähnlich Gramscis *commis* sind Intellektuelle bei ihm eine „fraction dominée de la classe dominante“: Sie gehören dank symbolischen Kapitalbesitzes zu den Eliten, stehen aber im Abhängigkeitsverhältnis zu den herrschenden Gruppen aus Ökonomie und Politik.

Die liberalen Ansätze macht Bourdieu als einer der wenigen neomarxistischen Autoren, der organisatorische Aspekte analytisch würdigt, in materialistisch-struktureller Perspektive fruchtbar. Mit den intellektuellen Feldern lenkt er den Blick auf die Binnen- und Austauschverhältnisse von Kunst, Wissenschaft und Literatur, die mit der Ausdifferenzierung der Kultur- und Wissensproduktion entstanden sind. Die jeweiligen Kapitalsorten – Stellung in der Universität oder Publikationen wären spezifisches, Auftritte in den Medien fremdes Kapital – und ihre Übertragbarkeit spezifizieren die Stellung einzelner Intellektueller und Gruppen innerhalb eines Feldes, aber auch die kulturellen, politischen und ökonomischen Faktoren, welche die Erlangung von Macht und Geltung außerhalb begünstigen. Sein anti-idealistischer Impetus – gegen Mannheims „illusion de l’intellectuel sans attaches ni racines“ (Bourdieu 1989: 70) oder die Idealisierung der Universität als herrschaftsfreier Raum objektiver Erkenntnis – betont die strukturelle Determination intellektuellen Handelns in Klassengesellschaften. Das intellektuelle Feld gilt aber zugleich als Prozessstruktur, in der Akteure, Habitus und Institutionen „toujours en jeu“ (Bourdieu 1989: 114), also in einer veränderbaren Interaktion stehen. Trotz struktureller Trägheit kann sich die Konstellation durch neue politische Kräfte (von außen) oder durch wechselnde Loyalitäten oder Kapitalverhältnisse der Akteure (von innen) verändern.

Bourdieu auf relationale Positionsbestimmungen zielendes Instrument kann nicht nur helfen, die oft große Selbstbezüglichkeit zu überwinden und wie bei Habermas liberale und marxistische Traditionen zusammenzuführen, sondern auch Erfolgsbedingungen und Zusam-

menhänge des Hin- und Herwechsels zwischen Kultur, Wissenschaft und Politik zu erhellen. Sein "intellektuelles Feld" stellt ähnlich Gramscis Zivilgesellschaft und Habermas' Öffentlichkeit das "Scharnier" zwischen ökonomischen und politischen Bereichen dar. Zwar können auch Bourdieus an ausdifferenzierten kapitalistischen Gesellschaften entwickelten Begriffe nicht auf lateinamerikanische Verhältnisse übertragen werden, ohne die historischen Verflechtungen zwischen Wissenschaft und Politik sowie die autoritären, die Autonomie der Kultur relativierenden Herrschaftsphasen zu berücksichtigen. Sein analytischer Hebel lässt sich aber auch an der Differenz zwischen beiden Kontinenten ansetzen: Während die intellektuellen Felder in Westeuropa sich seit dem 19. Jahrhundert zunehmend ausdifferenzierten und entpolitisierten, war das kulturelle Kapital der lateinamerikanischen Intellektuellen aufgrund (oft erzwungener) anhaltender Verflechtungen weniger spezifisch, wodurch es besser zur Einflussnahme in Politik oder Recht benutzt werden konnte. Auch ist zu überprüfen, inwieweit die traditionelle Eliteverflechtung der "beherrschten Fraktion der herrschenden Klasse" sich mit den Demokratisierungsprozessen auf nationaler Ebene verändert hat.

3. Vermittlungen in Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft

Only by analyzing the shifting social ties of intellectuals to various classes and other major groups [...] we arrive at an adequate understanding of their politics (Brym 1980: 13).

In allen Ansätzen überlagern sich – neben der Dichotomie zwischen Liberalismus und Marxismus – subjektive und objektive, normative und deskriptive Elemente. Während die liberal-funktionalistischen Theoreme die geistige und soziale Autonomie der Intellektuellen tendenziell überbewerten und sich schwer tun, ihre Beziehungen zur Politik innerhalb einer Klassengesellschaft genauer zu bestimmen, betrachten die Neomarxisten Intellektuelle als per se politisierte Akteure und überbetonen den Determinismus ihrer Klassenbindungen. Die Theoreme der 1920/1930er Jahre sind von einer großen, vielen späteren Intellektuellengenerationen aber als Identitätsanker wichtigen Selbstbezüglichkeit getragen. Die jüngeren soziologischen Ansätze erweitern angesichts der kulturellen Entwicklung der zweiten Jahrhun-

derthälfte die Analyse- und Denkmuster, sind aber an kapitalistisch-liberaldemokratischen und weithin modernisierten Nationalstaaten entwickelt worden. Weil die untersuchten Gruppen in peripheren, sozial und ökonomisch heterogenen Gesellschaften und Systemübergängen agierten, sind einige Prämissen zu relativieren.

Die Analyse intellektuellen Wirkens und der Zusammenhänge zwischen Ideen, Organisation und Handeln (in der Politik) verspricht so die größten Erfolge,²⁵ wenn die Kluft zwischen den dichotomischen Perspektiven überbrückt wird. Gegensatzpaare wie *critics* vs. *servants*, organisch vs. traditionell, Opposition vs. Kooptation oder Gesinnungs- vs. Verantwortungsethik sind keine absoluten Positionsbestimmungen, sondern verweisen auf das empirische Kontinuum eines Spannungsfeldes, in dem sich Intellektuelle gegenüber Akteuren und Institutionen der Politik bewegen. Obwohl Shils' und Cosers historisch-strukturelle Typologie v.a. an den Machthabern orientiert ist, lenkt sie den Blick auf die Vielfalt der möglichen Beziehungen zu verfasster Politik und zeigt, dass dieses Verhältnis statt in dichotomischen Termini als Skala möglicher Positionen besteht, in denen Intellektuelle Einfluss nehmen können. Wird "Einfluss" statt als Macht- oder Entscheidungspotential als symbolische Form der Kommunikation gedacht, die "Interaktion kraft Überzeugung" steuert (Habermas 1998: 439), öffnen sich zusätzliche Perspektiven.²⁶ In liberaler Sicht streben Intellektuelle nach Anerkennung, haben wegen eines "lacking taste for the routines and exercise of political authority" aber ein ambivalentes Verhältnis zur Machtausübung (Shils 1991: 264-267). Informeller Einfluss auf politische Entscheidungsträger kann ihnen wichtiger sein als formale Machtpositionen – dieser bietet ihnen die Möglichkeit, auf die Entscheidungen der Politik einzuwirken, ohne ihre universalen Ideen und kritische Intellektuellenrolle aufgeben zu müssen.

25 "Politik" meint hier nicht nur den (an Macchiavelli und Weber orientierten) Kampf um Macht, sondern – ähnlich Habermas' kommunikativem Politikverständnis (1998) – alle Akteure, Institutionen und Regeln, die an der Auseinandersetzung um Erringung und Legitimität von Herrschaft beteiligt sind.

26 Einfluss besteht, "wenn ein Akteur in einer gegebenen Situation eine Handlungsentscheidung fällt, die er in der gleichen Situation ohne einen Impuls, der von einem anderen Akteur ausgeht, so nicht gefällt hätte" (Birle 1995: 40); dabei kann zwischen manifestem, explizitem, formalisiertem vs. indirektem, implizitem und potentielltem Einfluss unterschieden werden (Dahl 1975: 36-39).

Während sich die Prämissen der liberalen und neomarxistischen Ansätze im Hinblick auf die Klassenbeziehungen der Intellektuellen stark unterscheiden, bestehen hinsichtlich des Orts ihres Wirkens Berührungspunkte. Gramsci bringt mit spezifisch politischen Funktionen („führen und verbinden“, „Erziehung und Leitung“) nicht nur das Verhältnis zu anderen nicht staatlichen Instanzen wie Kirche, Medien, Wissenschaft in den Blick. Die von ihm als Handlungsort der Intellektuellen konzipierte Zivilgesellschaft, in der die öffentliche Meinung als „punto de contatto“ zwischen ziviler und politischer Gesellschaft zentral für Hegemoniegewinnung ist, ergänzt sich in Akteuren, Funktion und Handlungsmodus mit der von Habermas kommunikationstheoretisch bestimmten politischen Öffentlichkeit (Kebir 1991: 53).²⁷ Zusammen stellen sie ein interagierendes Geflecht dar, in dem die Zivilgesellschaft als Organisationsebene der verschiedenen Bürgerassoziationen (die „Problemlagen kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten“) fungiert – und Öffentlichkeit ergänzend als (v.a. medienvermittelte) Kommunikationsstruktur, in der Meinungsbildung im Austausch mit lebensweltlichen Problemlagen einerseits und ihrer Bearbeitung im politischen System andererseits stattfindet (Habermas 1998: 443). Als komplementäre Mittler Ebenen ermöglichen sie die permanente Diskussion, Kritik und Vervollkommen der gesellschaftlichen Ordnung. Im Wettstreit um den Aufbau von „Hegemonie“ (Gramsci) oder „legitime Macht“ (Habermas) können Intellektuelle als Multiplikatoren – die als „duale Akteure“ sowohl auf die politische Kultur als auch politische Institutionen einwirken können (Costa 1997: 28) – den Ideen und Werten zivilgesellschaftlicher Gruppen im Kampf um Einfluss und Mehrheit auf universaler Basis Form geben. Neben der Unterscheidung zwischen offensiven und defensiven Strategien wäre zu prüfen, inwiefern es ihrem Diskurs – „neue Informationen beizusteuern, Werte anders zu interpretieren, gute Gründe zu mobilisieren, schlechte zu denunzieren“

27 Ähnlich des bei Habermas’ „über Druckerzeugnisse, Bildung, Information und Unterhaltung vermittelten, mehr oder weniger diskursiv ausgetragenen Meinungsstreits“ sieht Gramsci „die Presse, [...] Schulen, Zirkel und Clubs“ als wichtigste Elemente der Öffentlichkeit (Kebir 1991: 19); zum vagen Verhältnis von politischer Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft s. Habermas (1998: 435-464).

(Habermas 1998) – gelingt, Druck auf die Institutionen der Politik auszuüben.²⁸

In ihrer ambivalenten Bestimmung von Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit als Ort und Medium von Einflussnahme haben beide Denker unterschiedliche Akzente gesetzt. Weil für Gramsci der Kampf um Hegemonie als „Stellungskrieg“ eine Etappe der politischen Machterlangung darstellt, ist für ihn Zivilgesellschaft ein Ort der Emanzipation wie Kontrolle des bürgerlichen Staats. Dagegen will Habermas' auf Entdeckung und Problemlösung zielende Öffentlichkeit im Modus der Belagerung auf die Normen und Werte des Systems Einfluss nehmen, nicht aber die politische Macht erlangen (Demirovic 1991: 56). Öffentliche Meinungen sind ein großes Einflusspotential auf die Willensbildung verfasster Akteure, das erst qua institutionalisierte Verfahren (Wahlen) in Macht transformiert wird (Habermas 1998: 439f.). Besitzt Gramscis Zivilgesellschaft ihr emanzipatorisches *Telos* in einer klassenlosen, mit dem Staat verschmolzenen „società regolata“, bleibt bei Habermas die Distanz zwischen Staat und politischer Öffentlichkeit (gerade für deren Kontrollfunktion) konstitutiv. Bei dem einen müsste die mechanische Klassenbindung der Intellektuellen, bei dem anderen die idealistische Schräglage relativiert werden. Zum einen haben sich in Lateinamerika später und schwächer als im frühindustrialisierten Europa die Assoziationen der *opinion publique* herausgebildet, zum anderen bestanden wegen autoritärer Herrschaftszyklen nur unregelmäßig Kommunikationsstrukturen für „frei flottierende“ Meinungen. Habermas' elitenorientierter Ansatz, der Intellektuelle als privilegierte öffentliche Akteure ansieht, entspricht aber oftmals ihrer Stellung in Lateinamerika.

Als Schnittstelle zwischen liberalen und neo-marxistischen Intellektuellentheoremen scheint der Fokus auf Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft fruchtbar, weil er die Intellektuellen über ihre Selbstzuschreibungen hinaus als „go-betweens“ (Touraine 1985) zwischen Macht und Wahrheit innerhalb sich wandelnder politischer und sozialer Kräftekonstellationen begreift. In Relativierung von Habermas' aufgeklärtem Idealismus und Gramscis revolutionärem Determinis-

28 Die defensive Strategie wäre Rezeption und Kondensierung von Problemlagen; die offensive „Weiterleitung an die politische Öffentlichkeit [...], um einen breiten Stimmungsumschwung herbeizuführen [...] und zugunsten bestimmter Politiken Druck auf Parlamente und Regierungen auszuüben“ (Costa 1997: 46).

mus berücksichtigt die Analyse der Intellektuellen als öffentlich-zivilgesellschaftliche Akteure ihre politische Wirkung über das Parteienengagement hinaus, misst Erfolg nicht nur an Machtpositionen und analysiert ihren Einfluss unter Berücksichtigung der Interaktion mit den Medien. Diese Begreifbarmachung bringt auch die Veränderungen in den Transitionsprozessen zur Demokratie in den Blick. Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft hatten dabei einen ambivalenten Status: Zum einen wurden sie während der autoritären Herrschaft eingeschränkt, zum anderen waren sie (anders als Parteien) nicht völlig kontrollierbar und wurden ein potentieller Handlungsraum oppositioneller Gruppen. In Übergangsmomenten kann zudem der Einfluss der Medien wie der zivilgesellschaftlicher Gruppen zum Zusammenbruch autoritärer Ordnung beitragen, also eine noch zu erörternde Transformationsfunktion ausüben (Filgueira/Nohlen 1994; Merkel/Lauth 1997). Dieser Fokus würdigt auch die Rolle der Intellektuellen bei Unterwanderung des autoritären Staats wie beim Aufbau einer freien Öffentlichkeit: Es waren in Lateinamerika oft die von Intellektuellen getragenen Zeitschriften oder Studien- und Lektürezirkel, die mit Diskurs- und Symbolmacht als erste unverhüllt oder verhüllt Kritik an autoritären Machthabern übten (Schmitter/O'Donnell 1986: 48f.). Indem es vielen (zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren) gelang, eine "Gegenöffentlichkeit" herzustellen, konnten sie beim Übergang zur neuen Demokratie eine große Rolle spielen.

Ähnlich ihren Kollegen in Europa standen auch die lateinamerikanischen Linksintellektuellen in einem durch politische Umbrüche potenzierten Spannungsfeld zur Gesellschaft, aber auch zur eigenen Theorie und Aktion – sie wirkten als Reflexionselite, die unter Berufung auf universale Gleichheits- und Gerechtigkeitsideale in der Öffentlichkeit die Stimme erhoben, aber auch als Interessenvertreter von Unter- und Mittelschichtparteien im Vorfeld des Staates. Während Gramscis Sicht ihre kulturelle Schöpferfunktion auf den Boden der Herrschaftsstrukturen in peripheren Gesellschaften stellt, befreit die kommunikationstheoretische Sichtweise die Intellektuellen aus einer mechanischen Rückbindung an sozialen Schichten und sieht sie als semi-autonome Akteure. Erst mit Bourdieu und Habermas' Annahme getrennter, aber verflochtener intellektueller und politischer Handlungssphären – die durch die Differenz zur lateinamerikanischen Empirie analytisches Potential birgt – macht eine "Intervention" Sinn. Mit

Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft als ständigem Handlungsfeld der Intellektuellen kommen individuelle und kollektive Wert- und Handlungsorientierungen sowie die Beziehungen zu anderen Akteuren in den Blick. Anknüpfend an das Kapitalübertragungsprinzip können Intellektuelle als *entrepreneurs* gelten,²⁹ die mit spezifischem Kapital (akademische Meriten, Positionen, etc.) um den öffentlichen Einfluss ihrer Ideen kämpfen, in Beziehung mit politischen Akteuren treten und für diese Ersatzfunktionen ausüben können.

Bei Annahme von in der Transition veränderbaren Akteurs- und Kräftekonstellationen besteht zwischen Intellektuellen und Politik zugleich eine über Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft vermittelte wandelbare *opportunity structure*, die Handlungsmöglichkeiten und Erfolgsaussichten ihrer Intervention skizziert und von Institutionen und politischen Akteuren wie intellektuellen Dispositionen bestimmt und verändert wird. Neben dem von den Intellektuellen qua Stellung oder Intervention erarbeiteten Kapital müssten zugleich die vom System wie von den Akteuren eröffneten "Opportunitäten" berücksichtigt werden.³⁰ Über die Frage hinaus, inwieweit die Machthaber die freie Artikulation von Intellektuellen erlaubten, müsste die "Empfänglichkeit" der anderen Akteure in Zivilgesellschaft und Politik (wie Medien, Verbände, Parteien, Eliten, Institutionen) für ihre Intervention berücksichtigt werden. Im Hinblick auf die Transitionen – in denen verflüssigte Strukturen weniger eingrenzende Handlungskorridore als neue Spielräume darstellen (Merkel 1999: 124) – ist zu fragen, wie und mit welcher Wechselwirkung sich die *opportunity structures* seitens der Intellektuellen wie der Gesellschaft veränderten. Damit soll erhellt werden, wie und warum Ideen, politische Identitäten und soziale Bindungen zeitlebens (mehrfach) modifiziert werden. Diese Richtungsänderungen sind so weniger als wurzelloses Freischweben oder "Chamäleonhaftigkeit der Linksintellektuellen" (Zieburg 1985) zu betrachten, sondern als individuelle oder kollektive Lern- und Anpassungsprozesse, die von internen wie externen Faktoren – eigene Fehl-

29 In unorthodoxer Gramsci-Lesart können auch "organische Intellektuelle" als *entrepreneurs* betrachtet werden, die losgelöst von Parteien oder Gruppen in der Zivilgesellschaft um progressive Hegemonie kämpfen (Apitzsch 1995).

30 Den von Sten Rokkan ursprünglich zur Analyse der nationalstaatlichen Zentrum-Peripherie-Beziehung gedachte Begriff deutet Brym (1987) zur Intellektuellenanalyse um; zum Transitionskontext vgl. Merkel (1999: 123-125).

einschätzungen und neue Wahrnehmungen, veränderte *opportunity structures* und Kosten-Nutzen-Kalküle – beeinflusst werden. Ausgehend von einer greifbaren Bezugsgröße werden Linksintellektuellengruppen und ihr Wandel hier in akteursorientierter Perspektive in ihrem historischen Rahmen untersucht. Ihr öffentlich-politisches Verhalten entsteht aus dem Zusammenspiel von Akteur und Struktur, Ideen und Praxis, Selbstorganisation und Bindungen in einer durch Öffentlichkeit vermittelten Interaktion mit Gesellschaft und Politik. Ihre wechselnden Handlungen und Beziehungen sind als “complex process of social affiliation and desaffiliation” (Brym 1980: 61) zu analysieren, in der die Dialektik von beiderseitig veränderbaren *opportunity structures* berücksichtigt und ergründet werden muss.

4. Organisation zwischen Generation und Gruppe

Between the casted-like organization and the open and loose groups, there are numerous intermediate types of aggregation in which intellectuals may range. Their mutual contacts are often informal, but the small group is the most frequent (Mannheim 1956: 123).

Intellektuelle gelten als Individualisten, die wegen Selbstbezüglichkeit und universaler Orientierung einer Eingliederung in eine größere Organisation tendenziell ablehnend gegenüberstehen (Shils 1970: 38). Sie erkennen zwar die (oft mehr gedachte als erlebte) Gemeinschaft der Artgenossen oder *community of scholars* an, orientieren sich aber primär “an der Schwungkraft des kollektiven Glaubensbekenntnisses” (Kater 1985: 82). Die “Generation” beschreibt den Teil einer Geburtsgruppe, der durch ähnliche Sozialisations- und Prägeerfahrungen – verstärkt durch Bildung und Lebenswelt – gemeinsame “politische und weltanschauliche Grundanschauungen” entwickelt (Mannheim 1964).³¹ Als identitätsstiftende Einheit von Intellektuellen meint Generation in der Dialektik von Selbst- und Fremdzuweisung eine “geistige Erlebnisgemeinschaft” (Fogt 1982: 19), die sich neben erlebten auf empfundene Erfahrungen stützt und sich unregelmäßig in Kom-

31 Die Generation wird mesit nach dem Jahr des prägenden Ereignisses (z.B. die “68er”) benannt, die Gruppe nach dem der Konstitution (z.B. die “Gruppe 47”).

munikations- und Publikationszusammenhängen (Manifeste, Sammelbände, Tagungen) artikuliert.

Nicht nur in Lateinamerika wurden Intellektuellengruppen traditionell im Zusammenhang einer Generation wahrgenommen. Die demokratische Wende der Linksintellektuellen lässt sich dabei weniger als Abfolge verschiedener Generationen, sondern vor allem an der Entwicklung von Mitgliedern aus ein- und derselben Intellektuellengeneration – der in den 1960er Jahren entstandenen kritischen oder neuen Soziologie – beobachten. Diese waren ein insofern eigener Generationszusammenhang, als sie zwischen 1930 und 1940 geboren, vom Scheitern des entwicklungsnationalistischen Aufbruchs und der breiten, eigenständigen Aneignung des Marxismus geprägt wurden. Während der Generationsansatz biographische Muster und soziopolitische *long-run*-Orientierungen erhellen kann (Jäger 1977), greift er bei divergierenden Entwicklungsmustern innerhalb einer Generation analytisch zu kurz. Der oft vereinfachte Gebrauch des Terminus (wie bei Ansaldi 1987) überwindet nicht den ideengeschichtlichen Zirkel und ist bei unterschiedlichen nationalen Kontexten für eine am intellektuellen Handeln in Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft orientierte Analyse ergänzungsbedürftig.

Die historisch-empirische Intellektuellensoziologie zeigt, dass die Herausbildung der modernen Intellektuellenfigur über die Entwicklung der Kultur- und Wissenschaftsinstitutionen hinaus an die Konstitution selbstbestimmter Gruppen – in Salons, Lektüreziirkeln oder wissenschaftlichen Gesellschaften – gebunden war.³² Während der Generationsbegriff ausgehend von der „Partizipation an gemeinsamen Schicksalen“ auf eine geistige Einheit abhebt, heben Gruppenansätze auf die organisatorische und lebensweltliche Verbundenheit eines Kollektivs ab, das nicht nur aus Mitgliedern einer Generation besteht (Fogt 1982: 11). Auch als Akteure in Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft verweisen Intellektuelle organisatorisch auf die operationali-

32 Vgl. Coser (1970), Shils (1970: 38), Wien (1971: 108), Eyerman (1994: 27) sowie Mannheim (1956: 123-133), für den „intimate circles“ die tragenden Einheiten der Generation sind. Idealtypisch unterscheidet er zwei Pole intellektueller Gruppen (1985: 73-91): Zum einen die „charismatische“ Bohème-Gemeinschaft der „außeruniversitären Literatenwelt“, zum anderen die akademische Arbeits-einheit. Erstere sah er in dem Dichterkreis um Stefan George, letztere im Umfeld von Max Webers Lehrstuhl der Nationalökonomie exemplifiziert.

sierbare Bezugsgröße der Gruppen. Sie sind Teil des Geflechts von Bürgervereinigungen, die mit ihren Ideen und Argumenten die öffentliche Meinungsbildung zu beeinflussen versuchen – und den organisatorisch-kommunikativen Unterbau von Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft darstellen.

Der hier relevante Gruppenbegriff ist mikro- statt makrosoziologisch zu lesen und nicht mit Sektoren, Schichten oder Klassen gleichzusetzen. Gruppen sind Ideen- und Diskursgemeinschaften, die auf gemeinsamen Überzeugungen, Werten und Zielen (oder aber entsprechendem Problembewusstsein) ruhen und mit zunehmender Bestandsdauer Routinen ausbilden. Als kollektive Organisation besitzt sie ein Mindestmaß an personeller und zeitlicher Kontinuität und interner Rollenverteilung sowie eine unterschiedliche Mischung von affektiven und zweckrationalen, formalen und informellen Kriterien der Verbundenheit. Die Gruppe befreit den Intellektuellen aus dem Einzelkämpfer- und Zwitterdasein, organisiert gleich einer „Binnenöffentlichkeit“ Gedankenaustausch und verleiht Anerkennung und Solidarität unter gleichen. An der Schnittstelle zwischen gemeinschaftlicher und öffentlicher Sphäre, Ideen- oder Interessenverband gelegen hilft eine Gruppe dank ihrer Sammel- und Verstärkerfunktion, Einfluss- und Geltungsansprüche in Öffentlichkeit und Politik mit größeren Erfolgsaussichten zu vertreten; sie erlaubt aber auch individuelle Aktivitäten. Eine Intellektuellengruppe kann im Gegensatz zu oder in Anlehnung an größere Institutionen entstehen, Beziehungen mit anderen Gruppen oder Akteuren eingehen oder Vorform einer größeren Organisation sein; interne Rollenstrukturen und Hierarchien sind weniger starr und formalisiert als in Verbänden oder Parteien und lassen (je nach Dauer und Intensität) Gründerkerne, innere und äußere Ringe unterscheiden (ebd.: 21). Gruppen sind in der Dialektik von Selbst- und Fremdzuschreibung wirkende heterogene und dynamische Einheiten, deren Mitglieder trotz gemeinsamer Grundwerte und Routinen auch unterschiedliche Interessen haben und über Ideen wie kollektives Handeln streiten können.

Aufgrund der gegenseitigen Anknüpfungspunkte sollen beide Konzepte – Generation und Gruppe – nicht ausschließend, sondern in gegenseitiger Ergänzung fruchtbar gemacht werden (Jäger 1977: 447). Oft fühlen sich Intellektuelle einer Generation zugehörig, handeln und organisieren sich aber in kleineren Kreisen im Umfeld institutioneller

Bindungen an Redaktionen oder Universitäten. In Lateinamerika sind Gruppen wegen der politischen Instabilität und dem fragmentarischen intellektuell-wissenschaftlichen Institutionenbau seit jeher von besonderer Bedeutung gewesen. Auch den Mitgliedern der kritischen Soziologie, denen autoritäre Machthaber wiederholt das Wirken in Universität oder Öffentlichkeit untersagten, ermöglichte die Zugehörigkeit zu Gruppen das geistige und teilweise physische Überleben. Auch bei den untersuchten Intellektuellen waren Generationserfahrungen wichtige, für die Gesamtentwicklung aber nicht allein entscheidende Faktoren. Gegenüber der tendenziell homogenisierenden Generationsperspektive ist der Gruppenansatz differenzierend, bringt faktische oder mögliche Divergenzen in den Blick und erhellt, warum innerhalb einer Generation unterschiedliche Ideen, Projekte und Bindungen, Allianzen und Brüche entstehen.

Die im Folgenden untersuchten Linksintellektuellengruppen entstanden Anfang der 1960er Jahre um Generationsmitglieder der kritischen, neomarxistischen Soziologie. Neben dem Einfluss der kubanischen Revolution waren die nationalen Problemlagen – in Argentinien Peronismus und Postperonismus, in Brasilien die Krise des Entwicklungsnationalismus, in beiden Staaten die autoritären Regimes – Erfahrungen, die innerhalb der Gruppen weltanschauliche und politische Verbundenheit ausprägten. Daran anschließend setzt der Begriff "sozialwissenschaftliche Linksintellektuelle" zum einen eine sozialwissenschaftliche Ausbildung oder Beschäftigung, zum anderen ein von linken Idealen (Gerechtigkeit, Partizipation, Sozialismus) geleitetes öffentliches Engagement voraus. Das Bewusstsein eines gemeinsamen Projekts ("Mission"), das sich in dem Wunsch nach öffentlicher Einflussnahme, der Hinterfragung der bestehenden und dem Entwurf einer anderen Ordnung manifestierte, war konstitutiv für die Gruppen. Als links galt die Parteinahme für eine emanzipatorisch-egalitäre Ordnung, im lateinamerikanischen Kontext der frühen 1960er Jahre die marxistische oder nationalistische Kritik an Autoritarismus, Eliten-Herrschaft und peripherem Kapitalismus, die beflügelt durch die kubanische Revolution oft in den Entwurf einer sozialistischen Alternative mündete. Als engagierte Wissenschaft betrachtete die kritische Soziologie den Marxismus als theoretischen Steinbruch und politischen Katalysator und versuchte, Nationalismus, Modernisierung und Klassenkampf zu vereinen (Touraine 1988: 141).

Weil die Analyse auf die Entwicklung von Intellektuellen v.a. im zeitgeschichtlichen Wandel abhebt, war bei der Gruppenauswahl die in den vergangenen zwei bis drei Dekaden anhaltende Kontinuität von drei Kriterien entscheidend: 1. Auf Ideenebene ein auf linken Werten und Zielen aufbauendes Projekt, das sich im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs, in eigenen oder fremden Organen, manifestierte; 2. auf Organisationsebene längere Kollektivstrukturen mit einem Mindestmaß an Binneninteraktion, Hierarchie und personeller Verbundenheit; 3. auf einer öffentlichen Ebene der Anspruch bzw. die Praxis von gesellschaftlichem Engagement, d.h. die kollektive oder individuelle Intervention in der Öffentlichkeit sowie die Interaktion mit Akteuren in Zivilgesellschaft und Politik.

Die Auswahlkriterien, die zum einen den Wandel der Gruppen überdauerten, zum anderen ihrer eigenen stetigen Überprüfung und auch Reformulierung unterlagen, sind zugleich analytisch und historisch zu lesen. Sie heben primär auf die Bedeutung der Gruppen oder einzelner Mitglieder als öffentlich wirkende Linksintellektuelle und weniger auf ihre Präsenz im angestammten sozialwissenschaftlichen Terrain ab. Aus den Gruppen der Generation der kritischen Soziologie, die trotz Unterdrückung, Exil und politischem Wandel die 1970er und 1980er Jahre als Kollektiv überdauerten und paradigmatisch die Hinwendung der Linken zur Demokratie verkörperten, wurden mit den obigen Kriterien folgende Gruppen ausgewählt: In Argentinien der Kern des 1984 gegründeten Diskussionszirkels *Club de Cultura Socialista* (CCS), der aus den Soziologen der so genannten *gramscianos argentinos* (Aricó 1988) – die sich in den Zeitschriften *Pasado y Presente* (1963-1965 und 1973/74) und *Controversia* (1979/80) artikuliert hatten – und Kulturkritikern der Zeitschrift *Punto de Vista* (seit 1978) besteht. In Brasilien die Gründergruppen der sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute *Centro de Análise e Planejamento* (Cebap, ab 1969) und *Centro de Estudos da Cultura Contemporânea* (Cedec, ab 1976), von denen viele im Lektürezirkel des *Seminário de Marx* (1958-1963) im Umfeld der *Universidade de São Paulo* (USP) ihre geistigen Ursprünge hatten und sich in den 1980er Jahren in eigenen Zeitschriften (*Novos Estudos* und *Lua Nova*) artikulierten. Mit den Kern- und Vorläufergruppen von CCS wie Cebap und Cedec wird der linksintellektuelle Wandel an solchen Kollektiven untersucht, die aus der Generation der kritischen Soziologie beider Länder die

Auswahlkriterien am vollständigsten erfüllen. Die Gruppen sind nicht nur wegen ihres historisch lange parallelen Bestehens und eines zunächst ähnlichen linksintellektuellen Projekts vergleichbar. Weil es ihnen auch gelang, trotz Exil oder Unterdrückung mittels verschiedener Neugründungen als Gruppe zu überleben und schon im autoritären Kontext die Demokratie zum Thema zu machen, erlangten sie in der Transition öffentliche Prominenz und enge Beziehungen zu politischen Akteuren. Obwohl sie unterschiedliche Entwicklungswege einschlugen und Ende der 1990er Jahre nur noch als Restgruppen bestanden, handelt es sich bei den analysierten um die in beiden Ländern am längsten bestehenden und öffentlich wirksamsten sozialwissenschaftlichen Linksintellektuellenkollektive.

Trotz ihrer großen Repräsentativität waren die untersuchten nicht die einzigen bedeutsamen sozialwissenschaftlichen Gruppen beider Länder. Es war die Kombination und Kontinuität der drei – ideellen, organisatorischen, öffentlich-politischen – Auswahlkriterien, die bei anderen im Untersuchungszeitraum aktiven Gruppen nicht gegeben war und diese aus den Fallstudien ausschloss. In Argentinien galt das für das 1976 in Buenos Aires von kritischen Soziologen gegründete sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut *Centro de Estudios de Estado y Sociedad* (CEDES). Obwohl es während der Diktatur als oppositionelle Nische fungierte, bildete sich wegen der großen Fluktuation und geringeren Verbundenheit seiner Mitglieder keine feste Kerngruppe mit linksintellektuellem Projekt heraus. Zwar ist das wissenschaftliche Prestige einiger CEDES-Gründer größer als das von vielen CCS-Mitgliedern, doch die öffentliche Sichtbarkeit des Instituts blieb nicht nur wegen der Repression bis auf Ausnahmen – wie im Umbruchsjahr 1983 – gering (Brunner/Barrios 1989: 131).³³ Für Brasilien wurde das 1966 noch vor dem *Cebrap* gegründete private Forschungszentrum *Instituto de Pesquisas do Rio de Janeiro* (IUPERJ) nicht eigens berücksichtigt. Das Institut, dessen v.a. aus Rio und Belo

33 Obwohl das CEDES in den ersten Jahren der Demokratie als Brücke zwischen gebliebenen und zurückkehrenden Intellektuellen fungierte, war es nur kurz Zentrum öffentlicher Debatten. Nachdem die Zeitschrift *Debates*, in der 1983/84 auch spätere CCS-Gründer mitarbeiteten, nach fünf Ausgaben 1985 eingestellt wurde, besaß das CEDES keinen öffentlichen Interventionsanspruch mehr. Auch den reformierten linksperonistischen Kulturkritikern der Zeitschrift *Unidos* (ab 1983) gelang es nicht, sich organisatorisch oder in der Öffentlichkeit zu festigen.

Horizonte stammenden Gründer vom Funktionalismus geprägt waren, war anfangs zwar eine erfolgreiche Gruppenbildung, hatte aber kein linksintellektuelles Projekt mit öffentlichem Interventionsanspruch. Obwohl sich das IUPERJ Demokratisierungsthemen widmete und ein wichtiges Forum war, besaß es ein primär akademisch-wissenschaftliches Profil, widmete sich der Nachwuchsausbildung (Pécaut 1989: 250) und hatte anders als die untersuchten Gruppen auch während der Transition geringe öffentliche Sichtbarkeit (Brunner/Barrios 1991: 124). Dass mit *Cebrap* und *Cedec* zwei Intellektuellengruppen aus São Paulo untersucht werden, beruht auf der noch zu erörternden nationalen Hegemonie der Stadt in den Sozialwissenschaften. Nach Zerschlagung des linksnationalistischen ISEB (*Instituto Superior de Estudos Brasileiros*) 1964 konnte in Rio keine Linksintellektuellengruppe – auch nicht die als oppositioneller Sammelpunkt fungierende *Revista Civilização Brasileira* (1965-1968) – längeren öffentlichen Einfluss erlangen.³⁴

Die nicht eigens analysierten Intellektuellengruppen werden freilich in dem Maße berücksichtigt, wie sie für die Entwicklung der analysierten Gruppen und der nationalen Szenarien von Bedeutung waren. Mit den ausgewählten Gruppen wird der Vergleich also eingeschränkt und vertieft. Über die beiden Länder hinaus besteht er zwischen Gruppen aus Buenos Aires und São Paulo, d.h. den beiden nationalen Zentren der intellektuell-sozialwissenschaftlichen Debatte. Die Vernachlässigung von Gruppen aus anderen Landesteilen spiegelt (wie auch bei Pécaut 1989; Liedke 1991; Sigal 1991) die Kräfteverhältnisse unter sozialwissenschaftlichen Intellektuellen.

Der Gruppenwandel im Übergang von einer autoritären zur demokratischen Ordnung hat als zentraler Untersuchungsgegenstand auch den Zeitrahmen der Arbeit bestimmt. Die in beiden Ländern großzügig die Gruppengeschichten und den Transitionsprozess (einschließlich Vor- und Nachlauf) umfassende Spanne 1960-1995 zieht keine harte Linie, sondern stellt – im Sinne der Vergleichbarkeit von strukturell ähnlichen, chronologisch aber selten exakt übereinstimmenden Entwicklungen – eine dehnbare Hülle dar, die einen Großteil des poli-

34 Ähnliches gilt trotz der Bedeutung einzelner Positionen für die brasilianischen *Gramscianos* um Carlos N. Coutinho Anfang der 1970er Jahre, für die RCB-Nachfahren um die Zeitschrift *Encontros com a Civilização Brasileira* oder die IUPERJ-Linken um die Zeitschrift *Presença* (1983-92).

tisch-intellektuellen Werdegangs der Gruppengründer umfasst. 1960 ist aus doppeltem Grund Anfangspunkt des Vergleichs: Zum einen konstituierten sich vor bzw. nach dem Dekadenwechsel die historischen Kerngruppen (1958 entstand das SdM, 1963 hatten die *gramscianos argentinos* in PyP ihre Initialzündung), zum anderen handelte es sich um die letzten freien Wirkungsmomente vor den autoritär-bürokratischer Regimes (1964 in Brasilien, 1966 in Argentinien). Auch Mitte der 1990er Jahre bildet einen mehrfach sinnvollen Endpunkt des Vergleichs: Zum einen kam der Zerfallsprozess der Gründergruppen quasi zum Abschluss; zum anderen galt in beiden Ländern die Transition zur Demokratie als abgeschlossen.³⁵ Schließlich kam es zu politischen Veränderungen, die – wie 1994 die Wahl und 1998 die Wiederwahl von Fernando H. Cardoso zum Staatspräsidenten oder 1997 die Entstehung der Mitte-Links-Koalition *Alianza* in Argentinien – für die verbliebenen Gruppen einen erneuten Wandel mit sich brachten und ein vorläufig abschließendes Urteil erlauben.

5. Der Vergleich: Methode, Material, Gliederung

Wer immer sich auf den Versuch vergleichender Geschichtsschreibung einläßt, muß neben allen Schwierigkeiten der Gegenstandsbestimmung, der Materialauswahl und der beschränkten Vergleichbarkeit nicht primär zum Vergleich bestimmter Größen damit rechnen, daß ihm die Theoretiker theoretische Inkonsistenz und die Materialpositivisten den Mangel getreulicher Faktenerzählung vorwerfen (Puhle 1975: 19).

Die Methode des Vergleichs ist kein Selbstzweck, sondern ein Hilfsmittel, um sowohl die historische Individualität der beiden Fallstudien zu begreifen als auch allgemein typologische Aussagen zu formulieren. Der Vergleich ist seit Durkheim ein "indirektes Experiment" der Sozialwissenschaften, um mittels einer Ähnlichkeiten wie Unterschiede berücksichtigenden Versuchsanordnung komplexe Sachbestände zu erhellen und Hypothesen zu überprüfen. Grundlage des Vergleichs ist

35 Ohne dass beide Länder als konsolidierte Demokratien gelten, waren mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung, der Gewährleistung liberaler Grund- und Bürgerrechte sowie den Routinen von freien Wahlen und Regierungswechsel die wichtigsten Kriterien für einen institutionellen Systemwechsel erfüllt.

nicht die offensichtliche Ähnlichkeit der Untersuchungsgegenstände, sondern die funktionale Äquivalenz von nationalen Akteuren, Konstellationen und Kontexten, die zugleich divergieren können (Puhle 1975: 19-23). Anknüpfend an die Unterscheidung zwischen Konkordanz- und Differenzmethode – die erste sucht nach Ähnlichkeiten in Gesellschaften differenter Strukturen, die zweite nach Unterschieden zwischen Gesellschaften mit grundlegenden Gemeinsamkeiten (von Beyme 1988: 51) – verfolgt diese Untersuchung einen differenzmethodischen Ansatz.

Als "historische und kulturelle Systemgrenze" besitzt Lateinamerika eine "reiche Variation strukturell gleicher Phänomene" (Hartmann 1994: 35).³⁶ Als die beiden größten, für die Entwicklung des Kontinents in vielem maßgeblichen Staaten weisen Argentinien und Brasilien (trotz Sprachgrenze und unterschiedlicher Kolonialgeschichte) einen kulturell, politisch und sozial "differenz-methodisch erforderlichen Bestand an Gemeinsamkeiten" auf (ebd.: 38). Beide Länder besitzen präsidiale Regierungssysteme und eine auf die iberische Kolonialisierung zurückzuführende und von Klientelismus und Paternalismus geprägte politische Kultur (Puhle 1973; Touraine 1988); beide brachten – neben den untersuchten Akteuren – nicht nur breite Sozialwissenschaftlerschichten, sondern auch prominente Intellektuelle hervor. Schließlich erlebten beide Staaten im 20. Jahrhundert einen ähnlichen Wechsel zwischen demokratischer und autoritärer Ordnung. Nach Zusammenbruch der liberal-oligarchischen Fassadendemokratien etablierten sich mit Vargas (1937-1945) und Perón (1946-1955) in beiden Ländern populistische Entwicklungsdiktaturen; ihnen folgten krisenhafte demokratische bzw. semiautoritäre Ordnungen, deren Defizite in Polarisierung und institutioneller Aushöhlung bestanden. Mitte der 1960er Jahre mussten die gewählten Zivilregierungen – 1964 in Brasilien, 1966 in Argentinien – den Militärs weichen, die mit Hilfe des Auslandskapitals "bürokratisch-autoritäre Regime" errichteten. Nach teilweise harter Repression kam es Mitte der 1970er Jahre (Brasilien) und Anfang der 1980er Jahre (Argentinien) zur Öffnung.

36 Die gegenüber Angloamerika beschworene Einheit ist traditionell Basis lateinamerikanischer Identitätsbestimmung. Neben den Übersichten zur politischen Entwicklung (Mols 1985; Touraine 1988; Werz 1992), die Lateinamerika als (Problem-)Einheit sehen, betrachten auch die Sammelbände der 1990er Jahre den Kontinent als differenzmethodisches Rohmaterial.

Die Transitionsprozesse wiesen in Dauer und Verlauf zwar große Unterschiede auf, etablierten in beiden Ländern aber eine liberaldemokratische Ordnung.

Gegenüber den Parallelen fallen die für die Intellektuellen bedeutsamen politischen und kulturellen Entwicklungsunterschiede ins Auge. Zum einen war die sozioökonomische Entwicklung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Argentinien insgesamt von Stagnation und Dekadenz, in Brasilien dagegen von Aufschwung und Wachstum geprägt. Zum anderen kam es zu zunehmend konträren – in Argentinien negativen, in Brasilien positiven – Entwicklungen der Hochschulstrukturen, die auch die wissenschaftlichen *communities* beider Länder zu “fernen Nachbarn” (Lovisolo 1995) machte. Schließlich waren – neben der singulären Bedeutung des Peronismus – vor allem die Charakteristika der autoritären Regime und Transitionsprozesse, die auf die Entfaltung der Intellektuellengruppen großen Einfluss nahmen, verschieden. In Argentinien zwang die militärische Repression große Teile der Opposition in Untergrund oder Exil, in Brasilien dagegen ließ das Regime (mit Ausnahme von 1969-1972) eingeschränkten Pluralismus und formaldemokratische Prozedere zu. In Argentinien brach das Militärregime nach der Niederlage im Falkland-Malvinas-Krieg 1982 in kurzer Zeit zusammen, in Brasilien gaben die Militärs ihre Macht nur langsam und graduell ab, liess die Opposition aber zunehmend auf die Transition einwirken.³⁷ Die konträren Rahmenbedingungen einer argentinischen *transition by collapse* und einer *transition through transaction* (Share/Mainwaring 1986) in Brasilien stellten unterschiedliche *opportunity structures* dar, deren Auswirkungen auf das intellektuellen Handeln zu erörtern sind.

Weil die Differenzmethode umso besser greift, je enger das Vergleichskorpus ist, wurde der Vergleich auf die skizzierten Fallstudien aus Argentinien und Brasilien beschränkt.³⁸ Mit diesen wurden solche

37 Bei Annahme struktureller Äquivalenz sind für verschiedene Bereiche – soziale Bewegungen (Mainwaring/Viola 1984), Militärregimes (Philip 1984; Stepan 1992), politische Alltagskultur (O'Donnell 1985), sozialwissenschaftliche Institutionen (Liedke Filho 1991; Brunner/Barrios 1991), wissenschaftliche *communities* (Lovisolo 1995) – differenzmethodische Vergleiche angestellt worden.

38 Das Motiv der “fernen Nachbarn” legte es nahe, den Vergleich auf Gruppen aus Argentinien und Brasilien zu beschränken. Mexiko, das daneben wichtigste Land, geht im Hinblick die von *Porfiriato* und PRI-Regime kooptierten Intellektuellen einen Sonderweg (vgl. Camp 1985; Lampréière 1992) und wurde weder

Gruppen untersucht, die neben ihren ähnlichen Ursprungsideen und ihrer äquivalenten Stellung als Linksintellektuelle oft unterschiedliche Entwicklungswege aufwiesen und so Einsichten in Spannungsfelder und Wirkungszusammenhänge versprachen. Als ähnliches Phänomen – beinahe drei Jahrzehnte bestehende sozialwissenschaftliche Linksintellektuellengruppen, die marxistisches Gedankengut demokratisch revidieren und sich in Öffentlichkeit und Politik der Transition engagierten – werden sie in ihrem nationalen Szenario verglichen. Damit wird neben den *trajectories* auch ein abweichender Verlauf erörtert. Insgesamt soll die Erkenntnisleistung des Vergleichs “für die schärfere Herausarbeitung von Übereinstimmungen und Differenzen und auch bei der klareren Formulierung noch offener Probleme” (Puhle 1973: 20) nutzbar gemacht werden. So versucht der Vergleich Einsichten zu eröffnen, die über die Summe zweier monographischer Einzelblicke hinausgehen.

Auch in Lateinamerika stehen öffentliches Denken und Handeln der Intellektuellen in Wechselwirkung mit politischen und publizistischen Rahmenbedingungen sowie kulturellen Moden (Eyerman 1994: 31-35). Die klassischen Interventionsformen – “offene” Manifeste oder Briefe, Beiträge in Zeitungen und Zeitschriften sowie die Herausgabe eigener Schriften – wurden auch von den untersuchten Gruppen gemäß Inhalt, Publikum und Verwendungszweck variiert. Der Zugriff auf Medien war lange von der Zensur der autoritären Machthaber abhängig. Während in beiden Ländern die kritischen Medien lange verboten oder zensiert wurden, wuchsen mit der politischen Öffnung die Freiräume und Partizipationsmöglichkeiten (Filgueira/Nohlen 1994).³⁹ Während die Intellektuellen in den repressiven Phasen politische Ersatzfunktionen wahrnahmen, waren sie mit der Pluralisierung der Öffentlichkeit neuer Konkurrenz ausgesetzt. Um der Komplexität ihrer Intervention wie der politischen Umbrüche gerecht zu werden, wird die Entwicklung der Gruppen mit verschiedenen Quellen rekonstruiert und analysiert.

von der Welle der BAR noch der Demokratisierung erfasst. In Peru und Chile, die teils ähnliche Zyklen von Autoritarismus und Demokratie erlebten, bestanden keine nach den Auswahlkriterien überdauernde Linksintellektuellengruppen.

39 Mit den elektronischen Medien entstanden weitere Kanäle der Transitions-Öffentlichkeit (vgl. Skidmore 1993), die aber insofern vernachlässigt werden, als die untersuchten Intellektuellen primär an der Presseintervention orientiert waren.

Ausgangspunkt der Analyse waren zunächst die "Orte", an denen die Intellektuellengruppen selbstbestimmt ihr Projekt entwickelten. Bei den CCS-Gründern waren das v.a. die Zeitschriften *Controversia*, *Punto de Vista* und *La Ciudad Futura* (*Novos Estudos* und *Lua Nova* waren für die Paulisten weniger bedeutsam). Das Medium der Intellektuellenzeitschrift war nicht nur für die Entstehung der modernen Intellektuellenfigur wichtig (Coser 1970: 71-82), sondern aufgrund der traditionell schwachen Institutionalisierung von Kulturbetrieb und Sozialwissenschaften in Lateinamerika besonders konstitutiv (Frenk 1984). *Revistas* erscheinen alle zwei bis vier Monate, verbinden wissenschaftliche Aufsätze mit essayistischer Reflexion über Kultur und Politik und fungieren als Gradmesser der Konjunktur von Ideen. Als zentrales Forum von Kollektivverständnis und Interventionsanspruch fungieren sie als Bindeglied zur akademischen wie politisch-kulturellen Öffentlichkeit. Daneben geben die Beiträge der *revistas* auch Aufschluss über die Position einzelner Gruppenmitglieder und die gruppeninterne Dynamik.

Bei den stärker institutionalisierten Gruppen in São Paulo waren die *Relatórios de Atividade* (Arbeits- und Rechenschaftsberichte, RdA) eine primäre Quelle kollektiver Selbstdarstellung. Die jährlichen *Relatórios* geben Aufschluss über wissenschaftliches Projekt sowie finanzielle, organisatorische und personelle Strukturen. Eine vergleichbare Funktion erfüllen beim CCS die so genannten *Boletines de Información* (BdI), die über die Gemeinschaftsaktivitäten und Ämterbesetzung informieren sowie zur Diskussion des Selbstverständnisses beitragen. Die *Boletines* waren weniger elaboriert als die *Relatórios*, erlauben wegen ein- bis zweimonatlichen Erscheinens aber eine chronologisch genauere Rekonstruktion. Obwohl diese kollektiven "Primärquellen" in beiden Ländern nicht vollständig zugänglich waren,⁴⁰ lassen sie Aktivitäten und Selbstverständnis *in nuce* nachverfolgen.

Die Veröffentlichung in Medien v.a. der Qualitätspresse stellt (stärker als die Debatte mit Gleichgesinnten in den *revistas*) das für Intellektuelle konstitutive Handlungsmuster einer über das eigene Terrain hinausgehenden Intervention in der Öffentlichkeit dar. Mit der Aufhebung der Zensur wurden einige Gruppenprotagonisten zu re-

40 Beim CCS standen die *boletines* von 1992/93, beim *Cedec* die *relatórios* von 1983-1986 nicht zur Verfügung.

gelmäßigen Mitarbeitern (als Kolumnisten, Leitartikler oder Interviewpartner) von Tages- und Wochenzeitungen.⁴¹ Um diesen – außer bei Tavares de Almeida (1992) – vernachlässigten Quellenbereich einzubringen, wurden die Archive der in beiden Ländern für die Intellektuellen relevanten Blätter möglichst systematisch ausgewertet. Bei diesen teilweise fragmentarischen Quellen waren quantitative wie qualitative Aspekte wichtig. Stärker als in den *revistas* ergriffen die Intellektuellen in Pressebeiträgen, v.a. Analysen, Kommentaren und Interviews, unmittelbar Partei. Weil regelmäßige Veröffentlichungen ihren Autoren über Gruppe und *community* hinaus große Sichtbarkeit und Einflussmöglichkeit verleihen sowie zu symbolischem Kapital und öffentlicher Prominenz beitragen (Peters 1995), lassen sie auch Rückschlüsse auf gruppeninterne Machtverhältnisse zu.

Diskurs und Werdegang der Gruppenprotagonisten werden zudem durch wissenschaftliche und autobiographische Äußerungen rekonstruiert, die in *revistas* und Presse oder in Buchform (mit teilweise hohen Auflagen) veröffentlicht wurden.⁴² Diese meist aus den späten 1980er oder frühen 1990er Jahren stammenden Publikationen handeln (oft als Sammelbände vorheriger Artikel) von Vergangenheitsbewältigung wie neuen Politik- und Rollenentwürfen. Sie lassen Brüche oder Kontinuitäten, aber auch den Marktwert bestimmter Ideen und Intellektueller erkennen. Weil die Buchveröffentlichungen, denen meist Interviews und Rezensionen folgen, großes symbolisches Kapital darstellen, nahmen auch sie auf Hierarchien in der Gruppe Einfluss. Insgesamt deutet die an den *revistas* und Veröffentlichungen festgemachte Analyse an, dass die Ideen- und Deutungsangebote der Intellektuel-

41 Die CCS-Mitglieder schrieben v.a. in den Tageszeitungen *Clarín* und *Página/12* (P/12) und später im Wochenblatt *La Maga* (LM), die *Paulistas* in der Tageszeitung *Folha de São Paulo* (FSP) sowie in den Wochenmagazinen *Isto é* und *Veja*. Aufgrund des fragmentarischen Archivbestands war bei den argentinischen Tageszeitungen sowie bei *Isto é* für die 1970er und 1980er Jahre eine chronologisch vollständige Quellenerhebung nur begrenzt möglich.

42 Vgl. für die CCS-Köpfe Aricó (1988), Portantiero (1988), Terán (1991), Sarlo (1994); die Interviews von Sarlo, Terán und Torre in Hora/Tromboli (1994) bzw. Altamirano, de Ipola und Sarlo in Tromboli (1998) sowie die *El Ojo Mochol*-Interviews mit Portantiero (1991) und de Ipola (1994). Für die *paulistas* vgl. Cardoso (1978), Chauí (1982), Moisés (1986), Weffort (1984; 1991), Schwarz (1995); die autobiographischen Notizen von Cardoso, Chauí und Giannotti in Loschiavo dos Santos (1988) bzw. von Serra, Vianna, Brant in Barcelos (1994) sowie Cardosos jüngere Dialoge in Toledo (1998) und Couto (1999).

len – über den desinteressierten “öffentlichen Gebrauch der Vernunft” hinaus – wie der übrige Austausch symbolischer Güter in Markt- und Wettbewerbsmechanismen eingebunden sind.

Als letzte Quelle werden eigene Interviews mit den Gründern und Protagonisten der Intellektuellengruppen sowie einigen Akteuren aus dem Umfeld berücksichtigt.⁴³ Diese Interviews sind neben der Rekonstruktion des Werdegangs für die Selbstwahrnehmung der Individuen und Gruppen aufschlussreich. Sie können zum einen die vorhandenen Primär- und Sekundärquellen ergänzen, zum anderen Zweifel und Inkongruenzen erhellen. Weil es sich bei diesen Leitfrageninterviews mehr als bei den übrigen Quellen um qualitative, nicht standardisierte Erhebungsinstrumente handelt, trugen sie bei der Auswertung dazu bei, subjektive Deutungs- und Handlungshorizonte der wichtigsten Akteure zu erhellen. Mit diesem aus heterogenen Quellen bestehenden Korpus werden genauere Aussagen zu Ideen, Selbstverständnis und Strategien, Organisations- und Aktionsformen sowie sozialen und politischen Bindungen der Intellektuellen möglich.

Insgesamt versteht sich diese Untersuchung als Beitrag zu einer “interpretativen und verstehenden Politikwissenschaft” (Hartmann 1992: 8), die mittels Beobachtung, Rekonstruktion und Deutung nicht nur die objektiven Konstellationen politischer Prozesse, sondern auch die Sinnhorizonte ihrer Akteure zu erschließen versucht. Der Fokus auf die individuellen und kollektiven, bis zu einem gewissen Grad “biographischen” Entwicklungswege versucht entgegen der traditionellen Institutionenorientierung der vergleichenden Sozial- und Politikwissenschaft (von Beyme 1988: 53), Prozesse der Makro- und Meso-Ebene (wie Transition, Ideen- und Institutionenwandel) im Lichte der Mikro-Ebene und ihrer Akteure (Intellektuelle, Parteien) zu sehen und zu erklären (Santisi 1997: 50). Weil vergleichende Politikwissenschaft immer auch Kulturvergleich ist (Hartmann 1992: 10), erfordert sie bei einem “fremden” lateinamerikanischen Untersuchungsgegenstand ähnlich der anthropologischen Analyse oder Geertz’ *thick description* große Empathiefähigkeit, bei der es neben dem bloßen Wissen um Verstehen geht (O’Donnell in Birle/Helfrich 1991: 157). Um die intellektuellen Entwicklungswege in der eigenen Bedeutungszu-

43 Aus den bei den Forschungsreisen 1996/1998 durchgeführten und skizzenhaft transkribierten Interviews (s. Anhang) wird in Einzelfällen auch wörtlich zitiert.

weisung wie der anderer Akteure zu verstehen, sind auch empathisch-interpretative Fähigkeiten notwendig (ebd.: 24). Weil der intellektuelle Wandel teils auf subjektiv-kontingenten Faktoren beruht, haben quantitative Analysen in einer interpretativen Methode heuristischen statt *a priori* erklärenden Wert. Es geht also darum, die Dialektik von *opportunity-structures* auf Makro-Ebene und faktischem Handeln auf Mikro-Ebene in einer interpretativen Gesamtanalyse fruchtbar zu machen.

Primär am Wandel der skizzierten Gruppen orientiert, will die Arbeit neue Sichtweisen für das Spannungsfeld zwischen Intellektuellen und Politik im Transitionskontext aufzeigen. Eingedenk der für Vergleichsanalysen notwendigen "zwei Materialdurchgänge" (Puhle 1975: 19) besitzt sie unterschiedliche Momente von Analyse und Darstellung. Die beiden nationalen Fälle werden zunächst in ihrem jeweiligen national-zeitgeschichtlichen Kontext rekonstruiert, bevor sie in drei analytischen "Querschnitten" kontrastiv verglichen werden. Erst die Vorstellung der Intellektuellengruppen ermöglicht ihre stärker typologisch-vergleichende Erörterung. Die gedankliche Trennung von Akteur und Struktur wie der unterschiedlichen intellektuellen Wirkungsebenen erschließt Zusammenhänge und Interaktionen. Die "Ereignis- und Gruppengeschichten" sind gleichsam Rohmasse der Vergleichsanalyse hinsichtlich Ideen, Organisation und Politik, das die der Vergleichsmethode immanente Arbeitsteilung zwischen monographischer Fallstudie und breiterem Vergleich spiegelt. So besteht Teil A (Kap. I + II) aus einer historischen Einleitung, Teil B (Kap. III) aus den Entwicklungswegen der Gruppen, und Teil C (Kap. IV-VII) aus der Vergleichsanalyse nach Ideen, Organisation und Praxis.

In Kap. II wird als historische Einführung die Konstellation von Intellektuellen und Sozialwissenschaften im 19. und 20. Jahrhundert bis Beginn der 1960er Jahre skizziert. Anhand der wichtigsten Gruppen, Generationen und Institutionen werden der lateinamerikanische Rahmen und die Entwicklungswege in Argentinien und Brasilien aufgezeigt, um den Blick für die zum Verständnis der untersuchten Gruppen zu Deutungsmustern geronnenen nationalen Erfahrungen zu schärfen. In Kap. III (Teil C) werden die Entwicklungswege der Intellektuellengruppen in ihrem teils ähnlichen, teils unterschiedlichen historisch-politischen Kontext rekonstruiert. Diese an den Kerngruppen bzw. ihren Protagonisten orientierte "Ereignisgeschichte" klärt

gleich einer kollektiven Biographie, wann, wie und wo sich die Gruppen zwischen Autoritarismus und Demokratisierung, Aufbruch und Ernüchterung sowie Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft konstituierten, agierten und teilweise wieder zerfielen.

In Kap. IV werden – als Beginn des Vergleichsteils C – die Intellektuellen als Ideologen des neuen demokratischen Denkens betrachtet. Dabei werden sie hinsichtlich Vergangenheitsbewältigung, der Revision marxistischen Ideenguts und des Entwurfs einer liberal-demokratischen Ordnung analysiert. In Kap. V wird die organisatorische Gruppenentwicklung verglichen, ausgehend von der Sozialisation zwischen Politisierung und Professionalisierung, vor allem die Entwicklung und Position der Gruppen und ihrer Protagonisten im intellektuellen Feld. In Kap. VI geht es um das Handeln der Intellektuellen in Öffentlichkeit und Politik sowie ihr Verhältnis zu gesellschaftlichen Akteuren während der Transition. Die Beziehungen zu Presse, Zivilgesellschaft, Parteien und zu Staat und Institutionen werden hinsichtlich struktureller Kräftekonstellationen wie Strategien der beteiligten Akteure erörtert. Kap. VII resümiert und diskutiert die Untersuchungsergebnisse im Licht von historischen Mustern und jüngster Entwicklung und fragt, inwieweit das Wirken der Intellektuellen in Gesellschaft und Politik von Erfolg gekrönt war.

II. Historische Konstellationen

Für ein tieferes Verständnis der lateinamerikanischen Intellektuellen ist ein Blick in die jüngere Geschichte hilfreich. Nach einem Überblick über das kontinentale Szenario werden – vor und nach den als Wendemarke betrachteten 1930er Jahren (Warley 1985; Miceli 1989; Iturrieta 1994) – kurz die nationalen Konstellationen Argentiniens und Brasiliens skizziert. Im Sinne einer historischen Deutungsfolie soll geklärt werden, welche Gruppen, Generationen und Typen von Intellektuellen und Sozialwissenschaftlern in beiden Ländern bis Mitte des 20. Jahrhunderts bedeutsam waren, welche Ideen sie produzierten, in welchen institutionellen Zusammenhängen sie wirkten und welche Beziehungen sie zu politischen und sozialen Akteuren entwickelten. Der historische Aufriss lässt sich auch an verschiedenen Sozialtypen verorten: Im 19. Jahrhundert waren die *intelectuales-políticos*, im

frühen 20. Jahrhundert die *pensadores* dominant, und in den 1950er Jahren kam es zum Konflikt zwischen *intelligentsia* und *científicos*.

1. 19./20. Jahrhundert: *intelectuales-políticos* und *pensadores*

Esta fatalidad de la vida sudamericana que nos empuja a la política a casi todos que tenemos una pluma en la mano (E. Rodó).⁴⁴

Während der Kolonialzeit wurde die schmale Schicht der *ciudad letrada* (Schreiberlinge, Kolonialbeamte und ihre kreolischen Nachkommen) dank der mit dem Schriftgebrauch verbundenen Verfügungsgewalt über Gesetz und Ordnung bald zu einem "anillo protector del poder y ejecutor de sus órdenes" (A. Rama 1984: 25), der als Mittler zwischen alter und neuer Welt, Machteliten und Massen fungierte. Anders als die unmerklich entstandene Symbiose zwischen administrativen und geistigen Eliten waren die Universitäten geplante Gründungen für Abkömmlinge der kreolischen Oberschicht (Cano 1984: 199-203). Erst mit den ersten unabhängigen Wochenzeitungen Ende des 18. Jahrhunderts in Mexiko, Havanna und Lima löste sich die *ciudad letrada* aus den Fesseln der Scholastik.

Trotz Aufklärungsideale wurde die Unabhängigkeitsbewegung bekanntlich nicht von einer national bewussten Bevölkerung, sondern von einem oft gegen das eigene Volk kämpfenden Söldnerheer unter kreolischer Führung getragen (Scott 1963; Mármora 1985). Die zugleich geistigen und militärischen Unabhängigkeitsführer wie Simón Bolívar (1783-1830) oder San Martín (1778-1850) stammten aus der Grundbesitzerschicht und besaßen eine vom "Ideengut der französischen oder US-amerikanischen Revolution nur oberflächlich überlagerte konservative Grundhaltung" (Werz 1992: 41). Während ihr in den neuen Verfassungen manifester Liberalismus auf staatliche Loslösung und wirtschaftlichen Freihandel zielte, herrschten vielerorts Bürgerkrieg und lokale *caudillos*. Die *ciudad letrada* war zentral beim administrativ-juristischen Aufbau der neuen Republiken (A. Rama 1984: 56), erlitt aber durch die Kluft zwischen europäischen Idealen

44 E. Rodó, "Carta a Baldomero Sanín Cano", zit. n. A. Rama (1987: 116).

und lateinamerikanischer Wirklichkeit einen wachsenden Identitätskonflikt (Franco 1985: 17).

Die widersprüchliche Verbindung von progressiven und konservativen Idealen, eigenen und fremden Werten kondensierte sich im Sozialtyp der literarisch und juristisch gebildeten *intelectuales-políticos*, die wechselweise als Literat, Wissenschaftler, Diplomat, Jurist oder Politiker tätig waren.⁴⁵ Ihr Republikanismus besaß zum einen oligarchische Interessen, zum anderen eine emanzipatorische "national-erzieherischen Orientierung" (Werz 1992: 50), die das Volk aufklären und Institutionen festigen wollte. Bevorzugte Reflexionsform waren Essays, die sich zwischen Geschichtsschreibung, Kritik und Biographie bewegten (Franco 1985: 23). Nachdem die Wirren der Unabhängigkeitsphase viele *intelectuales-políticos* ins Exil getrieben hatte, schuf die staatliche Konsolidierung in der zweiten Jahrhunderthälfte neue Betätigungsfelder. Der wissenschaftsgläubige Positivismus, der v.a. in Mexiko den Liberalismus überlagerte,⁴⁶ steigerte die Verflechtungen mit dem Staat (Cano 1984: 218). Dabei kam den neuen Nationaluniversitäten eine besondere Rolle zu. Liberale und Konservative, Unitarier und Föderale waren sich darin einig, diese als Beute der je siegreichen Partei anzusehen – womit Zensur und Säuberungen zum Universitätsalltag wurden.

Im *Cono Sur* hatten die *sociedades literarias* oder *patrióticas* schon so genannte *papeles públicos* herausgegeben. Sie kanalisiert die Debatte kleiner Gruppen von *literatos* (Janik 1995: 25), die politische Chronistenpflicht mit literarischer Reflexion und Nationalbewusstsein verbanden. Als Produkt eines unabhängigen und aufklärerischen Vereinswesens waren sie Anfang einer öffentlichen Meinung und legten die Fundamente einer die lateinamerikanischen Intellektuellen lange prägenden "literarischen Kultur", die auch auf öffentliche Wirkung zielte und sich in der Bedeutung des Essayismus wie der

45 Beispielhaft war auch Andrés Bello (1781-1865), der als Diplomat in Europa und als Gründungsrektor der Nationaluniversität wirkte.

46 Der Positivismus galt als Handlungsanleitung für Wandel bei stabilen Verhältnissen (Briesemeister et al. 1994: 237f.). In Mexiko etablierte Porfirio Díaz' Entwicklungsdiktatur (1877-1880, 1884-1911) mit dem *cientificismo* ein Klientel- und Kooptationsmuster, das zwei Drittel der Anwälte und Ingenieure vom Staat abhängig machte und die Revolution überlebte (A. Rama 1984: 123).

intellektuellen *revistas* manifestierte (ebd.: 103).⁴⁷ In den 1870er und 1880er Jahren erweiterten neue, als *periódicos-empresas* der Handelsoligarchien fungierende Qualitätszeitungen (A. Rama 1984: 79) die öffentlichen Wirkungsmöglichkeiten (Meinecke 1992: 28). In den Kaffeehäusern der Hauptstädte entstanden zugleich literarisch-künstlerische *tertulias* und Boheme-Zirkel (Franco 1985: 24-27), die mit der Herausgabe eigener *revistas* oder Mitarbeit in der Tagespresse die Loyalität zu den Herrschenden infrage stellten.

Schon in den jungen Republiken entstanden so anhaltende Konfliktlagen lateinamerikanischer Intellektueller. Die *intelectuales-políticos* waren Teil einer zwischen alter und neuer Welt hin- und hergerissenen Elite. Eine Analphabetenrate von 70-80% (Franco 1985: 18) sowie oligarchische Herkunft machten sie zu einer zwischen Machtausübung und Marginalisierung pendelnden *minoría selecta* (Ansaldi et al. 1984). In Ermangelung eines Bürgertums schleusten sie in die engen öffentlichen Diskussionskanäle liberale Fortschrittsideen ein (Mols 1985: 52), die zu wirkungsmächtigen Integrationsmythen wurden. Weil Staat und soziale Gruppen schwach organisiert waren, besaßen sie eine autonome Schöpferfunktion (Touraine 1988: 139-142), wurden aber zunehmend kooptiert.

Mit der Krise des liberal-oligarchischen Herrschaftsmodells änderten sich im frühen 20. Jahrhundert Ideen und Rollen der *ciudad letrada*. Im Umfeld der Hundertjahrfeiern entstand ein nationalistisches Denken, das Liberalismus, Positivismus und Integrationsdefizite kritisierte; Bildungsreformen und Presseexpansion schufen neue Aufstiegsmöglichkeiten für Intellektuelle. Mit Boheme und Avantgarde differenzierte sich das intellektuelle Feld aus und beanspruchte trotz anhaltender Verflechtungen zunehmend eigene Regeln. Die beginnende Institutionalisierung der Sozialwissenschaften und Rezeption des Marxismus, die ab den 1920er Jahren Philosophie und Literatur befruchteten, gab den Linksinтеллектуellen eine neue Legitimationsbasis; auch die Parteien schufen neue Möglichkeiten. Der *intelectual-político* wurde durch neue Intellektuellentypen wie *bohemia* oder *pensador* ergänzt (Uchoa 1971: 115).

47 Im frühen 19. Jahrhundert bedeutete *literatura* "von Bildung begründetes Wissen", das "mittels schriftstellerischer Ausdruckskraft auf gesellschaftliche Wirkung" zielte (Janik 1995: 35) sowie Produzenten und Rezipienten auf bestimmte Textformen wie Essayismus, Reflexivität verpflichtete (ebd.: 101).

Geistiger Wendepunkt war zur Jahrhundertwende – auch unter dem Eindruck der Machtentfaltung der USA – der Essay *Ariel* des Uruguayers José Enrique Rodó (1881-1917), der den Geistesmenschen Ariel – die moralische Überlegenheit der *latinos* verkörpernd – und den Praktiker Calibán – für Effizienz und Pragmatismus der angelsächsischen Welt – gegenüberstellte. Rodós stilisierter Nord-Süd-Gegensatz begründete gleich einem Manifest der neuen Generation (Franco 1985: 66) ein „Lateinamerika als Ganzes umgreifendes Idealbild kulturell-geistiger Zusammengehörigkeit“ (Briesemeister et al. 1994: 239). Der in ein aristokratisches Demokratiekonzept eingebettete „Kulturnationalismus“ ließ Intellektuelle auch das Thema der nationalen Identität – als *argentinidad*, *mexicanidad*, *peruananidad* oder *brasilidade* – erörtern (Werz 1992: 96). Stiegen über die Presse zunehmend Mittelschichten in die Intelligenz auf, ging der Bruch mit der oligarchischen Ordnung von zwei Orten aus: Zum einen von der mexikanischen Revolution (1910-1914/20), zum anderen von der Universitätsreformbewegung 1918 im argentinischen Córdoba.

In Mexiko initiierte nach der Revolution der Philosoph José Vasconcelos (1882-1959) als Rektor der neuen UNAM (*Universidad Nacional Autónoma de México*) und Erziehungsminister (1921-1924) weitreichende Bildungsreformen. Der Kulturnationalismus entwarf ein demokratisches Integrationsmodell, propagierte „mestizische Werte“ (*raza cósmica*) und schuf – wie bei den als Revolutionsikonografen fungierenden Wandmalern Rivera und Siqueiros – ein Kooptionsmuster zwischen Intellektuellen und progressivem Staat (Franco 1983: 91-98). Der revolutionäre Funken sprang nun an den *Río de la Plata*. Die von vielen Einwandererkindern getragene Universitätsreformbewegung von 1918 forderte Modernisierung, Mitbestimmung und gesellschaftliche Öffnung (Valdés 1965: 178). Ihr ging es um Autonomie und Partizipation inner- und außerhalb der akademischen Mauern (Cano 1984: 233). Die Bewegung führte 1921 zum ersten Studentenkongress und machte die Universitäten zum ideologisch-politischen Kampfplatz. Indem sie in den meisten Ländern (außer Argentinien, Mexiko, Uruguay) die institutionelle Demokratisierung antizipiert hatte (ebd.: 237), sahen sich ihre Anhänger als gesellschaftliche Avantgarde.

Inspiziert von den Umbrüchen auf dem neuen und alten Kontinent entstanden in den 1920er Jahren Intellektuellengruppen, die den Kul-

turnationalismus mit ästhetischer Avantgarde verbunden oder – mit den Forderungen indianischer oder schwarzer Bevölkerung – in sozialrevolutionäre Aktivitäten münden ließen. In Peru schuf Raúl Haya de la Torre (1895-1979) “freie Volksuniversitäten”, musste 1923 aber ins Exil nach Mexiko gehen. Seine Erkenntnis, dass Lateinamerika eine eigene “historische Zeit” besäße, begründete eine undogmatische Marxismus-Aneignung und 1926 die *Alianza Popular Revolucionaria Americana* (APRA), die erste linkspopulistische Partei des Kontinents. Das neue Engagement in den Parteien entzweite die Bundesgenossen oft.⁴⁸ Undogmatische Denker wie Torres Landsmann José Carlos Mariátegui (1894-1935), der für ein Bündnis von Bauern, Mittelschichten und Militärs plädierte, wurden ausgeschlossen. Außer in Mexiko, wo emanzipatorische Ideen umgesetzt zu werden schienen, schuf die Randlage der Linken ein von eigener Bindungsschwäche vertieftes Gefühl von Entwurzelung und Machtlosigkeit.

Obwohl 1910-1945 in Lateinamerika ca. 50 neue Universitäten – 25 allein in Mexiko, 13 in Brasilien – entstanden (Cano 1984: 237), blieben die Studentenzahlen hinter dem demographischen Zuwachs zurück. Neben den boomenden Ingenieur- und Rechtswissenschaften etablierten sich die Sozialwissenschaften; nach den in den 1890er Jahren gegründeten Lehrstühlen an philosophischen oder juristischen Fakultäten entstanden nun eigene soziologische Institute. Mit der noch positivistisch inspirierten Institutionalisierung und dem umfassenden Erklärungsanspruch der Sozialwissenschaften legitimierte sich das öffentliche Wirken – und die Aufstiegsambitionen – der Akademiker neu; *tertulias* und Zirkel trafen sich demgegenüber in Kaffeehäusern oder Bildungsvereinen und artikulierten sich in Zeitschriften (Romero 1976: 232). Zunehmend differenzierten sich Politik, Journalismus und Wissenschaft, Links- und Rechtsintellektuelle sowie literarische und institutionalisierte Intellektuellenmilieus voneinander aus.

In den 1930er Jahren erlosch die Wirkungsmacht der liberalen *intelectuales-políticos* des 19. Jahrhunderts wie der kulturelturnationalistischen *pensadores* des frühen 20. Jahrhunderts. Als philosophisch,

48 Mariátegui gab in seiner Zeitschrift *Amauta* der europäischen Linken das Wort und vollzog in *Siete ensayos de interpretación de la realidad peruana* (1928) eine marxistische Gesellschaftsanalyse. Haya de la Torre und die APRA wurden 1929 aus der Kommunistischen Internationale verbannt. In Mexiko wurde u.a. Diego Rivera aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen (Löwy 1988: 18).

historisch oder juristisch geschulte, nur wenig institutionell gebundene soziologische Autodidakten begründete ihr Essayismus einen “bias anti-économique” (Touraine 1988), wollte aber auch politische Handlungsanleitungen geben. Entsprechend dem Zusammenwirken von Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft und ihrer großbürgerlichen Herkunft waren sie mit herrschenden Klassen verflochten, stellten die Loyalität (unter Einfluss des Marxismus) aber infrage. Mit ihren vor allem publizistischen Aktivitäten prägten die *pensadores* eine für den Kontinent charakteristische außerinstitutionelle Intellektuellenfigur. Während US-Autoren ihr idealistisches “prä-soziologisches” Denken kritisierten (Bonilla 1967; Germani 1963), würdigten viele europäische und lateinamerikanische Stimmen (A. Rama 1984; Bourricaud 1972; Touraine 1985) den Essayismus trotz Methodenkritik als eine der fragmentarischen Wirklichkeit angemessene Reflexionsform.

1.1 Argentinien: “Generation von 1837” bis Kulturnationalismus

Del Salón Literario se desprendió un grupo de cabezas inteligentes que, asociándose secretamente [...] debía echar en toda la República las bases de una reacción civilizada contra el gobierno bárbaro (F. D. Sarmiento, zit. nach Viñas 1974: 13).

Die das 19. Jahrhundert prägende “Generation von 1837” war eine Gruppe liberal-frankophiler Denker und Literaten, die zunächst in Opposition zu dem von *caudillos* und Unterschichten getragenen autoritär-nationalistischen Präsidenten Juan Manuel de Rosas (1793-1877) stand. Nach dessen Zerschlagung von Salons und Zeitschriften der Gruppe erschienen die wichtigsten Schriften ihrer Protagonisten Juan B. Alberdi (1810-1884) und Domingo F. Sarmiento (1811-1888) im Exil. Sarmientos in Chile veröffentlichter Fortsetzungsroman *Facundo* (1845) – die Biographie des gegen die Zentralregierung kämpfenden *caudillo* Facundo Quiroga (1788-1835) – kondensierte in der Dichotomie *civilización* vs. *barbarie* den Grundkonflikt: Gegenüber den *caudillos* verkörperten die hauptstädtischen Eliten die zivilisierte, durch Handel und europäische Einwanderung zu fördernde *res publica* – “de esto se trata, ser o no ser salvaje” (Sarmiento 1988: 42). Wie andere “enge Zirkel studentischer Kreise und städtischer Honoratioren” neigte auch die “Generation von 1837” dazu, “sich als genuine

Repräsentanten der *voluntad general* und als elitäre Führungsgruppe der Nation zu definieren” (Riekenberg 1995: 271). Die Ideale von Aufklärung und Konstitutionalismus schweißten die Gruppe gegenüber Rosas, Exil und inneren Disputen (Alberdi vs. Sarmiento) bis in die 1860er Jahre zusammen.⁴⁹

Nach Rosas’ Sturz (1852) und der Rückkehr nach Argentinien nahmen viele Mitglieder Einfluss auf die Politik und versuchten, ihre Ideen beim Aufbau des Rechts- und Erziehungswesens umzusetzen – aus Denkern wurden Erzieher und Staatsmänner, aus den *intelectuales* nun *políticos*. Alberdis *Bases para la Constitución Federal Argentina* (1852) war Grundlage für die 1853 verabschiedete, zwischen Unitariern und Föderalen vermittelnde Verfassung. Der 1862 als Staatspräsident gewählte Bartolomé A. Mitre und dessen Tageszeitung *La Nación* ebneten ihren Aufstieg in die oligarchische Politik. Sarmiento war Botschafter in den USA, bevor er 1868 zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Er wurde zum einen bei der Ansiedelung der europäischen Einwanderer, zum anderen beim Aufbau eines allgemein zugänglichen Bildungssystems (“educar al soberano”) tätig – 1870 wurden erste Grundschullehrer ausgebildet,⁵⁰ 1884 die kostenlose Schulpflicht beschlossen. Trotz der progressiven Bildungspolitik regierte Sarmiento wie ein “aufgeklärter Despot” mit Dekreten am Parlament vorbei und ließ aufmüpfige Provinzen von der Armee “befrieden” (Vogel 1992: 700).

Als erstes Intellektuellenkollektiv gründete die “Generation von 1837” eine Nationalliteratur und war standesbewusst nicht nur von der Führungsaufgabe der Eliten, sondern auch von der Macht der Ideen überzeugt (Viñas 1974: 15). Die Gruppen waren keine Salon-Intellektuellen, sondern nach dem Exil eng mit der Politik verflochten, wobei die Protagonisten Sarmiento und Alberdi unterschiedliche Haltungen

49 Kern war die “Asociación de la joven generación argentina” um Alberdi und E. Echevarría, J. Gutiérrez, V. Fidel und L. Mármol, dem sich bald darauf der aus San Juan stammende Autodidakt Sarmiento anschloss. Die nationalistische Rezeption betont die Spaltung der Gruppe in einen konservativen Flügel um Sarmiento und einen progressiven um Alberdi (vgl. Feinman 1982: 58-67). Setzte sich der Realpolitiker Sarmiento in Amt und Würden über Geschriebenes hinweg, hielt sich der prinzipientreue Alberdi von praktischer Politik fern.

50 Sarmiento war v.a. von der Bildungspolitik der Neuengland-Staaten beeindruckt, wo er Lehrerdzenten anwarb. Die Erfolge seiner Reformen zeitigten sich später: Die Analphabetenrate sank von 77% (1869) auf 36% (1914) (Vogel 1992: 706).

gegenüber der Machtausübung verkörpert. Die Gruppe verankerte einen konservativen Liberalismus, in dem Nation und Zivilisation als Ordnungs- und Integrationsmythen zur Grundlage des unerschütterlichen Glaubens an die “grandeza argentina” wurden (Riekenberg 1995: 281). Vereinzelte Gegenstimmen wie José Hernández’ Gauchopoem *Martín Fierro* (1873), das die moralische und materielle Zerstörung der Landbewohner anprangerte,⁵¹ fanden wenig Gehör gegenüber der Öffnung für Einwanderer und Kapital, die die mit der Exportwirtschaft verbundenen Mittel- und Oberschichten prosperieren ließ. Die “Generation von 1837” war deren organische Intellektuelle und entwarf zugleich einen Schulterschluss zwischen Hauptstadt und Provinz (Vogel 1992: 699), den Sarmiento – der die Hegemonieansprüche Buenos Aires’ wie die Wirtschaftsinteressen des *interior* berücksichtigte – versöhnend verkörperte.

Soziologisch beruhte die Machtposition der “Generation von 1837” auf der noch kaum vollzogenen Ausdifferenzierung zwischen Literatur, Öffentlichkeit und Politik. Nach Rosas’ Sturz entstanden bis Jahrhundertende mehr als 450 Zeitungen (Meinecke 1992: 58). Die von Mitre als *tribuna de doctrina* der Oligarchen- und Großbürgerschichten gegründete *La Nación* wurde für die *intelectuales-políticos* ein prestigeträchtiger Publikationsort, kurz: “categoría de validación social de los intelectuales” (D. Viñas, zit. n. King 1986: 10). Als Forum und Transmissionsriemen des erstarkenden Liberalismus wurden die Blätter zum unverzichtbaren Organ für alle führenden Politiker oder solche, die es werden wollten. Durch das expandierende Presse- und Verbandswesen bildete sich in Buenos Aires früher als im übrigen Kontinent eine “culture of mobilization” (Sábato 1992: 153) heraus, in der kollektive Interessenvertretung sich mittels öffentlichem Reden – in Zeitschriften und Versammlungen – vollzog. Obwohl die Elite-Zirkel von *La Nación* und *Jockey-Club* (ab 1881) geschlossene Kreise (mit vielen Doppelmitgliedschaften) blieben (Birle 1995: 73), begann die bürgerliche Mobilisierungskultur den Elitestatus der Intellektuellen infrage zu stellen.

51 Der aus der Provinz Entre Ríos stammende José Hernández (1934-1986) war Journalist und Politiker und nahm 1870 für den ‘oppositionellen’ *Partido Federal Reformista* an der niedergeschlagenen Revolte gegen Sarmientos Regierung teil.

Die nach Beginn der ersten Präsidentschaft von Julio A. Roca benannte "Generation von 1880" markierte bereits den Verfall der 1837er-Ideen. Einer Gesellschaft, in der Kapital und Menschenzufluss "Milch und Honig" fließen ließen (Vogel 1992: 701), stand eine autoritäre Politik gegenüber, in der Einwanderer ausgeschlossen und die Elitenherrschaft durch Klientelismus und Wahlbetrug perpetuiert wurden. Zwar war die "Generation von 1880" an der Gründung neuer Intellektuellenzirkel – wie *El Ateneo* (1892) und *Conservatorio* (1893) – beteiligt und kündigte eine Sozialisierung des Liberalismus an, vertiefte faktisch aber aristokratisch-autoritäre Ideen (Romero 1994: 181ff.). Die so genannten *escritores-gentlemen* (Viñas 1974: 31-40) oder *escritores-diplomatas* (King 1986: 11) widmeten sich nicht der institutionellen Aufbauarbeit ihrer Vorgänger, sondern pflegten als journalistische Mitarbeiter der großen Zeitungen einen kosmopolitischen Lebenswandel. Sie standen in Kontakt mit den Staatseliten, übernahmen aber nur selten Funktionen – sie waren nicht mehr Vorsteher, sondern Verwalter einer Republik des Geistes.

Im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts beschleunigte sich neben dem sozialen – bis 1930 ließen sich mehr als 5 Millionen Einwanderer im Land nieder – auch der politische Wandel. 1890 wurde die für die Rechte der Einwanderer kämpfende *Unión Cívica Radical* (UCR) gegründet, 1895 der *Partido Socialista* (PS), der die wachsende Arbeiterschicht mobilisierte und positivistische Denker wie Juan B. Justo, Anibal Ponce oder José Ingenieros anzog, die auch durch die neu errichteten Sozialwissenschaften an der UBA zu Einfluss kamen. Das 1912 angesichts der wiederholten Revolten beschlossene allgemeine Wahlrecht sollte der UCR den Weg an die Macht ebnen.

Mit "Generation von 900" wird eine Gruppe von meist aus dem Landesinnern kommenden Journalisten, Historikern und Literaten bezeichnet, die sich um Manuel Gálvez (1862-1962), Leopoldo Lugones (1874-1938) und Ricardo Rojas (1882-1957) sammelten und ab der Jahrhundertwende die Prämissen der *intelectuales-políticos* hinterfragten. Gegenüber der Entwurzelung und Überfremdung in einer als *crisol de razas* (Sarmiento) verstandenen Nation wollten die Kulturnationalisten europäische Einflüsse zurückdrängen. Rojas' *La restauración nacionalista* (1909) war eine von Renans metaphysischem Nationsbegriff beeinflusste Klage über die soziale "Degeneration"

durch Demokratie und Kosmopolitismus (Rock 1987: 273).⁵² Die "Generation von 900" verstand sich ebenso primär als Problemeinheit, die den *Martín Fierro* zum geistigen Gegenbild des Liberalismus und Fundament von *argentinidad* und Nationalliteratur stilisierte (Altamirano/Sarlo 1983: 99).

Als erster demokratisch gewählter Staatspräsident unterstützte Yrigoyen (1916-1922) die Universitätsreformbewegung von Córdoba, ließ bald aber Arbeiteraufstände unterdrücken. Nach dem Interregnum von Marcelo T. de Alvear (1922-1928) wurde Yrigoyen mit einem wirtschaftsnationalistischen Programm 1928 wiedergewählt und 1930 von Militärs und traditionellen Eliten abgesetzt. Die UCR hatte den aufsteigenden Unter- und Mittelschichten – auch mittels der in den Stadtvierteln eingerichteten *comités*, die der Partei kontinuierliche Mobilisierung und Postenvergabe erlaubten – neue Partizipationsnetze erschlossen, die klientelistisch-repressive Regierungspraxis aber wenig verändert. Demgegenüber spaltete sich die "Generation von 900" in zwei Flügel (Rock 1987: 286). Die Liberalen Gálvez und Rojas – Dekan der neuen *Facultad de Filosofía y Letras* (1922-1926) und UBA-Rektor (1926-1930) – unterstützten Yrigoyen (Glauert 1963); Lugones dagegen beschwor 1927 in *La Nación* die "Stunde des Schwerts" (Warley 1985: 88-105) zur Befriedung des Staats.

Auch die beruflichen Gräben vertieften sich. Der *intelectual-político* wickelte dem *escritor-profesional* bzw. *escritor-periodista* (Altamirano/Sarlo 1983: 81), der ausgehend von seiner Expertise und Pressekontakten in der Öffentlichkeit intervenierte und Ideologie- oder Identitätsfunktionen für andere Gruppen ausübte. Diese gründeten 1928 mit der *Sociedad Argentina de Escritores* (SADE) einen eigenen Interessenverband (Warley 1985: 19); zugleich entstand die Institution des "Vortrags" (*conferencia*) als Medium öffentlicher Reflexion und politischer Stellungnahme (Altamirano/Sarlo 1983: 85). Während an der UBA die neue *Facultad de Filosofía y Letras* (FyL) den Mittel- und Unterschichten neue Aufstiegsmöglichkeiten bot (King 1985: 11), blieb *La Nación* unumstrittenes "meca cultural y profesional" (ebd.: 81).

52 Viele Kulturnationalisten kamen aus der dekadenten Oberschicht der Nordwest-Provinzen – Gálvez aus Entre Ríos, Lugones aus Córdoba, Rojas aus Santiago del Estero. Rojas und Gálvez verglichen sich mit der spanischen "Generation von 1898" (Rock 1987: 275), die eine Besinnung auf nationale Wurzeln forderte.

Der Ausdifferenzierung wurde in den 1920er Jahren von den um Avantgarde-Gruppen entstandenen *Revistas* überlagert, in denen sich Journalisten und Akademiker trafen. Die nach einer eleganten Einkaufsstraße benannte "Florida-Gruppe" bestand aus ästhetisch experimentierfreudigen Mittel- und Oberklasseliteraten, die nach einem Arbeitervorort benannte "Boedo-Gruppe" aus Mittel- und Unterschichtdenkern. Die *revistas* der "Florida-Gruppe" (*Prisma*, *Proa* oder *Martin Fierro*) erreichten hohe Auflagen, enthielten sich aber – in Tradition der *escritores-gentlemen* – der politischen Stellungnahme (King 1985: 19-24). Die "Boedo-Gruppe" (*Claridad*) bemühte sich um Verbreitung sozialistischer Ideen, litt aber an geringem Organisationsgrad und fehlenden Parteikontakten. Über ideologische Differenzen hinaus etablierte die Blüte der Zeitschriften in den 1920er Jahren eine die Intellektuellen in Buenos Aires bis heute prägende *revista*-Kultur.

1.2 Brasilien: "Generation von 1870" bis Modernismus

O Brasil depende de nós, está em nossas mãos. O futuro nos pertence.⁵³

Brasilien ging im 19. Jahrhundert in vielem einen "Sonderweg" (Brunn 1980). Während die hispanoamerikanischen Staaten sich gewaltsam vom "Mutterland" lösten und zunächst zerfielen, wurde Brasilien 1822 unblutig als Kaiserreich unabhängig und behielt die Sklaverei bei. Die meist in Portugal ausgebildeten Eliten waren sich einig, dass im neuen Staat aufgeklärter Monarchismus und ökonomischer Liberalismus – der mit der Sklaverei seine eigene Prämisse brach – herrschen sollten (Guimarães 1987: 10-14). Neue Wissenschaftsinstitutionen sollten eine "classe ilustrada nacional" formen (Schwarcz 1993: 24): Die Ausbildung zum *bacharel* in den 1828 in São Paulo und Recife errichteten *faculdades de direito* vermittelte juristische, journalistische und politische Fähigkeiten (Speck 1995: 35), das *Instituto Brasileiro de Geografia e História* (IBGH) sollte ab 1838 eine nationale Geschichtsschreibung gründen. Die schmale Gebildeten-schicht im Zweiten Kaiserreich (1842-1889) war – dank des Mäzena-

53 Um 1900 in der *faculdade de direito* von São Paulo angebrachte Inschrift, zit. n. Schwarcz (1993).

tentums des *monarca ilustrado* Pedro II. – eng mit dem Staat verflochten.⁵⁴

Der Bruch zwischen Konservativen und Liberalen, der Einfluss des Positivismus und der ökonomische Wandel führten zu Veränderungen. An der *faculdade de direito* in Recife entstand um Sílvio Romero (1951-1914) als Keimzelle der “Generation von 1870” eine Gruppe von zwischen 1850-1870 geborenen Literaten, Juristen und Journalisten (Bosi 1992: 275ff.).⁵⁵ Zwischen progressiven und reaktionären Idealen wiesen sie den Weg in die kulturelle Moderne (Sevcenko 1987: 83) – sie wollten die Nation zur Republik machen, aber mittels *branqueamento* “zivilisieren”. Dabei entwickelte die Gruppe enge Bande zu dem gegen die Sklaverei kämpfenden *abolicionismo* und der republikanischen Bewegung (Skidmore 1993: 17ff.). Für die von Joaquim Nabucco geführten und in *sociedades de emancipação* organisierten *abolicionistas* wie die von Rui Barbosa angeführte republikanische Bewegung behinderte die Sklaverei den ökonomischen und moralischen Fortschritt (Ventura 1987: 129).⁵⁶

Mit Aufhebung der Sklaverei im Jahre 1888 und Errichtung der *Primeira República* 1889 – deren Widersprüche sich im Staatsmotto “ordem e progresso” manifestierten – errangen die *bacharéis* einen Teilerfolg. Die politische Realität aber entsprach nicht ihren Idealen. Oligarchisch-klientelistische Parteien, Unterdrückung der Unterschichten (*coronelismo*), Postenschieberei unter den Eliten (*fisiologismo*) und Absprachen (*politicagem*) zwischen den mächtigen Bundesstaaten machten die Republik zur Fassade. Gegenüber der mit der *abolição* verbundenen rechtlichen Gleichstellung und der Frage, wie die schwarzen Schichten in den “Sozialkörper” zu integrieren seien, hatten weiße Ober- und Mittelschichten früh symbolische Mauern

54 1857 besaßen nur 0,3% der freien Stadtbürger das Wahlrecht, nur 2% der erwachsenen weißen Bevölkerung war alphabetisiert (Guimarães 1987: 189f.).

55 Um den Mentor Tomás Barreto bestand die so genannte *Escola do Recife* aus den Historikern C. de Abreu und J. Veríssimo sowie dem Juristen C. Bevilacqua.

56 Rui Barbosa (1849-1923) besaß eine für die *bacharéis* der “Generation von 1870” typische Biographie. Nach Studium in Recife und São Paulo war er während der Reformdebatte des späten Kaiserreichs Journalist und Abgeordneter, in der Ersten Republik Finanzminister und federführend an der Verfassung von 1891 beteiligt, bevor er für die antioligarchische Opposition 1909 und 1913 der unterlegene “zivilistische” Gegenkandidat war (vgl. Speck 1995: 35f.).

errichtet.⁵⁷ Die Kluft zwischen liberalen Verfassungsideen und autoritärer Herrschaftspraxis ließ Zweifel an der Möglichkeit eines progressiven Republikanismus in den Tropen aufkommen.

Der als *pai fundador* der "Generation von 1870" bezeichnete Sílvio Romero, der als Journalist, Ethnologe und Abgeordneter mehr als 50 Bücher veröffentlichte, illustriert beispielhaft die Widersprüche. Seine *História da Literatura Brasileira* (1888) betrachtete Literatur als Ausdruck der moralischen Beschaffenheit von Volk und Nation (Bosi 1995: 280), für die er biologistisch Umwelt und Rasse als Schlüsselfaktoren ansah. Der von Romero (wie vom IBGH-Mitglied Euclides da Cunha) betonte Mischcharakter Brasiliens ("somos todos mestiços, se não no sangue, nas idéias") war ein Zivilisationshindernis und sollte mit anglo-germanischer Einwanderung kuriert werden. Romeros gleichzeitige Bewunderung und Verachtung des *mestiço* zeigte den Spagat zwischen europäischen Ideen und nationaler Realität: Die 1870er kritisierten und bewunderten zugleich die Fortschrittsgläubigkeit, sie verurteilten die Privilegien der Oligarchien und waren mit ihnen verflochten, sie wollten die neue Nation würdigen und konnten nur ihre Unvollkommenheit erkennen.

Als brasilianische Variante der *intelectuales-políticos* umfasste die "Generation von 1870" zwei sich überschneidende soziologische Untertypen (Schwarcz 1993). Die an den *faculdades de direito* ausgebildeten *bacharéis* wie Barbosa nahmen v.a. an der öffentlichen Debatte teil, die oft naturwissenschaftlich ausgebildeten *homens da ciencia* waren wie Romero oft in wissenschaftlichen Einrichtungen eingebunden. Beide Typen beanspruchten öffentliche Geltung, hatten in ihrem Pendeln zwischen Wissenschaft, Presse und Politik aber eigene Handlungsmuster. Während die öffentlichkeitswirksamen, aber oft ungebundenen *bacharéis* ihre Ideen in der Politik missachtet sahen, fühlten sich die *homens da ciencia* dank institutioneller Verankerung erfolgreicher. Als "cientistas e políticos, pesquisadores e literatos, acadêmicos e missionários" (ebd.: 18) schufen sie in der frühen *Primeira Republica* einflussreiche Theorien und stiegen – wie der in die *Academia Brasileira de Letras* gewählte Romero – in den Wissen-

57 Die Darstellung der Schwarzen und Mulatten als Objekte der Belustigung, Unterdrückung oder Verachtung in den bürgerlichen Blättern São Paulos in den 1870/1880er Jahren zeigte, dass viele *abolicionistas* die Freisetzung weniger aus moralischen denn aus ökonomischen Gründen verfolgten (Schwarcz 1987).

schaftsinstitutionen auf. Dabei boten die ethnographisch-naturkundlichen Museen ein wachsendes Betätigungsfeld.⁵⁸

Das 19. Jahrhundert hinterließ ein widersprüchliches Legat. Das IBGH, das die Vision einer "weißen und zivilisierten Nation in den Tropen" entwarf, war mit der Produktion von offiziell instrumentalisierbarem Wissen ein frühes Beispiel staatlicher Intellektuellenkooptation (Guimarães 1987: 23ff.). Die *bacharéis* und *homens da sciencia* standen für ideologischen Pragmatismus, Elitenverflechtung und politischen Aufstieg – in eigener und öffentlicher Wahrnehmung waren ihnen die Geschicke der Nation anvertraut. Zum einen verkörperten sie "idéias fora do lugar", zum anderen arrangierten sie sich oft mit den traditionellen Oligarchien. Zunehmend kamen auch dank *abolicionismo* und republikanischer Bewegung auch Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft in Bewegung. Zwei bis drei Dekaden später als am Río de la Plata begannen die bürgerlich-städtischen Schichten, sich in *clubes políticos*, *ligas libertadoras* oder *centros de emancipação* zu organisieren (Cruz Costa 1957: 30). Neue Tageszeitungen verbreiteten liberale Ideen, wobei der 1890 von der Kaffeeoligarchie gegründete *O Estado de São Paulo* (ESP) bald dominierte (Miceli 1979: 3).⁵⁹

Im 20. Jahrhundert vertiefte sich der Wandel. In Rio und São Paulo wuchsen mit Einwanderung und Industrialisierung nicht nur die ausgeschlossenen Schichten, sondern auch Aufstände und Streiks. Zugleich erschütterte der Erste Weltkrieg den Glauben an das Vorbild Europa und leitete eine Besinnung auf die eigenen Wurzeln ein. Dabei machten zum einen die anti-liberalistischen "autoritären politischen Denker", zum anderen die "modernistischen" Literaten und Künstler aus São Paulo von sich reden.⁶⁰ Dieser um das Nationsproblem kreisende Generationszusammenhang trug mit der Kritik an "importierten" Ideen zur kulturelernationalistischen Wiederentdeckung bei, behielt

58 Die wichtigsten waren das *Museu Paraense Emilio Goeldi* in Belém (1888), das *Museu Paulista* in São Paulo (1894) und das *Museu Nacional* in Rio (1895) (Schwarz 1993). Auch die an den Instituten und Museen entstehenden Fachzeitschriften bezeugten die Existenz einer wachsenden Forschergemeinschaft.

59 *O Estado de São Paulo*, lange das einzige Qualitätsblatt außerhalb von Rio, vervielfachte bis 1920 die Auflage und hatte ähnliche Funktionen wie *La Nación*.

60 Martins (1987) spricht von der "Generation von 1920-1940", Pécaut (1989) von der von 1920-1945. 1922 wurde die (stärker als in Argentinien) auch auf Intellektuelle einflussreiche Kommunistische Partei gegründet.

enge Beziehungen zur politischen Elite und wurde nach 1937 durch Vargas' *Estado Novo* kooptiert.

Die Gruppe der "autoritären politischen Denker" umfasste zwischen 1880 und 1900 geborene, in den Krisenjahren der Republik sozialisierte *bacharéis*. Unter ihrem Mentor Alberto Torres entwarf die mehr geistig denn organisatorisch verbundene Gruppe eine "Ideologie des autoritären Staats" (Lamounier 1980),⁶¹ in der sie sich als eine mit diesem verflochtene Führungselite sahen (Pécaut 1989: 32-49). Auch in dem "kompensatorischen Etatismus" (Speck 1995: 78) des Torres-Schülers Oliveira Vianna (1883-1951) konnte nur ein starker Staat eine bewusste Nation formen.

Im boomenden São Paulo artikulierten sich Künstler und Denker der *Semana de Arte Moderna* von 1922 in *Revistas* und Manifesten.⁶² Die von intensiven Binnenbeziehungen geprägten *modernistas* propagierten eine Verschmelzung von Europa und Brasilien, Moderne und Tradition, Elite und Volkskultur und interessierten sich – wie der auch ethnographisch arbeitende Mário de Andrade – auch für das Landesinnere. Nicht nur in seinem Roman *Macunaíma, o herói sem caráter* (1928) war Brasilien eine das Fremde einverleibende "antropophagische" Einheit (Martins 1987: 76). Eng mit den oft als Mäzen fungierenden Eliten São Paulos verbunden (Marson 1973), spiegelte der *modernismo* den Bedeutungsverlust des Nordostens, wo der von Gilberto Freire (1900-1987) in Recife organisierte *Congresso Regionalista* modernitätsfeindliche Töne anschlug. Aufbauend auf dem Ausbau von Presse und Bildungswesen vertieften die *modernistas* den nationalen Führungsanspruch São Paulos.⁶³ Während in Rio die intel-

61 Torres (1865-1919) widmete sich nach der Politikerkarriere (u.a. Justizminister, Gouverneur, Bundesrichter) dem Journalismus. Wichtige Gruppenmitglieder waren u.a. A. Amaral, M. Lobato, F. Campos und P. Salgado.

62 Die wichtigsten der v.a. aus absteigenden Oligarchen- oder aufsteigenden Einwandererfamilien stammenden Mitglieder waren neben Mário und Oswald de Andrade die Malerin T. Amaral und die Literaten M. Bandeira, C. Ricardo und M. del Picchia; die wichtigsten *revistas* und Manifeste waren *Klaxon*, *Terra Roxa*, *Revista de Antropofagia*, *Manifesto antropofágico*, *Manifesto Pau-Brasil* und *Manifesto verde-amarelo* (1926).

63 In den späten 1890er Jahren entstanden: *Escola Normal*, *Instituto Bacteriológico*, *Escola Politécnica*, *Museu Paulista* und *Escola de Engenharia de Mackenzie*; Anfang des 20. Jahrhunderts die *Escola Superior de Agricultura* und *Faculdade de Medicina*. Die Expansion des ESP zum Verlagskonzern und die *Revista do Brasil* (ab 1916) vertieften die Hegemonie São Paulos.

lektuellen Institutionen vom Staat gegründet worden waren, entstanden sie in São Paulo meist aus Zivilgesellschaft und Unternehmertum.

Das realitätsbezogene Ideal des Generationszusammenhangs der 1920er Jahre führte auch zur Neudefinition der Intellektuellenrolle. Mit den autoritären Denkern begann ein realistisch-praxisbezogener philosophischer Zugang der *bacharéis* und *homens da ciencia* abzulösen. Hatte sich der Juristendiskurs auf das "legale" Brasilien konzentriert, wollten die Jüngeren das "reale" Land ausloten (Speck 1995: 58). Selbst teilweise noch an den Rechtsfakultäten ausgebildet, war ihr Führungsanspruch nicht in der oligarchischen Stellung begründet, sondern von einem nüchternen soziologischen Blick auf die Gesellschaft. Sowohl autoritäre Denker als auch *modernistas* sahen statt der traditionellen Eliten primär die eigene Gruppe als Garant einer selbstbestimmten Entwicklung von Nation und Staat (Pécaut 1989: 28-31) und wussten um das notwendige Engagement in Öffentlichkeit und Parteien. Der 1926 aus der "sociedade civil de ação política" hervorgegangene, von aufsteigenden Mittelschichten und u.a. Mário de Andrade getragene *Partido Democrático* drängte auf Bildungs- und Wahlrechtsreformen; die meisten *Modernistas* aber engagierten sich in dem von den traditionellen Eliten getragenen *Partido Republicano Paulista* (Pécaut 1989: 46).

2. 1930-60: Vom Populismus zur wissenschaftlichen Soziologie

La sociologie est l'art de sauver rapidement le Brésil (M. Andrade, zit. n. Pécaut 1989: 22).

Es waren die nach der Weltwirtschaftskrise in verschiedenen Staaten entstandenen "national-populistischen" Parteien und Regimes, die ab den 1930er Jahren Ideen und Beziehungen der Intellektuellen zur Politik änderten.⁶⁴ Von charismatischen Politikern angeführt, wurden sie von einer Allianz aus städtischen Unter- und Mittelschichten getragen, beriefen sie sich auf "Volk" und "Nation" und wollten Umverteilung auf reformistische Weise voranbringen (Touraine 1988: 165-71). In

64 Links- bzw. nationalpopulistische Regime waren daneben Herrschaftsphasen der mexikanischen PRI und peruanischen APRA, die von José Battle und Ordoñez in Uruguay (1911-1933) und von Yrigoyen in Argentinien (1916-1922), Gaitáns *Unión Nacional Izquierdista Revolucionaria* in Kolumbien (1934-1948), Betancourts *Alianza Democrática* in Venezuela (1935-1948).

Nachfolge der “metropolitan revolution” (Conniff 1982) bedienten sie die Partizipationsansprüche der durch Ein- und Binnenwanderung wie Industrialisierung angewachsenen städtischen Unter- und Mittelschichten.⁶⁵ Sie errichteten korporative semi-pluralistische Strukturen mit plebiszitären Legitimationsmustern und staatlicher Industrialisierung. Die populistischen Regime der 1930er und 1940er Jahre waren die lateinamerikanische Variante des Übergangs von einer Eliten- zur Massendemokratie, von einer oligarchischen zur demokratischen Ordnung. Janusköpfig wie sie selbst war auch ihr Verhältnis zu Intellektuellen. Während einige Intellektuellengruppen die national-populistischen Bewegungen unterstützten oder sie (wie die APRA) initiiert hatten (Castañeda 1994: 200), lehnten liberale und linke Köpfe sie ab. Zogen die anti-elitäre Rhetorik und die Hinwendung zur Volkskultur an, stiessen substantialistisches Demokratie-Verständnis und anti-intellektueller Gestus ab. Einerseits boten national-erzieherische Orientierung und Aufblähung des Propaganda-Apparats neue Arbeitsmöglichkeiten, andererseits beschnitten Zensur und Säuberungen die freie Entfaltung.

Nachdem die populistischen Gängelungen den Vormarsch der Sozialwissenschaften in der Intellektuellendebatte nicht gestoppt hatten, brachte die Rückkehr zu liberal-demokratischen Ordnungen ihn weiter voran. Zusammengefasst kam es zu zwei miteinander verflochtenen Entwicklungen (Werz 1992: 149): Gegenüber der Etablierung der von der Modernisierungstheorie geprägten “wissenschaftlichen Soziologie” entwarf die “neue” oder “kritische Soziologie” einen kapitalismuskritischen Wissenschaftsbegriff.

Die wissenschaftliche Soziologie entstand Ende der 1940er Jahre als Kritik am Essayismus vieler *pensadores*; wichtige Impulse gaben exilierte Soziologen wie der in Mexiko tätige Spanier und José Medina Echeverría (1903-1977) und der Italiener Gino Germani (1911-1979) in Argentinien, der Ausbau der Hochschulen und die internationalen Entwicklungsagenturen – von denen die 1948 von der UN gegründete *Comisión Económica para América Latina* (CEPAL) Loko-

65 Torcuato di Tella's klassische Populismus-Definition – wonach Mittelklasseführer klassenübergreifend Arbeiter, kleine Angestellte, Bauern und Landlose mit einer nationalistisch-antiimperialistischen Ideologie für Reformpolitik mobilisieren – deutet an, dass Mobilisierungs- und Herrschaftspraxis unterschiedlich waren und auch demokratische Parteien darauf zurückgriffen (vgl. Puhle 1986: 26-29).

motivfunktion besaß – sowie die kulturelle Modernisierung, mit der neue Verlage – wie “Fondo de Cultura Económica” in México, “Losada” in Buenos Aires – das soziologische Denken verbreiteten. Aufgrund ihrer Verfolgung durch den Faschismus zielten die Gründerväter Germani und Medina Echeverría auf wissenschaftliche Objektivität vor dem normativen Hintergrund einer liberal-kapitalistischen Demokratie (Werz 1992: 154). Mit der angestrebten Synthese von europäischer und nordamerikanischer Soziologie wurde “Modernisierung” zum leitenden Erkenntnisinteresse. Der erste CEPAL-Direktor Raúl Prebisch (1901-1986) propagierte eine an Binnenmarktexpansion und Importsubstitution orientierte Strategie, die Ende der 1950er Jahren zur Basis demokratisch legitimierter “entwicklungsnationalistischer” Politik in Brasilien, Argentinien und Chile wurde.

Mit der wissenschaftlichen Soziologie, die wegen ihres hohen Sozialprestiges v.a. von Mittel- und Unterklassen als Aufstiegsschiene betrachtet wurde, begann ein umfassender Wachstumsprozess, in dem sich die Matrikel von 1950 bis 1970 mehr als verfünffachten. Mit Hilfe der CEPAL oder US-amerikanischen Entwicklungsagenturen entstanden semi-öffentliche und private Forschungsinstitute wie FLACSO (*Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales*, 1957) und CLACSO (*Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales*, 1957). Mit Niederlassungen in mehreren Ländern schufen diese als *Centro Académico Independiente* (CAI) bezeichneten Institute kontinentale Arbeitszusammenhänge und brachten den Austausch mit den USA und Europa voran (Brunner/Barrios 1989). Infolge ihrer v.a. im *Cono Sur* schnellen Expansion entstand das für die lateinamerikanische Sozialwissenschaften typische “institutionelle Doppelgesicht”, das im Zusammenwirken von staatlichen Universitäten und privaten CAI’s besteht. Damit grenzte sich das sozialwissenschaftliche Feld – als Raum großer Kommunikationsdichte und eigenen Produktions- und Anerkennungsregeln – gegenüber den anderen Disziplinen ab.

Indem Sozialwissenschaftler finanziell von der akademischen Arbeit abhingen und an den öffentlichen oder privaten Institutionen stark zunahmen, begannen sie als eigene Expertenschicht in Erscheinung zu treten. Als Modernisierungsmanager gerieten sie in Konflikt mit dem Entwicklungsnationalismus, hatten aber zu entwicklungsnationalistischen Regierungen gute Beziehungen. Von diesen wegen ihres Expertenwissens in die Administration integriert, entwickelten sie zugleich

“intereses propios y estrategias definidas de articulación con la sociedad civil y el Estado” (Brunner/Barrios 1989: 65). Wegen ihrer Bedeutung für die Umsetzung von Modernisierungsprogrammen übernahmen sie oft Aufgaben in der Politik (Corradi 1974). Zwar ähnelte ihre politische Funktion den *intelectuales-políticos* des 19. Jahrhunderts, anders als diese waren sie aber nicht mit den oligarchischen Eliten verflochten, deren Macht auf mangelnder Demokratisierung beruhte.

Mit der Kubanischen Revolution 1959, die zusammen mit den Entkolonialisierungsprozessen in Asien und Afrika Hoffnungen auf einen Übergang zu einem sozialistischen Entwicklungsmodell weckte, gewannen die Linke und ein politisch engagiertes Intellektuellenmodell wieder an Anziehungskraft. Der Aufbau eines “Sozialismus in den Tropen” bündelte die sozialrevolutionären Hoffnungen vieler junger und tonangebender Intellektueller, für die die *Casa de las Américas* aus Havanna oder pro-kubanische Organe wie *Marcha* (Montevideo) und *Nuevo Mundo* (Paris) geistige Heimat wurden. Die kritische Soziologie entstand neben zeitgeschichtlichen aber auch aus wissenschaftlichen Faktoren. Kritisch war sie v.a. gegenüber der “neo-imperialistischen Fortschrittsideologie” der wissenschaftlichen Soziologie, die sich im US-Invasionsversuch auf Kuba und der zur Eindämmung der kubanischen Revolution initiierten *Alianza para el Progreso* manifestierte (Wöhlcke/von Wogau 1977: 14).⁶⁶ Weil die Modernisierungshoffnungen von ungleicher Entwicklung widerlegt worden waren und die am Westen entwickelten Kategorien die lateinamerikanischen Problemlagen nicht genug berücksichtigten, sei eine historisch-dialektische Analyse notwendig.

Während die Modernisierungstheorie den kontinentalen Entwicklungsrückstand mit endogenen Defiziten erklärte, hoben die *dependencia*-Ansätze auf die historisch gewachsenen Abhängigkeiten Lateinamerikas und seine periphere Position im Weltmarkt ab. Entwicklung, Unterentwicklung und Abhängigkeit wurden nicht mehr als linearer, sondern historisch-dialektischer Prozess gesehen. Ein früher Kristallisationspunkt war Cardosos und Falettos 1967 am ILPES in

66 Der Begriff *nueva sociología* wurde von Pablo González Casanova geprägt, der als UNAM-Rektor (1970-72) und Präsident der *Asociación Latinoamericana de Sociología* (1969-73) viel zu seiner Verbreitung beitrug (Werz 1992: 167).

Santiago entstandene Studie über „Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika“. Ab den späten 1960er Jahren trennten sich eine radikal-marxistische und gemäßigt-bürgerliche Richtung.⁶⁷ Insgesamt führte der Ansatz zu einem politisierten Selbstverständnis der lateinamerikanischen Sozialwissenschaften, das in Parteinahme statt Neutralität und einer national-peripheren, historisch-dialektischen und subjektiv-interpretierenden statt universal-empirischer Perspektive bestand.⁶⁸

Die „marxización“ (Morales/Frasinetti 1979: 31) verlieh der neuen Soziologie eine zugleich wissenschaftliche und politische Legitimation. Sie rief zum Engagement an der Seite sozialer oder politischer Akteure auf und legitimierte die kritischen Soziologen einerseits als Wissenschaftler, andererseits als politisch Handelnde (Graciarena 1979: 106). „Kritische Sozialwissenschaft“ war demnach ähnlich Gramscis oder Sartres Linksintellektuellenrollen immer subversiv, weil sie die Herrschafts- und Unrechtsstrukturen des peripheren Kapitalismus sichtbar machte und daran rüttelte. Als „sociología de los conflictos“ forderte sie Wandel nicht länger in reformistischer, sondern in revolutionärer Manier (Graciarena 1979: 130). Der Konflikt zwischen wissenschaftlicher und kritischer Soziologie lud die historische Mittlerrolle sozialwissenschaftlicher Intellektueller politisch auf. Mit einem Doppelgesicht – Autonomie und politisches Engagement – versuchte die kritische Soziologie, zwei Modi gesellschaftlicher Verwendung von Wissen – funktionalistisches Expertenwissen, Infragestellung des Status quo – zu einen und beruhte institutionell auf der Expansion der öffentlichen Hochschulen und privaten Forschungsinstitute durch die wissenschaftliche Soziologie. Theoretischer Rückenwind entstand durch die vom internationalen Großkapital unterstützten bürokratisch-autoritären Regime: Durch die Säuberung der Universitäten oder Abschiebung aus dem Land erfuhren viele Anhänger der

67 Zum Überblick vgl. Puhle (1977) und Wöhlcke/von Wogau (1977). Während bürgerliche Vertreter wie O. Sunkel, C. Furtado oder A. Pinto modernisierungstheoretisch an einer Entwicklung in der Abhängigkeit festhielten, prognostizierten marxistische Vertreter wie A. G. Frank und T. dos Santos die „Entwicklung der Unterentwicklung“ und plädierten für eine Abkoppelung.

68 Vgl. C. Rama (1970), Fernández Pinto (1965) und Morales/Frasinetti (1979), die auch großen Abstraktionsgrad und geringen Politikbezug zeigen. Ausgangspunkt der Übertragung auf die Kultur war Ariel Dorfmanns und Armand Mattelarts anti-imperialistische Gebrauchsanweisung *Para leer al pato Donald* (1971).

kritischen Soziologie die Folgen der autoritären Herrschaft am eigenen Leib. Die der Forderung nach Selbstbestimmung Lateinamerikas folgende Politisierung des Wissenschaftsbegriffs rechtfertigte in vielen Fällen das innere oder äußere Exil oder den Widerstand gegen die Militärregime, bei manchen aber auch die Verbindung zur anti-imperialistischen Guerilla.

2.1 Argentinien: Unterdrückung und Erneuerung im Peronismus

Queremos un clero valiente [...] al que interesa más la cuestión eterna de lo espiritual que los manejos transitorios de la política (V. Ocampo 1937, zit. n. Warley 1985: 46).

Die Weltwirtschaftskrise stellte in Argentinien das auf Agrarexporten basierende Entwicklungsmodell infrage und nährte die Kritik des rechten Kulturnationalismus an der Republik. Mit einem Putsch übernahm 1930 ein von der Oligarchie getragenes Militärregime die Macht. In der folgenden so genannten *década infame* waren Zensur, Wahlfälschung und Verfolgung der Opposition an der Tagesordnung (Waldmann 1996: 912). Unter den Intellektuellen vertiefte sich die Kluft zwischen Liberalen und Rechtsnationalisten. Hatte die "Generation von 1837" den Sieg über Rosas und die liberale Geschichtsvision zur nationalen erhoben, deuteten die "Revisionisten" mit einem "discours rempli de clichés, de références anti-impérialistes et de propos moralisateurs" (Quoitrochi-Woisson 1994: 167) die Kluft zwischen "europäischer Zivilisation" und "kreolischer Barbarei" zugunsten letzterer um (Falcoff 1982: 119).⁶⁹ Unter den mit der UCR sympathisierenden Köpfen schlossen sich 1935 einige junge Linksnationalisten zur *Fuerza de Orientación de la Joven Argentina* (FORJA) zusammen, die mit dem Kampfruf "Patria, pan y poder al pueblo!" gegen die Diktatur protestierten (ebd.: 126) und aufgrund der Nähe zum *revisionismo* große Wirkung hatten.⁷⁰ Dagegen sammelte die aus Ex-Florida-

69 Dazu hatten auch mehrere Rosas-Biographien, u.a. von Gálvez, beigetragen (Warley 1985: 36). Perón galt – gegenüber den liberalen *vendepatrias* – als Hüter von Ordnung und Gerechtigkeit. Indem jede Bewertung des *revisionismo* Parteinahme bedeutete, spiegelte sie auch die Spaltung des intellektuellen Feldes.

70 Die bekanntesten waren Arturo Jauretche und der durch Wirtschaftsanalysen (*Historia de los ferrocarriles argentinos*, 1940) bekannte Raúl Scalabrini Ortiz, der offiziell kein FORJA-Mitglied war (Plotkin 1994: 39).

Mitgliedern bestehende Zeitschrift *Sur* ab 1931 die liberal-konservative Opposition zu Nationalismus wie Sozialismus und baute mit Beiträgen v.a. aus *La Nouvelle Revue Française* und *Revista del Occidente* Brücken nach Europa.⁷¹ Wie die "Generation von 1837" sah sich die Gruppe als Geistesaristokratie, die gegenüber der nationalistischen Barbarei die Zivilisation hütete und politische Enthaltbarkeit predigte. Auch die Essays der 1930er Jahre – Martínez Estradas *Radiografía de la Pampa*, Malleas *Historia de una pasión argentina*, Scalabrini Ortiz' *El hombre que está sólo y espera* und Gálvez' *Los hombres de la soledad* – diagnostizierten ähnliche Krisenphänomene (Morales-Saravia 1986) und stilisierten übergreifend Einsamkeit und Entfremdung zu Merkmalen des argentinischen Nationalcharakters (Schulze-Röhl 1988). Der Konsens zerfiel in der zweiten Dekadenhälfte in dem Maße, wie die Bedrohung des Faschismus Parteinarbeit forderte. Während *La Nación*, *La Prensa*, Kirche und Regierung den Vormarsch der Achsenmächte feierten, unterstützte *Sur* im Spanischen Bürgerkrieg die Republikaner und sah die Westmächte als Retter der Zivilisation – und erlangte bald geistige Führungsrolle.

Die nach der Mobilisierung am 17. Oktober 1945 bald auch in Wahlen vollzogene Machtübernahme des Peronismus, der eine "nación socialmente justa, económicamente libre" und "políticamente soberana" versprach, schied die Geister. Während Perón für die einen ein Sozialreformer war, der den Unterschichten eine würdevolle Existenz ermöglichte, war er für die anderen ein Diktator, der die Spaltung der Nation voranbrachte und die Wirtschaft ruinierte. Peróns Herrschaft beruhte (neben der *justicialismo*-Lehre) auf einer korporativen Gesellschaftsorganisation und einer mittels Charisma und Kundgebungen inszenierten Beziehung zu den (subproletarischen) Massen. Im ersten Mandat (1946-1955) vollzog er eine ökonomische Umverteilung und Ausweitung politischer Partizipation. Obwohl Wahlen formal weiterbestanden, wurde der Spielraum der Opposition eingeschränkt und Justiz und Presse zensiert.

Peróns Regime stieß bei den meisten liberalen wie linken Denkern auf Ablehnung – und war für *Sur* ein (fälschlicherweise) als Faschis-

71 Die *Sur*-Gründergruppe um Victoria Ocampo bestand aus den *martinferristas* José L. Borges, Adolfo B. Casares, Oliverio Girondo, Leopoldo Marechal und Eduardo Mallea; nach 1940 stießen die jüngeren Ezequiel Martínez Estrada und Ernesto Sábato hinzu (King 1985: 46).

mus gedeuteter Zivilisationsbruch: “El fascismo, para nosotros, se encarnaba en Perón” (María R. Oliver, zit. n. King 1986: 100). Indem Perón die Integration der zugewanderten *cabecitas negras* voranbrachte, großbürgerliche Privilegien aufhob und Massendemonstrationen inszenierte, sah sich das elegant-kosmopolite Buenos Aires – wie einst für die “Generation von 1837” – von der nun suburbanen “Barbarei” erobert. Auch für sozialistische Denker war Perón wegen der Allianz mit den Militärs und des populistischen statt klassenorientierten Appells inakzeptabel. Mit der politisch-sozialen Instrumentalisierung von Kultur wandelte er bürgerliche Symbole wie das “Teatro Colón” in Volkseigentum um und pflegte eine anti-intellektuelle Rhetorik, die im Schlachtruf “alpargatas sí, libros no” gipfelte. Prominente Geistesaristokraten wurden behindert, aber nicht ins Exil getrieben.⁷² Die als SADE-Gegenstück gegründete *Asociación de Escritores Argentinos* blieb aber ebenso ohne Wirkung wie der Versuch, mit der *Escuela Superior Peronista* (ab 1951) regimetreue Intellektuelle zu rekrutieren und eigene Zeitschriften – *Argentina* für Arbeiter- und Mittelschichten, *Sexto Continente* als *Sur*-Gegenorgan – zu etablieren (Stabb 1975: 436-438).

Stärker als bei den Literaten räumte der Peronismus an den Universitäten auf. Waren schon nach Yrigoyens Sturz dem UCR nahe stehende Dozenten entlassen worden (Warley 1985: 12), verbot Perón unabhängige Studentenverbände, hob die Autonomiegesetze von 1918 auf und unterstellte die nun *Universidad Nacional de Buenos Aires* genannte UNBA dem Erziehungsministerium. Während knapp 1/3 des Lehrkörpers entlassen wurde oder freiwillig ging (Rock 1987: 281), wurden weniger qualifizierte regimetreue Dozenten eingestellt (Brunner/Barrios 1989: 68), die spekulative “Kathedersoziologie” vertraten und nur selten internationales Ansehen besaßen. Statt an der Universität sammelte sich der akademische Widerstand in dem 1930 gegründeten *Colegio Libre de Estudios Superiores* (CLES), der sich anknüpfend an die Ideale von 1918 als wissenschaftlich-kulturelles

72 Borges wurde bekanntlich vom Bibliotheksleiter zum Geflügelbeschauer degradiert, Ocampo zwei Tage in Polizeigewahrsam genommen. Beide wurden aber weiter in einer von der *Subsecretaría de Prensa y Difusión* 1952 herausgegebenen *Síntesis de las letras argentinas* erwähnt (Plotkin 1994: 64).

Hauptquartier der liberalen Eliten verstand (Neiburg 1993: 188-217).⁷³ Noch vor Peróns Machtübernahme waren die nach den Heroen von 1837 benannte Lehrstühle sowie "Filialen" in der Provinz errichtet worden; zugleich hatte die CLES-Zeitschrift *Cursos y Conferencias* ihre Auflage auf 1.500 Exemplare verdoppelt und mit *Sur* zu konkurrieren begonnen. Nach Unterstützung der anti-peronistischen *Unión Democrática* wollte der CLES in der Opposition akademische Reflexion und kulturelle Breitenwirkung verbinden; mit Kursen, Vorträgen und *revistas* hatten *maestros* und *pensadores* ein breites Betätigungsfeld. Dank der Filialen und des Kontakts zur geistigen Opposition (wie *Sur*) wurde der CLES zum schwer kontrollierbaren Refugium für von der Universität vertriebene liberale Geistes- und Sozialwissenschaftler und gab ihnen eine vorläufige Heimat (Neiburg 1993: 223-229). Nach der erzwungenen Schließung des Quartiers in Buenos Aires wurden die CLES-Aktivitäten nach Rosario verlegt, wo Germani die späteren Gründer der wissenschaftlichen Soziologie sammelte. Obwohl der CLES im Widerstand maßgeblich dazu beigetragen hatte, dass der Peronismus bei den Akademikern nicht die Vorherrschaft des Liberalismus brach, kam er nach Peróns Sturz nicht über eine Randlage hinaus. Zum einen blieb er ein Zwitter zwischen akademischer und politischer Sphäre, zum anderen standen nun der Aufbau von UBA und wissenschaftlicher Soziologie im Zentrum.

In der Endzeit von Peróns Regierung begannen einige junge Kritiker, peronistischen Populismus wie liberalen Kosmopolitismus zu kritisieren. Die neue Generation artikulierte sich in den frühen 1950ern in Zeitschriften (*Centro*, *Las ciento y una* und *Buenos Aires Literaria*) im Umkreis der FyL der *Calle Viamonte* (King 1986: 164) und wurde von 1920-1930 geborenen Studenten getragen (Stabb 1975: 441). Führende Stellung in der durch Studien und Freundschaften verflochtenen Gruppe erlangte die Zeitschrift *Contorno* (1953-1959), die sich als eine mit dem Peronismus auseinandersetzen-
 Problem-
 einheit sah. Überwiegend aus der UCR-gesinnten Mittelklasse stammend,⁷⁴ waren viele Mitglieder in Studentenorganisationen aktiv ge-

73 Das CLES wurde von liberalen Akademikern und 1918-Aktivisten aus der UBA mit essayistischem Wissenschaftsverständnis wie Alejandro Korn, Aníbal Ponce und Roberto Giusti gegründet (Neiburg 1993: 187).

74 Trotz des Übergewichts der Literaturkritiker (David Viñas, Noé Jitrik, Aldo Prieto) hatte die Gruppe mit Philosophen (L. Rozitchner, R. Alcalde), Psycholo-

wesen, ohne sich mit linken Parteien zu identifizieren. Sie lehnten den Autoritarismus des Peronismus ab, sympathisierten aber mit seinem anti-oligarchischen und anti-imperialistischen Impetus.

“Rebeldía, rechazo, desconcierto”: Der Beginn von Ismael Viñas’ Leitartikel der *Contorno*-Erstausgabe gab den Gemütszustand der Gruppe wieder, die sich bis 1955 auf die Kritik sakrosankter Autoren (“Generation von 1837” bis Avantgarde der 1920er) und die Rehabilitierung verpönter Werke (wie *Martín Fierro*) konzentrierte. In Opposition zur geistesaristokratischen entwickelten sie eine gesellschaftsbezogene Intellektuellen-Definition, die sich Sartres Aufruf zu Engagement und Verantwortung zu eigen machte. Die Zeitschrift sah sich nicht nur als Medium für Literaturkritik, dessen Rahmen *Sur* nicht verlassen hatte, sondern wie *Les Temps Modernes* als “revista de cultura general”, die auf das soziale oder politische Umfeld abhob (Monegal 1956: 92). Als geistige Leitfigur vermittelte Sartre zwischen einem marxistischen und liberalen Selbstverständnis und gab vor, sowohl individuelle Autonomie zu bewahren als auch die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten (Katra 1988: 34-39).

Die Machtübernahme der *Revolución Libertadora* im September 1955 veränderte die Koordinaten. Während über die notwendige Umgestaltung der Gesellschaft Konsens herrschte, führte die Interpretation des verbotenen Peronismus bald zu Konflikten. Die Diskussion bewegte sich in einem widersprüchlichen Rahmen aus politischer Enge einerseits, kultureller Öffnung andererseits. Mit dem UBA-Neuaufbau und dem Boom politisch-intellektueller *Revistas* festigten sich zwei politisch unterschiedliche Zusammenhänge. Während bei den *Revistas* das liberal-konservative Gedankengut seine Vormacht verlor und mit anti- und Linkspersonen wie *Contorno* eine “neue Linke” entstand, die sich aus Marxismus, Links-Nationalismus und Philoperonismus speiste, behauptete sich an der UBA zunächst der akademische Intellektuellenbegriff der *universidad reformadora*.

Creíamos en el pasaje inmediato [...] a una Arcadia soñada donde ni el imperialismo ni los militares ni la prensa traficada [...] existirían: queríamos una solución mágica que compensara nuestra ineficacia, convir-

gen (O. Masotta), Soziologen (J. Sebreli), Historikern (T. Halperin Donghi) und Juristen (I. Vinas) interdisziplinären Charakter (Katra 1988: 18). Politisch war die Gruppe zwischen den peronismus-kritischen Viñas-Brüdern und den Philoperonisten um Sebreli und Masotta geteilt (Mangone/Warley 1993: 12).

tiera nuestros sueños en realidad (L. Rozitchner, in: *Contorno*, Nr. 9/10, 1959, zit. n. Sigal 1991: 169).

Während der peronistische Machtverlust den *Sur*-Führungsanspruch zu bestätigen schien, begann die Demokratisierung des Kulturbetriebs ihn zu bedrohen (Canclini 1976). Beharrten Ältere wie Borges und Ocampo auf einer zwischen Gut (Liberale) und Böse (Peronisten) trennenden Sicht (King 1986: 170ff.),⁷⁵ wurde diese von jüngeren wie Martínez Estrada und Ernesto Sábató hinterfragt. Mit Anerkennung der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit begannen sie, zwischen Programm und Trägerschichten des Peronismus einerseits und Person und Stil Peróns andererseits zu unterscheiden (Terán 1991: 222).⁷⁶ Im frühen Postperonismus erlitt *Sur* eine doppelte Niederlage. Zum einen war die "Entperonisierung" auch gewaltsam nicht durchsetzbar, zum anderen ging die Führerschaft im intellektuellen Feld verloren. Während die jüngere Generation unter Einfluss von Entwicklungsnationalismus und kubanischer Revolution anti-imperialistische Ideen entwickelte, beharrte *Sur* auf der Trennung von Politik und Kultur: War diese unter dem Peronismus eine Widerstandswaffe gewesen, wurde sie angesichts der breiten Politisierung nun zum Anachronismus.

Dass die "Generation von 1955" langsam die Führung übernahm, lag neben dem Altersaspekt an der Bereitschaft zur Selbstkritik. Trotz verschiedener Haltungen zum Peronismus war die *Contorno*-Gruppe vom Anspruch geeint, dem Anti-Peronismus eine differenziertere Sichtweise entgegenzusetzen. Trotz ihrer Abscheu vor Peróns Demagogie unterstützten sie sein sozioökonomisches Programm und hofften auf einen Emanzipationsprozess der Arbeiter, der in eine größere, von der Mittelklasse geführten Allianz – mit Intellektuellen als Schrittmachern – münden sollte. Gleich einem "dritten Weg" distanzierte sich die Gruppe anknüpfend an Córdoba 1918 von den Anti-Peronisten in *Sur* sowie den Nationalisten um Hernández Arregui und Jauretche (Katra 1977: 71f.). In einer die stärkste politische Kraft unterdrücken-

75 Ende 1955 erschien no. 257 (*Por la reconstrucción nacional*). *Sur* sah sich durch den Peronismus gerechtfertigt: "Todo era violado, la ley, la libertad de pensamiento, la persona humana" (V. Ocampo) – "El régimen de Perón era abonimable, la revolución que lo derribó fue un acto de justicia y el gobierno merece [...] la gratitud de todos" (J. L. Borges, zit. n. Terán 1991: 224).

76 "Cada Nación tiene el rostro que [...] merece, pues todos somos culpables [...] y en cada uno hay un fragmento de Perón" (E. Sábató, *Sur*, Nr. 257, 1955: 103).

den Ordnung war Engagement Handlungsanleitung für Parteinahme außerhalb (“era indispensable entrar en un movimiento político efectivo y real”, I. Viñas). Der Aufruf zur Wahl Frondizis war ein erster Schritt, die Beratertätigkeit der Viñas-Brüder in der *universidad reformadora* ein weiterer beim “passage from observation to involvement” (Katra 1988: 87).⁷⁷

Mit der Präsidentschaftskandidatur Arturo Frondizis, dessen Über-
einkunft mit dem exilierten Perón die Legitimitätskrise zu lösen versprach, verband *Contorno* wie die übrige Linke große Hoffnungen. Die Wirtschaftspolitik – Frondizi hatte in *Petróleo y Política* (1954) eine Nationalisierung des argentinischen Erdöls gefordert – und die Annäherung an den Peronismus weckten Hoffnungen auf eine breite Entwicklungsallianz. Neben dieser Kräftekonstellation weckte auch die Figur Frondizis, der während des Peronismus als UCR-Erneuerer aktiv gewesen und im CLES die Zeitschrift *Cursos y Conferencias* betreut hatte, Hoffnungen. Er schien die Passion der Intellektuellen für Bücher, Ideen und Reflexion zu teilen, aber auch mit den gröberen Werkzeugen der Politik umgehen zu können. Nach Biographie und Stil war Frondizi halb Intellektueller, halb Politiker – “la síntesis esperada hace anos”.⁷⁸ An der UBA wurden Unterstützungskomitees gegründet, die *Contorno*-Köpfe Viñas, Rozitchner, Alcalde und Jitrik gehörten zu Frondizis Wahlkampfberatern (Sigal 1991: 161) und schlugen eine Brücke zu den Nationalisten im *Centro de Estudios Nacionales* und der Zeitschrift *Qué* um Scalabrini Ortiz. *Contorno* war sich der “Prinzipienlosigkeit” der Politik bewusst, sah in Frondizi aber einen positiven Fluchtpunkt: Er stellte die ersehnte Verbindung zu den

77 “Somos miembros de la clase media, escritores, y vivimos en la Argentina. [...] Pretendemos influir en el mundo y hacerlo de un modo determinado [...] Es decir, somos ‘ideólogos’” (I. Viñas, “Un prólogo sobre el país”, *Contorno Cuaderno* Nr. 1, Juli 1957, zit. n. Sigal 1991: 156). Parallel machte der biographische Wandel aus den Studenten Berufstätige, die sich als Dozenten oder Freiberufler (Journalisten, Rechtsanwälte, Schriftsteller) verdingten.

78 Im Roman *Dar la cara* (1962) glorifizierte David Viñas: “Al fin un político que entendía al país y tenía libros [...], la síntesis esperada durante años [...], de libros y alpargatas y de unitarios y federales. El gran proyecto, el país al día” (zit. n. Terán 1991: 129). Frondizis Brüder vertieften sein Ansehen – der Jurist Risieri war 1958-61 UBA-Rektor, der Soziologe Silvio qua Peronismus-Kritik bekannt.

Arbeitern dar,⁷⁹ ohne den Mittelklassebezug aufzugeben (Szusterman 1993: 173) – und versprach einen Übergang zum Handeln.

Die Wahl von Frondizi, der den Großteil des peronistischen Votums eroberte, führte bei allen Mitte-Links-Sektoren zu Jubel. Der neue Präsident handelte in vielen Politikbereichen bald aber ganz anders als erwartet (Sigal 1991: 169). Der (naive) Glaube, mit Frondizi eine “solución mágica” für die Probleme des Landes wie die eigene Identitätssuche gefunden zu haben, schlug um in das Gefühl, in der Wirtschafts- und Hochschulpolitik verraten zu werden. Frondizi öffnete das Land erfolgreich für das Auslandskapital und die US-Ölgesellschaften und schürte er mit der Abschaffung des staatlichen Hochschulmonopols und Gleichsetzung der kirchlichen Abschlüsse – um den steigenden Studentenzahlen Herr zu werden – weitere Konflikte. Die einstigen Anhänger sahen darin einen Angriff auf die 1918 erkämpfte und als Grundfeste linker Identität fungierende Trennung zwischen Staat und Kirche und protestierten vielstimmig (Sigal 1991: 57). Nachdem Studenten- und Dozentenverbände wie peronistische Gewerkschaften die Gefolgschaft gekündigt hatten, gaben 1959 auch die *Contorno*-Köpfe ihre Beratertätigkeit auf. Gleich David Viñas’ Diktum sahen sie sich als “generación traicionada” und – wie das gesamte Land – Opfer eines *fraude nacional*. In der letzten *Contorno*-Ausgabe (April 1959) wurde das eigene Scheitern mit der mittelklasse-typischen Entfremdung (Ismael Viñas), aber auch mit dem seit der “Generation von 1837” dominanten Liberalismus (Halperin Donghi) erklärt. Obwohl die Kritik an Frondizi den Anti-Peronisten zuarbeitete, zogen sie nach dem Versuch linker Verantwortungsethik nun die gesinnungsethische Notbremse.

Die *Contorno*-Gruppe war im Postperonismus grundlegend für die Entstehung einer undogmatischen Linksinтеллектуellenfigur zwischen Literatur und Sozialwissenschaften. Mit der Übertragung von Engagement in gesellschaftliche Praxis suchte sie gegenüber der Dichotomie Liberalismus vs. Peronismus einen dritten Weg. Der nach Unterstützung der entwicklungsnationalistischen Allianz von einem machiavellistischen Präsidenten begangene “Verrat” hinterließ eine tiefe Wunde,

79 Damit hätte *Contorno* die eigene Zwitterlage wie den “abismo tan apasionante y profundo” zur peronistischen Arbeiterklasse (L. Rozitchner, *Contorno*, Nr. 7/8, zit. n. Sigal 1991: 147-154) überwunden.

die bei Zeitgenossen wie Nachfolgern nur langsam heilte. Die Linksinstruktuellen sollten institutionelle Politik primär wieder als ein opportunistisches Machtspiel wahrnehmen, das – im Sinne der überwunden geglaubten “Negativität” (Sigal 1991: 156) – die eigene Randlage rechtfertigte. Frondizis Scheitern hatte auch das erneute Verbot des Peronismus und instabile Verhältnisse zur Folge. Indem die Anhänger eines “dritten Wegs” gezwungen waren, neue Allianzen jenseits der UCR zu suchen, wandten sie sich der Arbeiterklasse zu und fanden, verstärkt durch die kubanische Revolution, in Marxismus und Linkseronismus weltanschauliche Trostpflaster (Terán 1991: 132). Der von den *Contorno*-Köpfen zuletzt angedeutete Übergang von Sartre zu Gramsci, von einer idealistischen zur materialistischen Position, sollte im Zentrum von *Pasado y Presente* stehen.

Se trata de superar la tendencia predominantemente filosófica de las ciencias sociales (Gino Germani 1952, zit. n. Neiburg 1993: 280).

Nachdem 1955 an der UBA die vom Peronismus unterdrückten Gruppen – v.a. die im CLES-Umkreis tätigen und von den Studentenverbänden unterstützten Wissenschaftler – die Macht übernommen hatten, kam es zu einem an den Idealen von Córdoba 1918 orientierten Neubeginn und Aufbau einer wissenschaftlichen Soziologie. Die neue Elite betrachtete die peronistische Herrschaft als “*década perdida*” und betonte Laizismus und Autonomie sowie den gesellschaftlichen Auftrag der *universidad reformadora* (Neiburg 1993: 170), die als Katalysator der übrigen Modernisierung wirken, Experten ausbilden, wissenschaftliche Erkenntnisse fördern und die Entwicklung der Nation voranbringen sollte (Noé 1995: 43).

Der UBA-Neuaufbau war stark von dem zum *rector normalizador* berufenen Historiker José Luis Romero geprägt, der zuvor im CLES-Umkreis die Zeitschrift *Imago Mundi* herausgegeben hatte und nun eine “universidad de las luces” aufbauen wollte.⁸⁰ Romero verkörperte umfassende Erneuerung, war wegen seines vermittelnden Stils aber auch für traditionelle Sektoren tragbar. Er holte die Viñas-Brüder in

80 Die 1953-1956 zwölfmal erschienene Zeitschrift (Untertitel: *Revista de Historia de Cultura*) verband Philosophie, Sozial- und Geisteswissenschaften in historisierender Perspektive. Mit den vom Peronismus verbannten Autoren fungierte sie als Brücke nach den USA und Europa und sah sich als “república internacional del saber” an, in Romeros Emphase “una universidad que se preparaba en la sombra para reemplazar a la oficial” (zit. n. Terán 1991: 42).

die Universitätsverwaltung und richtete 1957 die *extensión universitaria* ein, die mit Abendkursen und öffentlichen Veranstaltungen die Universität für Arbeiter und Angestellte öffnen sollte; auch der 1958 gegründete Verlag “Editorial Universitaria de Buenos Aires” (EUDEBA) wollte mit Kiosk-Ausgaben die Volksbildung voranbringen. Die Erneuerung der *universidad reformadora* bestand in Ausweitung und Professionalisierung von Forschung und Lehre; es wurden neue Studiengänge (u.a. Soziologie, Psychologie) und Gebäude (für Ingenieur- und Naturwissenschaften) geschaffen. Hatten viele Lehrstuhlinhaber (v.a. in Jura oder Medizin) die *cátedra* als Prestige und Einflussnahme statt als Lehr- und Forschungsauftrag angesehen, brachten neue Vollzeitstellen die Professionalisierung voran;⁸¹ der 1957 gegründete *Consejo de Investigaciones Científicas y Técnicas* (CONICET) verteilte zudem Stipendien für Dozenten und Studenten. Durch das Zusammenwirken von Demokratisierung, Professionalisierung und relativer Autonomie gegenüber der Politik war die *universidad reformadora* in der Selbst- und Fremdwahrnehmung eine “época dorada” (Schwarzstein/Yankelwich 1989), obwohl der Konflikt um Frondizis Hochschulgesetze, Romeros Rücktritt und studentische Radikalisierungstendenzen den Horizont bald verdüsterten.

Der Aufbau der wissenschaftlichen Soziologie war bis Mitte der 1960er Jahre primär mit dem 1930 aus Italien zugewanderten Soziologen und Ökonomen Gino Germani verbunden, der – trotz einiger vor 1955 bestehenden Soziologie-Lehrstühle (Neiburg 1993: 287) – als ihr “padre fundador” (ebd.: 243) und “héroe modernizador” (Noé 1995: 73) gilt. Beim Aufbau des 1930 gegründeten und der FyL angegliederten *Instituto de Sociología* hatte sich Germani als Experte für empirische und politische Soziologie profilieren können.⁸² Während des Peronismus vertiefte Germani am CLES den Kontakt zu den liberalen Reformeliten, weswegen er nach 1955 mit dem von der “Ford”- und “Rockefeller-Foundation” geförderten Aufbau eines Soziologie-

81 Schon 1962 hatte die UBA 200 Lehrstuhlinhaber und 500 Assistenten mit *dedicación exclusiva*; 1958-1962 wurden ca. 2.500 Stipendien verteilt, davon 220 zum Auslandsstudium für Post-Graduierte (Sigal 1991: 87f.).

82 Germanis Sonderstellung als “Zugereister” und *técnico-experto* wurde zum doppelten Vorteil gegenüber den traditionell ideengeschichtlich oder philosophisch orientierten Kollegen (Neiburg 1993: 252). Besonders anfangs – “La integración de las masas a la vida política” (1956) – verband Germani das Modernisierungsthema mit der Ursachenanalyse des Peronismus.

Studiengangs (*carrera de sociología*) beauftragt wurde (Neiburg 1993: 256f.). Dabei ging Germani gezielt Allianzen ein. Besonders wichtig war Romero, der nach seinem Rücktritt als Rektor den Lehrstuhl für Sozialgeschichte übernahm und 1962-1965 Dekan war (Noé 1995: 148): Während Romero die Brücke zu traditionellen Sektoren schlug, verkörperte Germani die für die künftigen *científicos* notwendige Innovation und Spezialisierung.

Germanis Projekt einer wissenschaftlichen Soziologie war ein zweifacher Bruch mit der soziologischen Tradition (Werz 1992: 154). Epistemologisch wollte es die essayistische Katheder-Soziologie durch eine empirische Methode überwinden, institutionell die Autonomie des Faches gegenüber den Nachbardisziplinen Jura, Wirtschaft und Philosophie stärken. Beides sollte zu einem neuen technokratischen Rollenverständnis führen, bei dem die Soziologie Beruf statt Berufung war. Statt halbtags arbeitender "Amateure" oder vergeistigten *maestros* oder *pensadores* sollten Experten den Modernisierungsprozess erklären und evtl. beeinflussen können. Inhaltlich nährte sich die schnelle Ausbreitung der wissenschaftlichen Soziologie aus der Analyse des sozialen Wandels und der Auseinandersetzung mit dem Peronismus, was den großen Erklärungsbedarf für seine Entstehung und Mobilisierungskraft zu stillen versprach (Neiburg 1993).

In den frühen 1960er Jahren war die wissenschaftliche Soziologie institutionell und personell gefestigt. Der institutionelle Aufstieg der ersten Absolventen förderte die Kohäsion der kleinen *community*, die mit der *Asociación Sociológica Argentina* einen Interessenverband in Abgrenzung zu den traditionellen *ensayistas* gründete und mit der Ausrichtung von Kongressen die internationale Anerkennung und Zusammenarbeit steigerte. Ab 1963 aber zeigten sich Krisensymptome – deutlich an den Machtkämpfen innerhalb der Reformeliten (und ihrem Zerfall) wie an der wachsenden Kritik der eigenen Eleven (Noé 1995: 183-192). Wegen seines autoritären Charakters, der Antipathie zur Kubanischen Revolution und der Annahme von US-Geldern wurde Germani zur Reizfigur der Linken. Der Machtverlust der entwicklungsnationalistischen Sektoren verschärfte die Krise: Als organische Intellektuelle der modernisierungsorientierten Mittelklassen waren die *científicos* mit ihrem Schicksal verbunden, obwohl interne Faktoren – Germanis frühe "Fluchtbewegung" aus der UBA, mit der er ab 1960 das private *Instituto Di Tella* und das *Centro de Investigaciones Socia-*

les aufbaute und 1965 nach Harvard ging, sowie die zunehmende Fragmentierung des Schülerkreises – zur Gruppenerosion beigetragen hatten.

2.2 Brasilien: Kooptation in Populismus und Demokratie

O governo faz da inteligência [...] seus mais permanentes e fiéis colaboradores (*Cultura política* [editorial], Nr. 3/4, 1941, zit. n. Velloso 1982: 93).

Nachdem Unter- und Mittelschichtrevolten sowie *tenentes*-Bewegungen in den späten 1920er Jahren wiederholt die Legitimität der ersten Republik infrage gestellt hatten, führten Konflikte im föderalen Machtarrangement zum Zusammenbruch. Nachdem Minas Gerais, Rio Grande do Sul und andere Bundesstaaten sich mit Unterstützung der *tenentes* aufgelehnt hatten, baute der provisorische Präsident Getúlio Vargas mit Militärhilfe ein autoritär-korporatives Regime auf, das nach der Niederschlagung weiterer Aufstände – v.a. 1932 in São Paulo – 1937 den so genannten *Estado Novo* errichtete. Die so genannte “revolução dos trinta” ließ die Liberalismus-Kritik blühen (Speck 1995: 56) und nur wenige progressive *pensadores* wie Sergio Buarque de Holanda (*Raízes do Brasil*) oder Caio Prado Jr. (*Evolução econômica do Brasil*) am demokratischen Gegenbild zur gescheiterten Republik festhalten.

Während der zum Erziehungsminister berufene autoritäre Denker Francisco Campos die Bundesuniversitäten kontrollieren wollte (Schwartzman 1991: 123), begann in São Paulo der Aufbau einer eigenen Hochschule, wobei das ESP-Umfeld als “geistiger Generalstab” fungierte. Für die *paulistas*-Eliten war die Errichtung einer eigenen Universität ein erster Schritt, um nach der politischen Niederlage eine der wirtschaftlichen Stärke angemessene Position zu erlangen (I. Cardoso 1982). Bildete die 1933 vom Unternehmerverband *Federação das Industrias e Empresas de São Paulo* (FIESP) mitbegründete *Escola Livre de Sociologia e Política* (ELSP) qualifizierte Verwaltungskräfte aus (Limongi 1989), sollte die ein Jahr später entstehende *Universidade de São Paulo* eine Kultur- und Wissenschaftselite hervor-

bringen.⁸³ Der erste, meist aus den USA und Europa stammende Lehrkörper sollte empirisch-universale Wissenschaft vermitteln und zur Produktion der “normas que a nação deve seguir” (zit. n. Martins 1987: 80) anleiten.

Im ganzen Land zielte der Aufbau moderner Universitäten auf die gesellschaftliche Führungsrolle und Professionalisierung der Wissenschaft (Martins 1987: 80), war aber unterschiedlich geprägt. In der Hauptstadt und den übrigen Bundesstaaten blieben die Universitäten vom Staat abhängig, was zur schnellen Kontrolle unter Vargas führte; in São Paulo entstand die USP auf Initiative von gegenüber der Bundesregierung starken und relativ autonomen regionalen Eliten. Obwohl die USP entgegen ihrem eigenen “Gründungsmythos” im *Estado Novo* kein Ort aktiven Widerstands war, sondern sich zurückgezogen hatte (I. Cardoso 1982), verstärkte sie das nationale Hegemoniestreben der *paulista*-Eliten.⁸⁴ Meist unter staatlichen Tutelen sahen die 1920/1930er Jahre den Übergang zu einer handlungsorientierten Intellektuellenfigur. Weil die Akademiker (außer in São Paulo) kaum autonome Handlungsbereiche aufgebaut hatten, war ihre Annäherung an den *Estado Novo* zwangsläufig (Speck 1995: 79f.). Die autoritären Denker ebneten in der neuen Verfassung einer korporativen Ordnung, Schwächung der Ländergewalten und staatlichen Wirtschaftslenkung den Weg.⁸⁵ Außerhalb dieser Gruppe beschwor der *manifesto regionalista*-Initiator Freyre in *Casa Grande & Senzala* (1933) das harmoni-

83 Besonders das *Instituto Franco-Brasileiro de Alta Cultura* hatte für das Sorbonne-Modell geworben (Limongi 1989: 147). Quasi als Aufbauhelfer wurden Soziologen und Philosophen aus Frankreich, Mathematiker aus Italien und Naturwissenschaftler aus Deutschland geholt (Schwartzman 1991: 133).

84 “We knew that only through science and continuous effort we could recuperate the hegemony we had enjoyed for several decades in the federation. *Paulistas* to the bones, we had inherited [...] the taste for ambitious projects and the patience for large undertakings. [...] We had experienced the terrible adventures caused, on the one hand, by the ignorant and incompetence of those who before 1930 had decided on the destiny of our nation, and on the other hand, by the emptiness and pretentiousness of the 1930 October revolution. [...] Brazil’s problem was above all a question of culture. Hence the importance of the foundation of our university and *Faculdade de Filosofia, Ciências e Letras*” (J. Mesquita Filho, zit. n. Schwartzman 1991: 129).

85 Plínio Salgado war Mitgründer der staatstragenden AIB (*Ação Integralista Brasileira*), Oliviera Vianna war Rechtsberater des neuen Arbeitsministeriums, Roberto Campos wirkte an der neuen Verfassung mit und wurde Justizminister.

sche Zusammenleben aller Klassen, Rassen und Religionen als eine Kultursynthese, die Vargas später zur *brasiliidade*-Ideologie erhob.

Unter Vargas, der sich trotz Selbststilisierung als “pai dos pobres” stärker als Perón auf die traditionellen Eliten stützte, näherten sich Intellektuelle und Politik weiter an. Der *Estado Novo* kontrollierte Parteien und Medien, griff aber selten zu harter Zensur – die Symbol-Experten sollten zwischen Regierung und Volk, Herrschern und Beherrschten vermitteln. Der *Estado Novo* beruhte auf der Monopolisierung politischer Entscheidungsprozesse und dem Ausbau der Medien-, Erziehungs- und Kulturbürokratie, was viele Intellektuelle in ein Lohn- und Loyalitätsverhältnis brachte: Kultur galt als Mittel gesellschaftlicher Integration (Velloso 1982: 71) und *negócio oficial* (Goulart 1989: 90); dabei wurde eine konforme Volks- und Mittelklassenkultur gefördert (Miceli 1979: 131). Die propagierte Deckungsgleichheit von Staat und Intelligenz sollte die Entfremdung der Intellektuellen und die Kluft zur Politik aufheben. Hatten die autoritären Denker eine “Ideologie des Staats” formuliert, herrschte nun eine “Ideologie der Kultur” (Pécaut 1989: 60).

Waren Intellektuelle in der *Primeira República* oft dank oligarchischer oder persönlicher Bande in Ämter gelangt, gliederte der *Estado Novo* Intellektuelle in bis dato unbekanntem Ausmaß in die staatliche Administration ein. Während das für die Kultur zuständige neue Ministerium für *Educação e Saúde Pública* mit regimetreuen Denkern besetzt wurde,⁸⁶ bekamen in untergeordneten Organen auch weniger konforme Köpfe Leitungsfunktionen. Zudem wurden oft von Intellektuellen geleitete *Departamentos de Imprensa e Propaganda* (DIP) eingerichtet, denen die Überwachung von Presse, Radio, Kino und Theater oblag.⁸⁷ Der *Estado Novo* intervenierte aber auch in der wissenschaftlichen Debatte. 1937 wurde der *Instituto Nacional do Livro* gegründet und das brasilianische Portugiesisch zur offiziellen Norm erhoben. Neben den an ein breites Publikum gerichteten Zeitschriften

86 Annektierte Institutionen waren: *Instituto Nacional do Livro*, *Serviço Nacional de Patrimônio Histórico e Artístico Nacional*, *Serviço Nacional de Teatro*, *Serviço de Radiodifusão Educativa*, *Biblioteca Nacional*, *Museu Histórico Nacional*, *Museu de Belas Artes*, *Conselho Nacional de Cultura* (Goulart 1989: 31).

87 Wegen der 1940 noch über 50%igen Analphabetenrate konzentrierten sich die DIP's auf Kino und Radio, indem die tägliche *Hora do Brasil*, eine Melange aus Propaganda und Volksmusik, wichtigstes Werbemittel war (Goulart 1989: 17-22).

Brasil Novo und *Ciencia Política* sollte *Cultura Política* offizielles Sprachrohr sein, gab aber auch unabhängigen Köpfen wie den späteren ISEB-Gründern das Wort (Velloso 1982: 100-103).

Insgesamt spannte der *Estado Novo* viele Intellektuelle vor seinen Karren, um sie zu “*elaboradores e divulgadores da ideologia dominante, funcionários da sociedade civil*” (Goulart 1989: 161) zu machen. Unter den verschiedenen kooptierten Intellektuellen ließen sich mit Gramsci entsprechend Funktion und Position zwischen den “großen Intellektuellen” des *Estado Novo* und den untergeordneten Befehlsempfängern unterscheiden: Während erstere – in leitender Position – für Ausarbeitung der Staatsideologie verantwortlich und organisch mit den herrschenden Klassen verflochten waren, sind letztere mit geringerer Organizität für die Verbreitung von Ideen etc. verantwortlich gewesen. Unter Berücksichtigung von Biographien, sozialer Position und politischem Einfluss sind vier Kategorien unterscheidbar,⁸⁸ die von der Elite über Vertrauensmänner und Kulturverwalter bis zu modesten *escritores-funcionários* reichten. Die Symbiose beruhte auf einer Wechselbeziehung: Einerseits brauchte der Staat die Intellektuellen, um seinen aufgeblähten Kultur- und Propagandaapparat zu betreiben, andererseits erfuhren die Intellektuellen mittels des *Estado Novo* eine auf ihren spezifischen Qualitäten ruhende Anerkennung. Auf der einen Seite halfen dabei ideologische Volatilität, korporatistisches Selbstverständnis und Versorgungsmentalität, auf der anderen Positionsvielfalt und niedriger Repressionsgrad (der eine gewisse Selbstbestimmung zuließ). Indem die Staatsbürokratie ab den 1930er Jahren zum “regulativen Hegemon” (Miceli 1979) des symbolischen Gütermarkts wurde, entstand eine Tauschbeziehung zwischen einem fürsorgenden Staat und den ihre Loyalität veräußernden Intellektuellen.

Diese für beide Seiten vorteilhafte Beziehung hatte zur Folge, dass im *Estado Novo* nur wenige Intellektuelle ins Exil gingen und, anders als unter Perón, kaum organisierte Opposition entstand. Einschließlich

88 Die intellektuelle Elite wie der Minister und Verfassungsvater Francisco Campos stand in Leitungsfunktionen und besaß politische Entscheidungsmacht; die oft aus Freundschaft berufenen *homens de confiança* (wie Carlos Drummond de Andrade) hatten beratenden Einfluss; die *administradores de cultura* – wie Sérgio Buarque de Holanda als Leiter einer ministerialen Abteilung – übten Verwaltungsfunktionen aus (Miceli 1979: 145-158).

der Kommunisten, denen der Nationalismus eine Brücke zu Vargas baute, arrangierte sich das Gros der Intellektuellen, woran auch einzelne Gegenstimmen (wie Caio Prado Jr.) oder der diskrete Widerstand der USP in den späten 1930er Jahren nichts änderten (Pécaut 1989: 80f.). In Folge der wachsenden Legitimationsprobleme des *Estado Novo* entstand in den 1940er Jahren eine intellektuellen Opposition, die 1942 zur Gründung der unabhängigen *União Nacional de Estudantes* (UNE) führte. Beim ersten *Congresso de Escritores Brasileiros*, der Anfang 1945 noch vor Vargas' Sturz stattfand, forderte die *Nova Geração* eine liberale Demokratie, betonte aber auch die soziale Verpflichtung der Intellektuellen und ließ sich bald unter linken Vorzeichen kooptieren.

Se é verdade que não há movimento revolucionário sem teoria da revolução, não haverá desenvolvimento sem a formulação prévia de uma ideologia do desenvolvimento (Corbisier, zit. n. Toledo 1986: 232).

Nach Vargas Rücktritt schrieb die neue Verfassung Pluralismus und bürgerliche Freiheiten fest (Speck 1995: 104), forderte aber weiter einen sozial- und wirtschaftspolitisch aktiven Staat und ließ die Gewerkschaftsstrukturen des *Estado Novo* unangetastet. Vargas und die Armee blieben ein Machtfaktor, die beiden wichtigsten Parteien – der von Arbeitern getragene *Partido Trabalhista Brasileiro* (PTB) und der bei Angestellten und Kleinbürgern starke *Partido Social Democrático* (PSD) – waren von der Industrie- und Landoligarchie getragen; die *União Democrática Nacional* (UDN) als “national-populistischer Block” konzipiert (Thibaut 1996: 113). Nachdem Vargas 1950 in freien Wahlen das Präsidentenamt erlangt hatte, leitete er die Nationalisierung von Schlüsselindustrien ein. Trug unter Präsident Juscelino Kubitschek (1956-1959) das Auslandskapital zur Industrialisierung (v.a. in der Automobilindustrie) bei, wuchs unter den Nachfolgern Jânio Quadros (1960/61) und João Goulart (1961-1964) die Polarisierung (ebd.: 116). Während Goulart Verstaatlichungen und *reformas básicas* voranbringen wollte, schürten Industrielle und Großgrundbesitzer Angst vor dem Kommunismus. Mit der Errichtung verschiedener staatlicher Entwicklungsagenturen ergriffen zunehmend Ökonomen und Soziologen das Wort und forderten Gestaltungsmacht (Speck 1995: 106). Die intellektuell-sozialwissenschaftliche Diskussion wurde von drei Polen bestimmt: Zum einen von den linksnationalistischen

Intellektuellen aus Rio, die im *Instituto Superior de Estudos Brasileiros* (ISEB, 1954-1964) und den *Centros Populares de Cultura* (CPC, 1961-1964) aktiv waren, zum anderen von den anti-populistischen, in den Zeitschriften *Anhembi* (1955-1961) und *Revista Brasileira* (1955-1964) manifesten Kulturkritikern aus São Paulo, und schließlich von der von Fernandes geprägten USP-Soziologie.

Die ISEB-Keimzelle waren junge nationalistische Soziologen und Ökonomen, die sich monatlich zwischen São Paulo und Rio zum “estudo histórico e sistemático do Brasil” trafen (Schwartzman 1981: 3). Anfang 1953 gründeten sie in Rio den *Instituto Brasileiro de Estudos Sociais e Políticos* (IBESP) und gaben die *Cadernos de Nosso Tempo* (CNT) heraus. Die vom Erziehungsministerium finanzierte und vom ersten Generalsekretär Hélio Jaguaribe geprägte Gruppe suchte unter Einfluss der CEPAL-Ideen einen linksnationalistischen “dritten Weg” zwischen Kapitalismus und Sozialismus (ebd.: 5f.); sie wollte eine über Einzelinteressen stehende nationale Entwicklungsideologie erarbeiten, um als *vanguardia política* progressive Allianzen zu schmieden und den Wandel von oben anzuschieben.⁸⁹

Als IBESP-Nachfolger wurde auch der ISEB vom Erziehungsministerium finanziert, um zum “kritischen Verständnis der brasilianischen Realität” und der “Förderung der nationalen Entwicklung” beizutragen. Mit Vortrags-, Seminar- und Publikationstätigkeiten verbreitete der ISEB eine “Ideologie” selbstbestimmter Entwicklung, die statt der noch vom IBESP geforderten Vergesellschaftung der Produktionsmittel kapitalistische Entwicklung als emanzipatorischen Akt sah.⁹⁰ Grundkonsens bestand im Ziel nationaler Unabhängigkeit wie in der eigenen Rolle als Produzent handlungsleitender Ideen. Nationale Selbstbestimmung begriff der ISEB primär ökonomisch und propagierte ähnlich der CEPAL-Strategie eine Kombination aus Privatinitiative und Staatslenkung (Speck 1995: 169f.). Gemäßigte Autoren

89 Dieser oblag “o esclarecimento ideológico das forças progressistas [...] – burguesia nacional, proletariado e setores técnicos da classe média – e arregimentação política destas forças” (CNT, Nr. 4, zit. n. Schwartzman 1981: 4).

90 Der ISEB sah sich als “centro permanente de altos estudos políticos e sociais [...] visando a elaboração de instrumentos que permitam o incentivo e a promoção do desenvolvimento nacional” (zit. n. Toledo 1986: 227f.). Corbisier, Ramos und Cândido Mendes, der Philosoph A. Viera Pinto und der Historiker N. Werneck Sodré knüpften an *pensadores* an; die Ökonomen R. Campos und H. Jaguaribe waren von der wissenschaftlichen Soziologie geprägt (Pécaut 1989: 97).

wie Jaguaribe verteidigten einen *nacionalismo de meios*, der vom Auslandskapital angeschoben werden sollte; radikalere Nationalisten vertraten einen anti-imperialistischen Nationalismus von Arbeitern und Intellektuellen. Selbstbestimmung bezog sich auch auf den Überbau: Der ISEB sah Ideologie nicht als falsches Bewusstsein, sondern als handlungsleitenden Werthorizont eines emanzipatorischen Projektes (Pécaut 1989: 101); sie war – “*não há desenvolvimento sem ideologia de desenvolvimento*” – Voraussetzung des Entwicklungsprozesses. Als Vergesellschaftung objektiver Erkenntnisse stand sie für die ISEB-Köpfe in Ergänzung (statt im Gegensatz) zur universalen Wissenschaft (Toledo 1986: 231).

Als “Ideologieapparat des Staates” – und linker Widerpart zur *Escola Nacional de Guerra* (Toledo 1986: 227) – war der ISEB grundlegend an der Formulierung von Kubitscheks *Programa de Metas* (“50 em 5 anos!”) beteiligt. Trotz der “*öffiziösen Position*” (Speck 1995: 166) war sein politischer Einfluss beschränkt: Der Teilnahme von Institutsmitgliedern an Kubitscheks Wahlkampf und der Berufung des ISEB-Ökonomen Roberto Campos an die Spitze des neuen *Banco Nacional de Desenvolvimento Econômico* standen die fehlende Mitwirkung in zentralen Planungsebenen und Campos’ Randlage in der Regierung gegenüber (Pécaut 1989: 96). Als heterogenes Kollektiv besaß das ISEB eine plurale (1955-58/59) und links-revolutionäre Phase (1960-64) (Debert 1986: 125).

In der ersten Phase wollte das Institut mit Kursen und Vorträgen bei Eliten die geistige Atmosphäre für Entwicklung stiften. Mit dem Widerstand gegen den von Kubitschek favorisierten *nacionalismo dos meios* und dem Weggang von Jaguaribe, Ramos und Texeira bekamen die Linksnationalisten die Oberhand – sie bereiteten Gesetzesentwürfe für den *Frente Parlamentária Nacionalista* vor und ergriffen beim Wahlkampf 1959 für den PTB Partei. Nach der Ernennung von Aníbal Viera Pinto zum neuen Institutsleiter und dem Eintritt von dem PCB nahestehenden Soziologen organisierten Institutsmitglieder Seminare für die Bauern- und Studentenligen und entwarfen in den *Cadernos do Povo Brasileiro* sozialrevolutionäre Perspektiven.⁹¹ Der ISEB war ein

91 Der Nachfolgekampf war ein Indiz der Radikalisierung (Pécaut 1989: 99). Als jüngere Mitglieder kamen u.a. W. Guilherme dos Santos und C. Estevam Martins (ebd.: 127); als Beiträge zu den *Cadernos do Povo Brasileiro* vgl. A. Viera Pinto,

widersprüchlicher revolutionärer Motor: Es wandte sich gegen die Figur eines "freischwebenden" Intellektuellen, fühlte sich aber primär den amorphen Begriffen "Volk" und "Nation" verbunden; es sah sich als selbstbestimmtes Intellektuellen-Kollektiv, war aber staatlich finanziert. Ohne seine elitären Bande abzuschütteln, wurde es – als wirkungsmächtiges Gegenmodell zu den *bacharéis* – 1964 vom Militärregime aufgelöst (Speck 1995: 173).

Anfang der 1960er Jahre entstanden im Nordost-Bundesstaat Pernambuco im Umfeld des Befreiungspädagogen Paulo Freire und linker Kirchenkreise der *Movimento de Cultura Popular* (MCP) und der *Movimento de Educação de Base* (MEB), die mit politischer Bewusstwerdung verbundene Alphabetisierungskampagnen durchführten (Weber 1984). Größere Wirkung erzielte die in mehreren Staaten aktiven *Centro Popular de Cultura* (CPC)-Bewegung, die sich aus Aktivisten der UNE und linkskatholischen *Ação Popular* (AP) rekrutierte und in Rio Querverbindungen zum ISEB besaß.⁹² Mit Theateraufführungen in Fabriken und *Favelas* sowie Beiträgen für die *Cadernos do Povo* – nach eigenem Verständnis eine Bewegung der Tat (statt der Theorie) – sahen sich die PC-Köpfe als Avantgarde, die mit ihrem "Gang ins Volk" dessen revolutionäre Bewusstwerdung fördern wollten (Barcelos 1994: 441f.).

Zentral für das CPC-Gedankengut war die Umdeutung der Begriffe *arte* und *cultura popular*. Entgegen dem Folklore- oder Rassendiskurs (Ortiz 1985: 71) wurde das Transformationspotential betont und v.a. bei den Intellektuellen verortet.⁹³ Als "dramática tomada de

Por quê os Ricos não fazem greve?; N. Werneck Sodré, *Quem é povo no Brasil?*; W. Guilherme dos Santos, *Quem dará o golpe no Brasil?*

92 CPC meinte zugleich die Gesamtbewegung, die auch in Belo Horizonte und São Paulo Bedeutung erlangte (Favero 1984: 83-89). Prominente Rio-Aktivistinnen waren u.a. die Literaten Ferreira Gullar und Moacyr Félix, die Theatermacher Oduvaldo Vianna Filho und Gianfrancesco Guarnieri, der Musiker Carlos Lyra und der Filmemacher Cacá Diegues, die Soziologen Carlos Estevam Martins, Luis Werneck Vianna und Caldeira Brant. Ausführlicher dazu C. E. Martins, "Anteprojeto do CPC" (1962), "A questão da cultura popular" (1965); F. Gullar, "Cultura posta em questão" (1963) (vgl. Barcelos 1994: 441-456).

93 Wegbereitung war Martins' (1983: 129-33) Dreiteilung des Begriffsbündels *arte/cultura popular*: Auf der untersten Stufe steht demnach die traditionelle Volkskultur (*arte do povo*) als Ausdruck des zurückgebliebenen Bewusstseins; in der Mitte die für ein Massenpublikum produzierte entfremdende *cultura popular*;

consciência [...] da realidade brasileira” und “antes de mais nada, consciência revolucionária” (Gullar et al. 1983: 4) sollte *cultura popular* die Unterschichten zum Handeln anleiten. Trotz des ähnlichen Terminus entsprach das CPC-Konzept nur wenig Gramscis *cultura nazionale-popular*. Die Denker teilten seinen revolutionären Voluntarismus, behielten aber ein Elitenbewusstsein und predigten die Erleuchtung von oben. Weil sie primär auf die Bewusstwerdung der Intellektuellen zielte, konnte der “Gang ins Volk” die Klassenschranken nicht überwinden. Viele CPC-Köpfe ordneten sich dem Primat des Politischen unter⁹⁴ – ihr Publikum aber bestand statt im imaginierten Volk in einer neuen Generation von politisierten Mittelklasse-Studenten. Die CPC-Bewegung und das spätere ISEB bildeten so zusammen eine linksnationalistische *intelligentsia*, die sich als Motor und Speerspitze des soziopolitischen Wandels verstand und mit Goularts Linksregierung eine Achse zwischen Volk und Staat schweißen wollte (Vianna et al. 1994: 377). Als Versuch bürgerlicher Intellektueller, mit ihren Klassenlagen zu brechen, war die CPC-Bewegung Höhepunkt eines breiten Aufbruchs.

Die kulturelle Gärung bewegte auch die anti-populistischen Intellektuellen in São Paulo. Die Zeitschrift *Anhembi* (1950-1962) sammelte ambitionierte Journalisten im ESP-Umkreis, schlug aber auch Brücken zur USP. *Anhembi* proklamierte einen kosmopoliten “socialismo democrático” und den anti-Varguismus in Europa. Das Hegemoniestreben São Paulos verband sich bei *Anhembi* mit dem Glauben an die zivilisatorische Mission der Geisteseliten. Die vom Historiker Caio Prado Jr. gegründete *Revista Brasileira* (RB, 1955-1964) zählte linke Journalisten, Literaten wie jüngere Akademiker zu ihren Autoren und vermittelte zu den nationalistischen *cariocas*.⁹⁵ Aufgrund des

auf der höchsten Stufe *arte* oder *cultura popular revolucionária* der engagierten Intellektuellen, die zur Bewusst- und Subjektwerdung des Volks führt.

- 94 Auch die CPC-Meisterwerke – wie der Film *Cinco vezes favela*, die Bossa Nova-Platte *Auto dos 99%*, die Lyriksammlung *Violão da Rua* oder das Theaterstück *Eles não usam black-tie* – wurden primär von der Mittelklasse goutiert.
- 95 Die an die *Revista do Brasil* (1920/1930er Jahre) anknüpfende RB, auch Ort der einzigen SdM-Veröffentlichung (Giannotti 1960), war stark von ihrem Gründer und Finanzier Caio Prado Jr. geprägt, Autor der ersten marxistischen Wirtschaftsgeschichte Brasiliens (1933). Unter Autoren und Führungsmitgliedern waren PCB-Aktivist*innen, aber auch *escola paulista*-Mitglieder, von denen F. H. Cardoso kurz Mitglied im Redaktionsrat war (Limongi 1987: 29-34).

heterogenen Mitarbeiterkreises war sie zwischen Reformismus und Opposition, kritisierte aber Kubitscheks wirtschaftliche Öffnung für das Auslandskapital als *entreguismo* (Limongi 1987: 38). Mit ihrer Kritik an den von den "wahren" Problemen entfernten Eliten und Institutionen sowie an der Kluft zwischen *pais legal* und *pais real* griff RB die Topoi der autoritären Denker auf und kritisierte die repräsentative Demokratie, geriet aber – entgegen dem idealisierenden Rückblick einiger Mitglieder (Lima 1986) – in den frühen 1960er Jahren ins Abseits (Limongi 1989: 42). Die Doppelveröffentlichungen in RB und *Anhembi* zeigten zugleich Berührungspunkte (Limongi 1987: 43) – beide kämpften mit geistesaristokratischem Selbstverständnis um soziale Aufklärung.

Procuramos legitimizar uma área própria de autonomia intelectual e o fizemos em nome da ciência e da "solução racional dos problemas sociais" (F. Fernandes, zit. n. Vianna 1994: 368).

Auch die während des *Estado Novo* "stillgestellte" USP erlebte nach 1945 einen Aufschwung, der zum einen im kulturellen Institutionenbau in São Paulo (Arruda 1995: 121),⁹⁶ zum anderen in der Ausstrahlung neuer staatlicher Institutionen – wie dem 1951 gegründeten Forschungsrat *Conselho Nacional de Pesquisas* (CNPq) – eingebettet war. Die *Faculdade de Filosofia e Ciências* der *Rua Maria Antônia* war anfangs durch die Lehrmissionen v.a. französischer Wissenschaftler wie Claude Levi-Strauss (1935-1938), Fernand Braudel (1935-1937) und Roger Bastide (1938-1954) und ihrem empirisch-universalen Erkenntnisanspruch geprägt. Die Entstehung und Expansion der *escola paulista de sociologia*, die *bacharéis* und *pensadores* verdrängte und ein Gegenmodell zur linksnationalistischen *intelligentsia* aufbaute, waren v.a. der Führungs- und Organisationskraft Florestan Fernandes' (1920-1996) zu verdanken (Liedke Filho 1990; Miceli 1995; Arruda 1995).⁹⁷ Beeinflusst von den Gastlehrern stand zunächst die Rassenfrage im Forschungsmittelpunkt. Fernandes, der gegen Ende

96 Mit Unterstützung der lokalen Eliten entstanden: *Museu de Arte Moderna de São Paulo* (1946), *Teatro Brasileiro de Comedia* (1948), *Museu de Arte Moderna* (1950), die *Rede Tupi* als erster Fernsehsender Brasiliens (1950) und 1951 der Ausstellungskomplex von Ibirapuera (Arruda 1995: 128).

97 Die erklärenden Erinnerungen (vgl. Schwarz 1995; Loschiavo 1988) sollten nicht vergessen lassen, dass die *escola paulista* anfangs in einem "Meer der Widersprüche" schwamm (Arruda 1995: 140).

des *Estado Novo* am Oppositionsblatt *Resistência* mitgewirkt und an der ELSP studierte hatte, leitete nach seinem Wechsel an die USP mit Bastide ein Forschungsprojekt über Rassenbeziehungen in São Paulo, bevor er 1954 einen eigenen Schülerkreis aufzubauen begann.⁹⁸

Fernandes' Konzept bestand in einer universalen, autonomen und kritischen Wissenschaft, die primär den sozialen Wandel von Kapitalismus und Klassengesellschaft untersuchen sollte. Einerseits grenzte sich Fernandes damit gegen den Essayismus der *pensadores* und "explicadores do Brasil" (Mota 1979) ab, die noch seine eigene Sozialisation bestimmt hatten (Arruda 1995: 169), andererseits gegen die Ideologie-Produktion der Rio-*Intelligentsia*. Dieser Konflikt gipfelte Ende der 1950er Jahre in der Kontroverse zwischen Fernandes und ISEB-Gründer Guerreiro Ramos (Vianna 1994; Villas-Boas 1995). Ramos propagierte eine hemdsärmelige *sociologia em mangas de camisa*, die sich mit dem "propósito salvador ou de reconstrução nacional" an nationalen Problemlagen zu orientieren habe und die Entwicklungsdefizite überwinden sollte; für Fernandes dagegen war sozialwissenschaftliche Erkenntnis an universale statt nationale Kriterien gebunden.⁹⁹ Während Ramos den *paulistas*-Ansatz als "sociologia enlatada [...] regional e diversionista" angriff, war für Fernandes "Realität nicht unmittelbar zugänglich [...], sondern wissenschaftlichen Kriterien unterworfen"¹⁰⁰ (Villas-Boas 1995: 43) und mit einer von Max Weber vorexerzierten "theoretisch-methodologischen Strenge" (Cohn 1986) verbunden.

98 Fernandes erlangte 1947 an der ELSP mit der Arbeit *Organização social dos Tupinambá* den Magistertitel; 1951 promovierte er an der USP mit *A função social da guerra na sociedade tupinambá*, 1953 habilitierte er sich mit *Ensaio sobre o método de interpretação funcionalista na sociologia*.

99 Die *paulistas* waren für Ramos "os que pretendem a compreensão da sociedade nacional por meio de mera coleção de fatos" ("Introdução aos problemas do Brasil", zit.n. Arruda 1995: 154). Dagegen Fernandes: "Nenhum cientista conseguirá pôr a ciência ao serviço da sua comunidade sem observar, de modo integro e rigoroso, as normas e valores que regulam a descoberta, verificação e aplicação do conhecimento científico" ("O padrão do trabalho científico dos sociólogos brasileiros", ebd.: 157) – erst nach 1964 plädierte er für eine öffentliche Intervention.

100 "Florestan criou uma linguagem [...] que nós tentamos imitar com desespero. Era busca de identidade. Era busca de conceito. Era tentativa de mostrar que se fazia na Sociologia algo muito importante e que a Sociologia era uma ciência". F. H. Cardoso, "A paixão pelo saber", in: M. d' Incão, *O saber militante* (1987) (zit. n. Arruda 1995: 142).

Am Lehrstuhl baute Fernandes ein aus Assistenten und Schülern bestehendes Team auf. Der engste Kreis bestand aus den unter den Studenten sorgfältig ausgewählten und 1954 mit Fernando Henrique Cardoso und Otavio Ianni besetzten Lehrstuhlassistanten, der erweiterte Kreis aus Forschungsassistenten und Hilfskräften (*auxiliares de pesquisa*), der äußerste Kreis aus Studenten. Diese Konstellation, in der Fernandes, Cardoso und Ianni das “petit comité” bildeten und großer Wettbewerb herrschte,¹⁰¹ führte zu von Konkurrenz und Loyalität zugleich geprägten Binnenstrukturen. Die *escola paulista* besaß dabei zwei Arbeitsphasen. In den späten 1950er Jahren wurde die zuvor in São Paulo erörterte Rassenfrage in anderen Regionen untersucht.¹⁰² Mit diesen das kulturalistische Denken überwindenden Analysen wurde der von Gilberto Freire formulierte, vom *Estado Novo* verstärkte Mythos der Rassendemokratie widerlegt. In der zweiten Phase, in der der *Centro de Estudos de Sociologia Industrial e de Trabalho* (CESIT) entstand, ging es ab den 1960er Jahren um die Modernisierung von Sozial- und Wirtschaftsstruktur, deren Dynamik sich auf São Paulo konzentrierte.

Insgesamt bildete die *Maria Antônia* Mitte der 1950er Jahre ein eigenes Kräftefeld. Einerseits schuf das Neben- und Miteinander von geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen enge personelle und geistige Austauschbeziehungen, andererseits beherbergte sie mit der Soziologie die dynamischste der neuen Disziplinen und strahlte auf andere Fakultäten aus. Mit dem eigenen Autonomiepostulat war kein weltfernes Philosophieren, sondern der Anspruch gesellschaftlicher Anerkennung verknüpft. Obwohl die *escola paulista* politische Intervention ablehnte, nahm sie – wie beim Engagement für das öffentliche Schulwesen – zu Kontroversen Stellung. Damit entstand an eine “akademische Kultur” als Sozialisationsrahmen, der für Dozenten und Studenten zum Zentrum persönlicher und beruflicher Beziehungen,

101 “O bom assistente era aquele que evidenciasse uma capacidade de trabalho pelo menos igual à minha, em quantidade e em qualidade. Procurei os assistentes que me pudessem fazer sombra, estimulei uma corrida aberta entre todos nós” (F. Fernandes, “Em busca de uma sociologia crítica e militante” (1963), zit. n. Arruda 1995: 194).

102 Dem Projekt entsprangen Cardosos und Iannis Untersuchung *Cor e Mobilidade Social em Florianópolis* (1961) sowie die Themen ihrer Doktorarbeiten.

zur akademischen Legitimationsinstanz und zum Horizont ihrer Aufstiegswünsche wurde (Miceli 1989: 86).

Obwohl in den frühen 1960er Jahren die Bundesuniversitäten in Porto Alegre und Belo Horizonte und die *Universidade de Brasília* expandierten, blieben Rio und São Paulo, ISEB-*intelligentsia* und *escola paulista* die wichtigsten sozialwissenschaftlichen Kraftzentren. Ging es beiden Gruppen – die Soziologie sollte “na vida pública em torno de uma agenda de reformas sociais” eingeschrieben werden (Vianna 1994: 379) – um Erlangung und öffentliche Verwendung umfassender Erkenntnisse über die brasilianische Gesellschaft, bestanden hinsichtlich Selbstverständnis und Praxis große Unterschiede (Miceli 1989; Villas-Boas 1995; Liedke Filho 1995). Während die ISEB- und CPC-Köpfe als *Intelligentsia* mit der Politisierung von Mannheims Intellektuellenrollen die Emanzipation der Nation voranbringen wollten, bemühte sich die *escola paulista* im Sinne von Mertons Wissensgemeinschaft um eine empirisch-neutrale Erfassung der Realität. Während sie für einen “rationalen”, über Wissenschaft vermittelten Ideenkonflikt stand, wirkten ISEB und CPC auf eine mobilisierende Bewusstseinsbildung hin und waren mit den linksnationalistischen Kräften in Staat oder Politik verflochten. Während sie einen zunehmend radikalen Entwicklungsnationalismus predigten und Revolution politisch definierten, blieben die *paulistas* trotz Grundsympathie für die Linken radikalen Lösungen gegenüber skeptisch und definierten Revolution primär als ökonomischen Wandel. Während das ISEB vom Staat finanziert wurde, war die USP als Initiative der Zivilgesellschaft mit diesem nur mittelbar verbunden. Zwei Sozialwissenschaftler- und Linksintellektuellenmodelle waren entstanden und sollten ein unterschiedliches Schicksal erleiden.

3. Zwischenspiel: Tradition und Demokratisierung

Operar comparativamente com vizinhos próximos, em termos de história e de tradições, pode levar-nos a acentuar as distâncias, a marcar e fixarmos excessivamente nas diferenças (Lovisol 1995:106).

In beiden Ländern haben Intellektuelle – Literaten, Juristen, Ingenieure und zunehmend Sozialwissenschaftler – seit jeher im Zwischen-

raum zwischen Öffentlichkeit und Wissenschaft, Gesellschaft und Staat gewirkt und politische Ämter übernommen (Castañeda 1994: 199f.). Diese engen Verflechtungen, bei denen der intellektuelle Einflussanspruch einen Identitätskonflikt – bei liberalen *intelectuales-políticos* des 19. wie kulturnationalistischen *escritores* und *pensadores* des frühen 20. Jahrhunderts – konstituierte, wurden zugleich von den nationalen Beziehungskonstellationen zu Klassen, Parteien und Staat bestimmt. Während sich die Entwicklungswege bis 1930 ähnelten, begannen sie mit den national-populistischen Regimes von Vargas (1937-1945) und Perón (1946-1955) zu divergieren. Indem der *Estado Novo* den Intellektuellen eine Ordnungsfunktion zuwies und kritische Köpfe einband, während der argentinische Staat seit der *década infame* die Geisteseliten gegen sich aufbrachte, wurde 1930 zu einer intellektuellengeschichtlichen "Wasserscheide".

In Argentinien wie Brasilien spielten die *intelectuales-políticos* des 19. Jahrhunderts als Vermittler der aus Europa kommenden liberalen Fortschritts- und Zivilisationsideen – trotz Unterschiede in Stärke und Zeitpunkt – eine zentrale Rolle beim Aufbau von Nation und republikanischem Staat. Die argentinische "Generation von 1837", die nach Rückkehr aus dem Exil als Werteliten im neuen Nationalstaat wirkte, erlangte früher Einfluss als die brasilianische "Generation von 1870", die bei Republikgründung mit traditionellen Eliten verflochten blieb. Mit der an den Rechtsfakultäten in Recife und São Paulo ausgebildeten Gruppe, die aus den öffentlich agierenden *bacharéis* und den an Universitäten und Museen tätigen *homens da sciencia* bestand, begann zugleich die für Brasilien charakteristische regionale und institutionelle Ausdifferenzierung.

Durch den Ausbau von Universitäten und Presse sowie wachsendem Autonomieanspruch wurden die Szenarien im 20. Jahrhundert immer uneinheitlicher, obgleich in beiden Ländern unter Einfluss von *ariélismo* und Krise kulturnationalistische Strömungen aufkamen. In Argentinien vertiefte sich mit der "Generation von 900" und der Universitätsreformbewegung in der *década infame* die ideologisch-institutionelle Spaltung des Intellektuellen Feldes zwischen Liberalen und Nationalisten. Indem sich nach Wahlrechtsreform und Yrigoyens Machtübernahme die Politik zu demokratisieren und die Klassen zu organisieren begannen, verminderte sich der Einfluss der *pensadores* und *maestros* (Mols 1985: 116). In Brasilien aber fungierte der Natio-

nalismus nicht als trennendes, sondern einigendes Band, das die Intellektuellen-Gruppen der 1920er Jahre – veränderungsorientierte *modernistas* aus São Paulo, oligarchisch-traditionsbewusste *regionalistas* aus Recife und autoritäre Denker aus Rio – miteinander verflocht. Nachdem der Nordosten die kulturelle Führungsrolle an Rio verloren hatte, konkurrierte bald São Paulo mit der Hauptstadt. Weil in Brasilien keine substantielle Demokratisierung stattgefunden hatte, blieben Elitestellung und Staatsverflechtung der *bacharéis* – in Selbst- wie Fremdwahrnehmung – zunächst unangetastet. Die Reformbewegung von 1918 hatte in Argentinien auf die Hochschulentwicklung einen weit größeren Einfluss als in Brasilien, verhinderte in beiden Ländern aber nicht die Defensive der Linken. Nach 1930 trennten sich die Entwicklungswege: In Argentinien verlor das intellektuelle Feld seine Halb-Autonomie – der Peronismus säuberte mit anti-intellektuellem Impetus die Universitäten und zwang die Köpfe der wissenschaftlichen Soziologie ins innere oder äußere Exil. In Brasilien kooptierte der *Estado Novo* einen Großteil der *pensadores*, indem er sie meist in Medien und Kulturapparaten zu Staatsdienern machte, ihnen aber auch eine große Toleranzmarge zugestand und so eine breitere Exil- oder Oppositionsbewegung verhinderte.

Nach Rückkehr zu einer liberaldemokratischen Ordnung kam es in beiden Ländern zur Institutionalisierung und Politisierung der Sozialwissenschaften. In der Starre des Postperonismus lösten die „engagierten“ *Contorno*-Führer die konservativen Geistesaristokraten von *Sur* ab, während an der Universität mit der wissenschaftlichen Soziologie der *especialista* den *maestro* oder *pensador* verdrängte. Beides konnte die Spaltung des intellektuell-wissenschaftlichen Feldes nicht aufheben. In Brasilien vertieften sich mit den aus der Mittelschicht stammenden Sozialwissenschaftlern, die sich in Rio als politisierte Intelligenz, in São Paulo als autonome Wissenschaftler definierten, die unterschiedlichen Entwicklungsmuster. Während die argentinischen Intellektuellen – bis auf den Beginn von Frondizis Präsidentschaft – in Opposition zu einem zunehmend autoritären Staat standen, verbündeten sich ISEB- und CPC-Ideologen mit einem zunehmend linksnationalistischen Staat. Demgegenüber errichteten die USP-*paulistas* eine autonome, kritisch-universale Wissenschaft, womit sich in den frühen 1960er Jahren zwei in Wirkung zunehmend unterschiedliche Intellektuellenkulturen etablierten.

Bei dieser Verschiebung mischten sich liberale, nationalistische und marxistische Ideen auf unterschiedliche Weise. Unter der argentinischen Geisteselite, bei der die "offizielle Hegemonie" des liberalen Denkens auf tönernen Füßen gestanden hatte, entflammte nach der Jahrhundertwende die (bis zum Konflikt zwischen *federales* und *unitarios* zurückverfolgbare) Auseinandersetzung zwischen liberal-kosmopolitem und nationalistischem Denken, die sich mit der *década infame* und dem Peronismus verfestigte und in den Disput zwischen einer liberal-wissenschaftlichen und nationalistisch-peronistischen Soziologie mündete. Demgegenüber vermieden die brasilianischen Intellektuellen, trotz des Hegemonieverlusts des Liberalismus in den 1930er Jahren und des Konflikts zwischen ISEB und USP eine tiefergehende Spaltung untereinander. Aufgrund des Konsenses über die Integrationsaufgaben des Staates, der Interessen auszugleichen und Entwicklung zu fördern hatte (Speck 1995: 181), ging der Streit zwischen Rio und São Paulo weniger um das Ob als um das Wie entwicklungsnationalistischer Politik. Während in Argentinien Nationalisten und Peronisten die Führungsaufgaben der Intellektuellen mit anti-elitärem Impuls oft infrage stellten, bestand in Brasilien übergreifende Einigkeit. Während die dortigen Geisteseliten selten die reine Lehre vertraten und kompromissbereit waren, blieben die Argentinier gegenüber eigenen und anderen Ideen relativ starr.

Auch die Institutionalisierungsprozesse von Öffentlichkeit und Sozialwissenschaften besaßen im Vergleich Unterschiede und einen *time lag*, der auch an den Namen der einander entsprechenden intellektuellen Generationen (1837-1870, 1900-1922) deutlich wird. Die funktional äquivalenten Institutionen der *opinion publique* – literarische Gesellschaften, republikanische Bildungsvereine und bürgerliche Qualitätspresse im späten 19. Jahrhundert sowie intellektuelle *revistas* im 20. Jahrhundert – wie der universitären Sphäre – von den ersten Universitäten bis zu soziologischen Lehrstühlen – entstanden in Argentinien ein bis zwei Jahrzehnte früher als in Brasilien.¹⁰³ Auch die naturwissenschaftlichen *communities* erlebten im ersten Jahrhundertdrittel,

103 Die beiden oligarchischen Sprachrohre *La Razón* und *La Nación* wurden 1862 und 1870, der äquivalente ESP 1890 gegründet. Der *time lag* wurde auch an Albert Einsteins Besuch in beiden Ländern 1925 deutlich: Während in Argentinien die Relativitätstheorie bereits akzeptiert und verbreitet war, wurde in Brasilien noch um sie gerungen (Lovisolo 1995: 71).

wie an den Gründungen ihrer Interessenverbände ersichtlich, eine schnelle Expansion in Argentinien und eine verspätete in Brasilien. Die wissenschaftlichen Institutionen entwickelten sich in Argentinien gegenüber Brasilien antizipiert (Lovisol 1995: 71) und besaßen bis 1940 ein international hohes Niveau, politisierten sich in Nachfolge von Hochschulreformbewegung, Revisionismus und Peronismus aber zunehmend. Während in Argentinien die Universitäten in den 1930er Jahren in Abhängigkeit der Politik gerieten und Stagnation einsetzten, begann in Brasilien – nicht nur an der USP – ein wissenschaftlicher Expansions- und Ausdifferenzierungsprozess.

Im Verhältnis zu Politik und Gesellschaft kreuzten sich in den 1930/40er Jahren die intellektuellen Entwicklungswege beider Länder und begründeten anhaltend unterschiedliche Konstellationen. In Argentinien bekam das von Germani geknüpfte Projekt der wissenschaftlichen Soziologie in den 1960er Jahren Risse und geriet institutionell und personell gegenüber der linksnationalistischen Soziologie in die Defensive. In Brasilien überstand das USP-Modell einer autonomen, kritisch-universalen Wissenschaft den Coup von 1964 zwar nicht schadlos, erlangte aber gegenüber dem ISEB die Oberhand. Damit verfestigten sich auch in den Sozialwissenschaften unterschiedliche – in Argentinien eine “interventionistische”, in Brasilien eine “akademizistische” – Strategien intellektueller Legitimation (Lovisol 1995: 71). Eine will ausgehend von der Wissenschaft mit einem anti-elitären, demokratischen Impuls im Feld der Politik intervenieren, die andere beharrt auf der Trennung zwischen Politik und Wissenschaft und hat *prima vista* einen elitären, anti-demokratischen Impuls.¹⁰⁴ Während in Argentinien nach Córdoba 1918 die Politisierung der Wissenschaftler vor bzw. parallel zu ihrer Professionalisierung stattfand, geschah das in Brasilien erst danach oder durch Universitäten, die durch eine autonome apolitische Institutionalisierung entstanden waren. Infolgedessen war auch das Verhältnis von Institutionen und *revistas* unterschiedlich: Während in Argentinien die den Wechseln der Politik

104 “A estratégia intervencionista é [...] a estratégia anti-elitista das elites intelectuais que se fundamenta com sentimentos democráticos de vergonha e de rebeldia diante da desigualdade [...] A moral, para os intervencionistas, é o compromisso ativo com o transformação do mundo. [...] A estratégia academicista caracteriza-se por [...] insistir na separação entre ciência e política, ou seja que renuncia a intervir na política a partir da ciência” (Lovisol 1995: 80-81).

ausgesetzten Institutionen zunehmend instabil wurden und so die Zeitschriften wichtig blieben, ließ in Brasilien die Stärkung der Hochschulinstitutionen die *revistas* schon in den frühen 1960er Jahren an Bedeutung verlieren.

Auch die regionale Dynamik der intellektuellen Felder divergierte in beiden Ländern. Obwohl in dem *la docta* genannten Córdoba 1534 die erste Universität des Landes gegründet worden war und die Universitätsreformbewegung begonnen hatte, löste sich in den 1930er Jahren der traditionelle Dualismus zugunsten der Hauptstadt auf, wo sich im Kielwasser des zentralistischen Peronismus auch die kulturellen Institutionen ballten. In Brasilien dagegen wirkten national relevante Intellektuellengruppen aufgrund des ökonomisch und politischen Föderalismus traditionell an verschiedenen Städten. Während dieser Polyzentrismus im 19. Jahrhundert zwischen Recife, Salvador, Rio de Janeiro und São Paulo ausgeglichen war, kam es mit dem ökonomischen Abstieg des Nordostens und dem Boom São Paulos zu einem "Zweikampf" zwischen Rio und São Paulo, in dem die Provinz ab den 1930er Jahren die Vorherrschaft der Kapitale infrage stellte. Mit ISEB und CPC besaß die Hauptstadt zum letzten Mal die intellektuelle Meinungsführerschaft, bevor der Aufschwung von USP und *escola paulista* einen Machwechsel andeuteten. Darüber hinaus verließ der Polyzentrismus der intellektuellen Entwicklung in Brasilien eine größere Dynamik als der Monozentrismus des Wasserkopfes Buenos Aires.

Verbunden mit diesen inneren Strukturmerkmalen entstand in beiden Ländern eine Kluft in der gesellschaftlichen Stellung der Intellektuellen, die von demographischem und sozialstrukturellem Wandel sowie Demokratisierungsprozessen bestimmt war. Den Bildungsindizes nach war Argentinien Mitte der 1950er Jahre (nicht nur im lateinamerikanischen Maßstab) eine meist urbane, aber auch auf dem Land oft gebildete Gesellschaft, während in Brasilien die urbanen Zentren und Universitäten Bildunginseln in einem Meer ländlicher Kultur glichen.¹⁰⁵ Sozialstrukturell besaßen die Absolventen höherer Bildung

105 1950 betrug die Analphabetenrate in Argentinien 14%, in Brasilien 51%; die Schulquote im Primärbereich 84,5% gegenüber 15,2%, im Sekundärbereich 15,1% gegenüber 6,5%. Auf 10.000 Einwohner kamen in Argentinien 48,3, in Brasilien 9,8 Studenten (lt. Cano 1984: 406-427). 1956 gab es in Argentinien

in Brasilien deshalb bis zur Jahrhunderthälfte eine grössere Elitestellung als in Argentinien. Während dort in Nachfolge von Córdoba 1918 und UCR-Herrschaft die Unter- und Mittelschichten Zugang zu den Hochschulen gefunden und die vom Peronismus vertiefte Demokratisierung eingeleitet hatten, rekrutierten sie sich in Brasilien bis zur Jahrhundertmitte meist aus den oberen Schichten und fühlten sich als auserwählte Minderheit.

Zu dem in beiden Ländern in Eigen- und Fremdwahrnehmung unterschiedlichen Status trugen auch unterschiedliche politische Kontexte bei. Die Folgen zwischen dem tendenziell demokratisch-nivellierenden, früh und stark urbanisierten Argentinien und dem stärker hierarchisch-elitären, lange von Sklaverei und Agrarsektor beherrschten Brasilien wurden auch beim Übergang von der Elite- zu Massendemokratie deutlich. Während in Argentinien mit PS und UCR noch vor der Jahrhundertwende Parteien die Partizipationsforderungen der Unter- und Mittelklassen vertreten hatten und diese 1916 erstmals die politische Macht erlangten, kamen vergleichbare Akteure in Brasilien erst ab 1922 – sektoral und regional eingeschränkt – an die Macht. Das Wahlrecht entsprach in Argentinien ab 1912, in Brasilien dagegen erst ab 1930/1946 den Maßstäben einer formal demokratischen Ordnung. Während in Argentinien der frühe gesellschaftliche Organisationsgrad die Intellektuellen zu Mitspielern unter anderen sozialen Akteuren machte, konnten die brasilianischen Intellektuellen aufgrund der auch nach 1930 teils anhaltenden oligarchischen Strukturen ihre herausgehobene Stellung bewahren – und blieben mit den staatstragenden Eliten verflochten.

Anknüpfend an die Status- und Positionsunterschiede variierten auch die Beziehungen zu den politischen Akteuren und dem Staat, nachdem die Intellektuellen bis 1930 in beiden Ländern mit der (kleinen) politischen Klasse eng verflochten gewesen waren und als Abgeordnete, Botschafter oder Minister Macht im Staat ausübten. In Argentinien ließen die ideologische Spaltung und institutionelle Instabilität der intellektuellen und sozialwissenschaftlichen Felder sowie die Ausgrenzung der Intellektuellen während der *década infame* und Peronismus die Beziehungen zu Staat und politischer Elite brüchig wer-

den. In Brasilien dagegen wurden die engen Beziehungen zwischen der intellektuellen und politischen Klasse durch Vargas' Regime vertieft. Der *Estado Novo* perfektionierte die Indienstnahme und Kooptation von *literatos* und *bacharéis* oft unabhängig von ihrer politischen Linientreue, die für den Peronismus entscheidend war. Während dieser den Intellektuellen keine besondere Funktion zubilligte und die Geistesaristokraten von *Sur* diesen genauso wenig zu verstehen versuchten, beruhte die Kooperation in Brasilien auf der staatstragenden Rolle, die der autoritär entwicklungsnationalistische Staat den Intellektuellen beimaß und der sich mit deren Elitebewusstsein traf. Nach dem Sturz der autoritären Regime waren auch die Erfahrungen mit den Akteuren linker oder demokratischer Politik unterschiedlich. Die *élite reformadora* und die *Contorno*-Gruppe, die nach 1955 am Hochschulaufbau beteiligt waren, fühlten sich von Frondizis Politik verraten – während die ISEB- und CPC-*intelligentsia* die linksnationalistische Regierung Goulart oft (wenn auch ohne politischen Erfolg) nach ihren Prinzipien handeln sah.

Insgesamt lassen sich die Entwicklungen seit 1930 zu zwei fortschreitend gegenläufigen Interaktionsmustern kondensieren, die sich bis in die 1950er Jahre hinsichtlich der Verfasstheit von Ideen und Institutionen wie den Beziehungen zu Gesellschaft zu der Dichotomie Marginalisierung vs. Integration verfestigten. In Argentinien hatte ein Großteil der linken wie rechten, literarischen wie sozialwissenschaftlichen Intellektuellenschichten ihren früheren Einfluss in *década infame* und Peronismus verloren und begann, sich infolge von Frondizis Verrat als zunehmend von der institutionellen Politik marginalisierte Akteure wahrzunehmen (González 1989); in Brasilien dagegen behielten die Intellektuellen ihre mehrfache Elitestellung und übten teilweise unabhängig ihrer Richtung politische Funktionen aus. Der historische Vergleich und besonders das argentinische Szenario zeigt, dass Intellektuelle umso weniger Einfluss haben, desto stärker Klassen und Gruppen eigenständig organisiert sind und desto weniger diese in ihrer Interessenartikulation auf die Fürsprecherfunktion der Geistesarbeiter angewiesen sind (Touraine 1988: 143) – oder aber Stärke erlangen, je mehr sie in einer amorphen und hierarchischen Gesellschaft wie der brasilianischen agieren. Diese Unterschiede waren auch für die gegensätzliche gesellschaftliche Schätzung von Belang: Während die Sozialwissenschaftler in Argentinien während und nach dem Peronismus

gegen den Status einer *quantité négligeable* ankämpften, wurden sie in Brasilien als Modernisierungs- und Machtelite anerkannt. Die argentinischen Intellektuellen dagegen prägte ein Paradoxon: Obwohl sie mit interventionistischer Strategie seit der Reformbewegung von 1918 traditionell zur Politik strebten, gelang es ihnen bis zum Ende der 1950er Jahre nicht, dauerhaft auf den Staat oder andere Akteure Einfluss zu nehmen (Sigal 1997: 26) – womit sie an wachsender Entfremdung und Disponibilität litten. In Brasilien dagegen überlebte das traditionelle Eliten-Integrationsmuster der Intellektuellen auch den institutionellen Wandel vom Kaiserreich, von Republik und *Estado Novo* bis zur zweiten Republik. Während es bei *bacharéis*, ISEB-Ideologen und CPC-*intelligentsia* auf interventionistischen Strategien beruhte, stand das USP-Modell in Nachfolge der *homens da ciencia* für akademizistische Strategien.

B – Gruppengeschichten

III. Intellektuelle zwischen Autoritarismus und Demokratie

Der im historischen Kontext rekonstruierte Werdegang der Gruppen konstituiert eine Zeitspanne, die paradigmatisch den Zusammenbruch demokratischer Ordnungen, die Errichtung einer Militärdiktatur und den Übergang zu einer liberaldemokratischen Ordnung umfasst. In Argentinien und Brasilien übernahm Mitte der 1960er Jahre das Militär als Institution die Macht, um Ordnungen aufzubauen, die als “neuer Autoritarismus” (Collier 1979) oder “bürokratisch-autoritäre Regime” (O’Donnell 1973) bezeichnet wurden.¹ Ihre mit Bewahrung der “nationalen Sicherheit” begründete Gewaltherrschaft, die auf politischer Repression, gesellschaftlicher Demobilisierung und abhängiger Entwicklung beruhte,² wies zugleich Unterschiede auf. Auch die Übergangsprozesse zur Demokratie unterschieden sich im Hinblick auf Auslöser, Dauer und Verlaufsphasen sowie der Kräftekonstellation zwischen autoritären und demokratischen Kräften, ließen in beiden Ländern aber solche Ordnungen entstehen, die trotz einiger Defizite liberaldemokratische Minima erfüllten.³

Von der Transitionsforschung, die Akteure, Phasen und Faktoren des Übergangs von einer autoritären zu einer demokratischen Ordnung

1 “Neu” waren die bürokratisch-autoritären Regime v.a. gegenüber dem traditionellen *Caudillismo* oder den populistischen Entwicklungsdiktaturen der 1940er und 1950er Jahre, die charismatische Führer und nationalistische Ideologie besaßen und auf plebiszitäre und korporative Herrschaftsmuster zurückgriffen.

2 O’Donnells Konzept ist eine dependenztheoretische Weiterentwicklung des von J. J. Linz am Franco-Spanien entwickelten Begriffs des “autoritären Regimes”, das im Unterschied zum totalitären Regime ein Minimum an Pluralismus und Machtbegrenzung und das Fehlen von Ideologie und Mobilisierung kennzeichnet. Statt der modernisierungstheoretisch unterstellten Demokratisierungstendenz sah O’Donnell in Lateinamerika eine Affinität zwischen abhängiger ökonomischer Modernisierung und autoritär-bürokratischem Staat.

3 Damit ist (minimalistisch) eine politische Ordnung gemeint, die nach Robert Dahls “Polyarchie” (Dahl 1971: 3-6) auf “public contestation and the right to participate” basiert, also auf freiem Wettbewerb um die Machtausübung und ebensolcher Partizipation möglichst aller Bürger und Organisationen durch die Institutionen einer liberal-pluralistischen Konkurrenzdemokratie.

untersucht (Merkel/Puhle 1999: 75), sollen zentrale Begriffe und Ergebnisse vor allem für die Beschreibung der autoritären Ordnungen und des Übergangsprozesses benutzt werden. Die Rekonstruktion wird sich zum einen an den Transitionsphasen, zum anderen an der Entwicklung der Intellektuellengruppen selbst orientieren. Damit soll der Blick auf die oft vernachlässigte Mikro-Ebene (Nohlen/Thibaut 1996: 204) der sich wandelnden Interaktionen zwischen autoritären und demokratischen Kräften gelenkt werden.

1. Argentinien: Die Intellektuellen des CCS

1.1 Pasado y Presente: *Reformmarxismus im Postperonismus*

Eramos gramscianos al publicar la revista o imaginábamos vivir en una Turín latinoamericana, o accedimos a Gramsci porque Córdoba de algun modo lo era? (Aricó 1988: 72).

Die *gramscianos argentinos* entstanden in einem seit 1955 zwischen den zugelassenen anti-peronistischen und verbotenen peronistischen Akteuren gespaltenen politischen Feld. Diese so genannte "fórmula política dual", die so die politische Mehrheitskraft ausschloss und zu einem von den Gewerkschaften getragenen "peronismo de resistencia" führte, forcierte den Funktions- und Legitimitätsverlust des Regimes. Politische Aushandlungsprozesse fanden meist außerhalb der offiziellen Institutionen zwischen korporativen Akteuren (Gewerkschaften, Unternehmer und Militär) statt, was den seit 1930 charakteristischen "Prätorianismus" steigerte. Auch der mit peronistischen Stimmen gewählte Präsident Arturo Frondizi (1958-1962) – der Arbeiter- und Mittelschichten wie Intellektuelle aus *Contorno* und *universidad reformadora* anzog, nach seinem Richtungswechsel aber verstieß – konnte die Blockade nicht lösen. Die neue Linke speiste sich aus einem Konglomerat von Marxismus, Nationalismus und Linkspanerismus und sah die kubanische Revolution als Balsam für eigene Wunden und Beginn einer revolutionären Epoche in ganz Lateinamerika (Terán 1991: 132).

Auch die jungen, nach den Umbrüchen im sozialistischen Lager wachgerüttelten José Aricó und Juan Carlos Portantiero waren früh an der Formulierung eines undogmatischen Kommunismus beteiligt. Der aus der Provinz Córdoba stammende, wegen seines Anti-Peronismus

zuvor inhaftierte Aricó und der zunächst als Literaturkritiker (1957) tätige Juan Carlos Portantiero aus Buenos Aires waren zunächst im Umkreis der von Héctor P. Agosti herausgegebenen PC-Zeitschrift *Cuadernos de Cultura* (CC) aktiv.⁴ Nachdem sie den Parteidogmatismus erfolglos in CC kritisiert hatten, initiierten sie die Zeitschrift *Pasado y Presente*, die unkonventionelle Denker versammelte und – im Untertitel *Revista trimestral de ideología y cultura* – bis April 1965 in sechs Ausgaben erschien.⁵ Die Zeitschrift war ein loser Verband mit Mittelpunkt in Córdoba, hatte aber auch Mitarbeiter in Buenos Aires. Ihr Ziel war die undogmatische Auseinandersetzung mit marxistischem Denken im argentinischen Kontext – man wollte begreifen, warum der PCA sich weder vom Stalinismus befreit noch an die peronistische Arbeiterklasse angenähert hatte. Aricós' Leitartikel der Erstausgabe (Aricó 1963), aufgrund dessen die verbliebenen PC-Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen wurden, betonte die Zugehörigkeit zur neuen Linken. Nachdem Portantiero 1959 noch den "reformismo burgués" von *Contorno* kritisiert hatte, sprach Aricó nun von der "revista quizás más avanzada" der neuen Linken (ebd.: 11), deren Pionierleistung im Sinne von Gramscis "marxismo humanista" fortgeführt werden solle. Als Teil einer "generación que no reconoce maestros" zeigte PyP gegenüber kommunistischen wie peronistischen Orthodoxien historisch-dialektische Sichtweisen auf. Damit wollte sie – fern der moskauhörigen, die Befreiungsprozesse der Peripherie ignorierenden kommunistische Partei (PyP 4: 248-253; Portantiero 1963) – zur Formierung eines neuen historischen Blocks von "peronistisch entfremdeten" Arbeiter- und progressiven Mittelschichten beitragen.

4 Vgl. Portantiero 1957, J. C. Portantiero "La joven generación literaria" (CC, 29, 1957). Aricó hatte qua Gramsci-Lektüren Italienisch gelernt und betreute bei der von Agosti verantworteten Ausgabe die Bände *Literatura y vida nacional* und *Notas sobre Maquiavelo, Política y el estado moderno* (Aricó 1988: 139). Zur Würdigung von CC vgl. Aricó (1988: 32-45) und Portantiero (1991: 4). Zum CC-Disput vgl. J. C. Portantiero, "Las dos políticas" (Nr. 56, 1962); O. del Barco, "Notas sobre Gramsci y el problema de la objetividad" (Nr. 59, 1962); R. Olivari, "El materialismo dialéctico y la objetividad" (Nr. 60, 1962), in Erwiderung O. de Barco, "Respuesta a una crítica dogmática" (Nr. 63, 1963).

5 Als offizielle *directores* fungierten Oscar del Barco und Anibal Arcondo (PyP Nr. 4, 1964); Aricós (1963) und Portantieros (1963) führende Stellung zeigte sich an ihren beiden Programmbeiträgen der Erstausgabe.

War die Verbindung von Nationalismus und Klassenkampf die zentrale Denkmatrix von PyP, schien die zweitgrößte Stadt des Landes aus mehreren Gründen der ideale Nährboden des national-populären Projekts. Zum einen war in Córdoba (v.a. während Frondizis *desarrollismo*) eine qualifizierte Industriearbeiterschaft entstanden, die fern der peronistischen Gewerkschaften (gleich Gramscis Ideal) ausgehend von den Fabriken um Hegemonie zu kämpfen schien. Zum anderen waren die Lebens- und Produktionsbereiche in Córdoba mehr als in den anderen Großstädten durchmischt (Aricó 1988: 70): Arbeiter belegten Abendkurse, Studenten arbeiteten nachts am Fließband (Delich 1970: 24). Die Stadt in der Peripherie versprach dank dieser intensiven sozialen Binneninteraktion und der großen Zahl der *estudiantes trabajadores* (Rock 1985: 350) die Voraussetzungen für ein breites revolutionäres Bündnis zu erfüllen. Schließlich besaß sie seit der Universitätsreformbewegung 1918 eine Tradition des von der Mittelklasse getragenen Protests und galt als Seismograph nationaler Befindlichkeiten. War für Gramsci das Turin der 1920er Jahre der genuine Locus der Rätebewegung gewesen, stellte Córdoba für PyP eine “tierra prometida” dar, in der – mehr Wunsch als Wirklichkeit – das Bündnis von Arbeiterschaft und Intellektuellen wie der Übergang zur revolutionären Praxis bevorzustehen schien.⁶

Der trotz der kurzen Publikationsdauer dichte PyP-Diskurs (die fünf Hefte umfassten mehr als 600 Seiten) besaß gemäß einer zwischen Theorie und Praxis pendelnden Reflexion zwei Pole (Terán 1991: 180f.): die Entdogmatisierung der marxistischen Theorie sowie die (zunehmend bedeutsame) tagespolitische Intervention. Nach anfangs überwiegend theoretischen Beiträgen – u.a. zur italienischen Reformdiskussion, Entstalinisierungsdebatte oder Methoden- und Strukturalismuskussion – häuften sich die praktisch-politischen Stellungnahmen, in der PyP sich als Teil einer universalen, von der Dritten Welt geführten Befreiungsbewegung sah. Hatte sich *Contorno* an Sartres “engagiertem Intellektuellen” fern der Parteipolitik orien-

6 „Córdoba era algo más que una ciudad de provincia, [...] fue el epicentro del conflicto social, la ciudad de la revuelta urbana elevada a modelo (*el Cordobazo*), de la irrupción del sindicalismo clasista, de la mayor aproximación de la izquierda peronista a la que se reconocía socialista, de las tentativas incipientes de control obrero, de la democratización de los sindicatos fabriles, del acercamiento y hasta fusión de los estudiantes con el movimiento obrero” (Aricó 1988: 70f.).

tiert, erhob PyP den "organischen Intellektuellen" zur Leitfigur und verschob damit die Balance von Idealismus zu Materialismus, vom autonomen Denken zur politischen Parteinahme. Während *Contorno* versucht hatte, die liberal-bürgerliche Kultur für marxistisches und entwicklungsnationalistisches Denken zu öffnen, wollte PyP die marxistisch-leninistischen Denkgebäude von innen reformieren (Aricó 1988: 54) und richtete den Diskurs am Anspruch des Klassenkampfes und der Brücke zum Peronismus aus.

PyP war einer der Motoren beim Aufbau eines unorthodoxen Marxismus, der – angereichert mit peronistischen Versatzstücken – zur *lingua franca* der neuen Linken wurde (Sigal 1991). Während die Gruppe bei der politischen Diskussion von Einfluss war, war die Wirkung in der Praxis beschränkt. Zum einen wurden unrealistische Szenarien (wie Portantieros Voraussetzung einer bevorstehenden Revolution) entworfen, zum anderen fehlten engere Verbindungen zu politischen oder sozialen Akteuren. Schließlich hielt die Blockade der *fórmula política dual* an, deren repressive Elemente unter Frondizis Nachfolgern zunahmen. Insgesamt verkörperte PyP paradigmatisch den doppelten Ausschluss der "neuen Linken" – gegenüber der peronistischen Arbeiterklasse wie der institutionellen Politik. Obwohl die PyP-Auflage bald auf 2.500 Exemplare stieg, erreichte sie meist nur die Mittelklasse. Zum schnellen Publikationsende trugen die Verschärfung der Zensur und die zunehmende Zersplitterung der PyP-Mitglieder bei, die zum Studium nach Buenos Aires oder ins Ausland gingen. Schließlich zeigte Onganías Machtübernahme die Hinfälligkeit aller revolutionären Ideen.

Als Teil der neuen Linken hielten die meisten PyP-Gründer zur wissenschaftlichen Soziologie zunächst Distanz und verfolgten die UBA-Modernisierung und den Aufbau des *Instituto de Sociología* aus der Ferne. Germanis Ideal eines autonomen sozialwissenschaftlichen Spezialistentums widersprach nicht nur der kapitalismuskritischen Parteinahme, sondern auch dialektisch-essayistischem Denken. Indem PyP auf Politisierung zielte, blühte die Zeitschrift parallel zu den Krisenphänomenen von Germanis auf Professionalisierung bedachter Soziologie auf. Verloren mit Onganías Machtübernahme die Verfechter wissenschaftlicher Neutralität an Boden, gewann die von PyP propagierte Parteinahme an Bedeutung. Es gab aber auch Gruppenmitglieder (wie Juan Carlos Torre und Francisco Delich), die primär we-

gen ihrer akademischen Interessen zur Gruppe gekommen waren und früh wissenschaftliche Prämissen vertraten.⁷ Selbst Portantiero näherte sich Mitte der 1960er Jahre vermittelnd der wissenschaftlichen Diskussion an, die zunehmend mit der literarischen und politischen Debatte verschmolz (Halperin 1980).

Auch die Lehrjahre anderer späterer CCS-Protagonisten wie Oscar Terán und Emilio de Ipola, die in den späten 1950er Jahren in der FyL der *Calle Viamonte* das Philosophie- oder Literaturstudium begannen, wurden von der *universidad reformadora* geprägt. Als (oft aus der Provinz kommende) Mittelklassekinder bedeutete das Studium in der Kapitale für sie die erste theoretische wie lebensweltliche Auseinandersetzung mit dem Peronismus. Obwohl sie mit PyP sympathisierten (de Ipolas Beitrag in PyP, Nr. 5-6, 1964), sollten sie erst später mit der etwas älteren Gründergruppe in Kontakt treten.

1.2 Militärregime, Politisierung und zweite PyP-Folge

Peronism, in its new polymorphous guise, was suddenly all things to all men (Rock 1985: 359).

No me defino como sociólogo sino como socialista revolucionario. O la sociología sirve para apoyar cambios de tipo político, o no me interesa como profesión (Portantiero 1971, zit. n. Rubinich 1997: 1).

Das Mitte 1966 von General Onganía errichtete bürokratisch-autoritäre Regime verband technokratische und paternalistische Elemente. Parteien und Gewerkschaften wurden verboten, die staatlichen Universitäten gesäubert (Avellaneda 1986: 21): Nachdem die *Revolución Libertadora* sie von Peronisten befreit hatte, wurden nun die Kommunisten entfernt. Besonders betroffen war die in *Universidad Nacional de Buenos Aires* umbenannte U(N)BA, deren geistes- und naturwissenschaftliche Fakultäten im Juni 1966 in der "noche de los bastones largos" von der Polizei gestürmt wurden. Es kam zum bis dahin größten Akademikerexodus, Germanis *Instituto de Sociología* wurde bald nach der Flucht des *maestro* geschlossen (Kratochwil 1970: 169).

7 Torre (*1934) wechselte an der UBA von *Letras* zu Soziologie und wurde einer von Germanis ersten Schülern (Hora/Trimboli 1994: 197), Delich studierte Jura. Beide promovierten in den späten 1960er Jahren bei A. Touraine in Paris.

Nach dem Streit zwischen Politisierung und Professionalisierung machten nun die Intervention von oben und der Widerstand von unten die Universitäten zum Ort des politischen Kampfes – und Revolution zum Fluchtpunkt der Diskurse (Rubinich 1997: 2). Angesichts der verschärften Repression und anhaltenden Blockierung der politischen Kanäle näherten sich Marxismus und Peronismus in der neuen Linken weiter an und entdeckten Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung (Hilb/Lutzky 1984: 33). Der globale Politisierungsprozess der Sozialwissenschaften manifestierte sich in Argentinien in der wachsenden Bedeutung des Peronismus (der weiter die Arbeiter mobilisierte) und des Linkskatholizismus, der sich nach den Bischofskonferenzen in Puebla (1967) und Medellín (1968) dem Marxismus genähert hatte. Ihr Zusammenfluss führte zur Radikalisierung vieler Akademiker im Zeichen eines Linkspersonismus, die sich mit den so genannten *cátedras nacionales* institutionell festigte.

Der Umzug der aus Córdoba stammenden PyP-Protagonisten in die Hauptstadt schweißte die Achse Aricó-Portantiero weiter zusammen.⁸ In der Reihe *Cuadernos de Pasado y Presente*, die 1965 unter Aricós Federführung begann (und im Exil weitergeführt werden sollte), wurden marxistische Klassiker und undogmatische linke Denker teilweise erstmals in Lateinamerika zugänglich gemacht.⁹ Portantiero stieg derweil an der UNBA zum Lehrstuhlassistenten auf (Argumedo 1991) und hielt Kontakt zu der sich politisierenden „wissenschaftlichen Soziologie“. Die *cátedras nacionales* gingen aus Lektüregruppen linkspersonistischer oder befreiungstheologischer Assistenten und Studenten hervor.¹⁰ Ihre *sociología nacional-popular* sollte – gegenüber der vom Neo-Imperialismus beherrschten „universalen“ Wissen-

8 Aricó und Tula waren ab 1969 im Verlag „Siglo XXI“ tätig (LCF, Nr. 30/31, 1991), der sich auf linke sozialwissenschaftliche Autoren spezialisierte.

9 Neben Trotzky auch Reformmarxisten (wie Althusser, Gorz, Poulantzas) oder Dritte-Welt-Stimmen (wie Mao Tse-Tung, Che Guevara).

10 Verbreitung erlangte das meist antiintellektuelle „pensamiento nacional-popular“ v.a. durch die Essayisten Arturo Jauretche (*El medio pelo en la sociedad argentina*, 1965) und José Hernández Arregui (*Imperialismo y Cultura*, 1963). Paradigmatisch für den Konflikt auch die 1967/68 in der *Revista Latinoamericana de Sociología* ausgetragene Debatte zwischen dem „wissenschaftlichen Soziologen“ Delich und dem *cátedras-nacionales*-Aktivisten Carri.

schaft – Mittel des nationalen Befreiungskampfs sein.¹¹ Die *cátedras nacionales* setzten Volk und peronistische Arbeiterklasse gleich und lehnten nicht nur Germanis Leitideen, sondern auch jede Unterstützung durch ausländische Stiftungen ab.

Auch außerhalb der Universität wuchs der Widerstand. Die primär von sozialistisch orientierten Arbeitern organisierte Revolte des *Cor-dobazo* im Mai 1969 (Cavarozzi 1992: 36-39) wurde von einigen – auch wegen des Symbolwerts der Stadt – als langfristiger Erfolg des PyP-Ursprungsprojekts gewertet (Delich 1970). Die Repression des Staates, der Widerstand von Gewerkschaften und Studenten sowie die Konflikte innerhalb des Peronismus potenzierten sich weiter. Mit der Ermordung von CGT-Führer Vandor und Expräsident Aramburu übernahmen die linksperonistischen, aus dem Landesinneren stammenden *montoneros* die Führung in der Guerilla. Auch viele intellektuelle Mittelschichten der Hauptstadt wollten der “Lüge der Politik” – Ausschluss des Peronismus und unrepräsentative Wahlen – die “Wahrheit des Krieges” – Entführungen, Hinrichtungen, Banküberfälle – entgegensetzen (Hilb/Lutzky 1984: 23). Obwohl UCR und PJ mit dem Manifest “La hora del pueblo” gemeinsam das Primat ziviler Herrschaft forderten und die Militärs unter Präsident General Lanusse ab März 1971 die Parteien wieder zuließen (Rock 1985: 359), war die Gewaltspirale nicht mehr aufzuhalten. Mit der Rückkehr des Peronismus an die Macht beschleunigte sich die Politisierung der Universitäten sowie die Annäherung von Marxismus, Linksperonismus und Guerilla. Soziologie galt als “carrera con perfil subversiva”, in der Anweisungen für den Barrikadenkampf erhofft wurden (Rubinich 1997: 8). Weniger als das Ob wurde das Wie des revolutionären Engagements der Intellektuellen diskutiert, die sich zwischen Führung und Unterordnung weder zuviel noch zuwenig von den (vermeintlich aufständischen) Massen entfernen durften.¹²

11 Die *cátedras nacionales*, die ihre Sprachrohre in den Zeitschriften *Antropología y Tercer Mundo* und *Cristianismo y Revolución* hatten, wurden kaum erforscht (außer Rubinich 1997). Als Dokumente vgl. “Sociología: Instrumento de conocimiento y de lucha” (CyR, Nr. 22, 1970); “Los docentes de las cátedras nacionales de sociología ante el conflicto planteado por la intervención” (CyR, Nr. 27, 1971).

12 Vgl. die epochentypische (129 Seiten lange) Diskussion zu “Intelectuales y Revolución: conciencia crítica o conciencia culpable” in der Zeitschrift *Nuevos Aires*

Exemplarisch reflektierte auch die Zeitschrift *Los Libros* (LL) Anfang der 1970er Jahre diese Politisierung. Ihre Mitglieder waren zum einen literarisch orientierte ehemalige PyP-Gründer (Héctor Schmucler, Oscar del Barco), zum anderen junge *Letras*-Studenten wie die Mitte der 1940er Jahre geborenen Ricardo Piglia, Beatriz Sarlo und Carlos Altamirano. Anfangs widmete sich die Zeitschrift (Untertitel: *Un mes de publicaciones en Argentina y el mundo*) der Modernisierung der argentinischen Literaturkritik (King 1983: 88); in einer Mitte 1971 beginnenden zweiten Phase (Untertitel: *para una crítica política de la cultura*),¹³ in der die Auflage auf 10.000 Exemplare anstieg, dominierte die Reflexion über Revolution und Massenbewegung und wurde die Unterordnung der Intellektuellen unter die Revolution propagiert. Nach dem Sieg von Peróns Statthalter Cámpora in den Wahlen im März 1973 stiegen Vordenker der *cátedras nacionales* – z.B. Rudolfo Puiggrós als UBA-Rektor und Arturo Jauretche als EUDUBA-Präsident – auf (Rubinich 1997: 9). Der peronistische Bruderkrieg zwischen rechten Gewerkschaften und linken Jugendorganisationen explodierte bei der Rückkehr Peróns, der im September 1973 mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt wurde, noch am Flughafen.¹⁴ Hatte der 78-Jährige im Exil Hoffnung auf revolutionären Wandel geweckt, ließ er die Linke bald mit Anti-Terror-Gesetzen verfolgen (Rock 1985: 362).

Auch Aricó und Portantiero griffen im April und Dezember 1973 mit einer "zweiten Folge" von PyP in die Debatte ein. Viele Beiträge erkannten entsprechend der Konjunktur die absolute Führungsrolle der Linksguerilla an. Aricó hatte Mitte 1973 persönlichen Kontakt mit den *montoneros*-Führern; die PyP-Leitartikel werteten die Organisation als "izquierda socialista", die um die sozialistische Orientierung des Peronismus kämpfte, kritisierten aber die fehlende Massenbasis. Während das *editorial* der zweiten Ausgabe noch Partei ergriff, distanzier-

(Nr. 6, 1971/72), an der neben Portantiero u.a. die Kritiker Noé Jitrik, Ricardo Piglia, León Rozitchner und der Soziologe Oscar Landi teilnahmen.

13 "Se trata ahora de leer con lucidez no sólo los textos que ofrece la literatura, sino también estos otros textos que constituyen los hechos sociales [...] Se trata, en última instancia, de contribuir al cambio de las condiciones que se produce en la cultura" (Editorial, *Los Libros*, Aug. 1971, zit. n. Sigal 1991: 197).

14 Die Konflikte unter den am Flughafen wartenden 500.000 Menschen, v.a. zwischen *Juventud Peronista* und Gewerkschaften, führten zu mehr als 200 Toten und machten 'Ezeiza' zum Symbol des verkappten Bürgerkriegs.

ten sich andere Beiträge bereits von der Gewalt (Leis 1991: 70).¹⁵ Die innere Heterogenität der schnelllebigen neuen PyP-Folge spiegelte das Drama, bei anhaltendem Pluralismus Werkzeuge für revolutionären Wandel zu suchen. Paradigmatisch zeigten LL und die zweite PyP-Folge die Radikalisierung und “Peronisierung” der Linksintellektuellen sowie ihr Abkehr von liberalen Demokratieideen. Beim Versuch, Marxismus und Linkspersonismus zu vereinen, waren beide – wie die mit 25.000 Exemplaren erfolgreichste Zeitschrift *Crisis* – entscheidend beteiligt. Nachdem sie mit Gramsci auf der Führungsrolle zwischen Reflexion und Intervention beharrt hatten, gaben sie ihre Autonomie nun auf, akzeptierten eine “politisierte Unterordnung” und trugen, vom Glauben an die bevorstehende Revolution beseelt, zur Legitimation der Guerilla bei. Trotz ihrer Restdistanz zur Guerilla-Presse sollten sie später bekennen: “éramos ciegos víctimas de una guerra civil en ciernes” (Aricó 1988:76).

Anders als in der ersten Folge war PyP mit der zweiten Folge in das Diskussionszentrum gerückt. Zum einen entsprach die “kritische Solidarität” für die *montoneros* dem linken Konsens, zum anderen diente sie als Brücke zwischen Marxismus und Linkspersonismus, nationaler und universaler Soziologie und versammelte aufgrund der Kontakte ihrer *directores* Beiträge aus dem In- und Ausland. Die zweite PyP-Folge säte aber auch die Keime für die spätere Exilgemeinschaft in Mexiko – ebenso wie auch LL angesichts der wachsenden Gewalt als Schicksalsgemeinschaft wahrgenommen und die Achse Altamirano/Sarlo zum späteren Anknüpfungspunkt wurde.¹⁶ In dieser Mittlerposition avancierte besonders Portantiero zur Führungsfigur (Rubinich 1997: 6). Die zusammen mit Miguel Murmis verfassten *Estudios sobre los orígenes del Peronismo* (1971) erlangten als Kritik an Germanis funktionalistischer Peronismus-Deutung große Verbreitung (Rubinich 1997). Gleich einem Reifezeugnis mehrten sie Portantieros wissenschaftliches Prestige und ermöglichten verschiede-

15 In Nr. 1 erschienen u.a. J. C. Portantiero, “De clases dominantes y política”; M. Maurono, “Transición o Revolución”, und J. Neinmann, “Transición e Revolución”; in Nr. 2 Jodé Nun, “Control obrero y organización política”.

16 “Cuando la revista *Los Libros* es hallada, nos consideramos ocupando el mismo barco en peligro. [...] Si formas parte de un mismo organismo que es acosado por el ejército, si en la misma semana me van a buscar a mí, a Altamirano y a Piglia, uno tiene la impresión de estar atravesando el mismo destino” (B. Sarlo).

ne Dozententätigkeiten, zunächst an der UBA, wo er sich gegen einen Vertreter der *cátedras nacionales* durchsetzte, später an der FLAC-SO.¹⁷ Portantieros Aufstieg beruhte neben seinen vielfältigen Kontakten (Argumedo 1991: 16) darauf, dass er in Wissenschaft wie Öffentlichkeit spezifisches Kapital anhäufte und von beiden Seiten anerkannt wurde – von den Linkspersonen wegen politischer und publizistischer Tätigkeiten, von der wissenschaftlichen Soziologie wegen seinen bei Germanis Erben erworbenen Fähigkeiten.

Inmitten der Blüte der politisierten Soziologie wendete sich das Blatt mit Campóras Rücktritt und Peróns Tod. Von der erneuten UBA-Säuberung waren auch die Mittlerfiguren betroffen. Unter Isabel Perón verselbständigte sich die Repression der parastaatlichen *Alianza Argentina Anticomunista*, die 1975/76 wöchentlich ca. 50 Gewerkschaftler, Intellektuelle und Rechtsanwälte ermordete (Rock 1985: 363). *Fórmula política dual*, Streiks und Wirtschaftskrise schaukelten sich zu offener Gewalt hoch; ohne gemeinsame Regeln sahen sich Anti-Peronisten, Links- oder Rechtspersonen als Alleinvertreter der Nation. Weder die unrepräsentativen Institutionen noch die zersplitterten Parteien konnten das Protestpotential kanalisieren – Argentinien wurde zu einer „sociedad desgobernada“ (Cavarozzi 1992: 86), in der die Interessenkonflikte bei zunehmenden Konfliktachsen offen auf der Straße ausgetragen wurden. Im Rahmen einer beschleunigten politischen Zeit eskalierten Protest und Konflikt auch wegen der allseits zunehmenden Militarisierung der politischen Kultur, mit der – das Militär wurde als politischer Akteur anerkannt, andere Akteure nahmen seine Werte und Verhaltensweisen an – der politische Gegner als illegitim betrachtet und seine physische Vernichtung propagiert wurde (Canclini 1983; Rouquié 1982: 72; Birlé 1995: 189). Von dem Bürgerkrieg waren nun auch Intellektuelle und Mittler betroffen, die bedrängt, verhaftet oder gefoltert wurden.¹⁸ Ab Mitte 1975 gingen einige PyP- und LL-Mitglieder ins Exil – und kapitulierten damit vor einer

17 In den *Estudios...* betrachteten Portantiero und Murmis den Peronismus nicht als transitorische Deviation des Modernisierungsprozesses, sondern als eine in der besonderen Klassenkonstellation Argentiniens begründete Form des Populismus.

18 Jorge Tula und Emilio de Ipola wurden zwischen 1975 und 1977 mehrmals teils gemeinsam im Gefängnis von *Villa Devoto* inhaftiert und gefoltert, bevor sie ins Exil gingen (vgl. Iv. Tula und de Ipola 1994: 13).

auch von ihnen entfesselten Gewaltspirale und Diskreditierung liberaldemokratischer Ideen.

1.3 Exilerfahrungen: Controversia und Punto de Vista

Sufrimos una [...] derrota atroz que no sólo es la consecuencia de la superioridad del enemigo sino de [...] nuestra manera de entender el país, de nuestra concepción de la política (*Controversia* 1979, 1:2).

Die Militärjunta, die im März 1976 unter Führung von General Videla die Macht übernahm und zunächst auch von Teilen der Mittel- und Unterschichten unterstützt wurde, sah die Gesellschaft als einen an exzessiver Mobilisierung und Politisierung leidenden Körper, der nur mit Schocktherapie geheilt werden konnte. Der von ihr initiierte so genannte *Proceso de Reconstrucción Nacional* (PRN) schuf neben der wirtschaftlichen Öffnung ein umfassendes System von Repression und Demobilisierung, das den "inneren Feind" in Politik und Gesellschaft an der Wurzel ausrotten wollte. Guerilla-Bewegungen wurden bekriegt, staatliche Universitäten gleichgeschaltet, sozial- und geisteswissenschaftliche Studiengänge aufgelöst.¹⁹ Hunderttausende Akademiker und Freiberufler emigrierten nach Brasilien, Kanada, Spanien, Mexiko und Venezuela (Valdés 1982: 185f.). Aus dem PyP-Umkreis gingen die meisten nach Mexiko-Stadt, das aufgrund der Stärke und Vielfalt der Wissenschaftsorganisationen und der Integrationshilfen der mexikanischen Regierung zum wichtigsten Exilzentrum in Lateinamerika wurde. Dabei waren die Argentinier, die so genannten *argenmex*, die größte Gruppe.

Wie in der Diaspora üblich schlossen sich auch die *argenmex* zusammen. Eine der bedeutendsten Exilorganisationen war die *Casa Argentina de Solidaridad* (CAS),²⁰ die viele der zur Revision ihrer revolutionären Vergangenheit bereiten Linksintellektuellen sammelte

19 An der UBA wurden 87 Studiengänge eingestellt und ca. 1.350 Dozenten entlassen; die *Universidad Nacional de Córdoba* verließen ca. 350 wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Angestellte (Valdés 1982: 184).

20 Quellen oder Forschungsliteratur zum argentinischen Exil in Mexiko sind quasi inexistent. An der CAS war nach mehreren Aussagen auch der Ex-UBA-Rektor Puiggrós beteiligt; das Signum wurde von manchen als *comité*, von anderen als *casa* aufgelöst (Terán 1991: 63); Valdés (1982: 187) spricht von *comisión*.

und Heimstatt vieler PyP-Mitglieder wurde (die oft auch im selben Stadtviertel wohnten). Die meisten integrierten sich schnell in die wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen, bei denen die staatliche Hochschulexpansion der frühen 1970er Jahre (Camp 1985: 212f.) gute Aufstiegschancen bot. Während Portantiero und de Ipola ab 1977 an der FLACSO arbeiteten, erlangten Aricó und Tula im Verlag "Siglo XXI" eine führende Position und trugen dazu bei, dass dieser zum "Hausverlag" linker Geistes- und Sozialwissenschaftler wurde. Das bis zu sieben Jahre andauernde Exil in Mexiko knüpfte nicht nur ein enges Netz an lebensweltlichen Bindungen, sondern trug entscheidend zum Wandel des intellektuellen und politischen Selbstverständnisses der *argenmex* bei. Zum einen erlebten sie eine Phase materiellen Wohlstands und beruflichen Fortkommens, bei der sie statt des politischen Engagements nun wegen akademischer Fähigkeiten anerkannt wurden; zum anderen begannen sie – unterstützt durch die Distanz zur argentinischen Tagespolitik – mit der Revision der eigenen Rolle. Der Bruch mit der revolutionären Unterordnung erlaubte, die Spannung zwischen intellektueller Autonomie und politischem Engagement wiederzugewinnen. Die Einsicht, dass die Militarisierung der Politik und die Aushöhlung der Institutionen zur bisher grausamsten Diktatur geführt hatten (Canclini 1983), führte zur Anerkennung legitimer Widersacher im Interessenstreit und zur Annäherung an liberale Demokratieideen.

Innerhalb dieser Erneuerung, die auch zum Dialog zwischen vor 1976 oft verfeindeten marxistischen und linksperonistischen Kräften führte, initiierten Aricó, Portantiero und der offiziell als *editor* fungierende Jorge Tula die Zeitschrift *Controversia* (Untertitel: *para el examen de la realidad argentina*), die von Oktober 1979 bis August 1981 in insgesamt 14 Nummern erschien. Die Kerngruppe rekrutierte sich zum einen (mehrheitlich) aus den zuvor mit den *montoneros* sympathisierenden Reformmarxisten der zweiten PyP-Serie, zum anderen aus einigen reformbereiten Linkspanonisten.²¹ Im *editorial* der Erstausgabe gestanden beide – "una izquierda dogmática y de discuti-

21 Der von Ende 1979 an unveränderte *consejo de redacción* bestand neben dem *director* Tula aus den Ex-PyP-Köpfen Aricó, Portantiero, Schmucler, dem dazu gekommenen Oscar Terán, den Reformperonisten Ruben Caletti und Nicolás Casullo, die im peronistischen Exilkreis als "reflexivos" galten, sowie dem UCR-Sympathisanten Ricardo Nudelman (vgl. *Controversia*, Nr. 2-3, 1979).

ble suerte y eficacia, [...] un movimiento popular en cuyas estructuras reinaba el autoritarismo” (Nr. 1, 1979: 1) – ihre meist selbst verschuldete “derrota atroz” ein: Nur aus dem Bruch mit dem eigenen doppelgesichtigen Autoritarismus könne eine neue demokratische Linke entstehen. Mit dem Vorsatz einer “controversia lúcida, serena e fraternal” verstand sich *Controversia* als Forum einer Linken, die mit dem distanzierten Blick des Exils bisherige Gewissheiten infrage stellte – “no habrá exclusiones, salvo la ofensa y la provocación” (ebd.).

Mit diesem Erneuerungsanspruch besaß der erneut durch eine große Dichte geprägte *Controversia*-Diskurs (in zwei Jahren elf Hefte, davon drei Doppelnummern) drei Schwerpunkte: zum einen die Auseinandersetzung mit der Entwicklung vor 1976, zum anderen die Kritik an der Militärdiktatur und schließlich die Reflexion des Exils. Die Reflexion der jüngeren Vergangenheit wollte den Marxismus und Peronismus auf Tauglichkeit für den demokratischen Wiederaufbau überprüfen. Die reformmarxistischen PyP-Denker – neben Aricó und Portantiero auch Terán – leisteten Abbitte für frühere Guerilla-Sympathien und begannen, sich gegen einen nur begrenzt demokratiefähigen Peronismus abzugrenzen.²² Dieser habe zwar die soziale Inklusion vorangebracht, das formale Demokratieprinzip aber auf verschiedenen Ebenen missachtet und sei nicht mit einer sozialistischen Arbeiterbewegung zu vereinbaren. Neben der argentinischen wurden auch die linke Reformdebatte in Westeuropa und die Proteste im “real existierenden Sozialismus” reflektiert. Die über alle Differenzen hinaus sichtbaren Versuche, sozialistische und liberale Demokratieideen zu verbinden, kulminierten Ende 1980 in der Beilage *La democracia como problema*.²³

22 Aus reformperonistischer Sicht: R. S. Caletti, “Para entendernos mejor” (Nr. 6, 1980); “Los riesgos de un izquierdismo neo-peronista” (Nr. 8, 1980); N. Casullo, “El peronismo y las democracias” (Nr. 5, 1980); “El pueblo produce las formas y el contenido de la lucha política” (Nr. 7, 1980); “Movimiento peronista y concepciones de política” (Nr. 8, 1980); in reformmarxistischer Sicht vgl. Portantiero (1979); Terán (1980); Portantiero/de Ipola (1981); J. C. Portantiero, “Peronismo, Socialismo y Clase Obrera” (Nr. 8, 1980); S. Bufano, “La violencia en Argentina 1969-76” (Nr. 2-3, 1979).

23 In der zum einjährigen *Controversia*-Bestehen erschienenen 35-seitigen Beilage dominierten die Reformmarxisten – Terán, Aricó, Tula, Portantiero, del Barco – über die Reformperonisten Casullo, Caletti; beide Seiten bekräftigten das Primat der liberalen Demokratie, verteidigten aber auch emanzipatorische Utopien.

Bei der in der Rubrik *coyuntura* vollzogenen Reflexion der Entwicklung in Argentinien standen neben den Wirtschafts- und Legitimationsproblemen des Regimes die Öffnungs- und Oppositionsaktivitäten im Mittelpunkt. Dabei wurde der schmutzige Krieg der Militärs, aber auch das Gewalterbe der Guerilla-Gruppen verurteilt. Die Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft 1978 – die eine nationale Euphorie hervorrief und Menschenrechtsorganisationen anlockte – wurde als Ablenkungsmanöver kritisiert. Mit dem Amtsantritt von Präsident General Viola im März 1981 hoffte *Controversia* auf politische Öffnung, wurde aber durch dessen Bedrängung durch *hardliner* und die Wirtschaftskrise enttäuscht.²⁴ Von Anfang an unterstützt wurden Gruppen, die wie der UCR-Reformflügel *Cambio y Renovación* die oppositionellen Allianzen gegenüber dem Regime stärkten.

Die Exil-Reflexion nahm großen Raum ein und stellte den Dialog mit den Landsleuten in Caracas, Madrid oder Berlin her.²⁵ Die wichtigsten Fragen waren, ob im Exil eine angemessene Reflexion und wann und wie eine Rückkehr möglich sei. Alle betrachteten das Exil als mehrfache Entfremdung – politisch wegen der Herrschaft der Diktatur, lebensweltlich wegen der Distanz zur Heimat. Während einige befürchteten, den Bezug zur „Argentina de adentro“ zu verlieren,²⁶ sahen andere das Exil als „Privileg innerhalb des Unglücks“ – es ermögliche, symbolisches Kapital zu erwerben und klarer auf das eigene Land zu sehen. Der nach Deutschland exilierte Publizist Osvaldo Bayer rief Mitte 1980 angesichts der zwischenzeitlichen Öffnungszeichen

24 Vgl. die *coyuntura*-Beiträge „El príncipe heredero“ (Nr. 8, 1980); „Viola y las expectativas“ (Nr. 9-10, 1980); „Democracia autoritaria y restringida“ (Nr. 11-12, 1981); „Los 120 días de Viola y el desastre“ (Nr. 14, 1981). Zur *Multipartidaria* vgl. „Los vericuetos del diálogo“ (Nr. 6, 1980); „Crisis del diálogo y disputa“ (Nr. 7, 1988), „Expresiones sobre la multipartidaria“ (Nr. 14, 1981).

25 Das Exilthema nahm knapp ein Drittel des gesamten Diskurses ein und wurde schwerpunktmäßig in mehreren Ausgaben (Nr. 4, 1980; Nr. 7, 1980; Nr. 11-12, 1981) behandelt; es setzte viele Debatten beim *I. Conferencia Internacional sobre Exilio y Solidaridad Latinoamericana* (Caracas, November 1979) fort.

26 Vgl. u.a. H. Schmucler, „La Argentina de adentro y la de afuera“ (Nr. 4, 1980), L. Rozitchner, „Psicoanálisis y política: la lección del exilio“ (ebd.); D. Viñas, „Unidos y preparados“ (Nr. 6, 1980). Demgegenüber C. Ullanowsky, „Muchas actividades, nuevas inquietudes, mejores personas“ (Nr. 4, 1980) („Muchos de los que llegaron aquí son ahora [...] más humildes que antes. Más comprensivos. Más solidarios. Más reconocedores de los pequeños logros. Y mucho menos argentinos hinchapelotas“); R. Terragno, „El privilegio del exilio“ (ebd.).

zu Rückkehr und politischem Engagement auf Seiten der zivilgesellschaftlichen Opposition (v.a. der Menschenrechtsbewegung) auf, der in Mexiko exilierte UCR-Führer Terragno lehnte dagegen eine "theatralische Rückkehr" ab und plädierte für eine nüchterne Rollenbestimmung, in der die Intellektuellen als Experten der Öffentlichkeit fungieren sollten.²⁷

Nicht nur in der Exildebatte aber wuchsen die Differenzen. Nachdem sich die Reformperonisten zur so genannten *mesa peronista* zusammengeschlossen hatten, entstand im Juli 1980 um den früheren PyP-Kern (Aricó, Portantiero, Terán) eine knapp 20-köpfige so genannte "grupo de discusión socialista", die sich wöchentlich im CAS zu Vorträgen und Diskussionen traf.²⁸ Sie wollte in Zusammenarbeit mit politischen Exil-Akteuren zu einer "sociedad sin clases, igualitaria democrática e pluralista" und einer "alternativa socialista" für Argentinien beitragen – und sollte dank starker Gemeinschaftsbindungen die Keimzelle des späteren CCS werden. Die *Controversia*-interne Pluralisierung spiegelte sich im zunehmenden Meinungsstreit. Während die Reformsozialisten die Unvereinbarkeit von Peronismus und Demokratie nachzuweisen versuchten, kritisierten die Reformperonisten den "vom Himmel gefallenen Sozialismus" (N. Casullo, in: Nr. 14, 1981), der an kurzem Gedächtnis und mangelndem Argentinien-Bezug leide.

Dem Exil in Mexiko verdanken die meisten *argenmex* gleich einer umfassenden Gesundungsphase viele Einsichten über sich und ihr Heimatland.²⁹ Die institutionelle Integration und wissenschaftliche Professionalisierung hatten einen Produktivitäts- und Karrieresprung sowie Demokratisierung und Aufbau neuer Gemeinschaftsstrukturen zur Folge. *Controversia* war keine simple Emigrantenpostille, sondern erlangte wegen überparteiischer Sammelfunktion und elaborierter, an Vergangenheitsbewältigung wie Zukunftsgestaltung orientierter Dis-

27 In Kontinuität der revolutionären Rolle der 1970er Jahre ("Una propuesta para el regreso", Nr. 7, 1980) müsse der Intellektuelle "con el pueblo, en el pueblo" sein ("El papel del intelectual", Nr. 11-12, 1981); dagegen R. Terragno, "Privilegio que duele aprovechar" (Nr. 9-10, 1980); "El exilio crea una deuda" (ebd.).

28 Vgl. *Grupo de Discusión Socialista*, "Declaración de principios", *Controversia* (Nr. 8, 1980). Mehr als die Hälfte der 26 Unterzeichner des Gründungsmanifests sollten 1984 zu den CCS-Gründern gehören.

29 "Nosotros debemos mucho a México, [...] de poder trabajar sin tener que vivir aquel horror" (J.C. Portantiero) – "Vivimos una época de saneamiento existencial, profesional y político" (N. Casullo).

kussion eine überregionale Bedeutung. Während die Zeitschrift mit den Kontroversen über Exil oder politische Revision ihrem Titel Ehre machte,³⁰ wurde die Theorielastigkeit auch von einigen Mitgliedern kritisiert. Obgleich der wachsende Dissens zum Publikationsende von *Controversia* beigetragen haben mag, waren externe Faktoren – v.a. die politische Entwicklung in Argentinien – letztlich entscheidend. Indem Mitte 1982 das Ende des Falkland-Malvinas-Kriegs und die Stärkung der Opposition konkrete Rückkehrmöglichkeiten eröffneten, sollte die Theoriediskussion zweitrangig werden.

Encerrada en los límites de la amenazada producción material, la ciega torpeza del censor, el oscurantismo ultramontano de la universidad estatal, la cultura argentina debe construirse [...] por la diferencia de opiniones (PdV, Nr. 12, 1981: 2).

Die in Argentinien verbliebenen Intellektuellen mussten sich unterdessen mit einem Regime auseinandersetzen, dessen Repression und Verfolgung sich nach der Dezimierung der Guerilla auch an Andersdenkende aus den Arbeiter- und Mittelschichten richtete.³¹ Dieser auf Kombination von offener Gewalt und selektiver Repression fußende “dezentralisierte Terror” (Rouquié 1982: 72), der die Bedrohung durch die Subversion rhetorisch überhöhte (Scholz 1990: 81), hatte viele Funktionen: Er sollte die unbeugsamen Guerilla-Mitglieder vernichten, die Opposition und kritische Öffentlichkeit fragmentieren und ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit verbreiten, das jeden zum potentiellen Opfer machte. Gegenüber dieser “Kultur der Angst” (Corradi 1987) waren widerstandsbereite Köpfe gezwungen, sich zur Identitätsbewahrung in private Zirkel in den Nischen der Hauptstadt zurückzuziehen (Altamirano 1986: 3). Die zuvor in LL und dem maoistischen PCR aktiven Beatriz Sarlo und Carlos Altamirano erlitten mit der Machtübernahme der Militärs nicht nur die Zerstörung der LL-Redaktion, sondern auch den Tod ehemaliger Weggefährten (Trimboli 1998: 13-15). Die Opfer erleichterten den Ausstieg aus der Gewaltspirale, kräftigten aber auch die Widerstandskraft. Bei dem Verlag

30 *Controversia* ergänzte das Blatt *Resumen de la realidad argentina* (Madrid) wie den *Les Temps Modernes*-Band (Nr. 251, 1981). Zur Selbstkritik H. Schmucler, “Apuntes e interrogantes para reflexionar sobre política” (Nr. 11-12, 1981).

31 Die CONADEP dokumentierte in ihrem Abschlussbericht *Nunca Más* v.a. durch die Aussagen Überlebender exakt 8.960 *desapariciones*, die internationalen Menschenrechtsorganisationen gingen von 30.000 Opfern aus.

“Centro Editor de América Latina” angestellt, errichteten Sarlo und Altamirano Ende 1976 einen privaten Lektürekreis, in dem sich junge, von der Universität vertriebene linke Köpfe, u.a. der Psychologe Hugo Vezetti und die Kritikerin Maria Teresa Gramuglio, sammelten. Während die politische Öffentlichkeit noch überwiegend gelähmt war, wollte der wöchentliche Kreis zur demokratischen Erneuerung der Linken wie zur Öffnung des Landes beitragen (King 1993: 90).³²

Als die Gruppe im März 1978 mit einer Finanzhilfe der im Untergrund tätigen *Vanguardia Comunista* die Erstaussgabe von *Punto de Vista* herausbrachte, befand sich das Militär – nach Auslöschung der *montoneros*³³ – auf dem Höhepunkt der Macht. Die ersten Hefte blieben ein Werk der im Widerstand zusammengewachsenen Kerngruppe, die sich und ihre *Revista de Cultura* (PdV-Untertitel) wegen der Zensur nur schrittweise zu erkennen gab.³⁴ Der im Titel implizite oppositionelle Anspruch war anfangs nur verschlüsselt – über die Debatte und Interpretation von argentinischer Literatur und Geschichtsschreibung des 19. und 20. Jahrhunderts – erkennbar. Auch die Bezugnahme auf andere Denker – die kritische Würdigung der auch gegen eine Diktatur kämpfende “Generation von 1837” oder die offene Bewunderung von *Contorno* – entwarfen Traditionslinien für die eigene Arbeit.³⁵ Die gleichzeitige Reflexion über liberale (Sarmiento) wie nationalistische (Hernández) Autoren wollte die traditionellen Dichotomien des argentinischen politischen Denkens überwinden und sich

32 Zu den verbliebenen kritischen Organen gehörten neben dem Verlag “Centro Editor de América Latina” (King 1993: 90) die Zeitungen *Opinión* und *Humor* (Klimmeck 1992) sowie die sozialwissenschaftliche Zeitschrift *Crítica y Utopía*, die vom CLACSO-Sekretär Francisco Delich 1979 initiiert wurde.

33 Die *Junta* gab für die WM 1978 als “zivilen Ersatzkrieg” (Larsen 1983) 10% des Jahresetats aus. Ihr kam – trotz internationaler Menschenrechtskritik – der Sieg der argentinischen Nationalmannschaft zu Hilfe, der eine nationale Euphorie auslöste und das Bewusstsein der Repression abschwächte.

34 Nach diversen Pseudonymen (wie dem zunächst als *director* firmierenden “Jorge Sevilla”) erschienen in Nr. 3 (1978) mit Piglia und Vezetti die ersten realen Namen. In Nr. 6 (1979) firmierte Sarlo erstmals als *secretaria de redacción*, in Nr. 12 (1981) erschienen die sechs Gründer erstmals öffentlich. Auch die als *co-laborador* aufgeführten Carlos Fuentes (Nr. 1), Angel Rama (Nr. 3), Umberto Eco (Nr. 7) und Susan Sonntag (Nr. 9) waren Schutzschilde vor der Zensur.

35 Mit Pseudonym: G. Ferraris, “Sarmiento, crítica y empirismo” (Nr. 2, 1978); W. Vitorini, “Martínez Estrada, de la crítica al ensayo...” (Nr. 4, 1978); unter eigenen Namen: R. Piglia, “Ideología y ficción en Borges” (Nr. 5, 1979); C. Altamirano/B. Sarlo, “Identidad, linaje y mérito de Sarmiento” (Nr. 10, 1980).

gegenüber der langsam durchlässigeren Zensur unangreifbar machen. Anlässlich des 25. Jahrestags der ersten *Contorno*-Ausgabe wurde diese als Pionier einer weiter anzustrebenden “cultura nacional-democrata” gewürdigt (Nr. 4, 1978). Nachdem Bourdieu und die *Cultural Studies*-Gründer den eigenen Theorierahmen abgesteckt hatten, diente 1980 der Tod Sartres zum Selbstbekenntnis als “engagierte, aber autonome” Intellektuelle.³⁶

Die Anfang 1981 von Videla-Nachfolger Viola initiierte Entspannung führte nicht nur zu einem Dialog mit den in der so genannten *Convocatoria Multipartidaria* organisierten Parteien. Auch die Menschenrechtsbewegungen – als zivilgesellschaftlicher Regime-Widersacher – hatten mit dem Besuch internationaler Kommissionen und der Verleihung des Friedensnobelpreises an Pérez Esquivel Auftrieb bekommen. Die langsame Wiederbelebung einer kritischen Öffentlichkeit erlaubte PdV, “casi de la noche a la mañana” (Sarlo 1986b: 3) das Ghetto zu verlassen und öffentlich neue Mitglieder zu rekrutieren (King 1993: 90). Zunächst erweiterte sich der Kern mit der aus dem CISEA-Umfeld stammenden Sozialhistorikerin Hilda Sabato und richtete einen *consejo de redacción* ein,³⁷ zum anderen explizierte sie erstmals qua Titel das linksdemokratisch-pluralistische Selbstverständnis, bei dem *Contorno* weiter zentrales Vorbild blieb. Wie *Contorno* nahm PdV zum einen zunächst über den Umweg der Literatur gesellschaftlich Stellung, schaute zum anderen durch die lateinamerikanische und europäische Brille mit einem engagierten und zugleich distanzierten Blick auf das Land und sah schließlich die eigene Rolle im Spannungsverhältnis zwischen geistiger Autonomie und politischer Bindungsfähigkeit. Beide Gruppen definierten sich weniger durch Deckungsgleichheit ihrer Mitglieder als – gleich Viñas’ Diktum “somos una unidad de problemas” – durch gemeinsames Problembewusstsein. Während *Contorno* die Auseinandersetzung mit dem Peronismus geeint hatte, war bei PdV der Wiederaufbau der demokrati-

36 Vgl. B. Sarlo, “Williams y Hoggart sobre cultura y sociedad” (Nr. 6, 1979); P. Bourdieu, “La producción de los bienes simbólicos de valor” (Nr. 8, 1980); C. Altamirano, “R. Williams: Proposiciones para una teoría social de la cultura” (Nr. 11, 1981); J. J. Saer, “Sartre, contra entusiastas y detractores”, R. Rossanda, “Nuestro amigo, nuestro maestro” (beide Nr. 9, 1980).

37 Diesem gehörten zunächst Altamirano, Gramuglio, Piglia (bis Anfang 1982), Sarlo und Vezzetti an; 1980/81 kam die aus England zurückgekehrte Hilda Sabato hinzu, die in Nr. 17 (1983) erstmals erwähnt wurde.

schen Kultur das einigende Band; hatten jene nach einem dritten Weg zwischen Peronisten und Anti-Peronisten gesucht, bemühte sich PdV um Vermittlung zwischen Linken und Liberalen.³⁸

Die Sammelfunktion, die *Punto de Vista* und *Controversia* für die reformorientierte Linke im inneren und äußeren Exil ausübten, führte beide schließlich zusammen. Obwohl die Beziehungen innerhalb der Linken vor 1976 schwierig gewesen waren (LL hatte die *montoneros*-Sympathien von PyP kritisiert), kamen die Wortführer vor den ersten Öffnungszeichen beim internationalen Exilkongress 1979 in Caracas ins Gespräch. CAS und *Controversia* waren für Sarlo und Altamirano der Anlass 1980 und 1981 nach Mexiko zu reisen und den Austausch von Beiträgen zu beginnen (Altamirano 1986: 16).³⁹ Beide Gruppen hatten trotz ihrer unterschiedlichen Exilumstände ein gemeinsames Ziel: den kulturellen Wiederaufbau im Land und die demokratische Erneuerung der Linksintellektuellen. Während der beiderseitigen Annäherung kam es zur Ablösung Violas durch den *hardliner* General Galtieri, der den Protest von *Multipartidaria* und Gewerkschaften mit dem Eroberungsversuch der Malvinen-Falkland-Inseln zu kompensieren versuchte. Mit der Kapitulation der argentinischen Truppen Mitte Juni 1982 brach ein Regime zusammen, das wegen seines politischen, ökonomischen und moralischen Bankrotts in General Bignone nur einen Nachlaßverwalter besaß. Als die Transition mit der Wiederzulassung freier Parteien Anfang 1983 unumkehrbar schien, kehrten die meisten *Controversia*-Mitglieder nach Buenos Aires zurück.

Die vorherige Annäherung beider Gruppen war die Basis, um die Reintegration der *Argenmex* und eine gemeinsame Neuorganisation in Angriff zu nehmen.⁴⁰ Dafür wurden die anfangs unterschiedlichen Haltungen zum Falkland-Malvinen-Konflikt schnell beigelegt. Der Kampf um die 1833 an Großbritannien verlorene Inselgruppe brachte dem Regime heterogene Solidarität (auch Fidel Castro bot Galtieri Unterstützung an), konnte die oppositionellen „malvinas sí, dictadura

38 Vgl. B. Sarlo, „Los dos ojos de *Contorno*“ und „Ellos y nosotros: David Viñas habla sobre *Contorno*“ (Nr. 13, 1983).

39 Dabei ging es um historische Demokratisierungsdimensionen: O. Terán, „El primer antiimperialismo latinoamericano“ (Nr. 12, 1982); J. C. Portantiero, „Nación y democracia en la Argentina del Novecientos“ (Nr. 14, 1982).

40 Mit dieser Mission wurde das *Controversia*- und *mesa socialista*-Mitglied Rafael Filipelli betraut, der deswegen als einer der ersten *Argenmex* kurz nach Kriegsende Mitte 1982 nach Argentinien zurückreiste (O. Pedroso/ R. Filipelli).

no"-Parolen aber nicht verhindern (Mack 1992). Während PdV von Anfang an das militärische Abenteuer verurteilte, bekräftigten auch die *Controversia*-Mitglieder – außer einigen *mesa socialista*-Teilnehmern – ähnlich anderen regimekritischen Intellektuellen, für die es um eine Frage nationaler Identität ging, öffentlich den von den Militärs erhobenen argentinischen Anspruch auf die Inseln (de Ipola in Trímoli 1998: 153).⁴¹ Einerseits korrigierten die *argenmex* ihren Fehltritt schnell, andererseits war die PdV-Gruppe, für die anti-imperialistische Politik nur auf dem Boden demokratischer Ordnung gedeihen konnte (Altamirano 1984), nicht nachtragend. Auf beiden Seiten überwog das Bemühen, das zarte Pflänzchen des gemeinsamen Neuaufbaus nach dem langen inneren und äußeren Exil nicht mit dem groben Rechen der Besserwisserei zu zerstören. Gleich nach der Rückkehr wurden die *Controversia*-Köpfe Aricó und Portantiero (formal) in den *consejo editorial* von PdV eingegliedert.

Angesichts des starken Legitimationsverlusts der Militärs, die weder eine "concertación social y política" noch eine Selbstamnestie gegenüber dem Schulterschluss der demokratischen Kräfte durchsetzen konnten, wurde der schnelle Übergangsprozess weithin von der früheren Opposition dominiert. Als im Dezember 1982 *Multipartidaria*, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen die mit mehreren hunderttausend Teilnehmern bis dahin größte Kundgebung organisierten, schien die von PdV lang erhoffte breite Oppositionsfront Gestalt anzunehmen. In dem von der Konstituierung der zivilen politischen Kräfte und dem Wahlkampf beherrschten "Übergangsjahr" 1983 wurde UCR-Erneuerer Alfonsín mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt. Oft als Paradigma einer *transition by collapse* bzw. *defeat* bezeichnet (Merkel/Sandschneider 1996), die vom Zusammenbruch der autoritären bis zur freien Wahl neuer Machthaber nur 15 Monate dauerte, war der argentinische Übergang zur demokratischen Ordnung von klaren Kräfteverhältnissen zwischen Militär und ehemaliger Opposition geprägt, die nach Einigung über Regeln und

41 Das Dokument erschien in einem (nicht zugänglich gemachten) Sammelband von L. Rozitchner; die vier "Dissidenten" der *Argenmex* waren Maria Candelari, Maria E. Rapalo, Paul Bucal, Alberto Díaz. Rückblickend wurde der *fauxpas* ("no logro explicar como pudimos sacar esta declaración" [de Ipola 1998: 153]) v.a. mit der Entfremdung erklärt: "Creo que allí contribuyó el exilio, la distancia, cabe más bien una explicación freudiana con la política" (A. Díaz).

Zeitplan weitergehende Übereinkünfte unnötig machten (Vacs 1987: 32). Stärke und Spielraum der demokratischen Kräfte beruhten freilich primär auf der Schwäche der autoritären Akteure,⁴² weswegen Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft bald an Terrain verloren.

Gleichsam nachholend kreiste der philosophisch-historische PdV-Diskurs um den demokratischen Wiederaufbau, der über die Institutionen hinaus auf eine möglichst pluralistische Kultur zielen sollte.⁴³ Ähnlich wie zuvor die *argenmex* grenzten sich auch die PdV-Gründer, die zugleich vor überzogenen Hoffnungen warnten, nun gegen die im Widerstand noch verbündeten reformperonistischen Denker ab.⁴⁴ Nachdem die Zeitschrift unter der Militärdiktatur am Rand gestanden hatte, wurde PdV, verstärkt mit den zurückkommenden *Controversia*-Köpfen, in der Übergangsphase 1982/83 zu einer zentralen Stimme der öffentlichen Debatte. Obwohl die Kerngruppe personelle Kontinuitäten zu den frühen 1970er Jahren aufwies, kann die Zeitschrift (entgegen Pagni 1994) nicht als LL-Nachfolgeorgan gelten, sondern stellte aufgrund des ideellen Wandels einen Neuanfang dar. Dank der frühen gegenseitigen Vertrauensbildung gelang es beiden Gruppen zugleich, mögliche Hindernisse einer Vereinigung vor dem institutionellen Regimewechsel zu überwinden.

1.4 Die CCS-Gründung: Aufbruch in der Demokratie

Las reconstrucciones de la cultura argentina [...] exigirán debate y espíritu crítico, pero también nuevas ideas. Los intelectuales no deben participar en ella con mentalidad de preceptores o de profetas, sino como ciudadanos (PdV, Nr. 18, 1983).

El lugar privilegiado que conferimos a la cuestión democrática tiene un doble significado. En primer término, que sólo en un contexto democrático puede expandirse un movimiento social de la izquierda que impulse la transformación de la Argentina [...]. En segundo término, [...] que el

42 Dennoch war der Einfluss der Militärs nicht null – sie blieben bis Ende 1983 im Amt, konnten das Gros ihrer Infrastruktur retten und mit den Revolten die von Alfonsín angestrebten Prozesse gegen sie eingrenzen. Linz/Stepan (1996: 191) kritisieren deshalb die übliche Klassifizierung als *transition by collapse*.

43 Vgl. neben den Portantiero- und Terán-Beiträgen (siehe FN 39) auch *Integrantes del PEHASA (Programa de Estudios de Historia Social Argentina)* "Donde anida la democracia?" (Nr. 16, 1982), O. Guariglia, "Qué democracia" (Nr. 17, 1983).

44 Vgl. Altamiranos Vorwurf ("Una versión de la historia", Nr. 17, 1983) an den Reformperonisten José Feinman, in *Filosofía y Nación* an linksperonistischen Dichotomien festzuhalten (vgl. J. Feinman, "Derecho de réplica", Nr. 18, 1983).

conjunto de las libertades civiles y políticas asociadas con el funcionamiento de la democracia constituye patrimonio irrenunciable para la perspectiva socialista (CCS, DP 1984).

Nach Aufhebung der Zensur führten die Wiederezulassung von Parteien, die Einigung über die neue Verfassung und der Wahlkampf im Oktober 1983 zu einer oft euphorischen Wiederbelebung des öffentlichen Lebens. Während die Peronisten sich nicht glaubhaft von ihrer Vergangenheit lösen konnten, verkörperte der von PdV- und *Controversia*-Umkreis einmütig unterstützte UCR-Kandidat Raúl Alfonsín überzeugend moralisch-rechtsstaatliche Erneuerung und wurde mit 52% der Stimmen zum Präsidenten gewählt. Auch die privaten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute, die sich während der Diktatur auf unverdächtige Analysen oder in den Untergrund zurückgezogen hatten (Sábato 1996), öffneten sich wieder (Brunner/Barrios: 1989: 168f.). Vor allem der 1976 von Guillermo O'Donnell und neomarxistischen Germani-Schülern (wie Elizabeth Jelin) gegründete *Centro de Estudios de Estado y Sociedad* (CEDES) wurde dank bestehender Infrastruktur anfangs zum Sammelpunkt für gebliebene und zurückkehrende kritische Sozialwissenschaftler.⁴⁵ Die Zeitschrift *Debates (en la sociedad y la cultura)*, die 1984/85 im CEDES unter Mitwirken der PdV- und Ex-*Controversia*-Mitglieder in fünf Ausgaben erschien,⁴⁶ spielte dabei eine wichtige Rolle. Der schnelle Bedeutungs- und Öffentlichkeitsverlust von CEDES und *Debates* lag am Fehlen einer gewachsenen Gründergruppe sowie der anhaltenden Wirkung der Exil-Bindungen, war aber auch durch die Wiedererrichtung der öffentlichen Universität beeinflusst.

Unterdessen schritt die Vereinigung von PdV und den *argenmex* voran. Nachdem in der mit ersten Rückkehrern konstituierten Vorbereitungsgruppe im Verlauf des Jahres 1983 die ideellen und materiel-

45 Neben dem international protegierten CLACSO war der CISEA (*Centro de Investigaciones Sociales, Económicas e Administrativas*) bedeutsam, in dem Sábato (und das PEHASA) und teilweise Sarlo die Diktatur überlebt hatten.

46 Sarlo war *directora asociada*, Tula *secretario*, Portantiero, Terán und Vezzetti schrieben neben CEDES-Gründern wie M. Cavarozzi und J. Balán: "Queremos la especialización profesional sin que sea base de una pretendida neutralidad. Aceptamos el compromiso político sin identificarlo [...] con el partidismo. Y creemos en la necesidad de un espacio de debate pluralista" (editorial, Nr. 1).

len Voraussetzungen geklärt worden waren,⁴⁷ gründeten im Juli 1984 ca. 30-40 Intellektuelle *Club de Cultura Socialista* (CCS). Gleich einem Diskussionszirkel sah sich der CCS als “centro de análisis y discusión”, das zur “renovación [...] del socialismo como identidad ideológica, cultural y política” beitragen und Grundsteine einer “nueva cultura política en el área de la izquierda” (DP, 1984) legen wollte. Die führend von Aricó und Altamirano erarbeitete Grundsatzerklärung betonte die Absage an politische Gewalt sowie die Untrennbarkeit von nationaler und sozialer Frage, liberaler Demokratie und linkem Transformationsideal.

Die in einem *Boletín de Información* (BdI) monatlich kommentierten CCS-Aktivitäten zeugten in den ersten Jahren von dem Bemühen, die Gräben der Vergangenheit zuzuschütten und innerhalb der Linken eine demokratische Kultur herzustellen.⁴⁸ Die Führungsorgane wurden zunächst ausgewogen zwischen *Argenmex*- und *Punto de Vista*-Köpfen besetzt.⁴⁹ Von Beginn an fanden ein- bis zweimal pro Woche Diskussionen und Vorträge statt, nach einem Jahr wurde eine Bar eingerichtet. Bei den der politisch-kulturellen Konjunktur gewidmeten freitäglichen *charlas* und *mesas redondas* kamen neben CCS-Mitgliedern und befreundeten Akademikern auch die Vertreter sozialer Bewegungen und kleiner Linksparteien oder der Reformflügel von UCR und PJ zu Wort, mit denen der CCS “un contacto más orgánico e institucional” (CCS-BdI, März 1985) suchte. Bald wurden über die *charlas* hinaus Bildungsaktivitäten (Wochenend- und Abendkurse, Filmvorführungen) veranstaltet,⁵⁰ mit denen auch neue Mitglieder gewonnen

47 Der Vorbereitungsgruppe gehörten Aricó, Tula, Nudelman (*Controversia*) und Altamirano (PdV) an; Portantiero und Sarlo nahmen zeitweilig teil (R. Filippelli).

48 Die erste Kollektivartikulation fand Anfang 1984 mit dem PdV-Schwerpunktheft “La izquierda, crisis de una cultura política” statt (Nr. 20, 1984), das mit Beiträgen von Portantiero, Sarlo, Nun, Terán die Identitätsdebatte eröffnete; kurz darauf druckte PdV auch die CCS-Gründungserklärung ab (Nr. 22, 1984).

49 Das Gründungspräsidium – J. Aricó als Präsident, B. Sarlo als Vize-Präsidentin, R. Filippelli als Sekretär – wurde nach einem Jahr wiedergewählt (BdI, Nr. 6, Nov. 1985). Nach der zweiten Amtszeit verweigerten sie sich der Wiederwahl, um das Rotationsprinzip und die interne Demokratie zu stärken (BdI, Aug. 1986).

50 Der Rechenschaftsbericht des ersten Jahres erwähnt 21 *charlas-conferencias*, 5 *mesas redondas*, 10 *debates colectivos* (BdI, Nr. 6, Nov. 1985). Später organisierten Jelin eine Arbeitsgruppe zu “El club, la política y cada uno de nosotros”, Nun und Altamirano ein Wochenendseminar zu “Dependencia y Democracia”,

wurden. Gründungspräsident Aricó, der unisono als wichtigster Initiator galt und mit dem CCS langfristig zwei Projekte – Volksuniversität und Neugründung der Sozialistischen Partei – verband, lobte im ersten Jahresbericht Aktivitäten und Kameradschaft, warnte aber auch vor einem “exceso de pluralismo”.

Viele CCS-Gründer engagierten sich auch in anderen Bereichen. Beim demokratischen Neuaufbau der UBA (der so genannten “normalización”), die mit Ernennung des Ex-PyP-Gründers Delich zum *rector normalizador* begann, wirkten sie in der Lehre oder Verwaltung mit. Zugleich waren sie an dem u.a. vom CONICET finanzierten Forschungsinstitut *Centro Latinoamericano para el Análisis de la Democracia* (CLADE) beteiligt.⁵¹ Weil der CCS aber im Mittelpunkt ihrer Interessen blieb, konnte er sich trotz bescheidener Mittel stabilisieren. Zwar kam eine eigene Bibliothek, für die zu Sach- und Geldspenden aufgerufen wurde (BdI, Nr. 2, 1985), nur ansatzweise zustande, zur Jahreswende 1987/88 aber zog der CCS vom Universitätsviertel in größere Räume in der Nähe des Natioanlkongresses. Weil auch die PdV-Redaktion in derselben Etage des Domizils quartierte, stärkte der Umzug auch die Binnenkohäsion.

Wie weite Teile der progressiven Öffentlichkeit verknüpften auch die CCS-Gründer den Wiederaufbau der Demokratie zunächst mit Alfonsín. Sie waren nicht nur von dem “historischem Wahlsieg” im Oktober 1983 beeindruckt, mit dem er und die UCR den Peronismus erstmals in freien Wahlen bezwang. Die Anziehungskraft des UCR-Präsidenten entstand auch aus der Hoffnung auf linksreformerische Politik heraus, welche die Wiederherstellung des demokratischen Rechtsstaats mit ethisch-moralischen Kategorien verknüpfen wollte, sowie aus seiner Aufwertung von Intellektuellen in der politischen Debatte. Die Militär- und Menschenrechtspolitik Alfonsíns, der Mitglied der *Asemblea Permanente de Derechos Humanas* (APDH) gewesen war und den Falkland-Malvinas-Krieg kritisiert hatte, schien

Aricó eines zu “Revisión de conceptos marxistas” (BdI, Okt. 1986/ März 1987). Die Extrakurse wurden 1989 *Centro de Estudios del CCS* genannt.

51 Der CLADE, der symptomatisch für die privaten Institute bald ein Schattendasein führte und 1988 geschlossen wurde, versammelte aus dem CCS Nun, Portantiero, de Ipola und Altamirano sowie CEDES- und CISEA-Mitglieder. Wichtigstes Produkt war der von Nun und Portantiero herausgegebene Sammelband *Ensayos sobre la transición democrática en la Argentina* (1987).

das Versprechen einer umfassenden Vergangenheitsbewältigung zu erfüllen. In einer der ersten Amtshandlungen berief er mit der *Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas* (CONADEP) eine aus Juristen, Kirchenleuten und Politikern bestehende Wahrheitskommission, die vom 72-jährigen Schriftsteller und einstigen *Sur*-Mitglied Ernesto Sábató geleitet und qua Akten und Zeugen die Verbrechen dokumentieren und die Gerichtsverfahren vorbereiten sollte.⁵²

Der im Fernsehen ausgestrahlte Zwischenbericht und der im November 1984 unter dem Titel *Nunca Más* veröffentlichte (hunderttausendfach verkaufte) Abschlussbericht erregten lange die Öffentlichkeit. Die Mitglieder der Militärjuntas und der Guerilla wurden im so genannten *juicio a las juntas* vom obersten Zivilgericht wegen Mord, Freiheitsberaubung und Folter angeklagt; Ende 1985 wurden Videla zu lebenslänglicher und Viola zu sieben Jahren Haft verurteilt sowie weitere Verfahren gegen Offiziere angeordnet. Mit der Doppelstrategie – die als “sozialpsychologisches Ventil” (Scherer 1987: 266) fungierende CONADEP und die Rechtsmacht der *juicios* – sowie der Einteilung der Militärs in drei Gruppen wollte Alfonsín die Juntaverbrechen sühnen und die zivil-militärischen Beziehungen demokratisch ordnen,⁵³ ohne das Militär institutionell bloßzustellen. Kritisiereten Menschenrechtsorganisationen die Strategie als zu nachgiebig, würdigten sie die CCS-Gründer. Vor allem für den PdV-Kern, der direkt unter dem Terror der Militärs gelitten hatte, schien Alfonsín die Dichotomie zwischen Politik und Ethik aufzulösen. Während für Sarlo CONADEP und *juicios* über die Vergangenheitserforschung hinaus die Würde der Toten herstellten, waren sie für Altamirano und Vez-

52 Deswegen lehnte Pérez Esquivel die Mitarbeit in der CONADEP ab, deren Dokumentation über 50.000 Seiten betrug; ebenso umstritten war der Beschluss, die von Zeugen identifizierten Folterer nicht bekannt zu geben. Trotz anerkannter Überparteilichkeit war auch Sábató (ein Onkel der CCS-Gründerin Hilda Sábató) umstritten, weil er während der Diktatur erst ab 1980 die Opposition (und anfangs den Falkland-Malvinas-Krieg) unterstützt hatte (Scheerer 1987: 262f.).

53 Danach war die erste Gruppe die befehlend-verantwortliche Spitze; die zweite diejenige, die Befehle ausgeführt und dabei Exzesse beging, die dritte diejenige, die diese Befehle befolgt hatten. Die beiden ersten Gruppen sollten bestraft, die dritte in die demokratisierten Streitkräfte reintegriert werden (Heinz 1996).

zetti der Beginn eines "neuen Zyklus" im Umgang mit der eigenen Geschichte.⁵⁴

Die Affinität zum Präsidenten gründete sich aber auch auf diskursiven Politikstil und institutionelle Reformagenda. Parallel zur Gründung der UCR-Erneuerungsbewegung *Movimiento Renovación y Cambio* (MRC) hatte Alfonsín Ende der 1970er Jahre Kontakt mit den verbliebenen sozialwissenschaftlichen Forschungszentren gesucht. Sein Beharren – v.a. in *La cuestión argentina* (1981) – darauf, dass nur institutionelle Reformen die Grundsteine einer demokratischen politischen Kultur legen könnten, schien vielen CCS-Köpfen aus der Seele zu sprechen. Gleiches galt für den Anspruch, möglichst unabhängig von den traditionell mächtigen Korporationen Militär, Kirche, Gewerkschaften und Unternehmern, aber in möglichst großer Nähe zur Bürgerschaft zu regieren. Alfonsíns (von vielen als Entscheidungsschwäche kritisiertes) deliberatives Politikverständnis und seine Reformprojekte – Verfassungsreform, partizipatorische Institutionen und Verlegung der Bundeshauptstadt nach Nordpatagonien – erzeugten eine breite öffentliche Diskussion, bei der sich die CCS-Protagonisten als kompetente Sprecher einbringen – und den Präsidenten, den Aricó schlicht einen "hombre bueno" nannte, in der Presse unterstützen konnten.⁵⁵

Neben der Reformdiskussion betraute Alfonsín auch einige Sozialwissenschaftler, die den Autoritarismus vorwiegend in der Nähe von CEDES und CISEA überlebt hatten, mit administrativ-technischen Aufgaben im Rechts- und Wirtschaftsbereich. Viele kamen aus dem Umfeld des CyR-Flügels, andere hatten sich im Wahlkampfsjahr 1983 in dem informellen Beraterkreis des *Centro de Participación Política* vereint.⁵⁶ Auch CCS-Köpfe gehörten zu Alfonsíns Beratern.

54 Vgl. Sarlo (1984) (dt: "Argentinien nach der Diktatur: Von der Schwierigkeit sich zu erinnern", in: *Lateinamerika-Analysen und Berichte X*, 1986: 137-152) sowie C. Altamirano, "Sobre el juicio a los militares"; H. Vezzetti, "Un ritual de memoria colectiva" (PdV, Nr. 24, 1985).

55 Vgl. J.C. Portantiero, "Mitos nefastos de la política argentina" (*Clarín*, 7.7.1984); "El pensador de Alfonsín?" (*Ambito Financiero*, 19.8.1986); J. Aricó, "Alfonsín está a la izquierda de la sociedad" (*P/12*, 23.5.1986); "El clima social de los argentinos" (*Clarín*, 9.8.1987); O. Terán, "La eficacia de lo simbólico" (*La Razón*, 31.10.1985).

56 Vom CISEA wurden Dante Caputo Außenminister, Jorge Sábato Kanzleichef; CEDES-Soziologe Oscar Oszlak leitete das *Instituto Nacional de Administración*

Portantiero und de Ipola waren in dem informellen, so genannten *Grupo de Esmeralda* (GdE 1984-1986) tätig, der aus ca. 15 Journalisten, Meinungsforschern und Sozialwissenschaftlern bestand.⁵⁷ Der Kreis, in dem die Journalisten die Ideenvorgaben zu Reden und Aufsätzen verarbeiten mussten, kam einmal pro Woche mit dem Präsidentenstab zusammen. Der GdE sollte den Präsidenten frei von administrativ-parteilichen Zwängen beraten, sein öffentliches Image verbessern und (zusammen mit einer aufgeklärten Bürgerschaft) zu einer dialogischen und demokratischen politischen Kultur beitragen.⁵⁸

Im GdE wurden Portantiero und de Ipola aufgrund ihrer Exilerfahrung und wissenschaftlichen Reputation sowie Alfonsíns Neigung zu intellektueller Rhetorik zu bevorzugten Gesprächspartnern. Beide gelten als geistige Väter einer Grundsatzrede, die Alfonsín am 1.12. 1985 vor dem nationalen UCR-Delegiertenkongress in Buenos Aires hielt. In dem so genannten *Discurso del Parque Norte* (DPN, in Nudelman 1987: 21-48) rief der Präsident zu einer "convergencia democrática" auf, um mit den Bürgern statt mit den Korporationen einen doppelten Pakt – einen politischen über die Spielregeln, einen sozialen über die Kosten – zur Konsolidierung der Demokratie zu schließen. Nach vorherigen Reden war der DPN, für den Alfonsín auf einige in Mexiko verfasste PdV-Beiträge zurückgriff (Portantiero/de Ipola 1984; Portantiero 1984), ein emotionaler und programmatischer Höhepunkt der kurzen Zusammenarbeit: Ohne "el pensador de Alfonsín" zu sein, wie *El ámbito financiero* (19.8.1986) titulierte, war Portantiero (wie de Ipola) ein wichtiger Ideen- und Stichwortgeber.

Während der ersten Regierungsjahre Alfonsíns vermittelten Politikstil und Reformagenda vielen Intellektuellen den Eindruck, erstmals

Pública. PyP-Gründer Torre, zuvor in USA und Brasilien exiliert, und CEDES-Ökonom Adolfo Canitrot gingen 1985 in das Wirtschaftsministerium. Jurist und CCS-Mitglied Carlos Nino beriet Alfonsín in Menschenrechtsfragen und leitete ab 1986 den *Consejo para la consolidación de la democracia*.

57 Dem angeblich von Aricó mitinitiierten *Grupo de Esmeralda*, der nach der Straße des Büros benannt war, gehörten aus dem CCS-Umkreis zudem die damals jungen Journalisten Fabián Bosoer und Claudia Hilb an. Auch der *rector normalizador* Delich wie die CCS-Mitglieder Sergio Bufano und Hugo Rapaport hätten unregelmäßig mitgearbeitet (de Ipola 1994: 15).

58 "La idea original era que [...] el Presidente dispusiera de un espacio, de un equipo de asesores [...] que el mismo llamaba 'una península que se introdujera en el océano' distanciado de la gestión político-administrativa del gobierno [...] cuyos integrantes tuvieron la mayor autonomía de reflexión posible" (F. Bosoer).

dank ihrer spezifischen Fähigkeiten anerkannt zu werden. Die präsidentialen Reformprojekte gaben ihnen eine Agenda, zu der sie sich kompetent äußern konnten, und stärkten den eigenen Modus öffentlicher Intervention. Portantieros und de Ipolas Beraterfunktionen für Alfonsín ließen – trotz ihres individuellen und informellen Charakters – im gesamten CCS ein Gefühl von Einfluss entstehen. Daneben förderten die politischen Kräfteverhältnisse die Hausse. Die Teilwahlen vom November 1985, die dank der Anfangserfolge des *Plano Austral* zu erneuten Stimmenverlusten der Peronisten führten, schienen Alfonsíns Gestaltungsanspruch weiter zu legitimieren. Ohne die Euphorie einiger UCR-Sektoren zu teilen, die Partei könne zu einer hegemonialen “dritten historischen Bewegung” werden, betrachteten viele im CCS die Jahre unter Alfonsín als goldene Epoche – für Mitte-Links-Politik wie für die eigene Organisation.

1.5 Später Alfonsinismo: Identitätsdebatte und Austrennung

Intelectuales de izquierda, en el marco de la democracia. En esta frase se resumen varias cuestiones: cómo relacionar perspectivas específicas originadas en las disciplinas con propuestas de carácter e interés público; cómo diseñar intervenciones que mantengan, sin anular, las tensiones entre ideología, política y disciplinas específicas; cómo repensar la izquierda y proponer transformaciones que refuerzen el sistema democrático; cómo, en fin, replantear las relaciones entre dos horizontes conceptuales, de la libertad y de la justicia? (Sarlo 1986b: 6).

La Ciudad Futura apunta a lo que está más allá del presente. Si se quiere defender una identidad de izquierda e socialista, es preciso mantener la tensión moral hacia una sociedad mejor (LCF, Nr. 1, 1986: 3).

Die neue Demokratie führte zu einer überall erkennbaren kulturellen Belebung. Wie in Film und Literatur, wo sich bei Publikum und Kritik erfolgreiche Werke mit der Aufarbeitung der Vergangenheit und Korrektur der “offiziellen Geschichte” (so der Titel eines 1985 mit dem Oscar prämierten argentinischen Kinofilms) befassten, führte der neue Pluralismus auch unter sozialwissenschaftlichen Intellektuellen zu Debatten, in denen das Verhältnis zur demokratischen Politik thematisiert wurde. Sowohl die reformperonistischen Denker im Umkreis der Zeitschrift *Unidos*, die Ende 1983 mit dem Anspruch einer umfassenden Erneuerung entstand und sich der Kritik an Alfonsín und dem

traditionellem Peronismus widmete,⁵⁹ als auch die Ökonomen und Soziologen von CEDES und CISEA bestätigten dabei die Hinfälligkeit der revolutionären Intellektuellenrollen und die wiedergewonnene Spannung zur Politik.⁶⁰

Auch im CCS erlangten die Fragen des Selbstverständnisses und der Haltung gegenüber demokratischen Akteuren und Institutionen bald zentrale Bedeutung. Die Debatte offenbarte nicht nur unterschiedliche Identitäts- und Rollenentwürfe, sondern führte – nach dem von der Rückkehr euphorie getragenen Vereinigungsimpuls – zu ersten internen Brüchen. In PdV, das in den ersten Jahren nach der Diktatur als gemeinsames Sprachrohr des CCS fungiert hatte, wuchsen mit dem GdE-Engagement der *alfonsinistas* die Differenzen. Im August 1986 gaben Aricó, Portantiero und Tula wiederum das erste Heft der anfangs zweimonatlichen Zeitschrift *La Ciudad Futura* (LCF, Untertitel *Revista de Cultura Socialista*) heraus. Ähnlich dem CCS setzte sich die (ebenfalls nach Gramsci betitelte) LCF zum Ziel, mit der Befruchtung von marxistischem und linken Denken den (Wieder-)Aufbau einer demokratischen Linken zu festigen.

Wie aber kam es kurz nach dem gemeinsamen Aufbruch zu der Spaltung? Zum einen ging die LCF-Gründung auf ein schon in Mexiko von der *mesa socialista* zur Abgrenzung von den Linkspersonen entworfenes Projekt zurück; zum anderen waren Aricó und Portantiero im PdV-Kern trotz formeller Mitgliedschaft nicht unter gleichen integriert worden. Schließlich war die LCF-Gründung eine Reaktion auf Sarlos und Altamiranos Weigerung, PdV zum Kollektivorgan des CCS zu machen. Indem die auch für jüngere Stimmen schnell zugängliche LCF zu einem zweiten Sammelpunkt innerhalb des CCS wurde, begann eine Trennlinie entlang der neuen politischen und alten Exil-Loyalitäten zu entstehen. Während PdV zunehmend die zuvor in Argentinien Verbliebenen einte und Distanz zu Alfonsín wahrte, versammelte LCF v.a. jene einstigen *argenmex*, die mit einem pragmati-

59 Zu dem vom Historiker "Chacho" Alvarez geleiteten Redaktionskreis gehörten Ex-*Controversia*-Mitglied Nicolás Casullo, der CEDES-Soziologe Oscar Landi, der Ex-*cátedras-nacionales*-Aktivist Horacio González und der Jurist Mario Weinfeld, die während der Diktatur im brasilianischen Exil gewesen waren.

60 Vgl. die Debatten "El intelectual de los años ochenta" (S. Bufano, N. Casullo, H. González), in: *Unidos* (Nr. 7/8, 1985); "Intelectuales y política en la Argentina" (A. Canitrot, M. Cavarozzi, R. Frenkel, O. Landi), in: *Debates* (Nr. 4, 1985).

scheren Rollenverständnis auch der Regierung Alfonsín positiver gesinnt waren (de Ipola 1994: 15). Nachdem die PdV-Gründer Sarlo und Vezzetti Mitte 1988 das *comité editorial* von LCF verließen, behielten nur wenige – wie Altamirano oder die Ex-argenmex Terán und de Ipola – gleich “Brückenköpfen” zu beiden Zeitschriften enge Beziehungen. Obwohl LCF die Überparteilichkeit betonte – “no somos alfonsinistas, ni radicales, ni socialdemócratas; somos simplemente socialistas” (Nr. 1) – und den Dialog mit kleinen Linksparteien suchte, wurde mehrfach für Alfonsín Partei ergriffen. Die Zeitschrift lobte seine Politik als einen jenseits von Sozialdemokratie und Peronismus stehenden dritten Weg, diskutierte Vorschläge zur Neugründung der Republik und verteidigte den Präsidenten trotz wirtschaftlicher und innenpolitischer Probleme.⁶¹

Ausgangspunkt der Identitätsdebatte war die Erkenntnis, dass die Wiederherstellung von freier Öffentlichkeit und demokratischer Ordnung die Position der Linksintellektuellen mehrfach veränderte. Nicht nur die revolutionäre, der Politik untergeordnete Rolle der späten 1960er Jahre, auch die aus der gemeinsamen Opposition gegen den Autoritarismus entstandene Einheit der späten 1970er Jahre war mit dem neuen Pluralismus hinfällig geworden. Nachdem demokratische politische Akteure entstanden waren, konnten die Intellektuellen frühere Ersatzfunktionen aufgeben und ihre genuinen Aufgaben in Öffentlichkeit, Kulturkritik und Wissenschaft ausüben, mussten aber einen Bedeutungsverlust in Kauf nehmen. Die mit der neuen Autonomie verbundene Identitätsfrage kristallisierte sich für die Linksintellektuellen auch im Verhältnis gegenüber einem Präsidenten, der wegen zwischenzeitlich ähnlicher Ideale die eigene Kritikerfunktion zu absorbieren drohte. Innerhalb des CCS wurden *grosso modo* zwei Haltungen deutlich: Zum einen die sich in LCF artikulierenden *alfonsinistas* (Portantiero, de Ipola, Bufano), die ein Engagement in der Politik und (im Glauben auf Einfluss- und Veränderungspotential) auch Machtnähe verteidigten; zum anderen die PdV-Köpfe Sarlo und Altamirano, die, anknüpfend auch an den früheren Widerstand, auf einer unaufhebbaren Distanz zu Macht und Exekutive beharrten.

61 Vgl. “Convergencia política, divergencia social” (*editorial*) (Nr. 3, 1986). Das *suplemento* “Una segunda república?” (Nr. 1, 1986) widmete sich der Geschichte der Republik und ihren Verfassungsproblemen und -reformen.

Die *alfonsinistas* verabschiedeten sich nicht von sozialistischen Veränderungsidealen, aber von überzogenen Utopien. Im Namen von Gerechtigkeit und Solidarität propagierten sie eine “actitud posibilista y realista” einer “modernen Linken”, die mit ihrer Orientierung an einer Regierungskultur und “Politik des Möglichen” dem modernen Zentrum näher stehe als der “traditionellen Linken” (de Ipola 1986; Portantiero 1986). Gegenüber den “Realpolitikern” spielten die PdV-Gründer v.a. Autonomie und Prinzipientreue als Trümpfe aus. Altamirano dagegen rechtfertigte den Widerstand zum Lockruf der Macht mit den Prinzipien des Laizismus: Nachdem die kritische Vernunft das Überleben in der Diktatur ermöglicht habe, müsse sie gegenüber der zunehmenden Instrumentalisierung von Wissenschaft und Politik das Misstrauen gegenüber den Routinen der Demokratie bewahren (Altamirano 1984/1986).⁶² Auch für Sarlo sollte der revolutionär geläuterte Linksintellektuelle ein Spannungsverhältnis zur Politik bewahren und sich weder mimetisch anpassen noch in ferner Distanz bleiben. Trotz dieses variablen Ortes bliebe der Griff zur Macht aber, so formulierte sie ironisch, eine “intellektuelle Erbsünde”.⁶³ In der LCF-Debatte über die “Zukunft der Linken” kritisierte Sarlo den Verlust von Idealen und Utopien in Ipolas “tensión hiperrealista”. Während die meisten einen Schlussstrich unter die (eigenen) 1970er Jahre zogen, wollte sie linksrevolutionäre Ideale wie Partizipationswünsche und Unrechtsempfinden für die Intellektuellen in der Demokratie retten.

Die CCS-Debatte war nicht nur theoretischer Natur, sondern hatte ihren konkreten Bezug in den wachsenden Problemen von Alfonsíns Regierung vor allem in den zivil-militärischen Beziehungen, der ökonomischen Leistungsfähigkeit und dem Konflikt mit den peronisti-

62 “Si la democracia no ha de ser sólo preservación del estado y ritualización del derecho [...], siempre aparecerán, más allá del poder o de los que aspiran al poder, más allá de la institucionalización académica o estatal, intelectuales que hagan preguntas impertinentes” (Altamirano 1986: 3).

63 Vgl. Sarlo 1985, 1986b, 1988 als Replik auf de Ipola (1986) sowie “‘El poder es la falta radical de los intelectuales’. Entrevista con Beatriz Sarlo”, in: *El porteño* (1/1988). Der (journalistisch zugespitzte) Titel spielt mit der Doppelbedeutung des Adjektivs *radical* in Argentinien, das in politischer Lesart die UCR-Anhänger meinen kann. Zur Vergangenheitsbewältigung: “No todo en nuestro pasado fue un error siniestro: si nuestra política estaba equivocada, nuestro impulso hacia la política tenía razones afectivas y experiencias indispensables en toda práctica que se proponga una transformación profunda” (Sarlo 1986b: 5).

schen Gewerkschaften (Waisman 1987). Den immer lauter werdenden Chor der Kritiker führte Sarlo an, die schon während der Alfonsín-Euphorie eine „lectura a contrapelo“ (1986a) gewagt und Distanz zu dem Hoffnungsträger angemahnt hatte. Sie lobte seine Bemühungen um Ausgleich zwischen Ethik und Politik, kritisierte aber seinen auch im DPN deutlichen „rhetorisch-semantischen Überschuss“.⁶⁴ Während LCF die institutionellen Reformpläne unterstützte, betrachtete PdV diese als unausgegoren und mahnte Regelungsbedarf im Mediensektor an. Alfonsíns Mandat wurde zudem von Inflation und wirtschaftlicher Stagnation bedroht, was er mit der Berufung einer teils aus dem CEDES stammenden Wirtschaftsequipe lösen wollte.

Vor allem der Kurswechsel in der Militärpolitik und Vergangenheitsbewältigung aber sorgte für Widerspruch. Nachdem der *juicio a las juntas* entgegen der Regierungsabsicht nicht zum Abschluss aller Verfahren geführt hatte (Heinz 1996: 228), versuchte Alfonsín mit dem so genannten Schlusspunktgesetz, das nur noch zwei Monate die Aufnahme neuer Verfahren zuließ, eine unabsehbare Prozessfolge gegen untere und mittlere Militärränge zu verhindern. Für alle im CCS war das Gesetz (dem noch ca. 200 Anklagen folgten) aus ethisch-moralischen und politischen Gründen inakzeptabel – es umhüllte viele Militärverbrechen mit dem Mantel des Vergessens und gab den Rechtsanspruch eines demokratischen Staats auf. Die Revolten der unteren und mittleren Dienstränge im April 1987 sowie im Januar und Dezember 1988 bestätigten die Befürchtung, dass Alfonsín seinen Handlungsspielraum zu früh aufgegeben habe.⁶⁵ Die so genannten *carapintadas* rebellierten primär gegen die eigene, die Erniedrigung akzeptierende Führung und zeigten die mangelnde Unterordnung der

64 “El gobierno radical no es un ellos [...] de exterioridad y oposición. Pero tampoco es un nosotros en el que podamos sumergirnos los intelectuales de izquierda” (Sarlo 1986b: 5). Mit der Kritik an dem kontraproduktiven *gran comunicador* Alfonsín griff sie ein Argument von Landi auf, nach dem Alfonsíns abstrakter Demokratiebegriff die Gesellschaft überfordere (“Los tiempos de la política”, *Clarín*, 28.9.1984).

65 Vgl. “El Punto Final, la política y la ética” (LCF, Nr. 3, 1986); H. Leis, “Sobre el Punto Final” (Nr. 5, 1987); B. Sarlo, “La cuestión militar: Y ellos avanzan” (ebd.). Zur ‘Osterrevolte’ vgl. “La democracia amenazada por la revancha” und “Una historia que recién empieza” (LCF, Nr. 5, 1987); B. Sarlo, “Los militares: contra los perros del olvido” und die Notizen von Sarlo, Vezzetti, Sábato (“Por más que analizáramos y discutiéramos, que recordáramos y temiéramos, en el fondo no creíamos [...] que eso fuera posible”) (Nr. 30, 1987).

Militärs unter den Rechtsstaat. Während Zehntausende nach dem “Osteraufstand” von 1987 öffentlich für Demokratie demonstrierten, rief Alfonsíns Zögern und Hinhalten Enttäuschung bei den Intellektuellen hervor, die aber auch die eigene Fehleinschätzung zugaben. Das darauf folgende Gesetz zur “Gehorsamspflicht” (*obediencia debida*), das untere und mittlere Ränge von Strafverfolgung befreite und mehr als 270 Verfahren einstellte (Heinz 1996: 231), führte zur Entzweiung.

Die Kritik an Alfonsíns praktisch einer Teilamnestie gleich kommenden Zugeständnisse (Birle 1995: 197) einte zunächst den CCS. Zum einen schwächten die Gesetze die gesetzgebende und richterliche Gewalt, zum anderen gab Alfonsín ausgerechnet jener Machtgruppe nach, die über Dekaden hinweg der beständige Feind der Demokratie gewesen war und selbst Intellektuelle verfolgt hatte; zusammen wurde das Ziel der demokratischen Einordnung der Militärs gefährdet. Für die CCS-Köpfe kamen die Gesetze einer Aufkündigung der anfänglichen *entente cordiale* zwischen Moral und Politik – und der zwischen ihnen und dem Präsidenten – gleich. Beim Protest gegen die Militärrevolten verteidigte der CCS schließlich mehr die Institutionen der Demokratie als den wankelmütigen Präsidenten. Der Protest schloss die Reihen zwischen PdV und LCF und schlug Brücken zu anderen Intellektuellengruppen,⁶⁶ sollte sich aber auch ausdifferenzieren.

Über die Menschenrechts- und Militärpolitik hinaus sorgte die zweite Hälfte von Alfonsíns Mandat für Ernüchterung. Zum einen schaukelten sich Inflation und Rezession (durch sinkende Exporterlöse und große Zinszahlungen) hoch (Schreiers 1996: 129-133); zum anderen führten die missglückte Verständigung mit den Gewerkschaften und starke UCR-Verluste in den Teilwahlen im September 1987 die Idee einer “dritten historischen Bewegung” und die institutionellen Reformpläne *ad absurdum*, was den Legitimitätsverlust Alfonsíns beschleunigte. Im Verlauf des Jahres 1988 spitzten sich Wirtschafts- und Finanzkrise – mit dreistelligen Inflationsraten, sozialen Unruhen und Plünderungen – zu. Alfonsíns Mandat, das er (in Vorbeugung eines institutionellen Zusammenbruchs) vorzeitig an seinen gewählten

66 Das Manifest “Defendamos la democracia” (Juni 1987) wurde von allen CCS-Mitgliedern unterschrieben, der Aufruf “Por una Argentina con futuro, contra una Argentina oscura” von LCF und PdV sowie in *Unidos*, *Diario de Poesía*, *Gaceta Psicológica* und *Revista Argentina de Psicología* veröffentlicht.

Nachfolger übergab, endete auch für die *CCS-alfonsinistas* “con muchas penas y pocas glorias” (LCF, Nr. 16, 1989).

1.6 *Menemismo: desencanto und Erneuerungsversuche*

Una suerte de todo-vale verbal se ha instalado. El Presidente es un ejemplo del proceso de degradación cultural [...] que contradice la formación de la cultura democrática.⁶⁷

Mit der vorgezogenen Amtsübernahme des mit deutlicher Mehrheit zum Staatspräsidenten gewählten Peronisten Carlos Menem kam es zum ersten demokratischen Regierungswechsel nach der Transition. Der dreimalige Gouverneur der Nordost-Provinz La Rioja war eine schillernde Figur, die (äußerlich in der Tradition der *caudillos* des 19. Jahrhunderts) mit charismatisch-populistischem Auftreten, betonter Distanz zur politischen Elite und messianischen Heilsversprechen (“siganme, no los voy a defraudar”) v.a. Arbeiter- und Unterschichten mobilisieren konnte (Pfister 1998: 149f.). Während die Amtsübergabe inmitten der ökonomischen Krise die Institutionalisierung der Demokratie stärkte, hatte sie für die CCS-Wortführer einen bitteren Beigeschmack. Zum einen war der Versuch gescheitert, zum Aufbau einer dauerhaften Mehrheit für eine Mitte-Links-Politik um die (nun beschädigten) UCR beizutragen, zum anderen hatte sich mit Menem ein Verbündeter des traditionellen Peronismus durchgesetzt, der bei der PJ-internen Kandidatenkür die linksperonistisch-reformorientierten *renovadores* (um die *Unidos*-Gruppe und den Gouverneur von Buenos Aires), zu denen auch der CCS enge Verbindung pflegte, besiegte hatte.

Als politischer “punto de giro” (LCF, Nr. 17-18, 1989) leitete der Machtwechsel auch im CCS eine Phase des Wandels ein, der im Hinblick auf Ideen und Intervention zur Wiedерentdeckung eines oppositionellen Selbstverständnisses und zur Erweiterung der politischen Kontakte führte – was zunächst einigenden, später trennenden Charakter hatte. Die Auseinandersetzung mit Menem, dessen populistischer Politikstil und neo-liberales Reformprogramm den CCS-Idealen diametral gegenüberstanden, geschah über die *revistas* hinaus zunehmend in Gastbeiträgen für überregionale Mitte-Links-Blätter. Insgesamt rief

67 Sergio Bufano, “La palabra del presidente” (LCF, Nr. 23/24, 1990: 3).

die Konstellation einen kollektiven *desencanto* hervor,⁶⁸ ein diffuses Ernüchterungsgefühl über unerfüllte Reformideale, das schon bei den Krisensymptomen von Alfonsíns Mandat aufgekommen war und sich nun mit der Perplexität über Menems anhaltende und in Wahlen manifeste politische Popularität verstärkte.

Vertieft wurde es zum einen von der Militärpolitik Menems, der kurz nach Amtsantritt mit der *Ley del Indulto* einige schon verurteilte Militärs und Guerilla-Aktivisten – u.a. die ehemaligen Juntageneräle Videla und Viola – begnadigte. Während Menem von einem “Beitrag zur nationalen Versöhnung” sprach, wurden für den CCS die Täter mit Freiheit und Würden belohnt. Der von 2/3 der Bürger unterstützte und mit der Protestbewegung verbundene (Heinz 1996: 231), aber erfolglose Widerstand rief Gefühle der Machtlosigkeit gegenüber einem entscheidungsfreudigen Präsidenten hervor, der den Abbau ethisch-moralischer Kriterien fortführte, anders als sein Vorgänger aber mit harter Hand gegen revoltierende *carapintadas* vorging.⁶⁹ Zum anderen lehnte der CCS (wie das ganze Mitte-Links-Spektrum) Menems neo-liberale (seinem Wahlprogramm widersprechende) Wirtschaftsreformen ab. Die mit der Amtsübernahme von Wirtschaftsminister Domingo Cavallo Anfang 1991 begonnene Reduzierung und Privatisierung verschiedener Staatsaufgaben (v.a. bei Erziehung, Sozialversorgung und Kultur) brachte die Marginalisierung jener Schichten voran, die von Wirtschaftswachstum und makro-ökonomischer Stabilisierung nicht profitieren konnten. Weil die Reformen trotz peronistischer Fassade⁷⁰ die traditionellen Eliten begünstigten, gefährdeten sie für den CCS auch den demokratischen Konsolidierungsprozess.

68 Mit *desencanto* wird im Transitionskontext das bei einst oppositionellen Gruppen aufkommende Gefühl von Ernüchterung und Euphorieverlust bezeichnet, das nach institutioneller Demokratisierung angesichts unerfüllter Reformhoffnungen, zähen Routinen oder Zugeständnissen an konservative Akteure aufkommt.

69 Am 20.10.1989 fiel die *Freitags-charla* aus, um an der *Anti-Indulto*-Demonstration teilzunehmen (Bdl, Sept. 1989); vgl. J. C. Portantiero, “La distancia entre la política y el terror” (*P/12*, 29.1.1989); “Esta batalla es también la nuestra” (LCF, Nr. 15, 1989); “Sobre el indulto” (LCF, Nr. 19, 1989); J. M. Gómez, “Eclipse de memoria, política del olvido” (PdV, Nr. 36, 1989); “El acto más impuro” (Bdl, Febr. 1991).

70 Mit den Reformen stieg die Arbeitslosenquote von 6% (1991) auf 17% (1999); vgl. S. Bufano, “Peronismo, como dos gotas de agua” (LCF, Nr. 20, 1990); J. Franzé, “Plaza seca. Las marchas del sí y no” (LCF, Nr. 21, 1990); “Pensando

Schließlich vertiefte besonders Menems Politikstil den intellektuellen *desencanto*. Seine auf individuellen Entscheidungen statt öffentlicher Diskussion beruhende Machtausübung, die ostentative Geringschätzung mancher Institutionen und die (das übliche Maß übersteigende) Korruption in der Präsidentenentourage schienen die Festigung der demokratischen Institutionen zu gefährden und wurden von den Intellektuellen wiederholt kritisiert. Sarlo, nach der Menems autokratischer Stil von einem tiefen Misstrauen gegenüber einer pluralen Streitkultur geprägt war, ging als erste in die Offensive. Im Gegensatz zu Alfonsíns machte Menems Medienpräsenz und seine Nähe zum halbseidenen Showgeschäft die politische Öffentlichkeit zu *farándula*, einer Mischung aus Seifenoper und *showbiz*. Öffentliche und private Interessen seien zunehmend verflochten, moralische Argumente durch Indifferenz und Zynismus zersetzt worden. Sarlo hatte sich bereits unter Alfonsín auch medienpolitischen Fragen zugewandt: Das in Argentinien privatwirtschaftlich organisierte Fernsehsystem habe den Stil des Präsidenten geprägt und trage zu dessen symbolischer Herrschaftssicherung bei. Der unter Menem vollzogene Rückzug des Staates habe zur Herrschaft des Marktes und Kommerzialisierung der Kultur geführt, womit – verstärkt durch die Fragmentierung der politischen Akteure – die kritische Öffentlichkeit an Einfluss verliere. Die von Menem initiierte und durch die Massenmedien potenzierte *farandulización* war für sie Ausdruck einer “posmodernidad criolla”, in der die öffentlich-republikanische von einer medial-partikularistischen politischen Kultur im Dienste von Menems Herrschaftssicherung abgelöst wurde.⁷¹

en Septiembre” (*editorial*) (LCF, Nr. 27, 1993); J. Franzé, “Cisma o permanencia?” (LCF, Nr. 28, 1993).

- 71 Vgl. B. Sarlo, “Cultura criolla” (*P/12*, 17.12.1989); “Basuras culturales, simulacros políticos” (PdV, Nr. 37, 1990); “Menem, un enigma” (PdV, Nr. 39, 1990); “El audiovisual político” (PdV, Nr. 41, 1991). Paradigmatisch war ihre Kontroverse mit CEDES-Direktor Landi und dessen Bestseller-Studie *Devórame otra vez* (Untertitel “Lo que la gente hace con la televisión, lo que la TV hace con la gente”). Gestand dieser den audiovisuellen Medien eine positive Rolle im Demokratisierungsprozess und ‘postmodernen’ kreativen Aneignungen zu, lehnte Sarlo die Gleichsetzung zwischen Kulturindustrie und Avantgardekultur der 1930er Jahre ab – sie warf Landi vor, den Status quo zu reproduzieren (vgl. “La teoría como chatarra”, PdV, Nr. 44, 1992).

Menems skrupellos-autoritärer Politikstil hatte zudem an den Wahlen Erfolg: Zum einen baute die peronistische Partei in den Teilwahlen von 1991 und 1993 ihre Mehrheit in beiden Kammern aus, zum anderen konnte der Präsident mittels einer außerparlamentarischen Absprache mit Alfonsín im so genannten *Pacto de Olivos* die Unterstützung der wichtigsten UCR-Flügel für eine Verfassungsreform gewinnen, die u.a. die Wiederwahl ermöglichte. Mit der erfolgreichen Einflussnahme auf die Zusammensetzung des obersten Verfassungsgerichts und der Einschüchterung der kritischen Presse führte Menem für Portantiero einen erfolgreichen "Blitzkrieg" (LCF, Nr. 36, 1993). Für die LCF-Köpfe, von denen v.a. Portantiero seine Analyse- und Kritikqualitäten vielfach wiederbelebte, gefährdete Menem die ethisch-kommunikativen Prinzipien der liberalen Demokratie. Die von LCF oft dunkel gemalte Transitionsbilanz,⁷² die bei Machtkonzentration, Korruption und Ministeranklagen sowie Beschneidung der Justiz- und Presserechte auf Defizite bei Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit verwies (Carreras 1996), verschärfte das Krisenbewusstsein und ließ die Distanz zur Politikerklasse wachsen.

Mit dem CCS litten viele andere Linksintellektuelle. Weil Menems *farandulización* die Basis für einen rationalen Dialog mit der Staatsmacht zu entziehen schien, zogen sich viele nicht nur aus den politischen Institutionen, sondern auch aus dem öffentlichen Diskurs zurück.⁷³ Indem Menem die Intellektuellen auch – wegen des Primats der Ökonomie – in der Reformdebatte an den Rand drängte, erwies sich der "regierende Gigolo" als ein schwieriger Widersacher. Die Randlage – in Form von Kürzungen der Regierungsausgaben für Kultur – wurde von den Linken, aber auch von reformperonistischen Wortführern im *Unidos*-Umkreis objektiv und subjektiv festgestellt.⁷⁴

72 Vgl. J. C. Portantiero, "El menemazo" (LCF, Nr. 34, 1992); "La fiebre del deseo" (LCF, Nr. 36, 1993); "El incendio y sus vísperas" (LCF, Nr. 37, 1993); "De aquel Perón a este Menem" (P/12, 10.10.1993); "Las paradojas del Peronismo" (P/12, 3.7.1994); S. Bufano, "La puerta entreabierta" (LCF, Nr. 37, 1993); R. Sidicaro, "El estilo menemista y los problemas de oposición" (LCF, Nr. 41, 1994).

73 Vgl. die LM-Umfrage unter 140 literarischen und sozialwissenschaftlichen Intellektuellen ("Los intelectuales argentinos y la práctica política", 1.4.1992); im folgenden Jahr publizierte *Clarín* eine Serie "El silencio de los intelectuales".

74 Menem senkte die Kulturausgaben auf 0,23% des Gesamthaushalts, fror die Mittel für staatliche Kulturinstitute ein (bzw. betrachtete diese als Postenverschiebungsort) und stufte die *Secretaría de Cultura* (als höchstes Exekutivorgan

Mit ihrer Kritik bewegten sich CCS und *Unidos* aber in einem wachsenden öffentlichen Chor von Kritikern, die – wie einige Journalisten, die 1991 gegründete Kulturzeitschrift *La Muga* oder wissenschaftliche Analysen (wie Nun 1995) – Korruption und Kulturverfall anklagten.

Daneben setzte sich im CCS die Debatte über die jüngere Vergangenheit und das jetzige Selbstverständnis fort. Aricó, Tula und Portantiero nahmen das 25. LCF-Heft zum Anlass für eine kurze Bestandsaufnahme: Die Zeitschrift sei “intellektuelle Pflichterfüllung” sowie ein Beitrag zur Pluralisierung und Internationalisierung der argentinischen Linken, wobei angesichts der Regierung Menem, der Hegemonie des Neo-Liberalismus und dem Ende des real existierenden Sozialismus das Ringen um sozial gerechte Demokratie gerade erst begonnen habe.⁷⁵ Als Beitrag zum Wiederaufbau demokratischer Kultur verteidigten die *alfonsinistas* ihr Engagement, räumten aber einen durch die Machtnähe getrübbten Blick ein.

Anlässlich der Veröffentlichung zweier Rückschauen wurden im CCS-Umfeld erneut die für die Gründer prägenden 1960er Jahre diskutiert. Während Teráns ideengeschichtliche Studie von (auto-)biographischer Empathie geprägt war, hob die seit 1975 in Paris lebende Germani-Schülerin Sylvia Sigal auf Akteure und Kräftekonstellationen ab, um nicht ohne “Blick zurück im Zorn” die Peronisierung und das Abgleiten in die Gewalt zu erhellen. Die Diskussion beider Titel fungierte im CCS als letzter Schlussstrich unter die eigenen Verirrungen; *desencanto* und Opposition erlaubten nun einen distanzierteren Blick auf die eigene Geschichte. Angesichts der in Öffentlichkeit und Wissenschaft wachsenden Präsenz der 30- und 40-jährigen schien den CCS-Gründern auch die Vergänglichkeit der eigenen Generation bewusst zu werden.

auf Bundesebene) zur *subsecretaría* herunter (vgl. *La Muga*, 8.7.1992). Zur Kritik der Reformperonisten vgl. N. Casullo, “Nuestra cultura es hija de Menem y Tarkovsky” (*El porteño*, Juni 1989); H. González, “El peronismo es Menem aunque resulte doloroso” (LM, 3.6.1992); O. Landi, “Menem es capaz de hacer una reunión de gabinete en fechoría” (LM, 8.7.1992); das Dossier “Anochece, que no es poco” (*Unidos* Nr. 21, 1990); M. Wainfeld, “Dios es gorila” (*Unidos*, Nr. 23, 1991); und J. P. Feinmans Chroniken (1994).

75 “La constancia de un empeño. Aniversario y balance” (LCF, Nr. 25-26, 1990).

La crisis de la política [...] como la privatización de lo público abre un capítulo donde nuevos actores y nuevos alineamientos son imprescindibles. [...] Es hora de pensar las relaciones con la política y modalidades más efectivas de su intervención pública. (B. Sarlo, "El Club y la política", CCS-BdI, Mai 1990).

En una institución con una fuerte red de lazos comunitarios como la nuestra, la politización es una obra de voluntad a contra-corriente ("Anexo a la Declaración de Principios", CCS-BdI, Okt. 1993).

Trotz Menems Wahlerfolgen konnte sich der CCS in den frühen 1990er Jahren organisatorisch festigen, zusätzliche Finanzquellen erschließen und seine öffentlich-politischen Aktivitäten erweitern. Nachdem er sich anfangs überwiegend von Startkapital und Mitgliedsbeiträgen finanziert hatte, ging er quasi parallel zum Regierungswechsel eine offizielle Zusammenarbeit mit dem *Institut Socialiste d'Etudes et Recherches* (ISER) der *Fondation Jean Jaurès* der französischen Sozialistischen Partei ein, erhielt aber auch von der zuvor schon hilfreichen *Friedrich-Ebert-Stiftung* (FES) regelmäßige Zuwendung. Beginnend mit dem "Foro sobre democracia y reformas sociales" im August 1989 begann der CCS, jährlich ein internationales Kolloquium mit Politikern, Journalisten und Wissenschaftlern zu organisieren, das zu einem Höhepunkt der Jahresarbeit wurde. Auch individuell stiegen CCS-Köpfe auf: Neben dem Gründungsdekan Portantiero waren viele andere bei der Errichtung der sozialwissenschaftlichen Fakultät der UBA engagiert, andere – wie die 1992 auf den Simón-Bolívar-Lehrstuhl in Cambridge berufene Sarlo – mehrten international ihr wissenschaftliches Prestige.

Zugleich intensivierte der CCS seine politische Basisarbeit. Ende 1989 gründete eine Gruppe politisch ambitionierter Mitglieder um Aricó und Sarlo die so genannte *comisión de enlace* (Verbindungskommission), die (über die interne Bildungsarbeit hinaus) engeren Kontakt zu linken Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen herstellen sollte. Diese Kommission mündete bald in eine der politischen Auseinandersetzung gewidmeten *iniciativa socialista* aus CCS-Köpfen und Linkspolitikern (BdI, März 1990).⁷⁶ Bei der theoretischen

76 Die Genese von *iniciativa socialista* und *comisión de enlace* ist wegen teilw. widersprüchlicher Aussagen nicht zweifelsfrei rekonstruierbar. Seitens des CCS vgl. "Iniciativa Socialista" (BdI, März 1990); B. Sarlo, "El club y la política" (BdI, Mai 1990); "El desafío de reconstruir una cultura socialista" (BdI, Juli

Debatte und organisatorischen Aktivierung war die Ende 1989 zur CCS-Präsidentin gewählte Sarlo (trotz früherer Kritik an den *alfon-sinistas*) treibend. Dabei thematisierte sie auch die ambivalente Mitgliederstruktur des CCS. Die seit Gründung latente Spannung zwischen öffentlich-politischer und gemeinschaftlicher Orientierung und der konservative Stimmungswandel machten es notwendig, über "neue Allianzen" und "effektivere Formen der politischen Intervention" nachzudenken. Abendkurse und Bildungsaktivitäten sollten auch die *comisión de enlace* und *iniciativa socialista* befruchten, um den CCS zu einem "foco de iniciativas" und "espacio de producción de pensamiento socialista" (BdI, Febr. 1990) für den Entwurf eines politischen Gegenmodells zu machen.

Sarlos Präsidentschaft, bei der ihr zwei PdV-Mitglieder im CCS-Vorstand beistanden, war eine Phase großen Aktivismus'. Zum einen wurde mit einer Neugestaltung der monatlichen BdI und der Produktion eines gemeinsamen Filmessays über Buenos Aires die Binnen- und Außenkommunikation des CCS verbessert. Portantieros Kandidatur bei den Teilwahlen 1991 für die neue *Unidad Socialista* gab die lange betonte parteipolitische Unabhängigkeit auf.⁷⁷ Die Versuche, andere Mitglieder zu größerem Aktivismus zu bewegen, verpufften aber bald wieder, was zu Sarlos Entfremdung beitragen sollte. Gedämpft wurde die Aufbruchphase auch durch den in LCF mit einer 24-seitigen Beilage gewürdigten Tod von José Aricó im August 1991, mit dem der CCS seine wichtigste Gründer- und Integrationsfigur verlor.⁷⁸ Anlässlich des ersten Todestages organisierte der CCS eine große Gedenkveranstaltung und benannte sich offiziell in "CCS José

1991; teilweise zuvor auch in "Un desafío socialista", LCF, Nr. 20, 1990) sowie J. Arico, "Una izquierda necesaria" (CCS-BdI, Okt. 1992).

77 Portantiero, Tula sowie Ricardo Nudelman und Jorge Kors ließen sich von der US als Kandidaten auf nationaler und kommunaler Ebene aufstellen (vgl. "Nuestro voto socialista", LCF, Nr. 29, 1991).

78 Die 24-seitige Beilage spiegelte neben den CCS-Köpfen und vielen früheren PyP- und *Controversia*-Gefährten (u.a. O. del Barco, F. Delich, H. Schmucler) eine Intellektuellengeneration, in der Aricó exemplarisch einen Ort zwischen Randlage und Institutionen einnahm. Sarlo betonte seine Integrationsleistung für die Gruppe, Portantiero würdigte den "creador de empresas imposibles" und die Wandlung vom *editor-ensayista* zum *investigador*, Terán das Spannungsfeld zwischen Autodidaktismus und Lehre, Díaz die Leistungen als Verleger und Verbreiter marxistischen Denkens in Lateinamerika.

Aricó” um.⁷⁹ Die Zusammenkunft vieler Weggefährten aus Córdoba, Mexiko und Buenos Aires (*Clarín*, 29.8.1992) ließ vergangene und aktuelle Gruppenzusammenhänge aufleben und die Verbindungen mit Persönlichkeiten aus Öffentlichkeit und Politik festigen. Innerhalb des CCS wurde man sich nur langsam über die Tragweite des Verlusts bewusst – sein Tod sollte zunächst die interne Verbundenheit stärken, langfristig aber den Aktivismus reduzieren und zum Aufbrechen verschiedener Konfliktebenen führen.

Anfang der Dekade trug die von *comisión de enlace* und *iniciativa socialista* ausgehende Netzwerkarbeit erste Früchte. Verbindungen entstanden zu linken Kleinparteien wie dem *Partido Demócrata Cristiano*, *Partido Demócrata Socialista* und *Partido Socialista Populista*, die sich 1990 zur *Unidad Socialista* (US) vereinten,⁸⁰ den dezimierten UCR-Reformern um Federico Storani und zu den acht linksperonistischen Abgeordneten, die sich 1991 von der Regierung distanzieren. Der vom *Unidos*-Herausgeber “Chacho” Alvarez angeführte so genannte *Grupo de los Ocho* protestierte gegen Menems neoliberale Reformen, die Vernachlässigung der sozialen Frage und die wachsende Korruption am Hofstaat. Um die linksperonistischen Dissidenten sammelten sich schnell andere Gruppierungen wie der von dem Filmemacher Pino Solanas angeführte *Frente del Sur* oder der von der Ex-CONADEP-Sekretärin Graciela Mejjide geführte *Frente por la Democracia y Justicia Social* (Canel 1997: 3-8). Lange bevor die Gruppierungen sich für die Teilwahlen 1993 zum *Frente Grande* (FG) zusammenschlossen, hatte der CCS enge Verbindungen geknüpft,⁸¹

79 Dabei wurde ein auf Interviews beruhender Videofilm gezeigt, den Filipelli und Altamirano während Aricós letzten Lebensjahres gedreht hatten (vgl. R. Filipelli, “La filmación de José Aricó”, LCF, Nr. 44, 1995; und die Jugenderinnerungen in J. Aricó, “La construcción de un intelectual”, PdV, Nr. 43, 1992). Nicht alle Ehrungen aber waren letztlich erfolgreich – der von LCF angekündigte “Premio José Aricó”, mit dem jährlich ein sozialwissenschaftlicher Essay ausgezeichnet werden sollte (LCF, Nr. 34, 1992), wurde nicht verliehen.

80 In LCF vgl. das *suplemento* “Posibilidades y límites del centro-izquierda en Argentina” mit Beiträgen von C. Raimundi (UCR) und H. Bravo (PSD) (Nr. 21/22, 1990), das Kolloquium “Alternativas políticas para la crisis argentina” (Aug. 1990), an dem u.a. D. Caputo, G. Buero und C. Auyero teilnahmen, und die Debatte “Unidad de los partidos socialistas” mit Beiträgen von PSP- und PSD-Politikern (Nr. 32, 1992).

81 An einem Kongress sozialistischer Organisationen in Chile wurde der CCS von Vezzetti und *Fredejuso*-Gründerin Mejjide (BdI, März 1991) vertreten. Im Sep-

die sich nach ersten Wahlerfolgen festigten. Nach dem Achtungserfolg in den Teilwahlen 1993 (FG 4,8%, US 3,7% der Stimmen) wurde der FG bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung (*Constituyente*) 1994 in der Hauptstadt die stärkste Partei und vereinbarte eine Kooperation mit der US (Canel 1997: 11). Im CCS, der den Oppositionspolitikern wiederholt als Forum diente, wurden die Erfolge gefeiert, mit realistischem Blick aber auch auf die Probleme des Bündnisses aufmerksam gemacht.⁸² Zum einen hielt der Ausbau der Organisation nicht mit den schnellen Wahlerfolgen Schritt, zum anderen mobilisierte der FG vornehmlich die Mittelschichten in der Bundeshauptstadt, schließlich hatte er noch kein Programm entwickelt, das über die Anklage von Menems *farándula* hinausging. Besondere Affinitäten bestanden zu dem *Unidos*-Herausgeber "Chacho" Alvarez, der als FyL-Student den *Montoneros* nahe gestanden hatte und ab 1983 als *Unidos*-Herausgeber fungierte sowie der Ex-Menschenrechtlerin Graciela Mejide (als deren Beraterin Sarlo zunächst wirkte) – sie schienen ohne Prinzipienverlust in die Politik gewechselt zu haben und zugleich Erneuerung und Pragmatismus zu verkörpern. Das Erstarken von FG und Juniorpartner US ließ Hoffnung auf eine politische Wende keimen und verbesserte die kollektive Stimmung spürbar.

Mit dem Aufbruch aber verschärfte sich aber auch der Konflikt zwischen gemeinschaftlich-binnenorientierten und öffentlich-außenorientierten Mitgliedern. Für die einen war der CCS primär ein auf Freundschaft beruhender Diskutierzirkel, für die anderen eine am Kampf um Meinungsführerschaft beteiligte Organisation der Zivilgesellschaft. Hatte die Kräftekonstellation unter Alfonsín beide Seiten befriedigt, vertieften sich unter Menem die Differenzen. Anfang der 1990er Jahre trieben zum einen der Verlust der Integrationsfigur Ari-

tember 1991 äußerte sich der US-Stadtverordnete H. Bravo im Bdi; LCF (Nr. 37, 1993) gab im Vorfeld der Wahlen 1993 den UCR-Reformern (F. Storani, J. Rodriguez) bzw. den US- und FG-Kandidaten (H. Palomino, C. Alvarez) das Wort. Im Juni 1992 fand im CCS eine *charla* mit Alvarez statt, nach dem Wahlerfolg im April 1994 kam es zu neuerlichen mit Alvarez und Storani.

- 82 Vgl. B. Sarlo/O. Terán, "Hoy las oposiciones pasan por otro lado" (LM, 11.11.1992); J. C. Portantiero/M. Wainfeld, "La ciudadanía ha perdido la confianza en los políticos" (LM, 7.4.1993); J. Tula, "Cuando la unidad aparece como valor" (LCF, Nr. 36, 1993). Nach dem Lob der "nueva síntesis" (P/12, 5.7.1991) warnte Sarlo davor, die realen Machtfaktoren zu unterschätzen (vgl. "Con denunciar no alcanza", *Clarín*, 19.4.1994).

có, zum anderen die ein wachsendes Engagement verlangenden Erfolge der Netzwerkarbeit die latente Spaltung voran, die (ausgelöst von einem Führungsstreit) Mitte 1993 zum Eklat führte.⁸³ Als Sarlos Versuch einer Grundsatzdebatte über Natur und Engagement des CCS verpuffte, traten sie und einige Mitglieder des PdV-Kerns aus. Sarlo begründete den Schritt mit ihrer Entfremdung von der – wegen der emotional-habituellen statt rationalen Orientierung – als “feeling structure” bezeichneten Kollektivpraxis des CCS.⁸⁴ Anders als Altamirano, der die Krise des CCS vor allem durch die politische Defensive von Mitte-Links bedingt sah (*Carta de renuncia*, 15.5.1993), betonte sie interne Faktoren. Die Dominanz der gemeinschaftlich orientierten Mitglieder habe eine “gomosa capa de rutinas” herausgebildet und den CCS zu einem “conglomerado fuertemente hundido en la afectividad” gemacht. Sarlo spielte auch auf eine informell gewachsene Parallelstruktur an: Viele dem CCS primär affektiv verbundene Mitglieder kamen nach den *charlas* regelmäßig im Restaurant zusammen. Mit dem “segundo local del Club” war eine aus vornehmlich älteren Mitgliedern bestehende Boheme-Gruppe entstanden, welche die Integration der Jüngeren wie die Effizienz der offiziellen Gremien unterwanderte.

Der in den *Boletines de Información* nicht erwähnte Austritt der Gründer – vor allem der Sarlos – löste im CCS eine Krisendebatte und Einrichtung einer so genannten “Erneuerungskommission” aus. Sicht-

83 Das für 1992/93 gewählte CCS-Präsidium war: Altamirano (Präsident), Díaz (Vizepräsident), Filipelli (Schatzmeister) und Bufano (Sekretär). Auslöser waren Vorwürfe an Altamirano, autokratisch und politisch willkürlich gehandelt, d.h. den FG bevorzugt und die UCR benachteiligt zu haben.

84 Vom PdV-Kern verließen Sarlo, Gorelik und Vezzetti sowie Filipelli (Sarlos Lebensgefährtin) den CCS, Altamirano, Gramuglio und Sábado blieben. Im Abschiedsbrief erläuterte Sarlo: “No me siento afín a las modalidades del Club. Creo que tampoco el Club me siente afín a ellas. Varias veces [...] traté de intervenir para que el Club cambiara. Fracasé. Debí saber que una ‘estructura de sentimiento’ no se altera tan fácilmente.” Mit dem auf Williams zurückgehenden Begriff meinte sie “la configuración de ideas, creencias, actitudes, prácticas, costumbres, tradiciones, valores, formas del discurso, que no tienen la fijeza ni la articulación de un sistema, sino que [...] conjugan elementos que pueden ser contradictorias entre sí, inscribirse en diferentes temporalidades”, die als “espontaneidad de un grupo o de una institución, su conciencia práctica” wirke – und als “obstáculo para que el Club juegue abierta y decididamente en la esfera política, no como grupo de amigos sino como organización de ideas y voluntades” (“Carta a la comisión directiva”, 7.6.1993).

barstes Resultat war die Ende 1993 veröffentlichte Ergänzung der “Declaración de principios” (DP) von 1984. Trotz Anerkennung programmatischer Defizite und der “inercia de las costumbres” sei die Doppelgesichtigkeit des CCS aber nicht aufzuheben. Der CCS, der “alimenta un debate público sin pretender transformarse en un actor directamente político” müsse weiter versuchen, die Balance zwischen der “dimensión político-institucional” und “comunitaria” zu wahren.⁸⁵

1.7 Die späten 1990er Jahre: Reaktivierung oder Stagnation?

Los miembros del CCS saludan calurosamente el acuerdo celebrado entre la UCR y el Frepaso [...] que consagra una sentida aspiración del progresismo argentino (LCF, Nr. 48, 1996).

Die Entwicklung des CCS und seiner (verbliebenen oder ehemaligen) Protagonisten war bis Ende der 1990er Jahre von gegensätzlichen Tendenzen gekennzeichnet. Zum einen wurde die Debatte um das intellektuelle Selbstverständnis in dem vom *menemismo* geprägten Kontext fortgesetzt, zum anderen intensivierten einige ihr öffentliches Engagement und erlangten mit dem zwischenzeitlichen Aufschwung der Mitte-Links-Kräfte neue Einflusschancen; schließlich hielten im CCS nach der Teilfraktur des Gründerkerns interne Krisensymptome und langsamer Bedeutungsverlust an.

Die Diskussion in den äußerlich modernisierten *revistas* (LCF erschien ab Nr. 36/1993 im *hardcover*-A5-Format) und individuellen Veröffentlichungen reflektierte weiterhin die kulturellen und politischen Veränderungen im Land. Im *fin de siglo*-Szenario der CCS-Dissidentin Sarlo wird die Öffentlichkeit von den privaten audiovisuellen Massenmedien beherrscht. Viele Intellektuelle haben demnach die Spannung zwischen Expertentum und Universalismus aufgegeben, sind zum Realpolitiker oder Technokraten geworden.⁸⁶ Nach ihrem

85 Die “tendencia comunitaria” wird einerseits als “estima y reconocimiento” gegenüber der Fragmentierung und Individualisierung des intellektuellen Feldes gewürdigt, andererseits als “peligro de improductividad y autocomplacencia” kritisiert (*Anexo a la declaración de principios*, Bdl, Okt. 1993).

86 Vgl. auch Sarlo 1993 sowie dies., “La televisión argentina es la más exagerada del planeta” (LM, 4.5.1994); “De aquí en más, la política se va a hacer en los medios” (LM, 10.8.1994); “La tevé, el totem mundial” (*La Prensa*, 29.11.1994); “La plaza y su televisor” (*P/12*, 10.5.1995). Landi sah sie als “intelectual neo-

Ende 1994 erschienenen Essay *Escenas de la vida posmoderna* (Untertitel: *Intelectuales, arte y videocultura en la Argentina*), der bei Publikum und Kritik großes Echo hervorrief,⁸⁷ ist die Öffentlichkeit zwischen Spezialisten mit partikularem und den Intellektuellen mit globalem Erkenntnisanspruch geteilt. Letztere bestünden zum einen aus aufklärerisch-kritischen, den Status quo hinterfragenden Denkern (von CCS, LCF oder PdV), zum anderen aus "neopopulistischen" Intellektuellen des *menemismo*. Erlag Sarlo damit teilweise selbst dem oft kritisierten dichotomischen Denken (Pagni/von der Walde 1995: 293), setzte sie in der 50. PdV-Ausgabe die Kritik an kooptierten Intellektuellen fort und plädierte für eine flexible Position zwischen autonomem Diskurs und gesellschaftlichem Konsens, als Ausgangspunkt der auszutarierenden Spannung gegenüber der Politik: Kritisches Denken beharre auf Einlösung der "valores de los que ninguna política progresista pudo librarse".⁸⁸ Der Intellektuelle könne zwischen Bürgern, Elite und Institutionen vermitteln, stehe aber auf Seite der Schwachen und außerhalb des Machtapparats. Auch die LCF-Köpfe, deren Reflexion stärker an die Debatten in Politik und Jahreskolloquien gebunden war, relativierten mit dem Pochen auf parteiungebundene Autonomie die einstige eigene Annäherung, sahen sich aber weiter einem "liberalen Sozialismus" verpflichtet, der auf Demokratie, Inklusivität, Verantwortlichkeit und Pluralismus beruhe. An der Standortbestimmung in dem CCS-Jahreskolloquium "Izquierda democrática y gobernabilidad" (1995) knüpfte auch Portantiero an Walzers Prinzipien an, während Terán die "unendliche Identitätssuche" der Linken betonte.⁸⁹

populista massmediático", weil er die Dominanz der Medien bei der demokratischen Konsensproduktion gutheiße.

87 Vgl. Sarlo (1996) als Antwort auf die Kritik von Pagni/von der Walde (1995), die ihr das 'nostalgische' Nachtrauern der früheren Aufklärerrolle vorwarfen, als Kritik an Sarlos Reformismus Horacio González' "Perspectivas de la crítica cultural. Sobre *Escenas de la vida posmoderna*" (in: *Espacios* Nr. 16, 1995).

88 "El pensamiento crítico mantiene una relación tensa con la política, sin dictarle sus bases de acción y sin recibir más legitimación de la que ambos, política y discurso crítico, pueden ganarse por sus propios medios en la sociedad. Esta relación de contacto múltiple y no jerárquico es infinitamente complicada, sin una configuración permanente o un escenario preestablecido" (PdV, Nr. 50: 9).

89 Die Prinzipienklärung geschah mit einer Hommage zum vierzigjährigen Bestehen der von Coser und Horowitz gegründeten Zeitschrift *Dissent* und dem Abdruck von Michael Walzers *editorial* "Somos una izquierda sin línea de partido"

Das gemäßigt realistische Selbstbewusstsein war bei Sarlo wie den CCS-Köpfen von einer politischen Konjunktur beeinflusst, die sich Mitte der 1990er Jahre zugunsten der Mitte-Links-Kräfte entwickelte und den Intellektuellen neue Möglichkeiten eröffnete. Nach dem Erfolg bei der Wahl zur *Constituyente* und den Sondierungsgesprächen von "El Molino" schlossen sich FG und mehrere Kleinparteien – v.a. US, *Democracia Cristiana*, die vom ex-peronistischen Senator José Bordón gegründete *Política Abierta para la Integridad Social* (PAIS) und der *Nuevo Espacio* der UCR-Dissenter Caputo und Raimundi – Ende 1994 zum *Frente para un país solidario* (*Frepaso*) zusammen. Erstmals seit Transitionsende waren alle reformistischen Linkskräfte vereint (Canel 1997: 11-13), wozu die CCS-Protagonisten mit Verbindungsarbeit und LCF-Debatten viel beigetragen hatten.⁹⁰ Trotz Menems Wiederwahl war die Präsidentenwahl im Mai 1995 für den *Frepaso*, der mit dem Kandidatenduo Bordón-Alvarez knapp 30% der Stimmen erlangte und die UCR als erste Oppositionskraft verdrängte, ein großer Erfolg.

Obwohl Portantiero mit Menems zweiter Amtszeit "dunkle Zeiten" anbrechen sah (LCF, Nr. 43, 1995), bekamen die Mitte-Links-Intellektuellen im Umfeld des *Frepaso* langsam wieder Oberwasser. Zum einen konnte sich das Bündnis gegenüber der durch den *Pacto de Olivos* diskreditierten UCR als Oppositionskraft profilieren, zum anderen versprach es jenseits der beiden Großparteien UCR und Peronismus einen "dritten Weg", um den neo-liberalen Staatsumbau zu stoppen und den Themen Partizipation und politische Ethik Gewicht zu geben. Schließlich befand der *Frepaso* sich in einer Aufbau- und Wachstumsphase und bot für Intellektuelle gute Einstiegsmöglichkeiten, was ihn zur quasi natürlichen politischen Heimat vieler CCS-Köpfe machte. Aus der Erkenntnis, dass keine der beiden Opposi-

(Nr. 41, 1994; vgl. O. Terán, "Qué es ser de izquierda hoy?"); J. C. Portantiero, "Preguntas que regresan, una y otra vez" (LCF, Nr. 44, 1995).

90 Nachdem LCF wiederholt die Trennung von FG und übriger gemäßigter Linker kritisiert hatte (u.a. J. Tula, "Desafíos y posibilidades", Nr. 32, 1992; R. Sidicaro, "El estilo menemista y los problemas de la oposición", Nr. 41, 1994), kamen bald *Frepaso*-Köpfe (wie zuvor schon US und FG) und UCR-Reformer zu Wort (vgl. LCF Nr. 43, 1994/95, Nr. 44, 1995). Siehe C. Alvarez, "Aunque realistas, debemos mantener una fuerte vocación transformadora" (LCF, Nr. 44, 1995).

tionsparteien links von der PJ allein mehrheitsfähig wäre,⁹¹ bemühten sie sich zugleich um eine Überwindung der Spaltung der reformistischen Opposition. Zum einen intensivierten sich formelle und informelle Gedanken auch im CCS, wo die Reformer beider Parteien regelmäßig zu Gast waren; zum anderen widmeten sich das CCS-Jahreskolloquium 1995 (“Izquierda democrática y gobernabilidad”) und 1997 (“Transiciones: de una cultura de oposición a una cultura de gobierno”) dem Übergang zur Exekutive. Schließlich wurden viele oder einstige CCS-Mitglieder in Beraterkreisen und Stiftungen – der *Frepaso*-nahen *Fundación Carlos Auyero* (u.a. Sarlo, Tula, Altamirano, Cheresky, Mocca) oder der (von Alfonsín) gegründeten *Fundación argentina para la libertad de la información* (Portantiero, Bufano, Bosoer) – beider Parteien aktiv, was die CCS-Dissidenten von 1993 wieder dem Kreis annäherte.

Als nach dem Führungswechsel in der UCR (in der Ende 1995 der einstige *argenmex*-Gefährte Rudolfo Terragno Präsident wurde) und vielen Gesprächen Ende 1996 die ersten Listenverbindungen von *Frepaso* und UCR entstanden, die für die Teilwahlen von 1997 in die formelle Wahlkoalition der *Alianza* (*Alianza para democracia y justicia*) mündeten, würdigten die CCS-Köpfe den Zwischenerfolg mit einer öffentlichen Solidaritätsbotschaft und einer LCF-Sonderausgabe (Nr. 48, 1997), die Politiker und Intellektuelle zusammenbrachte.⁹² Über die gemeinsame Handlungsfront hinaus wurden aber auch Unterschiede deutlich: Während Portantiero (1997) die *Alianza* als “empresa estratégica” und Fortsetzung der von Alfonsín begonnenen Reformpolitik mit neuen Vorzeichen sah, betrachteten sie jüngere und mit *FG/Frepaso* aufgewachsene CCS-Mitglieder als Erneuerungsbewegung fern der älteren Politikergeneration.⁹³ Der *Alianza*-Erfolg bei

91 Die Einsicht wurde von den Wahlen zu den Stadtverordneten der Hauptstadt verstärkt, bei denen *Frepaso* und UCR zusammen ca. zwei Drittel der Sitze (und LCF-Direktor Jorge Tula ein Mandat) errangen. Vgl. u.a. E. Mocca, “La nueva oposición” (LCF, Nr. 43, 1995); C. Altamirano, “La oposición y sus problemas” (Nr. 44, 1995); J. C. Portantiero, “Poner en marcha una alianza” (Nr. 46, 1996).

92 Die im LCF-Sonderheft abgedruckte (ursprünglich in *P/12* veröffentlichte) Solidaritätsbotschaft “Socialistas con la Alianza” vereinte 51 Stimmen im CCS-Umkreis; es fehlten lediglich Sarlo, Filipelli und Vezzetti.

93 Vgl. stellvertretend für die jüngeren Mitglieder F. Castiglione, “Unidad en la diversidad”; E. Mocca, “La transición al posmenemismo”; M. Plot, “Una política democrática” (LCF, Nr. 48, 1997).

den Teilwahlen Ende 1997, der Menems Mehrheit ins Wanken brachte und das peronistische Kernland der Provinz Buenos Aires eroberte, war für die Intellektuellen im CCS-Umkreis ein mehrfacher Triumph: Zum einen hatten sie zur Entstehung einer Mitte-Links-Bewegung beigetragen, welche reformistisch-progressive Politik in eine mehrheitsfähige Alternative goss; zum anderen hatten sich einige durch Mitarbeit in den Beratergremien Einflussphären gesichert; schließlich konnten alle bei einer *Alianza*-Mehrheit in den Wahlen Ende 1999 auf eine Teilnahme an der Macht hoffen.

Gegenüber der zwischenzeitlichen großen Geschlossenheit und Meinungsführerschaft der Mittel-Links-Kräfte blieb die Entwicklung im CCS widersprüchlich. Obwohl sich bei der Satzungsergänzung 1993 die Befürworter des ambivalenten Status quo durchgesetzt hatten, war den meisten Mitgliedern klar, dass dieser einer größeren politischen Militanz und stärkeren Binnenintegration wie einem Generationswechsel im Wege standen. Mit der 1995 beschlossenen Verringerung des Präsidiums auf sieben Mitglieder und der Einführung neuer Gemeinschaftsaktivitäten (wie ein offizielles Abendessen am letzten Freitag im Monat) sollte (wenig erfolgreich) das Gewicht des "segundo local del club" verringert und die interne Kohärenz gesteigert werden. Gegenüber der auch von der binnenorientierten Mehrheit geteilten Bewusstseins der Verzögerung und politisch-organisatorischen Defizite⁹⁴ baute der CCS ab Mitte der 1990er Jahre die Kooperation mit anderen politisch-intellektuellen Vereinigungen der Hauptstadt aus.⁹⁵ Die Entstehung der *Alianza* hatte den internen Richtungsstreit zwischen UCR- und *Frepaso*-Anhängern befriedet – weil die organisatorische Erneuerung aber nur halbherzig stattfand und die politischen Aktivisten zunehmend außerhalb des Kreises wirkten, verlor der CCS zunehmend an öffentlichem Gewicht.

94 Das Jahreskolloquium 1995 fand im *Club del Progreso* statt, das von 1994 und 1997 in der *Fundación Banco Patricios*.

95 Auch die Binnenorientierten wussten von dem "riesgo de tornarnos anacrónicos", verteidigten aber die "términos fundacionales" und die dem Entscheidungszwang der Politik gegenüber verzögernde Ungewissheit der Reflexion (vgl. "Comentario en vísperas de la Asamblea del CCS 1996", s.d.). Entsprechend der Altersstruktur im CCS, wo ca. 2/3 der Mitglieder älter als 50 Jahre sind, wurde die Mitglieds-kategorie des *socio vitalicio* eingeführt (BdI, Dez. 1997).

2. Brasilien: Die Sozialwissenschaftler von *Cebrap* und *Cedec*

2.1 Seminário de Marx und Blüte der USP-Soziologie

Mesmo aceitando todos os compromissos políticos, o intelectual necessita preservar aquela neutralidade (Giannotti 1960: 61).

Im Verlauf der vom Entwicklungsnationalismus beherrschten 1950er Jahre entwickelte sich die *Faculdade de Filosofia, Ciências e Letras* der USP in der *Rua Maria Antônia* zu einem eigenen, zunehmend von der von Florestan Fernandes gegründeten *escola paulista* bestimmten Kraftfeld. Im Gegensatz zum ISEB war ihr Wissenschaftsbegriff vom amerikanischen und französischen Strukturfunktionalismus bestimmt. Obwohl nur hinter vorgehaltener Hand vom Marxismus die Rede war (Schwarz 1995), sympathisierte der Nachwuchs – wie der ab 1953 als Lehrstuhlassistent tätige Cardoso – mit der kommunistischen Partei,⁹⁶ distanzierte sich aber nach Aufdeckung des Stalinismus und dem sowjetischen Einmarsch in Ungarn. Die Blindstellen von *escola paulista* und Entwicklungsnationalismus veranlassten Ende 1958 eine Gruppe junger Dozenten und fortgeschrittener Studenten, eigenständig den Marxismus zu studieren. Dem Gründerkern des später *Seminário de Marx* genannten Lektürezirkels gehörten neben dem als Initiator geltenden Philosophen José A. Giannotti und den Fernandes-Assistenten Cardoso und Ianni der Ökonom Paul Singer, der Historiker Fernando Novais, die Anthropologin Ruth Leite Cardoso sowie die Studenten Francisco Weffort, Roberto Schwarz und Michael Löwy an.⁹⁷ Die knapp drei Jahre lang alle zwei Wochen zusammenkommende Gruppe wurde für die akademisch und freundschaftlich verbundenen Mitglieder zu einem prägenden Sozialisationserlebnis und – wegen der unter-

96 Cardoso (*1931) war kurz in den PC-nahen, von Prado Jr. herausgegebenen Zeitschriften *Problemas* und *Fundamentos* tätig (Leoni 1997: 56).

97 Giannotti (*1930), der Mitte der 1950er Jahre in Paris der Gruppe *Socialisme et Barbarie* nahe gestanden hatte, gilt einhellig als Initiator (Cardoso 1988; Schwarz 1995; Arruda 1995). Die anderen Mitglieder des SdM, das Singer (1988a: 85) *Grupo do Capital* nennt, sind strittig: Giannottis einzige Zeitquelle (1960) nennt neben sich, Cardoso und Ianni noch Leite, Novais, Singer sowie Weffort und Löwy; Schwarz (1995) nennt zudem sich, den Philosophen Bento Prado Jr. und den Ökonomen Gabriel Bolaffi; Cardoso (FSP, 17.5.1992) noch den Ökonomen Juarez Brandão Lopes. Insgesamt sollte ca. die Hälfte der SdM-Teilnehmer zu *Cebrap*-Gründern werden.

schiedlichen akademischen Herkunft der Teilnehmer – zugleich zum “aprendizado interdisciplinar” (Singer 1988a: 85). In detaillierter Exegese (auch zwischen Original und Übersetzung) wurden Klassiker des linken Denkens gelesen, die fern des USP-Curriculums einen kritischen Blick auf Fernandes’ Funktionalismus eröffneten.⁹⁸

Obwohl die Lektüren den Lehrplan hinterfragten, vollzogen sie sich fern der politischen Umbrüche. Während in Kuba Castros Revolutionäre die Macht eroberten und ISEB, CPC und MEB über Basisreformen und Volkserziehung diskutierten, lasen die SdM-Mitglieder Marx primär als Modernisierungstheoretiker statt als Sozialrevolutionär oder Entfremdungskritiker (Cardoso 1988; Schwarz 1995). Mit akademischen Ambitionen entdeckten sie die historisch-dialektische Methode und den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit als Basis kategorien kritischer Gesellschaftsanalyse (Giannotti 1960; da Silva 1997). Der kurze Kontakt mit Jean-Paul Sartre und Simone de Beauvoir, die im September 1960 São Paulo besuchten und einige Tage im Umfeld der Gruppe verbrachten, bestärkte sie in ihrer heterodoxen Lesart (Arruda 1995: 207), was sich auch in den im Jahre 1961 disputierten Doktorarbeiten Cardosos (“Capitalismo e Esavidão no Brasil meridional”) und Iannis (“As metámoρφoses do escravo”) zeigte. Als ideeller Emanzipationsversuch junger Wissenschaftler von ihrem Lehrmeister, der seine intellektuelle Vorherrschaft zunehmend bedroht sah, schmiedete das SdM dank der regelmäßigen, zunehmend ritualisierten Zusammenkünfte lebensweltliche Loyalitäten und Organisationsstrukturen, die auch die längere Abwesenheit einzelner Mitglieder überleben sollte. Der Kreis war von Kameradschaft und Rivalität (Schwarz 1995: 5) vor allem zwischen den beiden Lehrstuhl-assistenten Cardoso und Ianni geprägt. Daneben bestanden interne Hierarchien, bei denen Giannotti qua Gründungsinitiative und Methodenkenntnis eine herausgehobene, die anderen Assistenten eine erweiterte Führungsrolle besaßen.

Das SdM stellte mehrfach die Weichen für seine 25- bis 30-jährigen Mitglieder. Es verankerte einen theorie- statt praxisgeleiteten, modernisierungs- statt revolutionsorientierten Marxismus, der ein kri-

98 Auch die Lektüren sind nicht eindeutig überliefert. Unstrittig sind neben Marx’ *Kapital* und *Kritik der politischen Ökonomie* noch Lúkačs (*Geschichte und Klassenbewußtsein*) und Sartre (*Questions de Méthode*) (Schwarz 1995), während Singer (1988: 85) auch Weber, Luxemburg und Keynes erwähnt.

tisches statt funktionalistisches Intellektuellenverständnis begründete, anders als der ISEB ein direktes politisches Engagement aber ausschloss. Obwohl das SdM eine theoretische Schnittstelle mit der Politik legte, agierten seine Gründer allein im Umfeld der *Maria Antônia* oder der Hochschulpolitik.⁹⁹ Die selbständige Aneignung von Marx verlieh ihnen in der Fakultät symbolisches Großkapital und ließ sie gegenüber anderen Studenten eine führende Stellung erlangen. Nach ihrem Vorbild wurden an der *Maria Antônia* ab 1962 neue Lektürekreise gegründet, bei denen jüngere SdM-Teilnehmer (neben Schwarz auch der Soziologe Leôncio Martins Rodrigues) als Tutoren wirkten (Schwarz 1995; Chauí 1988).

Während in der nationalen Öffentlichkeit noch der Entwicklungsnationalismus des ISEB (manifest auch im Bau der neuen Hauptstadt Brasília) dominierte, war die Innovationsfunktion des SdM anfangs auf die USP beschränkt. Zugleich aber wurde er zum Schwungrad der nun auch von der politischen Entwicklung vorangetriebenen Positionsgewinne der *paulistas*. Zum einen geriet der Entwicklungsnationalismus mit dem Rücktritt von Kubitscheks Nachfolger Quadros (1961) und der gesellschaftlichen und politischen Polarisierung unter seinem Nachfolger Goulart (1961-1964) in die Krise, andererseits schwächten Spaltung und Radikalisierung des ISEB seinen Einfluss. Auch aufgrund eigener Bemühungen aber stieg der Marktwert der jungen *paulistas*. Ihre Kapitalismuskritik und dialektische Methode wurden in Rio von früheren Kritikern Guerreiro Ramos oder Darcy Riberio als Perspektivenwechsel anerkannt (Pécaut 1989: 195) und baute Brücken für einen Dialog, dessen Tragfähigkeit sich nach 1964 – in Form der RCB – beweisen sollte.

Nahm das SdM also eine widersprüchliche Stellung zwischen Bruch und Kontinuität, Anpassung und Revolte ein, war die Weiterentwicklung besonders der Soziologen von den Aktivitäten an Fernandes' Lehrstuhl geprägt, an dem nach der Rassenfrage nun die Entwicklung des brasilianischen Kapitalismus zum wichtigsten Untersuchungsgegenstand wurde. Damit war eine staatlich geförderte institutionelle Ausdifferenzierung und personelle Expansion verbun-

99 Cardoso war ab 1954 hochschulpolitisch aktiv und führend bei der vom SdM unterstützten "Campanha em defesa da Escola Pública", lehnte 1961 aber ein Angebot von Präsident Quadros ab, Mitglied des *Conselho Nacional de Economia* zu werden (Leoni 1996: 68).

den, die vor allem für Ianni und Cardoso neue Möglichkeiten eröffneten. Aufgrund der guten Kontakte zu Alain Touraine, an dessen *Laboratoire d'Etudes de Sociologie Industrielle* Cardoso einige Monate wirkte, entstand 1962 der angegliederte *Centro de Estudo de Sociologia Industrial e de Trabalho* (CESIT), der sich – bald unter Cardosos Leitung – einem großen Forschungsprojekt zu “A empresa industrial em São Paulo” widmete (Arruda 1995: 198). Damit intensivierten sich inhaltlich die Beschäftigung mit dem dynamischsten Entwicklungspol des Landes, organisatorisch die Binnenintegration und Nachwuchsrekrutierung. Die Blüte der *Escola Paulista* führte zu sich überlagernden Arbeitszusammenhängen und beschleunigte den Aufstieg der Assistenten in akademische Machtpositionen. Cardoso wurde Ende 1963 zum *professor titular* an Fernandes’ Lehrstuhl ernannt, Ianni hatte sich um die *cátedra de sociologia II* beworben. Während das SdM der *escola paulista* eine kritisch-marxistische Wende gegeben hatte, etablierte diese eine in Brasilien einzigartige akademisch-intellektuelle Wissenschaftskultur (Pécaut 1989: 198-204). Indem Ansehen und Arbeitskontakte des USP-Marxismus nicht nur im *Cono Sur* wuchsen, wurde dieser selbst zu einem Modernitätszeichen. Fernandes’ Strategie, der wissenschaftlichen Soziologie über die Fakultät hinaus Geltung und nationale Vorherrschaft zu verschaffen, zeitigte erste Erfolge. Das autoritäre Regime sollte die *paulistas* nach 1964 dazu bringen, die Gesellschaft nicht nur erklären, sondern auch bewegen zu wollen.

2.2 Bürokratisch-autoritäres Regime und Wissenschaftsexil

En dépit de la dictature de droite, il y a une relative hégémonie culturelle de la gauche. Elle peut être perçue dans les librairies de São Paulo e de Rio [...], dans le mouvement étudiant ou les proclamations du clergé (Schwarz 1970: 62).

Auch die Militärs, die am 31. März 1964 Präsident Goulart stürzten und ein bürokratisch-autoritäres Regime errichteten, begründeten ihre Machtübernahme mit der Polarisierung und demokratischen Unreife der Gesellschaft. Ihr in der *Escola Superior de Guerra* entwickelter Begriff der “nationalen Sicherheit” aber wollte Demobilisierung mit ökonomischer Entwicklung verbinden (Alves 1985: 14-23). Obwohl einige demokratische Mechanismen (feste Mandatsdauer des Präsidenten, Kongress- und Kommunalwahlen) bestehen blieben, vollzo-

gen sich Gesetzgebung und Regierungspraxis meist mittels autoritären Dekreten, den so genannten *Atos Institucionais* (AI). 1965 wurde ein neues Zweiparteiensystem von oben verordnet: Die konservative *Aliança Renovadora Nacional* (ARENA) sollte dem Regime politische Legitimität und parlamentarische Präsenz verleihen, der *Movimento Democrático Brasileiro* (MDB) als "offizielle Opposition" fungieren (Veser 1993: 122-124).¹⁰⁰ Die ideologische Kontrolle sollte durch Säuberung der Universitäten, Verbot linker Intellektuellengruppen wie ISEB und CPC sowie mit Kontrollorganen wie dem Geheimdienst *Serviço Nacional de Informações* (SNI) gesichert werden.

Die Machtübernahme der Militärs bestätigte die Prognosen der SdM-Gründer und zwang sie, sich inmitten ihrer beruflichen Aufstiegsphase – neben Cardoso, Ianni und Giannotti waren Schwarz und Weffort ins Ausland gegangen – mit einem autoritären Regime auseinander zu setzen. Weil die *Maria Antônia* sich (als einzige USP-Fakultät) nicht mit den Militärs solidarisiert hatte und als subversiver Ort galt, wurden auch einige ihrer Mitglieder verhört. Als Cardoso, der wegen seiner Aktivitäten in SdM und Universitätsrat verdächtig war, Anfang April von der Militärpolizei gesucht wurde,¹⁰¹ entschloss er sich zur Flucht. Er gelangte über Buenos Aires nach Santiago de Chile, wo er ein Arbeitsangebot beim CEPAL-eigenen *Instituto Latinoamericano de Planificación Económica y Social* (ILPES) annahm.

Den Einschüchterungen zum Trotz behielt die Linke geistige Meinungsführerschaft. An der *Maria Antônia* wurde der akademische Marxismus der *escola paulista* zunächst toleriert, womit die *paulistas* ihre kritische Analyse der Folgen des Entwicklungsmodells fortsetzen konnten.¹⁰² Größere öffentliche Wirkung hatten die Aktivitäten des

100 Aufgrund der Binnenkonflikte und Regimegängelungen (Alves 1985: 71f.) unterlag der MDB zunächst permanent. Bei den Kongresswahlen 1966 waren 20%, 1970 ca. 25% der Stimmzettel weiß oder ungültig (Veser 1991: 144).

101 Fernandes protestierte am 9.9.1964 per Brief beim zuständigen Befehlshaber gegen die Verhöre (Leoni 1996: 79). Die Einschüchterungen gegen Cardoso schienen nicht lebensbedrohend, machten freies Arbeiten aber unmöglich (zu den Fluchtumständen vgl. ebd.: 78-83; Cardoso 1988: 32; *Veja*, 21.10.94: 42-45).

102 An dem nun von Leôncio Martins Rodrigues (*1934) geleiteten CESIT entstanden u.a. L. M. Rodrigues, *Conflito industrial e sindicalismo no Brasil* (1966); José C. Pereira, *Estrutura e expansão da indústria em São Paulo* (1967); G. Cohn, *Petróleo e Nacionalismo* (1968); und von den späteren Cebrap-Mitgliedern J. Brandão Lopes, *Sociedade e indústria no Brasil* (1964); P. Singer, *Desenvolvimento e Crise* (1968) (vgl. Arruda 1995: 201-16).

Verlagshauses “Civilização Brasileira” in Rio de Janeiro, wo 1965-1968 die Zeitschrift *Revista da Civilização Brasileira* (RCB) erschien.¹⁰³ Obwohl darin die Entwicklungsnationalisten ein Übergewicht hatten, bemühte sich die RCB – ausgehend von einem nationalistisch-antikapitalistischen Grundkonsens – um theoretische Pluralität und wurde Sammelpunkt einer parteiunabhängigen “gauche possibiliste” (Pécaut 1989: 194). Diese umfasste vor allem ehemalige ISEB-Mitglieder, aber auch brasilianische *gramscianos* um die PCB-nahen Kritiker Leandor Konder und Carls Nelson Coutinho, deren erste Gramsci-Übersetzungen sie auch publizierte. Die Zeitschrift, deren Auflage oft 20.000 Exemplare überschritt, druckte auch Beiträge von Ex-SdM- und *escola paulista*-Mitgliedern.¹⁰⁴ Die Zusammenarbeit zwischen *paulistas* und *cariocas* entsprang weniger dem Verbot der *Revista Brasileira* in São Paulo als der gemeinsamen Gegnerschaft zu den Generälen. Die *paulistas* hielten an der *desenvolvimentismo*-Kritik fest, sympathisierten aber mit nationalistischen und anti-imperialistischen Positionen und konzentrierten sich auf die Analyse des autoritär-bürokratischen Regimes. Die Mitarbeit in der RCB war für sie statt einer Glaubensgemeinschaft eine “strategische Allianz” (Giannotti), um dem übermächtigen Gegner im Wortsinn Paroli bieten zu können. Das Wirken des Verlagshauses “Civilização Brasileira”, das in den späten 1960er Jahren im Austausch mit den kulturellen Erneuerungsbewegungen von *cinema novo* und *tropicalismo* die Oppositionsaktivitäten bündelte, war für die alte Hauptstadt einer der

103 Als *Secretário* fungierte der ex-ISEB-Direktor Corbisier, in dem (nur auf Papier bestehenden [Pécaut 1989: 190]) *conselho de redação* – war neben Ex-ISEB-Mitglied Werneck Sodré und CPC-Initiator Gullar auch Ianni vertreten.

104 1965 erschien der Sammelband *Política e Revolução no Brasil*, dessen Beiträge von Cohn, Ianni, Singer und Weffort die Blockaden des Entwicklungsnationalismus aufzeigten. Die wichtigsten Beiträge der *paulistas* in der RCB waren: O. Ianni, “Democracia e Progresso”; F. Weffort, “Raízes sociais do populismo em São Paulo”; F. Fernandes (Nr. 2, Mai 1965); I. Ianni, “A solidão do cidadão Kane”; Marialice M. Foracchi, “A juventude e a realidade nacional” (Nr. 5/6, März 1966); F. Weffort, “Estado e Massas no Brasil” (Nr. 7, Mai 1966); F. Fernandes, “Imigração e Relações Raciais” (Nr. 8, Juli 1966); R. Schwarz, “O cinema e os fuzis” (Nr. 9/10, Sept./Nov. 1966); F. Fernandes, “Crescimento econômico e instabilidade política no Brasil” (Nr. 11/12, Dez. 1966-März 1967); O. Ianni, “A grande cidade” (Nr. 1, Mai 1967); F. H. Cardoso, “Hegemonia burguesa e independência econômica: raízes estruturais da crise política brasileira” (Nr. 17, Jan. 1968). Trotzdem kann – entgegen Mota (1979) – nicht vom Richtungswechsel zugunsten der *paulistas* die Rede sein.

letzten Momente kultureller Meinungsführerschaft. Die verbliebenen *paulistas* brachten 1967 die kurzlebige Zeitschrift *Teoria e Prática* heraus,¹⁰⁵ litten aber an Isolation und dem Exil wichtiger Köpfe. Während sich das 1966 von funktionalistischen Soziologen mit Mitteln der *Ford Foundation* (FF) gegründete IUPERJ akademischer Arbeit widmete, übte die USP zunächst stillen Widerstand.

Gleich einer demokratischen Oase, in der sich internationale Organisationen wie CEPAL und FLACSO niedergelassen hatten, wurde unterdessen die chilenische Hauptstadt – ähnlich Mexiko-Stadt in den 1970er Jahren – zum bevorzugten Fluchtpunkt für Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler. Auch für Cardosos und Wefforts berufliche Weiterentwicklung war sie ein fruchtbares Umfeld. Die Arbeit im ILPES (wobei Cardoso stellvertretender Direktor war) ermöglichte die Zusammenarbeit mit Soziologen und Ökonomen aus ganz Lateinamerika.¹⁰⁶ Die mit dem chilenischen Soziologen Enzo Faletto verfasste Untersuchung *Dependencia y desarrollo en América Latina*, die verschiedene dependenztheoretische Entwürfe empirisch überprüfte und relativierte, verschaffte Cardoso den internationalen wissenschaftlichen Durchbruch. Seine anti-ökonomische Annahme, dass erst das Zusammenspiel von internen und externen Faktoren, politischen und ökonomischen Entwicklungen das “wie und warum” von Entwicklung oder Unterentwicklung bestimmen – und die gegen die linke Mehrheitsmeinung errichtete These, dass ökonomische Abhängigkeit nicht zu zwangsläufig zu Unterentwicklung, Faschismus oder Sozialismus führen muss, sondern verschiedene Mischformen zulässt – festigten Cardosos Fama als dialektischer Denker.

Cardoso und Weffort machten auch außerhalb des Instituts wertvolle Erfahrungen. Die Distanz zum Land, die *feijoada*-Essen im Exilkreis und die Oppositionsrolle erzeugten einen intensiven Gedankenaustausch, der unter politischen Konkurrenzverhältnissen so nicht entstanden wäre, nun aber Grundlage anhaltender politischer und

105 *Teoria e Prática* vereinte verschiedene SdM-Teilnehmer (Giannotti, Singer, Löwy, Bento Prado, Schwarz) und grenzte sich stark gegen den Nationalismus ab: “E pela milésima vez: [...] Não é a consciência dos homens que determina a sua existência, mas sim a sua existência social” (*Apresentação*, Nr. 1, 1967: 1).

106 Besonders fruchtbar war der Austausch mit dem FLACSO-Direktor Medina Echeverría, den CEPAL-Ökonomen Raúl Prebisch und Celso Furtado wie (im ILPES) Enzo Faletto und André Gunter Frank (Leoni 1996: 90f.).

wissenschaftlicher Bindungen wurde. Besonders Cardoso knüpfte auch dank der Exilgemeinde eine Reihe von beim späteren *Cebrap*-Aufbau wichtigen Kontakten (Pécaut 1989: 86).

Das Wissenschaftsexil der *Paulistas* war aber nicht nur auf Chile beschränkt. Weffort ging nach einem Zwischenaufenthalt in São Paulo (wo er seine populismuskritische Promotionsarbeit abgab) 1968 nach England, Cardoso nahm Mitte 1967 eine Gastsprofessur an der Universität von Nanterre an, wo er bis Juli 1968 lehrte. Beide waren in einer von Celso Furtado organisierten Brasilien-Schwerpunktausgabe der Zeitschrift *Les Temps Modernes* vertreten, die das abhängig-assoziierte Entwicklungsmodell der Generäle kritisch unter die Lupe nahm.¹⁰⁷ Auch in Paris war der Exilkreis Kontaktbörse und Treffpunkt vieler Vertrauter aus dem SdM-Umfeld (Roberto Schwarz, Marco A. Garcia). Cardoso erweiterte seine Kontakte und bereitete – zeitgleich, aber fern der Proteste im *Quartier Latin* – mit der Abfassung einer *tese de cátedra* (“Empresariado e Desenvolvimento na Argentina e no Brasil”) seine Bewerbung an der USP vor.

Zusammenfassend hatte das Wissenschaftsexil für Cardoso und Weffort mehrere Folgen: Zum einen eröffnete es einen fernen, latein-amerikanischen Blick auf das eigene Land, zum anderen beschleunigte es den beruflichen Aufstieg; schließlich entstanden (über den brasilianischen Exilkreis hinaus) viele Kontakte zur lateinamerikanischen und internationalen sozialwissenschaftlichen *community*. Trotz seiner Abwesenheit aus Brasilien festigte sich so v.a. Cardosos Führungsposition in der *escola paulista*-Generation.

2.3 Die Anfänge des Cebrap (1969-73): Widerstand statt Exil

O Cebrap nasce de uma vontade de resistência e estratégia para preservar aquilo que já éramos: intelectuais por vocação. Todo esforço foi orientado no sentido de preservar o espírito crítico da vida acadêmica fora dos muros da universidade (Giannotti 1989: 3).

107 Das mit einem Wortspiel *Brésil, Temps modernes* betitelte und von Celso Furtado koordinierte Heft (Nr. 257, Okt. 1967) beinhaltete meist zuvor in der RB erschienene Aufsätze der *paulistas* Fernandes, Cardoso und Weffort.

In Brasilien gewann derweil die oppositionelle Studenten- und Gewerkschaftsbewegung an Stärke und vertiefte Proteste und Streiks (Alves 1985: 81). Im August 1968 wurde die UnB gestürmt, im Oktober setzten sich *Maria Antônia*-Studenten mit der Polizei und den Studenten der (gegenüberliegenden) Privatuniversität *Mackenzie* auseinander. Die Gewerkschaften gründeten unabhängige *oposições sindicais* und forderten mit Streiks in Belo Horizonte und São Paulo den autoritären Staat heraus. Neben der erstarkenden Opposition waren aber die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten ein wichtiger Grund für Cardosos Rückkehr, der bei seiner Lehrstuhlkandidatur in der politisierten *Maria Antônia* auf Studentenproteste stieß.

Entsprechend der Dominanz der *hardliners* innerhalb der Militärs versuchte der neue Staatspräsident General Medici mit dem im Dezember 1968 erlassenen AI-5, der die härteste Repressionsphase einleitete, über die linken Guerillagruppen die Kontrolle zu erlangen. Damit wurden Gewerkschaftsaktivisten, aber auch liberale Journalisten wie progressive Geistliche und Mittelklassestudenten verhaftet. Die Intellektuellen-Zeitschriften RCB und *Teoria e Debate* wurden verboten, die bürgerliche Qualitätspresse wie *Jornal do Brasil* (JB) oder *O Estado de São Paulo* (ESP) der Zensur unterworfen (Dillon Soares 1989: 22). An den Bundesuniversitäten wurden hörige Rektoren eingesetzt, linke Professoren in den Ruhestand geschickt und einige philosophisch-sozialwissenschaftliche Fakultäten geschlossen (Pécaut 1989: 242). An der USP, wo mehr als drei Dutzend Dozenten gehen mussten, wurden *escola paulista*-Anhängern die politischen Rechte entzogen. Allein die jüngeren *paulistas*, die sich wie Weffort, Schwarz oder Chauí im Ausland aufhielten, entkamen dem Bann.

Dachten einige *paulistas* angesichts der Repression anfangs an ein erneutes Exil, erweckte der AI-5 schließlich den Widerstandsgeist und das Projekt eines eigenen sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts. Nachdem die Gruppe zum einen dank Cardosos Kontakte zum FF-Büroleiter in Rio de Janeiro Mittel aufgetrieben, zum anderen durch Verhandlungen mit den lokalen Regime-Vertretern das *Placet* der Generäle erhalten hatte, taten sie sich aus strategischen Gründen mit einigen USP-Demographen und Religionssoziologen zusammen, die bereits von der FF unterstützt wurden und marxistischer Umtriebe unverdächtig waren (Leoni 1997: 114f.). Bei der offiziellen Gründungsversammlung des *Cebrap*, dessen Projekt zunächst allein in

kritischer sozialwissenschaftlicher Forschungs- und Netzwerksarbeit bestand, nahm ein Großteil der sozialwissenschaftlichen *community* der alten *Maria Antônia* teil (*Ata da Constituição do Cebrap*, 3.5.1969).¹⁰⁸

Die ersten *Cebrap*-Jahre waren von organisatorischer Konsolidierung, personeller Expansion und langsam zunehmenden Oppositionsaktivitäten geprägt. Mit einer das autoritäre Entwicklungsmodell hinterfragenden Forschungsagenda gelang es dem Institut, mit öffentlichen und privaten Auftragsarbeiten seine Ressourcen zu erweitern und die Basis für die Mitgliederexpansion zu legen.¹⁰⁹ 1971 kam Weffort als assoziiertes, für den Forschungsbereich “movimentos colectivos e classes urbanas” zuständiges Mitglied hinzu, während mit dem Ökonomen Chico de Oliveira und dem Soziologen Vilmar Faria erstmals nicht aus der USP stammende Mitglieder Führungsaufgaben übernahmen und Nachwuchsforscher (u.a. Lúcio Kowarick, Bolívar Lamounier und Ex-CPC-Aktivist Carlos Estevam Martins) mit Stipendien in den engeren Kreis aufgenommen wurden.¹¹⁰ Der Mitglieder- und Unterstützerkreis verdoppelte sich in den ersten drei Jahren, was aber auch Organisationsprobleme mit sich brachte.¹¹¹ Ähnlich wie in

108 Sein “projeto inicial” sah das *Cebrap* in “a) manter em atividade um Centro que pudesse aglutinar cientistas sociais; b) estimular contatos com instituições similares; c) abrigar profissionais com formação e orientação intelectual distintas e estimular o diálogo entre eles; d) criar condições para que cientistas sociais brasileiros pudessem levar adiante projetos de pesquisa porventura interrompidas” (*Cebrap*, RdA 1970: 3).

109 Entscheidend waren anfangs Aufträge der *Fundação de Amparo a Pesquisa do Estado de São Paulo* (FAPESP) und der *Sociedade Brasileira para o Progresso na Ciencia* (SBPC) (RdA 1971: 2). Daneben forschte das *Cebrap* für die Inter-amerikanische Entwicklungsbank, den *Grupo Executivo da Grande São Paulo*, das *Instituto para la Integración de América Latina*, die *Sociedade Brasileira de Planejamento*, die *Fundação Getúlio Vargas* sowie CLACSO und FLACSO. 1971 finanzierten die Auftragsarbeiten 30% des Etats (ebd.: 4-11, 19).

110 Der aus Pernambuco stammende Francisco de Oliveira hatte in Rio studiert und war bis 1964 Vize-Direktor der (von Celso Furtado geleiteten) Nordost-Entwicklungsdiktatur SUDENE gewesen; der aus Minas Gerais stammende Vilmar Farias hatte an der UFMG studiert und war nach 1964 in Chile exiliert gewesen. Lúcio Kowarick kam aus São Paulo, während der aus Minas stammende Lamounier sowie Estevão Martins zunächst im *IUPERJ* tätig gewesen waren. Martins’ und Kowaricks’ Doktorarbeiten entsprangen *Cebrap*-Projekten, Lamounier beendete seine Promotion in Yale mit einem *Cebrap*-Stipendium (RdA 1972: 3f.).

111 Ende 1973 bestand es aus 10 *pesquisadores senior*, 2 *pesquisadores associados*, 7 *pesquisadores juniors*, 10 *bolsistas*, 3 *assistentes de pesquisa* und 5 *estagiários*

den SdM-Lehrjahren war der undogmatische Marxismus eine dialektisch-empirische Erkenntnismethode, Grundlage einer engagierten, nicht aber revolutionären Intellektuellenrolle. Indem das Institut angesichts einer gegängelten Universität als Sammelbecken kritischer Köpfe fungierte und das Entwicklungsmodell der Militärs empirisch hinterfragte, entstand eine Praxis gesellschaftlichen Widerstands, die – aufbauend auf der Ablehnung politischer Gewalt – in einer rational-kritischen, das Gespräch mit Genossen und Gegnern suchenden Gesellschaftsanalyse bestand. Mit “*prudência necessária*” versuchte das Institut, gegenüber der punktuell harten, aber unsystematischen Zensur alternative Kanäle zu erschließen und – mit Hilfe der auch in der USP tätigen Verbindungspersonen wie Weffort – die Opposition in Wissenschaft und Öffentlichkeit zu vernetzen. Es war dieser öffentliche Anspruch, der das *Cebrap* vom zunächst allein wissenschaftsorientierten IUPERJ in Rio unterschied.

Mit einem in vielfach an Cardosos “flexibler Dependenztheorie” orientierten Analyserahmen untersuchte das *Cebrap* primär die vom abhängig-assoziierten Entwicklungsmodell hervorgerufenen demographischen und ökonomischen Veränderungen. Der Fokus auf Einkommenskonzentration und Unterschichtmarginalisierung hinterfragte die *milagre*-Rhetorik, die auf jährlichen Wachstumsraten von bis zu 10% beruhte. Stand dabei der Südosten im Mittelpunkt, ging es teilweise auch um die Amazonas- und Nordost-Regionen. Zugleich wurde begonnen, die Handlungsmöglichkeiten der neuen sozialen Bewegungen – kirchliche Basisgemeinden, Gewerkschafts- und Schwarzenbewegungen – auszuloten.¹¹² Gegenüber der Regime-Rhetorik sollte gezeigt werden, dass das günstige Investitionsklima auf der Entmachtung der Opposition wie dem ökonomischen Ausschluss der Arbeiterschaft beruhte, und das Wachstum primär die mit der Staatsbürokratie verflochtenen städtischen Ober- und Mittelschichten begünstigte. Indem das *Cebrap* die Schattenseiten des Wirtschaftswun-

(RdA 1974); 1973 war der sich v.a. aus USP-Angehörigen rekrutierende Unterstützerkreis der *sócios* von 27 auf 72 Mitglieder erweitert worden (RdA 1971: 2).

112 Das galt v.a. für die Themen Marginalität (“*A marginalização social do menor na cidade de São Paulo*”, RdA 1971: 23), Erziehung (“*Problemas quantitativos e qualitativos da educação em São Paulo*”, ebd.: 25) und soziale Bewegungen; vgl. die Forschungen zu “*Força de trabalho e emprego no Brasil*” (ebd.: 4), “*Emprego e terceirização*”, “*Marginalidade e participação social*”, “*Movimentos políticos coletivos*”, “*Acumulação monopolista e Estado no Brasil*” (RdA 1974: 34f.).

ders erhellte, besaß seine Forschungsagenda einen “ikonoklastischen Charakter” (Browning et al. 1973). Ab 1972 erschien alle drei Monate *Estudos Cebrap* (für eigene Forschungsergebnisse), zudem wurde die Reihe *Cadernos Cebrap* für in- und externe Debatten eingerichtet. Mit dieser “publizistischen Offensive” (RdA 1972: 5) machte sich das Institut bereits in den “geknebelten” frühen 1970er Jahre nicht nur in der wissenschaftlichen *community*, sondern auch in der kritischen Öffentlichkeit einen Namen.

Die Präsidentschaft Médicis (1969-1974) ließ nicht nur das auf Auslandsinvestitionen basierende Wirtschaftswachstum, sondern auch die Widersprüche und sozialen Kosten ansteigen. Mit der Eliminierung der linken Radikalopposition wuchsen die Spannungen innerhalb des zivil-militärischen Machtblocks. Nach erneuten Gängelungen und Verlusten in den Kommunalwahlen 1972 stand der MDB vor der Frage, sich selbst aufzulösen oder dem Regime die Zähne zu zeigen (Alves 1985: 134ff.). Auf Druck der *auténticos* – des an Opposition orientierten Flügels – wurde beschlossen, zur indirekten Präsidentenwahl 1974 mit dem MDB-Vorsitzenden Ulisses Guimarães einen eigenen Kandidaten (erstmal seit Machtübernahme der Militärs) aufzustellen. Obwohl diese *anti-candidatura* v.a. ein symbolischer Protest gegen die Kluft zwischen demokratischer Rhetorik und autoritärer Praxis des Regimes war, brachte sie mit Versammlungen und Protestmärschen die kritische Öffentlichkeit auf MDB-Seite und ermutigte zu Widerstand.¹¹³ Der Achtungserfolg – mehr als 100 Wahlmänner versagten dem Regime-Kandidaten die Stimme (Veser 1993: 149) – bestätigte nicht nur die *auténticos*, sondern leitete eine aktive Oppositionsrolle der Partei ein.

In diesem Kontext begann auch die um Weffort und de Oliveira erweiterte *Cebrap*-Gründergruppe sich stärker auf der Seite der öffentlichen oder organisierten Opposition zu engagieren. Zum einen schrieben sie ab Ende 1972 regelmäßig in dem oppositionellen Wochenblatt *Opinião*, in dem sie aber nicht nur die Generäle, sondern auch den “anti-imperialismo formal, desligado da prática cotidiana” (Cardoso) der Opposition kritisierten. Zum anderen arbeiteten sie ver-

113 Die *anti-candidatura* stand unter dem vom portugiesischen Dichter Fernando Pessoa und dem brasilianischen Liedermacher Caetano Veloso entliehenen Motto “navegar é preciso, viver não é preciso” (Kinzo 1988: 140).

stärkt mit der oppositionellen Zivilgesellschaft wie der von São Paulos linkem Bischof Evaristo Arns gegründeten *Comissão de Justiça e Paz* (CJP) zusammen. Schließlich knüpften sie erste Kontakte zu den *autênticos* im MDB, auf deren Einladung Cardoso, Giannotti und Singer an Wahlveranstaltungen der *anti-candidatura* teilnahmen.¹¹⁴ Nachdem die *Cebrap*-Köpfe sich in den ersten drei Jahren auf die "interne Akkumulation von Forschungs- und Überlebensstrategien" (*Report from the Cebrap*, 1974: 2) konzentriert hatten, intensivierten sie schon vor offiziellem *distensão*-Beginn das nach außen gerichtete Handeln. Ihre bis dahin primär wissenschaftliche wurde mit einer öffentlich-politischen Rollenbestimmung ergänzt.

2.4 Distensão (1974-78): Opposition und Cedec-Gründung

O importante é abandonar o mito da inviabilidade da participação política e procurar definir as condições de participação mostrando concretamente quais são as alternativas.¹¹⁵

Das brasilianische Militärregime (bis zum Ende von Médicis Amtszeit) ist oft als Paradigma eines bürokratisch-autoritären Regimes bezeichnet worden (O'Donnell 1973). Damit wurde einerseits die technokratische Machtausübung und der überwiegend gemäßigte Grad der Repression, andererseits die dependenztheoretisch unterstellte Affinität zwischen abhängig-assoziiierter Entwicklung und autoritärer Ordnung in den Blick gebracht. Auch in der härtesten Repressionsphase nach dem AI-5 wurden Wahlen und demokratische Rhetorik beibehalten, was der Opposition die eigene Wiederbelebung ermöglichte. Schon 1971 hatte Juan Linz das brasilianische Regime deshalb als eine "authoritarian situation" bezeichnet, welche die Keime der eigenen Auflösung in sich barg. General Ernesto Geisel, mit dessen Wahl zum Staatspräsidenten sich die *sofliner* durchsetzten, kündigte Anfang 1974 eine Lockerung an. Seine Strategie der "langsamen, graduellen und kontrollierten Entspannung" (offiziell: *continuidade sem imobilidade*) beruhte auf der Einsicht, dass das unter die zehn

114 Bei den vom *MDB-autêntico* Pedro Simon organisierten Vorträgen in Porto Alegre zogen die *Cebrap*-Köpfe 2.000 Zuhörer an, während es Planungsminister Delfim Neto am Vorabend auf 500 gebracht hatte (*veja*, 12.10.1994: 45).

115 F. H. Cardoso, "Os mitos da oposição I+II" (*Opinião*, Nr. 16/17, 19.2./4.3.1973).

größten Industrienationen aufgestiegene Land rechtsstaatlicher werden und die "verantwortliche Opposition" größere Partizipationschancen haben müsste (Veser 1993: 163). Ohne Zügel und Zeitplan des Transitionsablaufs aus der Hand zu geben, kam es in den folgenden Jahren zu einem *Stop-and-go* von Zugeständnissen und Kontrolle gegenüber der Opposition, die dabei zunehmend an Stärke gewann. Im Glauben seines sicheren Sieges lockerte das Regime für die Kongresswahlen 1974 die Zensur und erlaubte die Nutzung der Massenmedien. Nach deutlichen Stimmengewinnen des MDB erlangte dieser in beiden Häusern mehr als ein Drittel der Abgeordneten, womit er Verfassungsänderungen blockieren konnte.

Die von oben kontrollierte und zugleich von der Opposition vorangetriebene *distensão* eröffnete dem *Cebrap* neue Handlungsräume, zu denen die Institutsprotagonisten auch selbst entscheidend beitrugen. Angesichts der politischen Umbrüche trat die Forschungsarbeit oft in den Hintergrund, wurden einige *Cebrap*-Köpfe teilweise nebeneinander in der oppositionellen Presse und Zivilgesellschaft wie im MDB-Umfeld aktiv. Mit den Herausgebern der regimekritischen, von Cardosos Jugendfreund (und späterem MDB-Abgeordneten) Fernando Gasparian 1972 gegründeten Wochenzeitung *Opinião*, die sich mit Gastbeiträgen oppositioneller Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler profilieren wollte, waren sie von Anfang an eng verbunden. Während das Blatt bald eine Auflage von 40.000 Exemplaren erreichte und (bei den öffnungswilligen Mittelklassen im Südosten) zum Symbol der gemäßigten Opposition wurde, verschärfte das Regime die Zensur.¹¹⁶ Die permanenten Eingriffe, gegen die schwarz eingefärbten Seiten protestiert wurde, ließen Anzeigenvolumen und Auflage sinken und das Blatt im April 1977 aufgeben.

Mit knapp 40% der sozialwissenschaftlichen Gastbeiträge (Tavares de Almeida 1992) nahmen die *Cebrap*-Köpfe von Beginn an eine herausgehobene Stellung in *Opinião* ein. Nachdem den ersten Artikeln von Cardoso, de Oliveira und Singer 1972 wurden bald auch die publizistisch noch weniger prominenten Weffort, Giannotti und Moisés aktiv. In einer Art Arbeitsteilung widmeten sich Soziologen und Poli-

116 Insgesamt wurden 45% des geplanten Textumfangs gestrichen; ab Ausgabe Nr. 5 saß ein Zensor in der mehrmals vom Militär durchsuchten Redaktion; Gasparian wurde wiederholt nach Brasília zitiert (Dillon Soares 1989: 30).

tikwissenschaftler der Analyse und Kritik der Transition, die Ökonomen der Wirtschaftsentwicklung. Die politischen Kommentare schlugen gegenüber dem Öffnungsbeginn zwei große Argumentationslinien ein. Zum einen klagten sie kontinuierlich das wegen der Diskrepanz zwischen demokratischem Diskurs und autoritärer Herrschaftspraxis einer "Sphinx" (Cardoso, Nr. 9, 1.1.1973) ähnelnde Militärregime an.¹¹⁷ Zum anderen beleuchteten sie die Entwicklung im MDB und forderten vom größten Oppositionsakteur eine konstruktiv-konfliktiv-orientierte Strategie, die fundamentalistischem Widerstand sowie vorschnellen überzogenen Erwartungen – "as tentações da uva verde" (Cardoso) – widerstehen sollte.¹¹⁸ Mit neuen akteursorientierten Termini trugen sie zugleich dazu bei, den lange ökonomistischen Diskurs der Linken aufzubrechen und auch den Wandel auf der Regime-Seite begreifbar zu machen. Richtete sich die Forderung nach Dialog und Demokratie immer auch an die eigenen Bundesgenossen, baute ihre abwägende Haltung zugleich Brücken zu den Regime-Reformern. Insgesamt machte das *Opinião*-Engagement die *paulistas* als Experten der Öffnungsdebatte landesweit bekannt; inhaltlich und chronologisch war es der Beginn des öffentlichen Handelns und ein erster Schritt in Richtung Politik. Der Erfolg ließ sie bald in die kommerzielle Presse überwechseln und andere Handlungsfelder beschreiten.

Nachdem der MDB aus der *anti-candidatura* gestärkt hervorgegangen war, wollte Guimarães das oppositionelle Profil weiter schärfen und bat das *Cebrap*, das MDB-Programm für die Kongresswahlen

117 Vgl. F. H. Cardoso, "Uma 'austera, apagada e vil tristeza'" (Nr. 4, 27.11.1971); "A esfinge fantasiada" (Nr. 9, 1.1.1973); "O papel dos novos governadores" (Nr. 86, 1.7.1974); "O presidente e os partidos" (Nr. 96, 9.9.1974); "As eleições e a propaganda" (Nr. 168; 11.6.1976); F. Weffort, "A democracia e 'a questão social'" (Nr. 94, 26.8.1974); J. A. Moisés, "Democracia e convenções partidárias" (Nr. 132, 16.5.1975); "A democracia dos tolos" (Nr. 142, 25.7.1975).

118 Zur Oppositionskritik vgl. F. H. Cardoso, "As concessões temerárias" (Nr. 13, 29.2.1973); "MDB no poder?" (Nr. 120, 21.2.1975); F. Weffort, "Elites e massa" (Nr. 14, 5.2.1973); "O impasse da oposição" (Nr. 125, 28.3.1975); "Velhos desafios ao novo MDB" (Nr. 128, 18.4.1975); zur November-Wahl F. H. Cardoso, "Um ponto sem retorno (as tentações da uva verde)" (Nr. 109, 6.12. 1974); F. Weffort, "O 15 de novembro, antes e depois" (Nr. 110, 20.12.1974); J. Guilhon Albuquerque/J. A. Moisés, "1974, a avalanche de votos de protesto" (Nr. 111, 27.12.1974).

Ende 1974 zu aktualisieren.¹¹⁹ War das Institut zu parteipolitischer Neutralität verpflichtet, nahmen einige Köpfe – neben den Kontaktmännern Cardoso, Singer und de Oliveira noch Weffort, Moisés und Werneck Vianna – das Angebot zunächst individuell an (Kinzo 1988: 148). Sie führten die in *Opinião* begonnene Kritik weiter und schrieben dem MDB gleich einem *aggiornamento*, anknüpfend an die Forderung nach ökonomischer Umverteilung und politischer Demokratisierung, die Rechte von Arbeitern, Frauen und Minderheiten auf die Fahnen. Mit Betonung der in den Parteigrundsätzen eingelassenen Konfliktpotentiale wollten sie aus der konformistischen eine profilierte Oppositionspartei machen.¹²⁰ Für Arbeiter (die gegen die Unterdrückung der Gewerkschaften angingen) wie kritische Mittelklassen (die einen faktischen Rechtsstaat forderten) bot der MDB nun ein klares Gegenmodell zur ARENA, bewahrte aber eine gewaltlose Öffnungsstrategie. Das als Postwurf millionenfach verteilte neue Wahlprogramm konnte viele (zuvor abstinente) Arbeiter- und Mittelschichtwähler zur Stimmabgabe für den MDB bewegen.

Auf Anraten der *Cebrap*-Köpfe nutzte der MDB die neuen Entfaltungsmöglichkeiten – das Regime hatte für die Kongresswahlen die Nutzung von Radio und Fernsehen erlaubt – auch dazu, seine Wahlwerbung zu didaktisieren. MDB-Kandidaten stellten nun weniger ihre persönlichen Meriten als die Regimekritik in den Mittelpunkt, Schaubilder erklärten ökonomische und politische Fehlentwicklungen, zu denen auch “kleine Leute” wie Taxifahrer oder Bauarbeiter zu Wort kamen. Die überdurchschnittlichen MDB-Zuwächse im Süden und Südosten schienen zu bestätigen, dass die *Cebrap*-Intervention eine “Brücke zwischen den MDB-Führern und den urbanen Unter- und

119 Während Cardoso die *Opinião*-Artikel als Auslöser sah (“Guimarães [...] called Paul Singer [...] because the MDB leaders had read both his and my articles in *Opinião*” (zit. n. Kinzo 1988: 147)), betonte Giannotti die Vorarbeit durch die MDB-Vorträge (lt. Leoni 1997: 133). Cardoso sprach von wenigen Mitstreitern (“estavam o Paul [Singer], o Chico [de Oliveira], o Weffort e eu. Acredito que mais tarde também o Werneck [Vianna], a Maria Hermínia [Tavares de Almeida] [...], o pessoal do *Opinião* que era o Moisés, o Augusto [Guilhon de Albuquerque]”) (zit. n. Coelho 1996: 87), andere – u.a. seine Frau Ruth – erwähnen die Mitarbeit aller Institutsmitglieder (Leoni 1997: 134).

120 Den Quellen nach fügten sie – entgegen Leoni (1996: 134) – die Kritik aber nicht hinzu: “I must say that we did not invent these ideas, we did not introduce them to the MDB. In fact, they were already in the MDB programme. We just developed them and put more emphasis” (F. H. Cardoso, zit. n. Kinzo 1988: 148).

Arbeiterschichten" (J. A. Moisés) gebaut hatte. Nicht nur die MDB-*autênticos*, auch die Intellektuellen selbst wurden sich nun ihrer Schrittmacherdienste bewusst. Ausgehend vom Erfolg der Kampagne festigten sich die Beziehungen zwischen *Cebrap*-Umkreis und MDB, der (trotz anhaltend autoritärer Strukturen) zunehmend als ein Arm der *frente de oposições* fungierte und wie der *Cebrap* selbst Akteure aus Politik und Zivilgesellschaft zusammenbrachte. Dabei intensivierte sich der Gedankenaustausch insbesondere zwischen Cardoso und dem zunehmend als politischen Mentor fungierenden Guimarães.

Zur Dekadenmitte kam über die Wahlurnen hinaus auch in der Zivilgesellschaft Bewegung auf. Gegenüber den Regime-*hardlinern* – die mit Bomben, Verhaftungen und Folter die Opposition einschüchtern wollten und Ende 1975 den Fernsehjournalisten Vladimir Herzog, Anfang 1976 der Metallarbeiter Manoel Filho ermordeten – gingen die Elite-Organisationen gemeinsam auf die Straße. Mit der zunehmend regimekritischen Bischofskonferenz *Conferência Nacional de Bispos Brasileiros* (CNBB) stand das *Cebrap* seit den frühen Religionsanalysen in Kontakt (RdA 1971: 15-18), engste Beziehungen hatte es zu der *Comissão de Justiça e Paz* (CJP), die von São Paulos befreiungstheologischem Bischof Paulo Evaristo Arns 1972 eingerichtet worden war. Schon während der harten Repression hatte das aus Anwälten, Gewerkschaftlern und Klerikalen bestehende Komitee begonnen, Menschenrechtsverletzungen anzuklagen sowie Opfern und Hinterbliebenen Beistand zu leisten (*Isto é*, 12.8.1992).¹²¹ Über die persönlichen Kontakte hinaus erstellte das *Cebrap* 1973/74 im CJP-Auftrag die Studie "São Paulo, Crescimento e Pobreza", die die ökonomische Marginalisierung der Unterschichten im Großraum dokumentierte und dank der bald 300.000 verkauften Exemplare (Leoni 1997: 117) dem *Cebrap* große Öffentlichkeitswirkung bescherte. Auch zu großen berufständischen Vereinigungen wie *Ordem de Advogados Brasileiros* (OAB) und der Pressevereinigung *Associação Brasileira de Imprensa* (ABI), die beide nach dem AI-5 zur Opposition überwechselten, intensivierten sich die Beziehungen. Die Ermordung des für den kritischen Sender *TV Cultura* tätigen Journalisten Herzog

121 Die Zusammenarbeit beruhte teils auf Chile-Kontakten: CJP-Mitglieder waren *Cebrap*-Gründer Ferreira und *Cedec*-Gründerin M. V. Benevides, zeitweiliger CJP-Vorsitzender war Cardosos Exilgefährte José Gregori, der 1996 zum Staatssekretär für Menschenrechte und 1998 zum Justizminister berufen wurde.

verschärfte den Protest und machte die christlich-jüdische Totenmesse zum Symbol gewaltfreien Widerstands.

Ab Mitte der 1970er Jahre bündelte v.a. die nationale Wissenschaftlervereinigung *Sociedade Brasileira para el Progreso da Ciência* (SBPC) das Engagement der *Cebrap*-Köpfe. Der traditionell von Naturwissenschaftlern beherrschte Verband war wegen der großtechnologischen Entwicklungspolitik dem Regime lange wohlgesonnen gewesen, kritisierte nun aber das deutsch-brasilianische Atomabkommen und die zunehmend importorientierte Technologiepolitik. Als der Verband sich für Geistes- und Sozialwissenschaftler öffnete (Fernandes 1990: 36), wurden auch die *paulistas* regelmäßige Teilnehmer der Jahreskongresse, die ab 1976 – mit der Forderung nach Amnestie und Ende von AI-5 – explizit politischen Protest zu artikulieren begannen (Veja, 21.7.76).¹²² Mit ihrem zunehmend öffentlichen oppositionellen Engagement gerieten die *Cebrap*-Köpfe auch in die Schusslinie der *hardliner*. Parallel zu den Verhaftungen von kritischen Journalisten wurden auch Institutsprotagonisten – von denen de Oliveira, Brandt und Singer bereits 1971 inhaftiert gewesen waren – von der Militärpolizei in São Paulo verhört. Nachdem 1975 ABI- und OAB-Repräsentanten ermordet wurden, detonierte im Juli 1976 eine Bombe in der leeren *Cebrap*-Bibliothek. Im Juni 1977 wurde der *Cebrap* von zivilen *hardlinern* in der Presse angegriffen,¹²³ aber von Kollegen in Universität, Instituten und Berufsverbänden verteidigt. Inmitten dieser Turbulenzen setzten die Institutsprotagonisten ihre akademische Karriere fort – besonders Cardoso, der 1975/77 in Harvard und Princeton und 1976 in Cambridge lehrte (Leoni 1997: 136f.).

Die *distensão* war im *Cebrap* eine Phase inhaltlich-organisatorischer Neuorientierung. Mit der Wiederbelebung der Opposition in der Forschungsagenda erlangten die politischen Aspekte der Öffnung –

122 In den 1970er Jahren stieg die Zahl der SBPC-Mitglieder von 5.000 auf 17.000 (1982), die der eingeschriebenen Teilnehmer an den Jahreskongressen von 1.200 (1970) auf 3.000 (1976), bevor sie mit studentischem Publikum weiter wuchs (Pécaut 1989: 257). Im Bewusstsein der Bedeutung des 1976er-Kongresses betonte Cardoso schon im Vorfeld die Befreiung der SBPC von autoritären Tutelen (*“A SBPC e a responsabilidade dos cientistas”*, *Opinião*, 7.7.1976).

123 Speerspitze war der stellvertretende ARENA-Vorsitzende in der *Câmara* (FSP, 26. und 28.6.1977); zur Erwiderung vgl. *“Professores da USP defendem o Cebrap”* (FSP, 28.6.1977), *“Sociólogos solidários”* (FSP, 29.6.1977).

wie Wahl- und Parteiaspekte – größere Aufmerksamkeit.¹²⁴ Die von Cardoso und Lamounier geleitete empirische Analyse der Kongresswahlen 1974 versuchte zugleich, Handlungsperspektiven für den MDB zu entwickeln. Obwohl der *Cebrap* den Förderkreis erweitern konnte, musste aufgrund der Finanzprobleme 1976 erstmals wissenschaftliches und technisches Personal entlassen werden (RdA 1977). Nachdem 1973 mit Ianni der erste Gründer wegen Differenzen mit Cardoso das Institut verlassen hatte, gingen im Mai 1976 Weffort und einige Nachwuchskräfte (wie Lúcio Kowarick, Regis Andrade und José A. Moisés), um zusammen mit den USP-Köpfen Marilena Chauí und Paulo Sérgio Pinheiro den *Centro de Estudos de Cultura Contemporânea (Cedec)* zu gründen. Das neue Institut orientierte sich in Organisations- und Finanzierungsstruktur am *Cebrap*, betonte aber einen stärker emanzipatorisch-partizipativen Demokratiebegriff, mit dem es sich als Partner oppositioneller Basisbewegungen sah; seine Forschungsagenda beruhte auf einer “visão crítica do tipo de economia, do estado e da cultura que nos foi legado pelo passado mais recente” (*Conselho Diretor*, Jan. 1977).

Die *Cedec*-Gründung ist meist organisatorisch begründet worden: Angesichts der großen Verwaltungs- und Personalkosten im *Cebrap* (RdA 1977: 4) sollte mit dem *Cedec*, in dem viele *Cebrap*-Mitglieder formal Gründungsmitglieder waren,¹²⁵ gleich einer Zellteilung neue Mittel erschlossen und ein zusätzliches Standbein errichtet werden. Die Mitwirkung vieler *Cebrap*-Mitglieder oder Freunde im *Cedec* (und auch Giannottis und Cardosos Fürsprache bei den Förderagenturen) bestätigt diese Sicht, doch zur Abspaltung trugen auch Interessensdivergenzen auf inhaltlicher und generationaler Ebene bei. Stärker als der *Cebrap* – in dem Cardoso die Möglichkeit “abhängig-assoziierter Entwicklung” verteidigte – betonte daer *Cedec* anti-imperialistische Haltungen; anders als der tendenziell geistesaristokratische und auf sozioökonomische Modernisierung abhebende *Cebrap* betonte er

124 Bei den Kongresswahlen 1974 führte der *Cebrap* eine von Cardoso und Lamounier betreute Wahlanalyse durch und zeigte Handlungsperspektiven für den MDB auf (vgl. den Sammelband *Partidos e Eleições* bzw. den Bericht von J. A. Moisés und J. G. de Albuquerque in *Opinião*, Nr. 142, 25.7.1975).

125 Die *Cedec*-Gründungsakte lehnte sich an die des *Cebrap* an. Von den 145 Unterzeichnern – u.a. Cardoso, Giannotti, Ianni, de Oliveira, Martins, Brandão, Werneck Vianna und Faria sowie F. Fernandes und F. Gasparian – stammten ca. ein Drittel aus dem *Cebrap*-Umkreis (*Cedec, Ata de Fundação*, 12.5.1976).

partizipative Forschungsideale mit weitreichenden Demokratieidealen, sah sich als Zivilgesellschaft von unten und stellte genuin politische Themen (Menschenrechte, Unterschichtpartizipation, institutionelle Reformen) in den Mittelpunkt.¹²⁶ Auch generationsbedingte Konflikte und Interessen waren von Bedeutung. Für den damals knapp 40-jährigen Weffort und die gut 30-jährigen Schüler bot die Gründung eines eigenen Instituts neue Aufstiegs- und Selbstverwirklichungschancen. Während sie im *Cebrap* zu den historischen Gründern in einem unaufhebbaren Schüler-Status gestanden hatten, konnten sie im *Cedec* ihr eigener Herr sein und einen eigenen Schülerkreis aufbauen.¹²⁷

Diese institutionelle Pluralisierung vollzog sich in einem Öffnungskontext, dessen Dynamik trotz Kontrollversuchen des Regimes zunehmend von der Opposition mitbestimmt wurde. Nach den Kommunalwahlen 1976, bei denen der MDB trotz Behinderungen durch die *Lei Falcão* in 59 der 100 größten Städte den Bürgermeister stellte, versuchte das Regime mit der Schließung des Kongresses und weiteren Beschränkungen die Oberhand zu behalten. Die 1977 erlassenen Verfahrensbeschränkungen des so genannten *pacote de abril* – Benachteiligung der bevölkerungsreichsten Staaten, Verbot der Mediennutzung – erschütterte die Glaubwürdigkeit des Regimes und gab der Opposition neue Profilierungschancen. Die von den Mittelschichten unterstützten zivilgesellschaftlichen Berufsverbände erhöhten den Protest (in den nun auch die Unternehmerverbände einstimmten) und wurden zunehmend als Verhandlungspartner anerkannt – konkret in den Treffen zwischen Geisel, Justizminister Portella und Führern von MDB, OAB, ABI und CNBB, die vom Regime als Versuch der Schadensbegrenzung initiiert worden waren, vom *Cedec* aber als Unterhöhlung der Opposition kritisiert (Moisés 1986). In diesem vielschichtigen Kontext wurde jedes Wirken der *Cebrap*- und *Cedec*-Köpfe immer politischer.

126 Das unterstreichen die frühen Symposien zu “A cultura do povo”, “Relações de trabalho e movimentos sociais”, “Democracia e participação popular” (RdA 1977: 2). Das Forschungsprojekt “Direito, cidadania e participação”, das in ein (mit dem *Cebrap* organisiertes) Seminar mündete und ein Gradmesser der Leistungsfähigkeit war (M.V. Benevides), wurde in dem von Weffort, Lamounier und Benevides edierten Sammelband publiziert.

127 Das galt v.a. für Weffort, der als *Cebrap*-Gründer nach seiner Abwesenheit Ende der 1960er Jahre lose angebunden blieb. Da am *Cebrap* für seine Ambitionen kein Platz war, begann er an der USP einen eigenen Schülerkreis aufzubauen.

Das Engagement im SBPC knüpfte an die Politisierung der vorherigen Kongresse an. Nach Streichung der Zuschüsse für die in Recife geplante Jahresversammlung 1977 beschloss der Verband, diese unter dem Motto “Estado, Ciência e Poder” in eigener Regie in São Paulo durchzuführen. Während Sammelaktionen und Gratiskonzerte zur Finanzierung beitrugen, stellte Erzbischof Arns den Campus der katholischen Universität (PUC) zur Verfügung. Die Sozialwissenschaftler hielten ca. 50 der 2.700 Vorträge, übten wegen ihrer brisanten Themen aber, wie auch die von *Cebrap*- und *Cedec*-Köpfen organisierten “runden Tische”, große Anziehungskraft aus.¹²⁸ Die Versammlung, unter deren 5.000 Teilnehmer sich Hunderte von Studenten befanden, forderte erneut ein Ende des AI-5, verzichtete aber dank des von den *paulistas* de Oliveira, Weffort und Moisés verfassten Kompromisses auf Maximalforderungen (*Isto é*, 20. und 27.7.1977). Insgesamt wurde der Kongress, der angesichts geknebelter Alternativpresse und aufgelöstem Parlament als eines der wenigen verbliebenen freien Foren fungierte, zu einer großen Anti-Regime-Demonstration, die Organisationsstärke und zivilgesellschaftliche Bündnispolitik bewies (Fernandes 1990). Auch dank der ausführlichen Berichte der regimekritischen Medien wurde in der Öffentlichkeit das Bild einer über die Demokratisierung wachenden Gegenelite verankert, zu deren Protagonisten auch die *paulistas* gehörten.¹²⁹

Die Zusammenarbeit zwischen Institutsprotagonisten und MDB verstärkte sich im Vorfeld der Kongresswahlen 1978, bei denen die Partei wieder von den Medien ferngehalten wurde und gezwungen war, auf die Zivilgesellschaft zuzugehen. Als die *paulistas* beschlossen, mit einem eigenen intellektuellen Kandidaten auf der *MDB-sublegenda* – mit der jede Partei bis zu drei Kandidaten pro Wahlkreis aufstellen durfte – anzutreten, war Cardoso dank seiner öffentlichen Prominenz und engen Beziehungen zu Guimarães die natürliche Wahl

128 Vom *Cebrap* organisierte Giannotti eine *mesa redonda* zu “Ciência e Poder”, de Oliveira eine zu “Estado e Economia” (in *Ensaio de Opinião*, Nr. 5, 1977); die *Cedec*-Mitglieder richteten drei *mesas redondas* aus, davon Weffort über “Estado e sociedade civil” (*Cedec*, RdA 1977: 4). 1978 organisierte Cardoso eine *mesa* zu “Perspectivas da democracia na América Latina” (Pécaut 1989: 259).

129 Über das Jahrestreffen 1976 berichtete die Qualitätspresse auf ca. 100 Seiten, über das von 1977 auf ca. 250 Seiten (Fernandes 1990: 185). In *Isto é* schrieb mit *Cedec*-Mitbegründer Paulo S. Pinheiro ein Soziologe und expliziter Verbündeter.

(Cardoso 1978: 50).¹³⁰ Der nunmehr dem MDB beitreten-
de *Cebrap*-Präsident verkörperte eine mehrfache “vontade de dissidência e rebel-
dia”: Zum einen wollte er als Quereinsteiger seine Partei für neue
Generationen und Schichten (Lohnarbeiter, Studenten und Minderhei-
ten) öffnen, zum anderen musste er seine Kandidatur vor Gericht
erstreiten (JB, 6.9.1978), schließlich hatte er hinter dem Hauptkandi-
daten Franco Montoro kaum Aussicht auf Sieg. Seine mit *Cebrap* und
Opinião-Kollegen entworfene und “Democracia para mudar” (DPM)
betitelte Wahlkampagne (Cardoso 1978) verstand sich als ein auf den
Wahlkundgebungen weiterzuentwickelndes “instrumento de debate”.
Ähnlich wie bei der MDB-Programmhilfe von 1974 machte er sich für
eine “democracia para valer”, ebd.: 14) bzw. “soziale Konfliktdemo-
kratie mit Interessenvielfalt und ökonomisch-materieller Gleichheit”
stark (ebd. 19-23) – die Schrift war in Cardosos ideologischer Ent-
wicklung das letzte Dokument eines linken “reformismo socialista”.
Als eine Art Sammelkandidatur wurde er auch im Kielwasser der Mo-
bilisierung für den SBPC-Kongress 1977 von einer breiten Opposi-
tionsfront unterstützt, die neben OAB, ABI und SBPC auch promi-
nente Künstler und Liedermacher umfasste (JB, 6.8.1978). Wichtige Un-
terstützung leisteten auch der *novo sindicalismo*, zu dem Cardoso die
Beziehungen gepflegt und dessen Anwalt er zum eigenen Listenver-
treter gemacht machte. Cardoso verfehlte den Senatseinzug, erreichte
mit ca. 1,3 Mio. Stimmen aber mehr als der ARENA-Kandidat und
wurde als Montoros Vertreter in den späten 1970er Jahren zum Treff-
punkt der progressiven MDB-Sektoren – ohne die Opposition verlas-
sen zu müssen, öffneten sich ihm die Türen zur Politik.

Zusammenfassend stellte die späte *distensão* bei den *paulistas*
verschiedene Weichen für den Übergang von kritischer Wissenschaft
zu gesellschaftlichem Engagement. Da trotz *hardliner*-Protest der
Dialog mit der Opposition begonnen hatte, konnte diese das *Stop-and-
go* sowie die anhaltenden Behinderungen zum eigenen Vorteil um-
münzen (Alves 1985: 171). Das Zugangsverbot zu den Medien und

130 Vgl. die Cardoso-Interviews “Democracia, simplesmente” (*Isto é*, 3.8.1977) und
“Sociólogo afirma que democracia não traz o caos” (JB, 11.9.1977), sowie der
Überblick “Os intelectuais saem nas ruas” (*Isto é*, 7.12.1977). “Tenho uma visão
mais modesta da função do intelectual. O que ele pode fazer é articular o debate,
fazer alforar tudo aquele o que está na sociedade. Se tiver uma vocação realmente
democrática, não vai manipular” (1978: 26).

die zur Integration der ARENA-Wähler eingerichtete *sublegenda*-Regel (Veser 1993: 184) ließen den MDB weiter Brücken zur Zivilgesellschaft schlagen. Mit ihrem kollektiven Engagement an mehreren Fronten bildeten die *paulistas* einen gemäßigt verantwortungsvollen “parti des intellectuels” (Pécaut 1989: 262), der in der aufgeklärten Öffentlichkeit, den Organisationen der Zivilgesellschaft sowie den oppositionellen MDB-Zirkeln agierte. Sah sich der *Cebrap* im Gleichgewicht zwischen wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlich-politischer Arbeit, blieb auch die institutionelle Ausdifferenzierung der *paulistas* in diesen “années charnières” (Leoni 1996: 119) noch ohne tiefere Folgen: In Presse, Berufsverbänden und MDB arbeiteten *Cebrap*- und *Cedec*-Köpfe weiter gegen den gemeinsamen Gegner zusammen. Erst Cardosos Aufstieg und die Parteienreform sollte den Spaltpilz keimen lassen.

2.5 *Abertura* (1979-84): Pluralisierung und Seitenwechsel

A ruptura há de ser conseguida utilizando a tática oposta à do governo: ao invés de fazer o jogo escondido, há de abri-lo ao sol claro da opinião pública (Cardoso 1979: 87).

A situação é péssima, excelente para fazer uma revista (Schwarz 1981: 3).

Als Geisels Nachfolger versprach Präsident General Figueiredo (1979-1984), die *distensão* zu einer tiefergehenden *abertura gradual, lenta e segura* auszubauen und den Rechtsstaat wiederherzustellen. Mit der Aufhebung der Pressezensur und des AI-5 war ein Amnestiegesetz verbunden, das neben den Verfolgten auch viele Verfolger umfasste (Alves 1985: 211). Mit den Rückkehrern konnten auch die *paulistas* einige Lücken schließen.¹³¹ In der späten *distensão* hatten die *Cebrap*- und *Cedec*-Köpfe entscheidend dazu beigetragen, die *frente de oposições* im Bewusstsein ihrer Mitglieder wie der Öffentlichkeit zu einen und eine trotz Differenzen punktuell schlagkräftige Handlungseinheit zu formen (Keck 1992: 54). Wohl wissend, dass die eigene Stärke nicht zuletzt den kontrollierten Artikulationsmöglichkei-

131 Neben linkspopulistischen Politikern – wie Leonel Brizola oder Darcy Ribeiro – kehrten im *Cebrap*-Umfeld das ex-SdM-Mitglied Roberto Schwarz sowie der im *Cedec* der aktive Historiker Marco A. Garcia (*1941) zurück.

ten geschuldet war, sollte die politische Dynamik der *abertura*, die neben dem Erstarken der Zivilgesellschaft von Parteienreform und ersten freien Wahlen geprägt war, das Engagement der *paulistas* weiter ausdifferenzieren.

Auf Basisebene stärkten die von Arbeiter- und Landpastoralen initiierten vielen *Comunidades Eclesiais de Base* (CEB) die Kritik an der autoritären Entwicklung. Der "novo sindicalismo" entstand 1977 in der "ABCD"-Region, der industriellen Herzkammer Brasiliens, als Protest gegen Einkommens- und Partizipationsdefizite der Arbeiter (Alves 1985: 191).¹³² Als autonome Interessenorganisation forderte er das vom *Estado Novo* übernommene staatliche lohnpolitische Gestaltungsmonopol heraus und machte den charismatischen Metaller Luis Inácio (Lula) da Silva zu einem politischen Zugpferd, dessen Popularität durch seine kurzfristige Verhaftung 1978 noch zunahm. 1979 streikten, von den *Cedec*-Gründern Moisés und Weffort öffentlich unterstützt,¹³³ mehr als 3 Millionen Beschäftigte in 23 Bundesstaaten, was die materiellen Forderungen politisch auflud. Angesichts der im Jahr darauf brutalen Unterdrückung der Streiks stellte sich die Frage einer politischen Interessenvertretung der Arbeiter immer dringlicher.

In der nun immer freieren Öffentlichkeit nahmen die *Cebrap*- und *Cedec*-Protagonisten nun in der gemäßigt regimekritischen Qualitätspresse – v.a. in *Folha de São Paulo* (FSP), *Jornal do Brasil* (JB) und dem 1976 gegründeten Wochenmagazin *Isto é* – zum Transitionsprozess Stellung. Aber auch die Institute begannen mit der Herausgabe eigener Zeitschriften eine an die *Revista*-Blüte der 1960er Jahre anknüpfende publizistische Offensive. Im *Cedec* erschienen ab 1978 die für die politische Öffentlichkeit konzipierten *Revista de Cultura Contemporânea* und *Revista de Cultura Política*,¹³⁴ in denen die bröckeln-

132 Die ABCD-Region umfasst die Städte Santo André, São Bernardo do Campo, São Catano und Diadema, die v.a. durch ihre metallverarbeitende Industrie ca. die Hälfte der verarbeitenden Industrieproduktion Brasiliens erbrachte.

133 Vgl. "Weffort defende participação dos trabalhadores" (FSP, 1.6.1977); F. Weffort, "Democracia e movimento operário" (RCC, Nr. 1, Juli 1978); "Chega de autoritarismo" (*Isto é*, 21.2.1979); "Entrevista" (*Boletim IERJ*, April 1979); bzw. J. A. Moisés, "Por um novo pacto que inclua os trabalhadores" (*Movimento*, Aug. 1977); "As lições da greve" (*Isto é*, 28.3.1979) sowie M. Chauí, "Ainda a questão da democracia" (*Isto é*, 21.11.1979).

134 Der *Cedec* brachte Juli 1978 und Januar 1979 zwei Nummern der *Revista de Cultura Contemporânea* (RCC) heraus, war aufgrund juristischer Probleme aber

de *frente de oposições* zunehmend kontrovers diskutierte. Der *Cebrap* gab Ende 1981 die erste Nummer der Zeitschrift *Novos Estudos* (NE) heraus, die *Estudos Cebrap* ablöste. Der zurückgekehrte SdM-Gründer Schwarz beschwor im Eröffnungsgedortorial die öffentliche Verantwortung der Intellektuellen und versprach eine “produção intelectual desejosa da participação” (Schwarz 1981)¹³⁵ – tatsächlich sollte NE oft pointiert die politische Konjunktur kommentieren.

Der Kern von Figueiredos Öffnungsstrategie war ein dekretiertes Mehrparteiensystem, das Ende 1979 die Rückkehr zum Pluralismus einleitete. Mit den von oben dekretierten Gründungsregeln wollte das Regime neue Bündnispartner gewinnen, während die Opposition sich aufspalten sollte (Veser 1993: 193).¹³⁶ Als regimetreue Parteien entstanden der (ARENA-Nachfolger) *Partido Democrático Social* (PDS) und der rechtspopulistische *Partido Trabalhista Brasileiro* (PTB), der sich vor dem Wahlgericht den Namen von Vargas’ alter Partei erstritt. Auf Oppositionsseite wurde der MDB zum PMDB (*Partido do Movimento Democrático Brasileiro*); daneben entstanden der konservative *Partido Popular* (PP), der linkspopulistische *Partido Democrático Trabalhista* (PDT) um den Exil-Rückkehrer Brizola, und – als einzige der “neuen” Parteien “von unten” – der *Partido dos Trabalhadores* (PT), der von *novo sindicalismo*, CEBs und vielen Linksinellektuellen getragen wurde (Keck 1992: 67ff.). Schon im Vorfeld hatten die *paulistas* diskutiert, welche Partei am besten die Demokratisierung vorantreiben und die Interessen der Arbeiterschichten vertreten würde (Cardoso 1979; Moisés 1986 [1977/79]: 37-61). Bei den formellen

zu einer Namensänderung in *Revista de Cultura y Política* (RCP) gezwungen, die von August 1979 bis Juli 1982 in insgesamt acht Ausgaben erschien.

135 NE war als semi-unabhängiges “Unternehmen” des *Cebrap* konzipiert – im *conselho editorial* waren von den Gründern nur Giannotti, Brandão Lopes und de Oliveira, von den Jüngeren Brant und Pierucci. Bis 1987 verfassten die *Cebrap*-Gründer aber regelmäßig ein aktuelles *editorial*: P. Singer, “Universidade qual crise?” (Nr. 2, April 1982); F. H. Cardoso, “As eleições e o resto” (Nr. 4, Nov. 1982); “Quatro crises” (Nr. 7, Nov. 1983); F. de Oliveira, “Democratização ou bestialização” (Nr. 8, April 1984); “Porquê as greves as dobram?” (Nr. 12, Juni 1985); J. A. Giannotti, “Democracia em obras” (Nr. 11, Jan. 1985); “Populismo revisitado” (Nr. 13, Okt. 1985).

136 Die neuen Parteien mussten *partido* im Namen führen und zur dauerhaften Zulassung entweder 10% der Senats- oder Kongressabgeordneten vereinen, innerhalb eines Jahres in neun Bundesstaaten 5% der Wählerstimmen erlangen oder in mindestens 20% der Bundesstaaten lokale Direktorien wählen (Veser 1993: 188).

und informellen Treffen zwischen MDB-*autênticos* und *novo sindicalismo*-Vertretern fungierten die *paulistas* oft als Vermittler (Keck 1992: 67ff.), bevor sich zwei Positionen herauskristallisierten. Während die einen für einen um Arbeiter- und Mittelschichten erweiterten MDB eintraten, konnte für die anderen nur eine mit *novo sindicalismo* und Basisgemeinden verbundene Partei Unterschichtinteressen vertreten. Die Trennlinie verlief nicht parallel, aber ähnlich zur institutionellen Spaltung. Während im *Cebrap* neben PT-Gründern wie Singer und de Oliveira viele PMDB-Aktivisten waren, sympathisierten Gründer und Mitglieder des *Cedec* meist mit dem PT und nahmen an seinen Gründungsversammlungen Ende 1979 teil.

Besonders klar veranschaulichte *Cebrap*-Präsident Cardoso den Sinneswandel einiger PMDB-treuer *paulistas*: Nachdem er als Senatskandidat enge Bande zum *novo sindicalismo* gepflegt und einen “partido popular e de reformas, com o apoio dos assalariados” gefordert hatte, argumentierte er nun aus drei Gründen gegen den PT: Einerseits würde die Spaltung der Mitte-Links-Kräfte die Opposition schwächen, andererseits fehlten die historische und sozioökonomische Basis für eine klassengebundene Arbeiterpartei, schließlich reiften im MDB die Keime einer neuen Partei. Damit blieb Cardoso trotz oftmaliger Kritik an den Mittel- und Oberschichten seiner Ursprungsklasse treu. Die PT-Mitgründer Moisés und Weffort dagegen versuchten, die neue Arbeiterpartei in der Öffentlichkeit als “grande partido de massas, capaz de propor a democracia pela questão social” (Moisés 1986 [1978]: 55) zu legitimieren. Nach Ende der Sammelfunktion des MDB könne nur eine auf Arbeiterbasis von unten entstandene Organisation die Tradition der rechten oder linken Honoratiorenparteien und die konservativen Spielregeln der Transition brechen. Während PMDB-Anhänger die Eliten und Mittelschichten – oft in Form von Staat und Bürokratie – als wichtigste Demokratisierungskraft ansahen,¹³⁷ hielten die PT-Denker am Bruch mit der elitären Politiktradition und an einer basisorientierten Wende fest und ließen allein zwischen den Zeilen unterschiedliche Akzente erkennen. Die von Cardoso kritisierten “sozialistischen Utopien” wurde von Chauf, Moisés und (noch) Weffort

137 Zu Cardoso vgl. neben den Interviews in *Isto é* (3.8.1977) und JB (11.9.1977), auch den Artikel “Sociólogo acusa oposições e afirma que Brasil pode chegar à ordem burguesa” (JB, 19.10.1979); zu den *Cedec*-Köpfen die Diskussionen “Socialismo e democracia” (*Isto é*, 17.8.1979; RCC, Nr. 2, 1979).

verteidigt, dessen Kritik an einer ausschließlich basisorientierten Partei (Keck 1992: 57) bereits die spätere Entfremdung ankündigte.

Obwohl mit Redemokratisierung der öffentlichen Universitäten einige *Cebrap*-Gründer wieder an ihre Alma Mater zurückkehrten und der Wettbewerb um die Mittel wuchs, konnten sich beide Institute konsolidieren. Während der *Cebrap* institutionelle Kontakte und Finanzierungsquellen erweitern und in größere Räumlichkeiten umziehen konnte sowie seine Forschungsagenda parallel zur politischen Dynamik für die Zivilgesellschaft öffnete (Brant/Singer 1980), verdreifachten sich auch im *Cedec* bis 1986 Budget und Personalbestand.¹³⁸ Sein emanzipatorisches Wissenschaftsverständnis und die auf “*cidadania e participação social*” (RdA 1983: 2) zentrierte Forschungsagenda fielen in der *abertura* auf fruchtbaren Boden.

Figueiredo reagierte 1980 mit Härte auf die Streiks des *novo sindicalismo*, doch nach wiederholten Anschlägen gegen die Opposition und Aufdeckung des parallelen Machtzentrums setzten sich Gemäßigte aus Parteien und Zivilgesellschaft mit den Regime-Vertretern an einen Tisch, um den Öffnungsprozess zu retten.¹³⁹ Die *Cebrap*- und *Cedec*-Köpfe fanden nach anfänglicher Kritik nun lobende Worte für den Präsidenten, betonten aber angesichts der Verfahrensänderungen für die Wahlen 1982, dass noch das Regime die Spielregeln bestimmte (Cardoso 1979). Der so genannte *pacote de novembro* – der Koalitionen zwischen Parteien verbot, Kandidaten auf allen Ebenen und das Votum *en bloc* für eine Partei vorschrieb – sollte den Organisationsvorsprung der Regime-Parteien ausspielen und ihre Mehrheit im Wahlmännergremium sichern, das 1984 den neuen zivilen Präsidenten wählen sollte (Veser 1993: 209f.). Trotz Benachteiligung gewannen die Oppositionsparteien aber (dank des Südostens) die Mehrheit im Abgeordnetenhaus.¹⁴⁰ Während der PMDB 54% der Stimmen und

138 Das *Cedec*-Budget stieg von 110.000 US\$ (1980) auf ca. 300.000 US\$ (1986/87). Bis 1983 hatte das Institut seine Finanzquellen ähnlich dem *Cebrap* multipliziert und internationalisiert – Mittel kamen von CNPq, FAPESP, FINEP und Entwicklungshilfeorganisationen aus Holland, Kanada und Frankreich (RdA 1983: 6).

139 Die neue Terrorwelle begann 1979 mit Bomben auf das Haus des Metallervorsitzenden von Minas Gerais und die Kathedrale von Nova Iguaçu (RJ). 1980 kam es zu 46 Attentaten, von denen die Entführung des CJP-Mitglieds Dalmo Dalmari und die Bomben gegen OAB-Präsident Faoro besonders brutal waren.

140 Die PMDB gewann in São Paulo, Minas Gerais, Paraná, Espírito Santo, Mato Grosso do Sul, Ceará, Amazonas und Acre, der PDT in Rio de Janeiro; die PDS-

neun Gouverneursregierungen errang, blieb der PT mit landesweit 3,3% unter den Erwartungen. Weil Regierung und Oppositionsmehrheit, Gouverneure und Bundesexekutive in Brasília zusammenarbeiten mussten, zwang das Ergebnis alle Seiten zur Mäßigung. Das Regime konnte in der Nachfolgedebatte zwar den indirekten Wahlmodus, nicht aber seinen Kandidaten durchsetzen. Die Wahl des PMDB-Politikers Franco Montoro zum neuen Gouverneur in São Paulo schließlich – womit der bevölkerungsreichste Staat in Oppositionshand war – wurde von den *paulistas* als “Wendepunkt” (Cardoso) und “Rückkehr des Volks auf die politische Bühne” (Weffort) bejubelt, hatte aber auch praktische Folgen. Zum einen rückte Cardoso in den Senat nach; zum anderen übernahmen weniger prominente *Cebrap*- und PMDB-Mitglieder Regierungsämter. Während Vilmar Faria die *Fundação do Desenvolvimento Administrativo* leitete, traten Carlos E. Martins und José Serra als *secretários* (“Landesminister”) in die Gouverneurs-Regierung Montoro ein.¹⁴¹ Neben dem nun gut 50-jährigen Cardoso verließen auch jüngere Forscher die *Cebrap*-Tagesarbeit und brachen früher als die des *Cedec* mit der Kritikerrolle.

In der Transitionsdynamik fungierten die Wahlen von 1982 quasi als “demokratische Gründungswahlen” (Lamounier 1989). Zum einen beschleunigten sie den Legitimitätszerfall des Regimes, zum anderen machten sie die gemäßigte Opposition zum regierenden und staatstragenden Akteur, schließlich trieben sie das Zusammenspiel beider Seiten und die Institutionalisierung der Demokratie weiter voran. Dennoch blieb die Transition – wie das Scheitern der *direitas-já*-Bewegung zeigte – ein von den Eliten dominierter Prozess. Unter den *Paulistas* riefen die Regierungsübernahme der Opposition und der Seitenwechsel einiger Kollegen erstmals tiefere Kontroversen hervor. Versprach Cardoso 1983 bei seiner Eröffnungsrede im Senat, die *Cebrap*-Ideale zur Geltung zu bringen, warnten Schwarz und de Oliveira in *Novos Estudos* davor, hinter den Katheder zurückzukehren

Erfolge in Rio Grande do Sul und Pernambuco gingen auf eine Spaltung des Oppositionsvotums zurück. Die Opposition regierte so über mehr als 60% der Bevölkerung und 75% des Bruttosozialproduktes (vgl. Veser 1993: 220f.).

141 Der Ökonom José Serra (*1943), in den frühen 1960er Jahren in der *Ação Católica* aktiv und nach 1964 in Chile exiliert (dort Cardosos Schüler), war seit 1975 dem *Cebrap* als *part-time senior*-Forscher verbunden und leitete mit dem *grupo de conjuntura* eine wirtschaftspolitischen Diskussionsrunde (RdA 1978).

oder die Kritikerrolle aufzugeben (NE 1983: 2; 1984: 1). Mit Seitenhieben auf die eigenen Weggenossen verurteilte letzterer den Aufstieg der intellektuellen "Zugvögel" (*aves de arribação*), die sich opportunistisch in den Futterschalen des Staates einnisteten (de Oliveira 1985);¹⁴² das NE-Dossier *A oposição no poder* (10/1984) beklagte bei der Regierung Montoro den schnellen Verlust progressiver Prinzipien. Zugleich waren die PT-Aktivisten weiter in Berater- und Programm-gremien tätig, Weffort und Moisés begleiteten Parteiführer Lula 1981 beim Besuch von Gewerkschafts- und Parteiführern in Europa.¹⁴³ Als Mitglied des "nationalen Wahlkomitees" 1982 und Generalsekretär (1983-1986) stieß Weffort in die höchste Parteispitze vor; er galt als "homem que faz a cabeça do Lula" (*Isto é/Senhor*, 8.4.1986) und war an der PT-Entwicklung in den 1980er Jahren entscheidend beteiligt. Die für den PT unbefriedigenden Wahlen 1982, bei denen der auf Lula ausgerichtete Wahlkampf ("um brasileiro como todos") seine Unterschicht Herkunft betont hatte, führten zu einer Strategiediskussion, bei der die *paulistas* für Reformen warben und die Gründung der Mehrheitsfraktion *Articulação* vorantrieben.

Die späte *abertura* führte bei *Cebrap*- und *Cedec*-Köpfen zu gemischten Gefühlen. Einerseits waren sie zufrieden, dass die Opposition Breschen in die Militärherrschaft geschlagen und den demokratischen Meinungsstreit zur "symbolischen Referenz" (de Oliveira, NE, April 1984) gemacht hatte. Andererseits beklagten sie die fehlende soziale Dimension der Demokratisierung.¹⁴⁴ Die PDS-Mehrheit im *colégio eleitoral* wurde wegen des Oppositionssieges von 1982, der Überrepräsentation der Nordoststaaten sowie der Führungsschwäche

142 Von den *Cebrap*-Gründern stehen Singer und de Oliveira, aus dem *Cedec*-Umkreis Chauí und Benevides noch immer zur Partei. Besonders der Historiker M. A. Garcia, der nach seiner Rückkehr aus dem Exil in Paris an der *Unicamp* lehrte, ist Teil der nationalen Programmführung und Berater von Parteichef Lula.

143 Dabei traf Lula neben Willy Brandt als Vorsitzenden der Sozialistischen Internationalen den polnischen Arbeiterführer Lech Walesa, den französischen PS-Vorsitzenden François Mitterrand sowie Vertreter von *Labour Party* und italienischen Gewerkschaften (Füllgraf 1981: 178).

144 Vgl. M. Chauí, "A crise pode fazer bem ao Brasil" (*Isto é/Senhor*, 10.12.1982); J. A. Moisés, "O fim do ciclo dos generais, é o nosso começo?" (FSP, 5.4.1983); M. Tavares de Almeida, "É tempo de novos direitos" (NE, Nr. 6, 1983); F. H. Cardoso, "As 4 crises" (NE, Nr. 7, 1983); F. Weffort, "As escolhas do medo" (*Isto é*, 30.10.1983); J. A. Moisés, "O pescoço e a guilhotina" (FSP, 22.6.1984).

des Regimes (*desgoverno*) als illegitim betrachtet und rief den breiten Protest der Zivilgesellschaft hervor, die sich in einem überparteilichen Komitee für Direktwahlen zusammenschloss. Während die *diretas já*-Kampagne bis Ende April 1984 ca. 6 Mio. Menschen – 2,5 Mio. allein in Rio und São Paulo (Veser 1993: 229) – mobilisierte, die wie die *Cedec*-Denker das Wahlgremium als Perpetuierung der traditionellen Elitenherrschaft ansahen,¹⁴⁵ scheiterte der Oppositionsantrag zur Verfahrensänderung im Parlament am 2/3-Quorum. PMDB und PFL schlossen sich im August 1984 zur so genannten *Aliança Democrática* (AD) zusammen und erkoren PFL-Präsident Sarney zum Vizepräsident-Kandidaten (falls dieser auf Verfolgung der Menschenrechtsverbrechen verzichten würde). Weil die AD ohne den öffentlichen Druck der Kampagne kaum erfolgreich gewesen wäre, konnten sich die *diretas já*-Aktivisten mit der Wahl von Neves als moralischer Sieger fühlen. Das institutionelle Scheitern des “mais formidável movimento de massas” (Moisés) hinterließ bei den *diretas-já*-Verfechtern (von denen viele PT-Anhänger zum Boykott der Wahlversammlung aufgerufen hatten) einen bitteren Nachgeschmack. Als von Mittelschichten, zivilgesellschaftlichen Eliten und kritischer Presse getragene Bürgerbewegung bot die *diretas-já*-Kampagne den *Paulistas* viele Interventionsmöglichkeiten. Nachdem Cardoso anfangs Direktwahlen als den “sauberen Weg” (Cardoso 1983: 7) unterstützt hatte, schwenkte er Anfang 1984 um.¹⁴⁶ Wie bei der Parteienreform prallten so zwei politische Öffnungsvisionen aufeinander: Während Cardoso an eine Erneuerung durch Eliten-Arrangement glaubte, waren die *diretas já*-Fürsprecher vom Wandel von unten beseelt.

Die Direktwahlkampagne war für das *Cedec* auch der Rahmen, um mit der Zeitschrift *Lua Nova* (LN) einen publizistischen Neu-

145 Vgl. J. A. Moisés, “Eleições direitas para quê?” (FSP, 2.12.1983); “Quero votar para presidente” (25.1.1984); “O Brasil das Indireitas, o Brasil das Diretas” (LN, Nr. 1, April 1984); “Transição” (Nr. 2, Juli 1984); M. Chauí, “Maluf, ou o novo corpo do rei” (Nr. 3, Okt. 1984); sowie F. de Oliveira (1984); “Weffort e Faoro condenam o colégio” (FSP, 5.7.1984); “Não há como conciliar o inconciliável” (FSP, 21.7.1984). Vom PDS stimmten letztlich 54 Abgeordnete für den Antrag, der mit 298 Stimmen 22 weniger als die erforderliche 2/3-Mehrheit erhielt (und auch vom Senat hätte verabschiedet werden müssen) (Veser 1993: 231).

146 Vgl. “Se o PMDB passa o teste, vira partido” (*Isto é*, 14.1.1984). Cardoso verteidigte den Richtungswechsel als Rettungsversuch des “Oppositionskandidaten” Neves (Couto 1999: 63); Freunde kritisierten die Haltung (Leoni 1996: 168).

anfang zu wagen. LN war als eine offene “revista polémica e creativa” konzipiert, die auf die Multiplikatoren der oppositionellen Zivilgesellschaft zielte; die Redaktion bestand unter Moisés’ Leitung aus sozialwissenschaftlich ambitionierten Schreibern.¹⁴⁷ Gleich einer kritischen Transitionschronik maßen Moisés’ Leitartikel die Demokratisierungsrhetorik am Öffnungsverlauf,¹⁴⁸ Fotoreportagen und Straßenumfragen eröffneten zudem eine Perspektive von unten. Die NE- und LN-Konzepte brachen mit den Vorgängerpublikationen und zeigten das Bemühen der Institute, den Dialog mit den Eliten von Politik und Zivilgesellschaft, zwischen Opposition und Regime zu intensivieren.¹⁴⁹ Wollten die *revistas* zur demokratisch-öffentlichen Streitkultur innerhalb und zwischen den Lagern beitragen, boten sie den *paulistas* selbst die Möglichkeit, ihre Positionen mit größerer Tiefenschärfe als in den Tageszeitungen darzustellen.

2.6 Nova República: Krisenphänomene und Erneuerung

Como foi possível que um pequeno grupo de políticos de Alagoas chegasse a tomar a presidência, como que o Estado se tornou objeto de assalto a ser conquistado por um “condottiere”? (Giannotti 1990: 37).

Weil der im *colégio eleitoral* siegreiche Neves noch vor seiner Amtseinführung erkrankte und starb, wurde mit dem gewählten Vize-Präsidenten Sarney – nicht ohne Symbolik für die lange kontrollierte Transition – ein langjähriger Vertreter des “ancien régime” im April 1985

147 Moisés’ erstes *editorial* entwirft eine “revista polémica e criativa [...] voltada para as questões atuais da construção da democracia”: LN “aposta em todos que constroem um novo Brasil: as mulheres, os negros e os índios, como os militantes sindicais e dos partidos de oposição, os participantes das comunidades”.

148 Vgl. Moisés’ *editoriais* “Pensar a democracia” (Nr. 1, April 1984) (auch M. V. Benevides, “A conversa mole da política”; G. de Oliveira, “A linguagem da crise”); “Transição” (Nr. 2, Juli 1984); “A lei, ora a lei” (Nr. 3, Okt. 1984); “Pacto ou ruptura democrática” (Nr. 5, April 1985). Eine Serie *Pensando o Brasil* zeigte bis 1987 Fotos aus dem Alltagsleben urbaner Unter- und Mittelklassen.

149 Zur Diskussion innerhalb der Opposition vgl. neben Dossier “A oposição no poder” (NE, Nr. 10, 1984) die Kommentare der PMDB, PT, PDT und PDS-Programme (LN, Nr. 1, 1984), die Interviews mit Lula (PT) und Neves (PMDB) (LN, Nr. 2, 1984) und die Stellungnahme des PDS-Dissidenten und AD-Gründers Marco Maciel (LN, Bd. 2, Nr. 2, 1985).

erster Zivilpräsident der so genannten *Nova República*.¹⁵⁰ Angesichts der Aufgabe, den "entulho autoritário" abzuräumen und demokratische Institutionen aufzubauen, war der Konsens der *Aliança Democrática* bald verbraucht und führte zu unübersichtlichen Allianzen. Neben der Wirtschaftskrise beherrschten die Konstitution der verfassungsgebenden Versammlung und die für Ende 1989 vorgesehene freie Präsidentenwahl die Diskussion. Die Pluralisierung von Öffentlichkeit und Politik erweiterte die Handlungsmöglichkeiten der *Paulistas*, brachte aber auch erste Misserfolge mit sich und führte in den Institutionen zu Krisen- und Zerfallssymptomen.

Bereits die Kommunalwahlen Ende 1985 bargen mit Cardosos Kandidatur für das Bürgermeisteramt in São Paulo Sprengstoff. Mit der Absage an die vom *Cebrap*-Gründer mehrfach eingeforderten linken Leihstimmen ("voto útil") für den PMDB verwarfen die PT-Intellektuellen – nicht ohne Rachegefühle für die in der *direitas-já*-Kampagne erlittene Niederlage – die Idee einer gemeinsamen Front.¹⁵¹ Cardoso, der sich trotz PFL-Unterstützung vom Klientelismus fernzuhalten versuchte (FSP 19.7.1985; 23.7.1985) und sich voreilig im Bürgermeistersessel fotografieren ließ, verlor schließlich gegen den rechtspopulistischen Expräsidenten Quadros. Mit der Spaltung des Mitte-Links-Votums zwischen PMDB und PT, die zusammen mehr als 55% der Stimmen erlangten, bezahlten auch die *paulistas* einen Preis für die politische Pluralisierung.

In Opposition zum PT einigten sich PMDB, PFL und PDS darauf, dass die verfassungsgebende Versammlung der *Constituinte* sich indirekt aus den bei den Kongresswahlen im November 1986 gewählten Abgeordneten konstituieren sollte, was im *Cedec*-Umkreis stark kritisiert wurde. Gehörte Cardoso dem Gremium als Senator schon an, kandidierten Weffort und Moisés für den Kongress.¹⁵² Weffort, dessen

150 Der aus dem Nordost-Bundesstaat Maranhão stammende Jurist und Schriftsteller Sarney (*1930) war zuvor ARENA-Mitglied, für die er seit 1978 im Senat saß, und PDS-Präsident gewesen (Veser 1993: 241).

151 Vgl. "Só Aliança muda o país. Cardoso reafirma o compromisso reformista do PMDB e PFL" (*Isto é*, 17.7.1985); "Voto útil é arma para derrotar Jânio" (JB, 30.6.1985); dagegen J. A. Moisés, "A gente somos inútil" (JT, 15.11.1985).

152 F. Weffort, "O sonho agora é a democracia" (JB, 10.12.1985), "Por uma alternativa democrática e popular" (FSP, 13.2.1986); "O PT não brinca de eleição" (*Senhor*, 7.4.1986); "Weffort reabre o debate" (FT, 14.7.1986); "PT lança pro-

Kampagne von *Cedec*-Mitbegründerin Benevides koordiniert wurde, trat direkt gegen den von der Parteilinken unterstützten und letztlich siegreichen Florestan Fernandes an. Während Weffort aus diesem Anlass als Generalsekretär zurücktrat, wurden die eineinhalbjährigen Beratungen der *Constituinte* v.a. für Cardoso als Vorsitzenden der Vermittlungskommission zu einer wirksamen Bühne. Die 1988 verabschiedete Verfassung umfasste neben politischen Bürgerrechten auch soziale Grundrechte (begrenzte Arbeitszeiten, Sozialverpflichtung des Eigentums), für die viele *paulistas* gestritten hatten.

Nachdem Weffort und Moisés länger für eine pragmatische Neuorientierung des PT im Sinne von Bündnisfähigkeit und Professionalisierung plädiert hatten, wurden sie nach ihren erfolglosen *Constituinte*-Kandidaturen zu Wortführern der innerparteilichen Kritiker.¹⁵³ Nach den Kommunalwahlen 1988, bei denen der PT in mehr als 30 Groß- und Hauptstädten im Süden und Südosten gewann, profilierten sich andere Intellektuelle in der Politik. In der neuen Stadtregierung von São Paulo, wo die aus den sozialen Bewegungen stammende Sozialarbeiterin Luiza Erundina zur Bürgermeisterin gewählt wurde, übernahmen *Cebrap*-Gründer Singer das Planungsressort und *Cedec*-Gründerin Chauí das Kulturressort (das in Campinas der *Cedec*-Historiker Marco A. Garcia besetzte). Mit dem Konzept der "cidadania cultural", das Kultur als Instrument der Demokratisierung der politischen Kultur betrachtete (Chauí 1990; 1992), betonte Chauí den emanzipatorischen Anspruch ihrer Amtsausübung.¹⁵⁴ Trotz öffentlicher Zustimmung war sie von den geringen Spielräumen gegenüber Bürokratie und Klientelismus enttäuscht, was die Differenzen gegenüber den Kollegen steigerte. Während sie marxistische Kernbegriffe wie Klassenkampf ver-

posta de constituição estadual" (FSP, 15.6.1986); "Constituições estaduais devem rever autonomia" (FSP, 30.10.1986).

153 Vgl. J. A. Moisés, "O PT na hora da verdade" (FSP, 30.4.1983); "Moisés discorda de Bittar" (FSP, 21.3.1986); F. Weffort, "O PT na encruzilhada" (14.12.1984); "Para Weffort, grave crise ameaça sobrevivência do PT" (FSP, 22.8.1985); "Quem manda, a prefeita ou o PT?" (JB, 17.11.1988); "Democracia e preconceito" (FSP, 27.6.1989).

154 Vgl. ihre Rede zur Amtsübernahme (FSP, 24.12.1988), die Interviews "A filósofa no poder" (JB, *Suplemento Cultural*, 2.1.1989), und "A filósofa do município" (FSP *magazine*, 18.2.1990); zu den Problemen vgl. "Cidadania cultural de Chauí convive com populismo engajado do Anhembi" (FSP, 21.7.1989); "Governar é formular conceitos. Mas será que os paulistanos estão dispostos a aprender as lições que a filósofa tenta ensinar" (*Revista da Folha*, 2.6.1991).

teidigte (FSP, 4.9.1991), relativierte Weffort diese (auch in Folge seines Forschungsaufenthaltes 1990/91 in den USA) – und schlug Moisés “uma via socialdemócrata” vor (FSP, 11.3.1991).

Als Sammelpunkt des “aufgeklärten” linksintellektuellen Engagements in der Politik bekam der PT mit der Gründung des PSDB (*Partido da Socialdemocracia Brasileira*) ernste Konkurrenz. Obwohl Cardoso schnell in die PMDB-Führungszirkel aufgestiegen war, im Senat als Führer der Regierung Sarney agiert hatte und in der *Constituinte* (wie sein akademischer Lehrmeister Fernandes) brillierte, gründeten Cardoso, Montoro und Senator Mario Covas 1988 den PSDB als progressive, ethisch-moralische Alternative zum “fisiologismo” des PMDB (ebd.: 186). Die neue Mitte-Links-Partei zog einige von Cardosos Weggefährten im *Cebrap*-Umfeld an (wie die Ökonomen Serra und Bresser Pereira) und ließ das progressive Milieu Hoffnung auf eine Allianz mit dem PT hegen.¹⁵⁵

Es war schließlich die erste Direktwahl eines Zivilpräsidenten Ende 1989, die den Übergang zur demokratischen Ordnung institutionell abschloss und letztmalig Einheit unter den *paulistas* stiftete. Als sich im zweiten Wahlgang Ende 1989 mit dem PT-Führer Lula und dem konservativen *outsider* Fernando Collor zwei Anti-Establishment-Kandidaten gegenüberstanden, schlossen *Cebrap* und *Cedec* die Reihen hinter Lula – unisono wurden die moralische Integrität und das politische Reformprojekt von “Mestre Lula” (Giannotti) bewundert, für das Moisés eine Mitte-Links-Wahlkoalition als Brücke zur Zivilgesellschaft propagierte. Die Verblüffung darüber, dass ein aus einem rückständigen Staat stammender Politiker – mit Unterstützung der mächtigen *Rede Globo* – den ersten freien Urnengang gewann, teilten die *paulistas* mit großen Teilen der Öffentlichkeit. Nach Teilsympathie für Collors Modernisierungsprogramm dominierte bald die Kritik. Chauí, Giannotti und de Oliveira zielten übereinstimmend – ähnlich der CCS-Kritik an Menem – auf die Kluft zwischen Erneuerungsdiskurs, Elitenzugehörigkeit und traditioneller Politikpraxis, die Öffentliches und Privates ununterscheidbar gemacht habe.¹⁵⁶ Collors Verbin-

155 Giannotti lobte am PSDB-Gründungsprogramm das ausgeglichene Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft (“Cabeça encruada”, FSP, 26.3.1989); F. de Oliveira hoffte auf ein Bündnis mit dem PT (NE, Nr. 26, März 1990).

156 Vgl. im NE-Schwerpunktheft “Eleições 1990” (Nr. 26, März 1992), F. de Oliveira, “O marajá superkitsch”, R. L. Cardoso, “Participação política e democracia”,

derung von populistischen Legitimationsmustern, neoliberalen Reformen und postmoderner Inszenierung konnte nach Chauí allein auf dem "messianischen Erbe", d.h. dem Nährboden der undemokratischen Traditionen Brasiliens gedeihen. Kritisiert wurden aber auch jene PSDB-nahen Intellektuellen, die in Collors Kabinett eintraten.¹⁵⁷

Auch die *paulistas* verspürten nun – trotz der Genugtuung über die PT-Lokalregierung in São Paulo und die Etablierung demokratischer Routinen – eine *desencanto*-ähnliche "ressaca das ilusões perdidas".¹⁵⁸

Vor allem die PT-nahen Köpfe nahmen Collors Regierung zum Anlass, um mit dem anhaltenden Klientelismus abzurechnen. Cardosos Plädoyer für eine offizielle PSDB-Regierungsbeteiligung fand Ende 1991 bei seinen ehemaligen Kollegen keine Zustimmung. Als Collor kurz darauf wegen Korruptionsvorwürfen unter Druck geriet, wurden Forderungen nach einem Amtsenthebungsverfahren laut. Die *impeachment*-Kampagne wurde ähnlich der *diretas-já*-Bewegung organisatorisch von PT, ABI und OAB und den regierungskritischen Medien (FSP, *Veja*, *Isto é*) getragen und auch von der SPBC unterstützt. Während Collors Rücktritt schließlich als Stärkung der demokratischen Institutionen galt (FSP, 30.12.1992), relativierte Chauí,¹⁵⁹ dass die Bewegung primär vom gemeinsamen Gegner (Motto "fora Collor!") getragen wurde. Nur kurzzeitig hatten die Wahlkampfdebatten und die Opposition zu Collor die *frente de oposições* aus den späten 1970er Jahren wiederbelebt.

Derweil schritt die zunehmende Loslösung der Kerngruppen von den Instituten voran. Nach ihren semi-journalistischen Anfängen wandelten sich *Novos Estudos* und *Lua Nova* in den späten 1980er Jahren zu wissenschaftlichen Periodika. Obwohl der 1987 für NE eingestellte

J. A. Giannotti (1990), "Política e Corrupção" (FSP, 29.9.1992); M. Chauí, "Arcáismos do Brasil Novo" (FSP, 29.5.1990); "O arcáico desejo de ser moderno" (FSP, 15.3.1992).

157 Der Vorwurf ging hauptsächlich an den Ex-SBPC-Präsidenten José Goldenberg und den Philosophen Sérgio P. Rouanet, die Forschungsminister bzw. Kulturstatssekretär wurden (vgl. die Kontroverse Chauí/Rouanet, FSP, 4.9.1991).

158 J. A. Giannotti, "O país sem tempo" (FSP, 4.9.1990); ähnlich "Estamos vivendo na época da mediocridade" (JB, 4.2.1990); zu den Kommunalwahlen 1988 siehe F. de Oliveira, "Eleições, mais que simplesmente" (NE, Nr. 23, März 1989).

159 Vgl. J. A. Giannotti, "A SBPC, nós e a política" (FSP, 26.7.1992), "Política e Corrupção" (FSP, 29.9.1992); M. Chauí, "No horizonte do Brasil" (FSP, 7.9.1992) und Giannottis Collor-Abgesang "Collor transpassado" (FSP, 30.12.1992).

Kulturjournalist Rodrigo Naves ein Gleichgewicht zwischen Qualitätsjournalismus und Wissenschaftsreflexion wahren wollte, wiesen graphische und inhaltliche Änderungen in die akademische Richtung. Auch LN¹⁶⁰ widmete sich nach Ablösung des (journalistisch gelernten) Chefredakteurs Moisés ab 1988 nun vierteljährlich “contribuições mais consistentes, mais longas”.

Der *Cebrap* hatte die personellen Verluste, die durch den Weggang der Gründer wie den Wechsel von Cardoso, Serra, Martins und Faria in die Politik entstanden waren, in den frühen 1980er Jahren mit der Verpflichtung neuer *senior*-Forscher ausgeglichen.¹⁶¹ Nachdem die Evaluierungen die Widerstandsfunktion des Instituts gelobt hatten (Browning et al. 1973; Hirschman et al. 1982), diagnostizierte ein 1986 für die FF erstellter Bericht Krisensymptome. Wegen mangelnder Binnenintegration und Kommunikation mit der nationalen Forschungsgemeinde und den Verflechtungen mit politischen Akteuren hätte das *Cebrap* eine unabhängig-wissenschaftliche Sicht auf den Transformationsprozess verloren (Alcántara, in RdA 1986: 71-74). Die Institutsführung gab institutionelle Probleme und einen Rollenwandel zu, bekräftigte aber die Trennung von Politik und Wissenschaft (RdA 1986: 85ff.). Die Kontroverse zeigte, dass der *Cebrap* innerhalb der kritischen Sozialwissenschaften an Boden verlor, nachdem er in den 1970er Jahren als Schnittpunkt zwischen kritischer Wissenschaft und oppositioneller Öffentlichkeit fungiert hatte. Als Gegenreaktion wurde 1986 mit öffentlichen Mitteln ein internes Ausbildungs- und Stipendienprogramm für wissenschaftlichen Nachwuchs eingerichtet (RdA 1986: 28), für das 1989 CAPES-Gelder gewonnen werden konnten. Unter dem in der zweiten Dekadenhälfte durchgängig als Präsident fungierenden Giannotti wollte das Institut als interdisziplinärer *Centro de Altos Estudos* (RdA 1984) Expertentum und Geistesfreiheit verbinden und sich mit dem Neoliberalismus kritisch auseinandersetzen (FSP, 22.9.1987; 2.12.1988). Der Tod des Gründungspräsidenten Pro-

160 “A nova fase de Lua Nova” (*editorial*, Bd. 3, Nr. 4, April 1987). Nach einem internen Diskussionspapier (1992) sollte LN eine “referência obrigatória para as ciências humanas” werden und zielte auf ein Publikum “professores universitários, alunos de graduação e pós-graduação em cursos de Ciências Humanas”.

161 Als *senior*-Forscher wurden 1983 die Anthropologin und SdM-Mitstreiterin Ruth Leite Cardoso und der argentinische Politikwissenschaftler (und CEDES-Gründer) Guillermo O'Donnell verpflichtet; 1985 kamen Ruy Castro (Soziologie) und Luiz Felipe de Alencastro (Geschichte) hinzu (vgl. RdA 1983; 1985).

copio Ferreira beschleunigte den Generationswechsel – 1987 stammten (mit Giannotti und Berquó) nur noch zwei Mitglieder der siebenköpfigen *diretoria executiva* aus dem historischen Gründerkreis (RdA 1987).

Der *Cedec* stellte sich 1987 mit dem Kauf von Räumlichkeiten auf eigene Füße und profitierte von den parteipolitischen Misserfolgen seiner Gründer. Nachdem Moisés und Weffort während ihrer PT-Funktionen die Institutsarbeit reduziert hatten, wurden sie wieder in den Führungsgremien aktiv und trugen als Reaktion auf die von einer Evaluierung (Engana/Wils 1986) benannten Mängel zu einer Art Neugründung bei. Unter Moisés' Präsidentschaft begann der *Cedec*, die Zusammenarbeit mit anderen Wissenschaftsinstitutionen – wie ab 1987/88 mit der USP – zu intensivieren (RdA 1987).¹⁶² Nachdem einige Wortführer (Pedro Jacobi, Amélia Cohn) informelle Berater der PT-Regierung in São Paulo wurden, öffnete das Institut nach 1988 seine Forschungsagenda für *public policies*.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise Ende der 1980er Jahre, die von Collors Mittelkürzungen in den staatlichen Wissenschafts- und Kulturinstitutionen verstärkt wurde, ließ in beiden Instituten allein das Überleben zur „proeza mais extraordinaria“ (*Cebrap*, RdA 1987: 2) werden. In *Cebrap* wie *Cedec* führten die Mindermittel zu Personal- und Projektabbau und ließen einige Gründer ihren Arbeitsschwerpunkt an die öffentliche Universität (USP) verlegen. Anfang der 1990er Jahre wurden in beiden Instituten – Vilmar Farias im *Cebrap*, Amélia Cohn im *Cedec* – erstmals Mitglieder aus einer den Gründern nachfolgenden Generation zum Präsidenten gewählt. Während sich der Ämterwechsel im *Cebrap* konfliktlos vollzog, führte die Wahl von Cohn im *Cedec* zum Machtkampf zwischen der ersten und zweiten Gründergeneration, bei dem sich die Jüngeren durchsetzten.¹⁶³ Mit dem Austritt von Gründervater Weffort, Lehrer vieler jüngerer Mit-

162 *Cebrap* und *Cedec* organisierten 1989 das Seminar *Estrategias para um Novo Brasil* (RdA 1989), 1989 organisierte der *Cedec* eines zu „Poder local e reformas sociais“, 1991 zusammen mit dem Goethe-Institut das Kolloquium „Democracia e cultura política no Brasil e na Alemanha“ (RdA 1991).

163 Während Weffort dem Präsidium „cuidados propios de um complot“ und einen *rolo compressor* zur Verhinderung der eigenen Wiederwahl vorwarf (F. Weffort, *Carta*, 12.4.1993), warfen ihm die Jüngeren das Festhalten an traditionellen Machtpositionen vor (R. de Castro Andrade, *Carta* 23.4. 1993).

glieder, und dem Rücktritt von Moisés löste sich das Institut aus dem Schatten seiner oft übermächtigen Gründer.

Im *Cebrap* diente das 20-jährige Instituts- und 10-jährige NE-Bestehen zu einer Bestandsaufnahme. Nach Giannotti sei das Institut auch nach Transitionsende ein "centro de angústia democrática" (FSP, 2.9.1989), das angesichts der Fragmentierung von Politik und Öffentlichkeit als private Organisation weiter öffentliche Aufgaben wahrnehmen und die Instrumentalisierung des Wissens verhindern wolle. Das zehnjährige NE-Jubiläum nutzten die *Cebrap*-Köpfe, um im Bewusstsein des Zerfalls der Gründergruppe mit Kollegen zu diskutieren.¹⁶⁴ Angesichts der Frage, inwieweit sich die Linksintellektuellen auf eine sozialistische Utopie stützen können, schwor Faria dem Marxismus ab, während de Oliveira trotzig daran festhielt; Giannotti und de Alencastro versuchten, zwischen seinen Analyseinstrumenten und seiner politischen Perversion in den zusammengebrochenen sozialistischen Staaten zu vermitteln. Die Debatte bestätigte den von Giannotti (1989) stets betonten Grundsatz des theoretischen und parteipolitischen Pluralismus, aus dem der *Cebrap* seine spezifische produktive Spannung erlange.

Anfang der 1990er Jahre vertieften sich also die Unterschiede des organisatorischen Umbruchs. Der *Cebrap* professionalisierte sich mit dem neuen Ausbildungsprogramm und trennte zwischen politischen und wissenschaftlichen Tätigkeiten, im *Cedec* blieben zentrifugale Kräfte und die Kluft zwischen Gründern und Nachwuchs groß (Engana/Wilms 1986: 35).¹⁶⁵ Gegenüber dem Hochschul-Neuaufbau schien das Elitekonzept des *Cebrap* erfolgreicher als die wechselnden Strategien des *Cedec*, der mit der neuen Professionalisierungsstrategie die traditionellen komparativen Vorteile zu verspielen drohte.

164 Vgl. Naves' Leitartikel "Menos 10" (NE, Nr. 30, 1991) und die Debatte "Adeus ao socialismo?" (ebd.) mit den Gründern Singer, de Oliveira und Giannotti, dem Ex-SdM-Mitglied Schwarz, den neuen Führungsmitgliedern Pierrucci und de Alencastro, dem IDESP-Mitglied Maria H. Tavares de Almeida, den PT-Anhängern Maria de Conceição Tavares und Marco A. Garcia sowie Fábio W. Reis.

165 Bald konzentrierten sich Chaufé und Pinheiro, ab 1985 Benevides und Kowarick sowie in den 1990er Jahren Moisés auf ihre Lehrstühle und Projekte an der USP.

2.7 Wahl 1994 und Regierung Cardoso: "brothers in arms"

Todos nós, no Cebrap, temos uma dívida intelectual e política com FHC. É um homem público notável que apostou na democracia e trabalhou por ela [...]. Apesar das divergências que possamos ter, não me verá nunca dizer que FHC é inimigo (F. de Oliveira, FSP, 6.3.1994).

O Cebrap permanece um instituto de pesquisa autônomo [...] engajado nas esquerdas, a despeito das divergências sobre os caminhos que possam conduzir a consecução de nossas idéias (RdA 1995: 4).

Cardosos politischer Aufstieg und seine und Lulas Präsidenten-Kandidaturen verschärfen ab 1993 die Auseinandersetzung in und zwischen den Gruppen, bevor Cardosos Amtszeit zu neuen Konflikten führte. Während die Institute sich reorganisierten, überlebten die Gründergruppen den Aufstieg ihrer Protagonisten nicht.

Stärker als das allein akademische Kreise bewegende Referendum zur Staatsform 1993 sollten die Positionsgewinne der PSDB-Gründer die *paulistas* beeinflussen. Nach Cardosos wiederholtem Werben für einen Eintritt in die Regierung Collor war es wenig überraschend, dass er von dessen Nachfolger Itamar Franco (PMDB) im Oktober 1992 zum Außenminister und zehn Monate später zum Finanzminister ernannt wurde. Die meisten begleiteten Cardosos rasanten Aufstieg zunächst mit großer Sympathie und verteidigten ihn auch gegenüber den 1993 von *Isto é* erhobenen Vorwürfen finanzieller Veruntreuung.¹⁶⁶ Nach zehn Jahren Arbeit in Brasília trauten ihm die *paulistas* trotz wiederholter Liebelei mit der Rechten zu, progressive Prinzipien in der Politik umsetzen zu können. Neben der Hoffnung auf einen moralischen Neuanfang in der von Korruption erschütterten brasilianischen Politik wuchs auch die auf eine neue politische Mehrheit in Form eines Mitte-Links-Bündnisses von PT und PSDB. Noch bevor Cardosos Ambitionen und Allianzen bekannt wurden, hatte *Novos Estudos* durch Interviews mit den Parteiführern Lula (PT) und Tasso Jereissato (PSDB) die Bündnisfähigkeiten ausgelotet und unterstützt. Während beim PSDB eine Intellektuellen- und Politikergruppe unter Covas und

166 Insgesamt ergriffen 164 Intellektuelle und Weggefährten Parte für Cardoso; vgl. die Solidaritätserklärung "Intelectuais defendem Ministro de Fazenda" (FSP, 10.11.1993).

Bresser Pereira auf eine Allianz mit dem PT hinarbeitete (JB, 7.10. 1993), versuchten Weffort und de Oliveira (der mit dem Eingeständnis kollektiver Bringschuld an Cardoso zusätzliche Avancen machte) mit der Kritik an den fundamentalistischen PT-Sektoren Brücken zu bauen.¹⁶⁷ Die Allianz zwischen PSDB und PT scheiterte neben der Schwäche der Kandidaten an Cardoso selbst, der aus wahltaktischen Gründen die Unterstützung des im Nordosten starken *Partido da Frente Liberal* (PFL) suchte. Die teils von oligarchischen Eliten dominierte Partei hatte lange die Militärdiktatur unterstützt und war für viele ein Symbol der Reaktion, zumal Cardoso als Preis für die Unterstützung auch den früheren Regime-Statthalter Marco Maciel als Vizepräsident-Kandidaten akzeptieren musste.

Mit Cardoso und Lula standen sich zwei der in den 1970er Jahren lange gemeinsam kämpfenden Symbolfiguren der *Paulistas* gegenüber. Auf der einen Seite war der akademische Weggefährte, *Cebrap*- und PSDB-Gründer Cardoso, der in den 1980er Jahren reformmarxistische gegen sozialdemokratisch-liberale Positionen getauscht und einen Ausgleich mit den traditionellen Eliten suchte. Aufbauend auf den Währungs- und Finanzreformen des *Plano Real* wollte er sich den Themen Arbeit, Gesundheit, Bildung, Sicherheit und Entwicklung widmen. Auf der anderen Seite war der ehemalige *novo sindicalismo*-Führer und Parlamentsabgeordnete sowie PT-Gründer Lula, dessen reformsozialistisches Programm von der Linken unterstützt wurde.

Die Nähe von *Cebrap* und *Cedec* zu beiden Kandidaten sowie die jeweiligen politischen und biographischen Loyalitäten führten im Verlauf des Wahljahres zu leidenschaftlichen Kontroversen zwischen *petistas* und *fernandistas*, bei der es quer durch die Gruppen zu Brüchen kam. Auslöser der vor allem in der FSP ausgetragenen Debatte war Giannottis mit seinem "Abschied" von der politischen Linken verbundene öffentliche Unterstützung von Cardoso, weil dieser mit seiner politischen "Ingenieurkunst" – gegenüber dem modernisierungsunfähigen und zerrütteten PT – eine Regeneration des ganzen politischen

167 Vgl. A. Comim/C. Marques Novais, "Duas entrevistas e uma aliança possível" (NE, Nr. 36, 1993) und, nach Wefforts Klage über die Zersplitterung des PT, "Lula é um candidato à refem. Intelectuais criticam tesis esquerdistas" (FSP, 19.8.1993) sowie "Ex-radical ataca os jurássicos do partido" (FSP, 6.3.1994).

Systems verspreche;¹⁶⁸ auch für Lamounier und Martins Rodrigues vertrat die Linke einen antiparlamentarischen Demokratiebegriff. Die so genannten *fernandistas* kritisierten zwar die Allianz mit dem PFL (in dem sie Anzeichen einer Reform sahen), betrachteten das Bündnis aber als bittere Pille, die für die Machterlangung des PSDB und Durchführung seines Reformprogramms zu schlucken sei. Giannotti Plädoyer für das politische Zentrum (“é a vez do centro”) entfachte bei den PT-Intellektuellen einen von Benevides, Chauí und Singer entfachten publizistischen Proteststurm.¹⁶⁹ Cardosos Allianz mit dem PFL stelle mit den Zugeständnissen an die Rechten einen Verrat an der überparteilichen progressiven Intellektuellen-Front der Transition dar. Cardosos faktische Anti-Lula-Kandidatur erinnere nicht nur wegen ihrer Modernitätsthemen und politischen Allianzen an die des geschassten Collor, sondern stelle eine aus politischen und moralischen Gründen inakzeptable neoliberale Wende dar. Erneut engagierten sich die wegen Cardosos Koalitionswahl verbitterten PT-Köpfe auch in den Beratergruppen der Partei. *Cedec*-Historiker Garcia koordinierte das Wahlprogramm, *Cebrap*- und *Cedec*-Wortführer warben in einer PT-Wahlkampfbroschüre noch einen Monat vor dem Urnengang für “13 razões para votar em Lula”.¹⁷⁰

Das Dilemma, sich für einen der beiden Kandidaten entscheiden zu müssen, ließ bei vielen historischen SdM- und *Cebrap*-Mitgliedern zwei Herzen in der Brust schlagen. Vor allem Cardosos langjährige Weggefährten Giannotti, Singer und Weffort, aber auch die SdM-

168 J. A. Giannotti, “A candidatura FHC” (FSP, 13.3.1994); “Militância e Participação” (FSP, 10.4.1994); “Mudanças precisam ser radicais e profundas” (ESP, 23.7.1994). Neben Lamounier (“FHC”, JT, 2.10.1994) und M. Rodrigues (“Cenários políticos”; Vortrag FIESP 6/1994) und *Cebrap*-Mitgründerin E. Berquó erklärten sich Simon Schwartzman, Boris Fausto, H. Jaguaribe und F. W. Reis zu *fernandistas* (FSP, 17.4.1994).

169 Vgl. M. V. Benevides, “A candidatura FHC e a ‘vez do centro’” (FSP, 17.3.1994); P. Singer, “As candidaturas de centro e de esquerda” (FSP, 25.3.1994); M. Chauí, “De alianças, atrasos e intelectuais” (FSP, 24.4.1994); “Na segunda vez, como farsa” (FSP, 11.9.1994). Im *Cebrap*-Umkreis bekannten neben de Oliveira, de Alencastro und Schwarz noch A. Cândido und *Iuperj*-Gründer W. G. dos Santos ihre Unterstützung für Lula (FSP 17.4.1994; 26.6.1994).

170 In der von dem PT-Organ *Teoria & Debate* herausgegebenen Broschüre erläuterte Weffort “a razão da democracia”, Moisés “a razão das políticas sociais”, Singer “a razão da economia”, Chauí “a razão da modernidade”, Benevides “a razão do movimento popular”, Pinheiro “a razão da cidadania”.

Gründerin (und Ehefrau) Ruth versuchten zu vermitteln. Der im Vergleich zu den anderen PT-Denkern nachsichtige Weffort bekräftigte, dass Cardoso trotz der Wende kein Konservativer geworden, sondern weiter progressiven Reformen verpflichtet sei.¹⁷¹ Während Weffort in Unternehmerkreisen die Angst vor einer PT-Regierung zu zerstreuen suchte (1994), sah er in der Wahl unabhängig von ihrem Ausgang durch die Stärke der Mitte-Links-Kräfte einen "historischen Wandel" zu Demokratisierung und sozialer Gerechtigkeit. Am Wahltag erwies er dem Wahlsieger mit einem FSP-Beitrag zusätzliche Ehre: Cardoso sei zum einen ein aus Unrechtsempfinden handelnder, in die Politik gewechselter "líder de intelectuais", zum anderen würde die mögliche Zusammenarbeit von PSDB und PT die Grundlagen einer (nach der *abolição*) "zweiten demokratischen Revolution" legen.¹⁷²

Die Umfragewerte, die Lula bis Mitte 1994 mit ca. 40% der Stimmen deutlich vorne sahen, änderten sich mit dem Inkrafttreten der von Cardoso entworfenen Finanz- und Währungsreformen des so genannten *Plano Real*.¹⁷³ Mit der neuen stabilen, anfangs quasi inflationsfreien Währung gelang es Cardoso, in den letzten drei Monaten einen Stimmungsumschwung herbeizuführen und auch bei Intellektuellen Boden gutzumachen. Obwohl die meisten *Cebrap*- und *Cedec*-Mitglieder auf Lulas Seite geblieben waren – nach FSP-Umfrage (3.10.1994) allein 60% im *Cebrap* –, gingen nach Cardosos deutlichem (54,3%) und von der Qualitätspresse mit Erwartungsbekundungen weithin bejubelten Sieg bei Anhängern und Gegnern viele *pau-listas* nach Brasília. Obwohl die einflussreichsten in die Regierung gewechselten Intellektuellen Ökonomen v.a. aus der PUC-Rio kamen und das neo-liberale Wirtschaftsprogramm prägten, übernahmen aus dem *Cebrap*-Umkreis langjährige Weggefährten wie Serra und Faria in Cardosos selbsternannter "Regierung der Mitte" wichtige Ämter. Sie verdankten ihre Berufung der Kompetenz wie der langjährigen

171 Vgl. F. Weffort, "Os riscos de uma aliança" (FSP, 20.3.1994); "A maldição de Golbery" (FSP, 7.8.1994).

172 F. Weffort, "A segunda revolução democrática" (FSP, 5.10.1994); er relativierte auch den Cardoso zugeschriebenen Ausspruch "esqueçam tudo o que escrevi" ("Vergessen Sie alles, was ich geschrieben habe").

173 Der *Plano Real* wurde von Cardoso noch als Finanzminister mit den PUC-Ökonomen um den *Banco-Central*-Präsidenten Gustavo Franco und Finanzminister Pedro Malan entwickelt; er versuchte, die Reformauflagen mittels Verschlingung des Staats und Internationalisierung der Wirtschaft kreativ umzusetzen.

politischen und intellektuellen Freundschaft, die während des Widerstands gegen das autoritäre Regime bzw. Cardosos Aufstieg im PSDB gewachsen war.¹⁷⁴ Auch die mit ihrer Partei hadernden PT-Intellektuellen Weffort und Moisés, die sich zuvor wieder der Wissenschaft zugewandt hatten, wechselten als Minister (Weffort) und Staatssekretär (Moisés) ins Kulturministerium. Nutzten sie kaltblütig ihre Aufstiegsmöglichkeiten, entwaffnete Cardoso mit der Berufung der vormaligen Gegenspieler linke Kritiker. Während die *primeira dama* Ruth Cardoso als Leiterin des Programms der "Solidarischen Gemeinschaft" ebenfalls Funktionen übernahm, verweigerte sich *Cebrap*-Präsident Giannotti – über seine Mitgliedschaft in dem mit Vertretern der Zivilgesellschaft angereicherten *Conselho Superior de Educação* hinaus – einer formalen Eingliederung.

Die Differenzen um Cardoso beschleunigten den auch durch das Lebensalter vorangetriebenen Zerfall der historischen Kerngruppen. Nachdem 1993 mit de Oliveira wieder ein Quasi-Gründer die Institutsführung übernommen hatte und die Gültigkeit des gemeinsamen Ursprungsprojekts – akademisch-intellektuelle Arbeit im Dienst von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit – betont hatte, fand das 25-jährige *Cebrap*-Jubiläum inmitten des Disputs zwischen *fernandistas* und *petistas* statt. Sollte dieser im Sinne von Pluralismus zu einem verstärkten internen Dialog genutzt werden,¹⁷⁵ konnte er das Institut angesichts des die veränderten Ideen, Interessen und Ambitionen reflektierenden Zerfallsprozesses nicht vor weiteren Abspaltungen schützen. Während der *Cebrap* nach dem neuerlichen Aderlass an die Politik nicht ohne Selbststolz meldete, seit 1980 als "escola de governo" zu fungieren (RdA 1995/96: 7), zehrte die unterschiedliche Beurteilung von Cardosos Politik den beschworenen Konsens unter den Gründern auf und führte 1996 zum Austritt von Chico de Oliveira. Für ihn war Cardosos Regierung in dem Maße, wie sie die Konservativen hofierte, die Zusammenarbeit mit dem PT verweigerte und gegen die Gewerkschaften oder Landlosenbewegung MST (*Movimento dos Trabalhado-*

174 Von den alten *Cebrap*-Weggefährten wurden Serra Planungsminister, Bresser Pereira Minister für Verwaltung und Staatsreform und Faria *Secretário da Presidência*. Auch der neue Kommunikationsminister Sérgio Motta war (ähnlich Serra) in AP, MDB und *frente de oposições* aktiv gewesen und hatte Kontakt mit dem *Cebrap* (vgl. *Isto é*, 16.11.1994).

175 Vgl. F. de Oliveira (1994), "Bodas de prata", RdA (1994), und Giannotti (1994).

res Rurais Sem Terra) mit Härte vorging, die (seit Collor) "konservativste" und "anti-nationalistischste" Exekutive.¹⁷⁶ Seine radikale Kritik verließ aber auch für den 1995 und 1997 zum Institutspräsidenten wiedergewählten Giannotti, der mit seiner Integrität die interne Spaltung überwinden und Mittel eintreiben sollte, das Terrain eines rationalen Dialogs. Auch der *Cebrap* hatte also sein – im Rückblick auf das Wahlkampfjahr 1994 – Talsohle nicht ohne personelle Verluste durchschritten.

Der *Cedec* wurde zwar von der politischen Opposition zu Cardoso geeint, kämpfte jedoch nach dem Verlust der beiden Gründer Weffort und Moisés und einer teils kritischen Evaluierung (Jelin/Graham 1992) ebenso mit Problemen. Nach dem bis dahin nur halbherzig vollzogenen Generationswechsel etablierte sich nun eine aus jüngeren Institutsgründern bestehende Führungsgruppe, die der Nachwuchsausbildung mehr Gewicht geben wollte.¹⁷⁷ Mit dem zum 20-jährigen Institutsjubiläums betonten Streben nach sozialer Demokratie und Austausch zwischen Wissenschaft und Politik sollte der Forschungsschwerpunkt "inclusão/exclusão" (RdA 1996: 11) die nach Aufgabe des zivilgesellschaftlichen Forschungsfeldes verlorenen komparativen Vorteile wiedergewinnen und fehlende *race-* und *gender-issues* (Jelin/Graham 1992: 35) bearbeiten.

Auch über die beiden Institute hinaus belebte Cardosos Einbindung der Denker aus Rio und São Paulo die intellektuellen Debatten. Bei dieser in *revistas* und Qualitätspresse ausgetragenen Diskussion ging es nicht nur um das Für und Wider der von Cardoso eingeleiteten "Modernisierung des brasilianischen Kapitalismus", sondern auch um die Frage der Gestaltungsmöglichkeiten von kompetenten Intellektuellen und kooptierten Sozialwissenschaftlern in einer noch weit von

176 Nach Giannottis und de Oliveiras anfangs gemeinsamen Hoffnungsbekundungen ("Para Cebrap, governo FHC não pode fracassar", FSP, 19.3.1995) verschärfte de Oliveira bald seine Kritik an Cardoso – vgl. "Governo FH é conservador" (JB, 13.6.1996); "O reino de 20 anos" (FSP, 13.10.1996) und de Oliveira (1998). Trotz Aufgabe der Forscherstätigkeiten und Wechsel an den *Núcleo dos estudos da violência* der USP blieb er bis 1999 formal *diretor responsável* von NE.

177 Unter der seit 1993 amtierenden Präsidentin Amélia Cohn wechselten sich die Politikwissenschaftler Castro Andrade, Pedro Jacobi und Tulo Vegevani als Vizepräsident, Schatzmeister und Sekretär ab (vgl. A. Cohn, "Vinte anos do Cedec", LN, Nr. 39, 1997). Wefforts unerwähnte Abwesenheit bei der offiziellen 20-Jahr-Feier des Instituts deutet einen tiefen Bruch an.

undemokratischen Traditionen geprägten Politik.¹⁷⁸ Im Umfeld der Institute waren in den späten 1990er Jahren zusammenfassend drei Haltungen zu erkennen (Hollensteiner 1998: 66). Erstens die Gruppe der ehemaligen Mitte-Links-*paulistas*, die zu Politikern und Regierungsvasallen mutiert waren. Diese Gruppe bestand zum einen aus langjährigen, dem Präsidenten seit den späten 1960er Jahren politisch verbundenen und meist zuvor im PSDB aktiven Weggefährten (wie Faria, Rodrigues oder Serra), zum anderen aus den kooptierten ehemaligen PT-Köpfen Moisés und Weffort, die trotz des PFL auf sektorale Reformmöglichkeiten (z.B. Kulturpolitik) verwiesen. Beide Gruppen mäßigten trotz anhaltender Demokratierhetorik nicht nur ihre politischen Veränderungsideale, sondern schlossen auch Frieden mit den kritisierten traditionellen Eliten.¹⁷⁹ Zweitens die nicht parteigebundenen Sympathisanten oder Kritiker Cardosos, die – oft verstärkt durch biographische Verbundenheit – Integrität und Reformwillen des Präsidenten betonten, zugleich aber dessen Behinderung durch die konservativen Bündnispartner und strukturellen Reformblockaden beklagten. Beispielhaft waren Giannotti, der (trotz Mitarbeit im informellen Beraterkreis *Grupo de Análise e Pesquisas* [JB, 27.8.1995]) aufgrund der wenig skrupellosen Verfassungsänderung zur Wiederwahl und des rüden Umgangs mit dem MST seine Kritik an Cardosos “despotismo esclarecido” wiederholte, die moralischen Ehrenerklärungen von Schwarz oder Cohn sowie dos Santos’ ausgewogene Analyse des ersten Regierungsjahres.¹⁸⁰ Sie alle wahrten trotz Loyalitäten ihre Unab-

178 Erneut tat sich die FSP-Kulturbeilage *mais!* hervor, die am 13.10.1996 Cardoso (“FHC põe as coisas no lugar”) wie seinen Kritikern Alencastro, de Oliveira und Schwarz (“O descompasso entre teoria e praxis”) Platz gab. LN veröffentlichte ein kritisches Interview mit Cardoso (Nr. 36, 1997); NE widmete das Jubiläumshft Nr. 50 (März 1998) der kritischen Auseinandersetzung mit der Regierung.

179 ‘Spektakulär’ war Wefforts öffentliche Ehrenerklärung für den PFL-Patriarchen Antonio C. Magalhães: Hatte er ihn als “segmento do poder estabelecido [...] que tem toda uma corte de miséria, desigualdades, privilégios e violências” verurteilt (FSP, 20.3.1994), schrieb er ihm nun “muita sensibilidade social” zu. Vgl. “Weffort elogia ACM e acha que PT não fará mudanças” (FSP 10.7.1995) und die Replik “ACM se diz sensibilizado com Weffort” (FSP, 11.7.1995). Zu Giannottis anhaltender Kritik an den traditionellen Eliten vgl. “Amigo de FH ataca Sarney, ACM e petistas” (JB, 9.5.1996).

180 Vgl. u.a. J. A. Giannotti, “O presidente está só” (*Isto é*, 7.6.1995); “O Velho está se apodrecendo” (JB, 27.8.1995); “Fernando Henrique tem que abandonar despotismo” (JB, 17.2.1997); die gemäßigten Kritiker G. Cohn (“Entre estruturas e estratégias”, FSP, 13.10.1996), R. Schwarz (“FHC e a chanchada”, FSP, 1.6.1997)

hängigkeit, mit der sie Cardosos übergroßen Pragmatismus und auf Dekreten beruhenden autoritären Politikstil wie die auf dem ökonomischen Globalisierungsprimat basierenden sozialen Defizite anklagten. Drittens sind die meist dem PT nahestehenden oppositionellen Intellektuellen zu nennen, die Cardosos uneingelöste Reformversprechen, die Abhängigkeit von den PFL-Eliten und den Rechtsruck des PSDB (die so genannte *arenização*) verurteilten und ihn für anhaltende Demokratisierungsdefizite verantwortlich machten. Mit einigen *Cebrap*- und *Cedec*-Mitgliedern wie Cariocas und Mineiros stellten sie die Regierungsrationalität und das wirtschaftliche Stabilitätsprimat in Frage (Barboza Filho 1995: 154) und lobten gegenüber dem “*consenso dos bacharéis*” (de Alencastro) Distanz und Staatsferne als Intellektuellentugenden.¹⁸¹ Die Debatte erlahmte im Wahlkampfsjahr 1998 spürbar – während Wahlumfragen und PT-interne Konflikte klare Kräfteverhältnisse zugunsten Cardosos signalisierten, glaubten auch seine Anhänger immer weniger an eine “linksintellektuelle Politik”. Zum Dekadenende waren nicht nur die Kerngruppen, sondern auch die Reformhoffnungen zerfallen.

3. Zwischenspiel: Gruppengeschichte und Transitionsverlauf

Usually artists and intellectuals are the first to manifest public opposition to authoritarian rule, often before the transition has been launched. Their capacity to express themselves in oblique metaphors no doubt protects them as does their membership to the de facto world system of cultural exchange (O'Donnell/Schmitter/Whitehead 1987: 49f.)

Das Urteil, dass Dauer, Verlauf und Konstellation der Transitionen in Argentinien und Brasilien kaum größere Unterschiede aufweisen

und die IUPERJ-Debatte “O primeiro ano do Governo FHC” (*Caderno de Conjuntura*, Nr. 53, 1996). Am ausgewogensten war W. G. dos Santos' Beurteilung (ebd.: 5-16): Er lobte Cardosos Außen- und Anti-Inflationspolitik, kritisierte aber die Einschüchterungen des Parlaments und die auf *medidas provisórias* ruhende Regierungstechnik und bezweifelte, dass aus dem Wahlbündnis eine Regierungsalianz werden könne.

181 Vgl. Amaral (1995), die Beiträge von de Oliveira und des *Veja*-Kolumnisten de Alencastro (“O ocaso dos bacharéis” in *FSP-mais!*, 13.10.1996, bzw. NE, Nr. 50, 1998) sowie M. V. Benevides, “Podres poderes” (*FSP*, 15.2. 1998).

könnten (O'Donnell 1987: 8), enthält trotz seiner Zuspitzung zentrale Einsichten: Trotz gleicher historischer Bewegung boten die beiden Regimeübergänge – *transition by collapse* vs. die aus einer *transition by imposition* entstandene *transition through transaction* – für die Entwicklung der Intellektuellen unterschiedliche Kontexte (Üb. 1).

Große Differenzen wiesen zunächst die bürokratisch-autoritären Regime auf, die nach Konstituierung der ersten intellektuellen Kerne (PyP und SdM) entstanden und den Handlungsrahmen für deren Erweiterung und Neuorganisationen – PdV und vermittelt *Controversia* bei den Argentinern, *Cebrap* bei den *paulistas* – absteckten. In Argentinien gelang es den militärischen Machthabern weder 1966-1973 noch 1976-1983, über die in- oder extensive Repression hinaus breitere gesellschaftliche Akzeptanz zu erlangen. Trotz ihrer Bewunderung der brasilianischen Kollegen (Rock 1985: 346) waren sie ökonomisch erfolglos und verhinderten mit der Ausschaltung der gesellschaftlichen Vermittlungskanäle nicht nur die Artikulation der Opposition, sondern auch die Möglichkeit der eigenen politischen Legitimation. In Brasilien dagegen führten die Militärmachthaber das Land mit einem forcierten "abhängig-assozierten" Wachstum unter die zehn größten Industrienationen und gingen politisch-institutionell erfolgreichere Wege. Zum einen waren Zensur und Repression – bis auf die ersten Jahre unter Médici – weit gemäßigter und tolerierten einen gemäßigten Pluralismus in Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft; zum anderen ermöglichte die Beibehaltung von Parlament, Wahlen und Parteien trotz Behinderung und Kontrolle eine begrenzte politische Interessenartikulation. Während die argentinische *Junta* die Opposition mit Härte verfolgte und Gegner – wie die späteren CCS-Gründer – ins innere oder äußere Exil zwang, gestand das brasilianische Militär den gemäßigten Gegenstimmen institutionelle Nischen zu.¹⁸² Während es insgesamt eine auch der verantwortungsvollen Opposition zugängliche Rationalisierung von Politik vollzog und die demokratische Rhetorik beibehielt, blieben die argentinischen Generäle dieser verschlossen und beschränkten sich meist auf Ausübung von Gewalt. Das lag auch

¹⁸² Die Differenz wird auch in schieren Zahlen deutlich: Während der Terror der argentinischen *Junta* geschätzte 30.000 Todesopfer und hunderttausende Exilanten forderte, verzichteten die brasilianischen Generäle auf Massenmord, verursachten aber ca. 10.000 Exilanten und entzogen qua AI-5 knapp 5.000 Menschen (u.a. 300 Professoren, 500 Politiker) die Bürgerrechte (Keck 1992: 52).

an dem unterschiedlichen Verhältnis zwischen *hard-* und *softliners* im zivil-militärischen Machtblock: Während in Brasilien die Gemäßigten meist die Oberhand behielten (1964-1968, 1974-1985) und infolge des selbst initiierten ökonomischen Wandels auch Veränderungen im Herrschaftsmodell akzeptierten, waren in Argentinien – bis auf die gescheiterte Öffnung unter Viola – die *hardliners* dominant, womit der PRN selbst weitgehend erstarrte und schließlich unter dem akkumulierten Veränderungsdruck zusammenbrach (Philip 1984).

Vor allem die Transition zur Institutionalisierung der Demokratie, in denen in beiden Ländern die Erweiterung und Neuorganisation der Gruppen stattfand, wies über den unterschiedlichen Auslöser hinaus – in Argentinien wurde sie durch die militärische Niederlage der Machthaber von außen, in Brasilien durch die veränderte Legitimierungsstrategie von innen eingeleitet – große Differenzen hinsichtlich Dauer, Modus und Verlauf sowie Akteurs- und Kräftekonstellationen auf. In Argentinien kam es nach dem Zusammenbruch des Militärs aufgrund eindeutiger Kräfteverhältnisse in nur 15 Monaten zu freien Wahlen und der Errichtung neuer demokratischer Institutionen. Der schnelle Regimewechsel beruhte aber (neben dem Verzicht auf eine neue Verfassung) weniger auf der Stärke der demokratischen als auf der umfassenden – ökonomischen, politischen und moralischen – Delegitimation der autoritären Akteure (Waisman 1987; Vacs 1987), die auf den Übergangsverlauf nur wenig Einfluss nehmen konnten und (einzigerartig unter den lateinamerikanischen Transitionen) wegen ihrer Vergehen in der neuen Demokratie zunächst zur Verantwortung gezogen wurden. In Brasilien dagegen führte die länger als die autoritäre Herrschaft (1964-1973) andauernde, von den Militärs initiierte und lange kontrollierte Transition erst mehr als eine Dekade später zur Amtsübernahme des ersten Zivilpräsidenten (1985), einer neuen Verfassungsgebung (1987) und der Direktwahl des Staatsoberhauptes (1988) (Martins 1987; Skidmore 1989). Sowohl in der von Geisel eingeleiteten *distensão* (1974-78), in der die Machthaber der verantwortlichen Opposition neue Spielräume einräumten und weiter die Regeln bestimmten, als auch in der von Figueiredo initiierten *abertura* (1979-85), in der die Demokratisierung mit Parteienreform und ersten freien Wahlen auf Institutionen- und Akteursebene verankert wurde, bestand ein großes Maß an Verhandlungen und im- und explizitem Paktieren zwischen gemäßigten Regimes und Oppositionseliten. Dabei akzep-

tierten die demokratischen Kräfte lange für sie nachteilige Spielregeln, konnten aber durch ihre Mobilisierung in Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft sowie in Wahlen und (neuen) Parteien den Öffnungsdruck erhöhen und nach 1982 zwar nicht das Heft in die Hand nehmen, aber die charakteristische Dialektik zwischen “regime concession and societal conquest” (Stepan 1989: viii) zu eigenen Gunsten verändern.

Im Hinblick auf jene Phase, in der “Normen, Institutionen und Interessen noch nicht in eine akzeptierte Balance gebracht worden sind” (Merkel/Puhle 1999: 136), verwiesen die Merkmale auf einen stark unterschiedlichen Verflüssigungsgrad der Akteurs- und Kräftekonstellationen. Während in Argentinien nur innerhalb der Übergangsphase 1982/83 eine kurze Verflüssigung stattfand, dauerte sie in Brasilien weit länger und erstreckte sich über *distensão* und *abertura* bis zur Verfassungsgebung 1987/88 in der *Nova República*. Auch die wegen des “sanften Übergangs” und der Kanalisierung von politischem und sozialem Konfliktpotential meist als erfolgreich geltende brasilianische Transition (Munck 1991: 129) hatte aber ihren Preis. Anknüpfend an die lange Dominanz der Militärs und den anhaltenden Einfluss ihrer zivilen Eliten bestand dieser nicht nur im Verzicht auf öffentliche Vergangenheitsbewältigung, sondern auch in der trotz äußerem Akteurswandel großen Kontinuität der strukturellen Machtverhältnisse, mit der Politik in Brasilien ein elitenzentriertes “gentlemen’s agreement” blieb (O’Donnell 1992: 45).

Auch die Konsolidierung der neuen Ordnung – von der die Rede ist, wenn alle relevanten Akteure ihre Konflikte über demokratische Regeln und Institutionen austragen (Merkel/Puhle 1999: 138) – barg Unterschiede, die auch das Wirken der Intellektuellengruppen beeinflusste. In Argentinien waren die zivil-militärischen Beziehungen, die ökonomische Leistungsfähigkeit und das institutionelle Zusammenspiel problematisch. Der Regierungswechsel zu Menem bestätigte die Akzeptanz der wichtigsten demokratischen Spielregeln, aber auch neue Defizite in der Gewaltenteilung und demokratischen Kontrollfunktionen (Carreras 1996). In Brasilien führten die *Constituinte* und der erste direkt gewählte Zivilpräsident einige aus der Transition entstandenen Konsolidierungsprobleme vor Augen, die neben der grossen “sozialen Schuld” im Übermaß an Korruption und Klientelismus der politischen Eliten sowie der Fragmentierung und Instabilität des Parteiensystems (Linz/Stepan 1996: 171f.) bestanden. Die Absetzung von

Collor Ende 1992 deutete auf eine Stärkung demokratischer Kontrollmechanismen und eine "institutionelle Selbstreinigung" (Nolte 1995), die einige mit der Wahl von Cardoso weitergeführt sahen.

Die Transitionsprozesse beider Länder stellten also unterschiedliche und oft widersprüchliche Rahmenbedingungen für die Spielräume der demokratischen Kräfte und Intellektuellen in Exil, Widerstand oder Opposition dar. Hatte in Argentinien die Repression die Entwicklung der Linksinellektuellen behindert, gab ihnen der schnelle Regime-Zusammenbruch Auftrieb; besaß in Brasilien die gemäßigte Opposition eingeschränkte Organisationsmöglichkeiten und musste auch während des Übergangs die Dominanz der Generäle hinnehmen, eröffnete ihr die Transition langsam weitergehende Spielräume. Die Kräfteverhältnisse schienen in Argentinien zunächst vorteilhafter – dort war die Opposition vor dem Falkland-Malvinas-Krieg nur wenig organisiert, erlangte aber schnell institutionelle Gestaltungsmacht; in Brasilien war sie in Zivilgesellschaft und Parteien vielfältig organisiert, konnte dem Regime aber nur wenige neue Spielregeln abringen. Der Blick auf die interne Akteurskonstellation relativiert dieses Urteil: Während in Argentinien der Einfluss der demokratischen Akteure in Presse, Zivilgesellschaft und Parteien nach dem Höhepunkt wegen der Organisationsschwäche oder der Kürze der Transition bald abnahm, wuchs er in Brasilien dank ihrer Vielfalt, Organisationsstärke und Bündnispolitik lange weiter.¹⁸³ Schließlich waren auch die für Intellektuelle wichtigen Modi, Einstellungen und Interaktionsformen unterschiedlich. Weil in Argentinien demokratische Institutionen und Verhaltensweisen seit 1930 durch den Zyklus von Autoritarismus und Gewalt ausgehöhlt waren (Canclini 1983), traten viele politische Akteure ohne Vorbereitung in die Demokratie ein und mussten deren Einmaleins erst lernen. Weil wegen der klaren Kräfteverhältnisse weder zwischen Regime und Opposition noch innerhalb der demokratischen Kräfte größerer Verhandlungsbedarf bestand, war der Interak-

183 In einer vereinfachten Kräftebalance zwischen autoritären und demokratischen Kräften kam es in Argentinien zur Schwächung des Staats und Stärkung der demokratischen Akteure und Parteien, die nach 1983 aber wieder abnahm, in Brasilien dagegen langfristig zur Stärkung von Staat und Opposition (Stepan 1985). Während es dort gleich einer *positive-sum*-Beziehung auf beiden Seiten zur Stärkung der demokratischen Kräfte gekommen ist, glichen sich in Argentinien Gewinn und Verlust beider Seiten (*zero-sum*) aus.

tionsgrad unter den politischen Eliten gering. In Brasilien erlaubten nicht nur der Wandel von einer *transition by imposition* zu einer *transition through transaction*, sondern auch die lange wachsende, immer ausgeglichene Verhandlungsdichte den oppositionellen Kräften politische Einfluss- und Interventionspotentiale, sofern sie Elitenzentrierung und ideologische Kompromisse in Kauf zu nehmen bereit waren (vgl. Übersicht 1). Bedeuteten Kompromisse und Pakte einerseits einen friedlichen Übergang zur Demokratie, waren sie andererseits auf einem demokratietheoretisch ambivalenten und fragwürdigem Weg zustande gekommen (Merkel/Puhle 1999: 132).

Die unterschiedlichen *opportunity structures* machten sich auch bei Gründung, Expansion und Zerfall der Intellektuellengruppen bemerkbar. In beiden Ländern bestanden die Kerngruppen in ihren unterschiedlichen Entwicklungsphasen ca. zwei bis drei Dekaden, bevor die an den theoretischen und politischen Bindungen in der Demokratie entzündenden Konfliktmomente Überhand nahmen. Nach der Konstituierung der historischen Gruppenkerne – SdM und PyP – im populistischen oder semi-autoritären Kontext bemühten sich die geringfügig erweiterten Kerne unter den beengten Freiräumen von Autoritarismus (*Punto de Vista*, *Cebrap*, *Cedec*) und vermittelt Exil (*Controversia*) einerseits um ihre Festigung und Abschottung nach außen, eruierten andererseits – mittels Wissenschaft und Kulturkritik – schon zu Zeiten des autoritären Regimes Wege zur organisatorischen Erweiterung und demokratischen Erneuerung. Wurden sie in beiden Ländern schon vor Beginn der Transitionsphase – PdV 1981/82, *Cebrap* 1971/72, *Cedec* 1976/77 – öffentlich aktiv, handelten sie in unterschiedlichen Kontexten: Die späteren CCS-Gründer bewegten sich im Untergrund oder Exil, die *paulistas* in einer tolerierten Nische. Mit nachlassender autoritärer Bedrohung und dem Beginn des – in Argentinien späten, aber schnellen, in Brasilien frühen, aber langsamen – Übergangsprozesses zur Demokratie weiteten die teils erneuerten und vergrößerten Gruppen ihre öffentlich-politischen und wissenschaftlichen Aktivitäten aus und erreichten nun größere Sichtbarkeit.

Der Konstitutionsprozess in der Demokratie weist bei genauerem Hinsehen aber auch einen wichtigen Unterschied auf. Während der CCS kurz nach dem vorläufigen Abschluss der Institutionalisierung der neuen Demokratie entstand, hatten sich die beiden *paulista*-Institute schon während des Übergangs konstituiert – der *Cebrap* be-

reits zur Hochzeit der Repression und vor Beginn der *abertura*, der *Cedec* gegen deren Ende inmitten des Ringens um *abertura*. Die Institute und Protagonisten der *paulistas* begannen also, vor oder inmitten einer Verflüssigungsphase zu wirken, in der die alten (autoritären) Normen und Institutionen ihre Wirkung zu verlieren begannen, während die neuen (demokratischen) Prinzipien noch nicht etabliert waren und deshalb für sie selbst wie für andere Akteure vielfältige Einflusschancen und Spielräume boten. Der CCS dagegen konstituierte sich Mitte 1984 in einem Moment, in dem sich die neuen demokratischen Akteure, Institutionen und Interaktionsprozesse nach dem Aufbruch und der Verflüssigung der Übergangsphase 1982/83 für alle Seiten schon wieder zu verfestigen begannen – und der trotz der Konjunktur der politischen Mitte-Links-Kräfte deshalb strukturell weniger günstig war. Während die *paulistas* auf die auszutarierende Waage der Kräfte und – besonders deutlich bei den neuen Parteien – auf die Konstitution wichtiger Akteure “in the making” Einfluss nehmen konnten, wirkten die CCS-Akteure zu einem Zeitpunkt, in dem die Akteurs- und Kräftekonstellation noch nicht völlig verfestigt, aber schon zentrale Konstellationen und Konfliktlinien (z.B. zivil-militärische Beziehungen, PJ-UCR-Konflikt) entstanden waren. Hatten die *paulistas* qua Transitionsverlauf einen vielfachen Startvorteil, besaßen die CCS-Köpfe mit dem späteren Start einen Rückstand in ihren Beziehungen zur Politik.

In der Blütephase ihres öffentlichen Wirkens – die bei den *paulistas* die zweite Hälfte der 1970er Jahre und frühen 1980er Jahre, in Argentinien die zweite Hälfte der 1980er Jahre umfasste, kam es zugleich zu Funktionswandel und Pluralisierung innerhalb des Kollektivs. Indem die Gruppen und Protagonisten begünstigt durch die Verflüssigung der Strukturen ihre öffentlichen und politischen Aktivitäten erweiterten (oft an der Seite neuer Akteure), die politischen Optionen zu divergieren und Arbeitsschwerpunkte aus dem Institut zu verlagern begannen, rückten gemeinschaftliche Bindungen aus Exil oder Widerstand bzw. der gruppenbezogene Wirkungsrahmen in den Hintergrund. Die Expansion im Rahmen der neuen Demokratie barg mit seiner Individualisierung – gleich dem kollektiv zu zahlenden Preis des Erfolgs – schon die Keime einer langsamen Fragmentierung der historischen Gründerkerne in sich. Diese in beiden Gruppen ähnliche Bewegung – Abnahme gemeinschaftlicher, Zunahme zweckrationaler

Bindungen – war in Wechselwirkung mit Organisation und Beziehungen zu politischen Akteuren unterschiedlich intensiv. Während die *paulista*-Kerngruppen sich mit dem politischen Engagement einzelner ab den frühen 1980er und bis Mitte der 1990er Jahre auflösten, setzte der Zerfallsprozess von CCS (und *revistas*) später ein und war weniger umfassend. In beiden Ländern brachten die Entfaltungsmöglichkeiten in freier Öffentlichkeit und demokratischer Politik die Ausdifferenzierung und Pluralisierung der Gruppen unterschiedlich voran.

Vor der Reflexionsfolie dieser Ausgangsbedingungen, die eine erste Annäherung an die in vielen ideellen, organisatorischen und politischen Aspekten unterschiedliche Entwicklung der Gruppen darstellt, sollen im Folgenden einige Fragen näher erhellte werden: Warum verlor der CCS als zivilgesellschaftliches Diskussions- und Bildungsforum trotz der Nähe zu aufsteigenden politischen Akteuren bzw. Opposition zu Menem zunehmend an öffentlich-politischem Einfluss? Wie konnte der *Cebrap* in dem Unterdrückungskontext der frühen 1970er Jahre zum Refugium der von der USP verbannten kritischen und aufstiegsorientierten Sozialwissenschaftler werden; wie entstanden, trotz des langen oppositionellen Wirkens der *paulistas* im Transitionsverlauf, großer Einfluss und Verflechtungen mit der politischen Klasse? Warum war das *desencanto*-Phänomen, das als die Ernüchterung einiger Elitegruppen über die unerfüllbaren Reformideale ein Merkmal v.a. paktierter Übergangsprozesse ist, bei den CCS-Protagonisten zyklisch wiederkehrend, warum war es bei den *paulistas* trotz Einsicht in strukturelle Reformblockaden weniger stark? Warum wechselte ein beträchtlicher Teil der *paulistas* in die Politik, während die CCS-Intellektuellen ihrem Selbstverständnis treu blieben? Warum kam es also zu einer oft gegensätzlichen Entwicklung – und wird die Dichotomie Aufstieg vs. Randlage den Unterschieden gerecht?

C – Entwicklungsmuster im Vergleich

IV. Ideen

1. Die Wende zur Demokratie: Ursachen, Etappen, Einflüsse

As the symbolic embodiment of the alternatives to dictatorship, democracy came to mean any number of things, including [...] an end to arbitrary detentions, torture and murder, the recovery of liberal institutions [...] as well as structural transformation in favour of the popular classes (Barros 1986: 49).

Sozialwissenschaftliche Intellektuelle bieten Deutungs-, Erklärungs- und Orientierungsmuster zur gesellschaftlichen Entwicklung an. Wie die *intelectuales-políticos* des 19. Jahrhundert oder die *pensadores* der 1930er Jahre nahmen auch die untersuchten Gruppen ab den 1960er Jahren intensiv an der Diskussion über Politik und Gesellschaft teil. Nachdem sie sich aus neo-marxistischer Sicht Dependenz und Revolution gewidmet hatten, stellten sie ab den frühen 1970er Jahren die Aufwertung der liberalen Demokratie in den Mittelpunkt. Ihre "demokratische Wende" war keine abstrakte Kopfgeburt, sondern ein oft widersprüchlicher Erkenntnisprozess im Kontext politisch-gesellschaftlicher und biographisch-lebensweltlicher Umbrüche.

Ideengeschichtlich wurde die liberale Demokratie aus mehreren Gründen zum neuen politischen Leitbild: Zum einen hatten linke Ideale wie Revolution oder Sozialismus Schiffbruch erlitten, sei es durch erzwungenes Scheitern (Allende in Chile), sei es durch die totalitären Varianten im Ostblock. Zum anderen ließ die Zerstörung des Rechtsstaats und die Erfahrung von Repression und Folter viele Linksintellektuelle die als "formal" verurteilten liberalen Bürger- und Freiheitsrechte schätzen lernen (Werz 1992: 211).¹ Damit wurde die "demokra-

1 Frühe Wegmarken der Demokratiediskussion waren u.a. das CLACSO-Seminar zu "Las condiciones sociales de la democracia" (Costa Rica 1978) sowie die beiden FLACSO-Konferenzen zu "Estado y política en América Latina" (Mexiko 1981) und "Qué significa hacer política" (Santiago de Chile 1982).

tische Ideologie" (Flisfish 1983) zu einem Hoffnungsbanner für eine Vielzahl von Reformideen, die von liberaler Elite- und Konkurrenzdemokratie bis Partizipation der Unterschichten reichten und einer traditionell autoritären politischen Kultur (Mols 1985: 19ff.) entgegenstanden. Die mal als Kehrtwende, mal als sanfte Richtungsänderung vollzogene Bewegung ließ den Diskurs um folgende Fragen: War es möglich, sich liberalen Prinzipien anzunähern, ohne den kapitalismuskritischen Veränderungsanspruch aufzugeben? Konnten Pluralismus und liberale Demokratie in Lateinamerika auf eine Ordnung jenseits von Abhängigkeit und Elitenherrschaft verweisen? Wie waren die in beiden Ländern wegen autoritärer und populistischer Traditionen schwachen demokratischen Grundfeste einzuschlagen, wie konnte die Kluft zwischen Sozialismus und Liberalismus, formal-prozeduralen und sozial-substantiellen, repräsentativen und plebiszitären Demokratieaspekten überwunden werden?

Trotz struktureller kontinentaler Ähnlichkeiten brachte die Wende zur Demokratie verschiedene nationale Varianten hervor (Lechner 1985: 19), die als ideeller Kern des öffentlichen Engagements der Intellektuellen fungierte. In den beiden Ländern können drei verschiedene Momente abstrahiert werden: In der ersten Phase lösten sich die jungen Intellektuellen von den Orthodoxien der (kommunistischen) Linken, was in den späten 1950er (*paulistas*) oder frühen 1960er Jahren (*gramscianos argentinos*) vor Machtübernahme der Militärs geschah. In der besonders erörterten zweiten Phase machten die zwischen Politik und Wissenschaft pendelnden Soziologen die Demokratie zum Diskursmittelpunkt und versuchten, linkes reformmarxistisches mit liberalem politischen Denken zu verbinden. Bei den Argentinern umfasste diese Periode – von den späten 1970er bis zu den späten 1980er Jahren – den *Controversia*-Diskurs sowie PdV-Anfänge und CCS-Gründung; bei den *paulistas* – von Anfang der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre – die ersten 15 *Cebrap*-Jahre, das *Opinião*-Engagement, die *Cedec*-Anfänge sowie Cardosos *Democracia para mudar*-Kampagne. In einer dritten Phase differenzierten sich die Diskurse ab den späten 1980er Jahren weiter aus und gingen über in die Reflexion der neopopulistischen Krisenerscheinungen und des Abschieds – trotz anhaltender Emanzipationsrhetorik – von linken Idealen.

Während es anfangs also gleich einem Vorlauf um Kritik und Distanz von dependenztheoretischen oder revolutionären Orthodoxien ging, ohne das reformmarxistische Denken zu verlassen, rückten in der zweiten Phase – der eigentlichen Wende – die Fragen des Aufbaus einer liberaldemokratischen und zugleich progressiven Ordnung in den Mittelpunkt. Indem politische Akteure nicht länger allein durch Klassenlage konstituiert und die Herrschaft der Arbeiterklasse nicht als Synonym für mehr Demokratie galten, konnte Interessenvermittlung nach liberal-pluralem Muster sowie Politik als eigenständige, der ökonomischen Basis nicht untergeordnete Sphäre gedacht werden (Ehrke 1984: 87; Chilcote 1994: 217). Die Annäherung von liberalen und linken Demokratieideen sollte in ein progressiv-reformistisches Transformationsprojekt münden. Zum einen wollten die Intellektuellen zeigen, dass liberale Institutionen gerade im Rahmen von peripherem Kapitalismus und autoritären Traditionen neue Partizipationschancen eröffneten; andererseits erinnerten sie daran, dass diese mit einer sozialen und ethischen Dimension ergänzt werden mussten, um dauerhaft breitenwirksam zu werden.² Mit dem oft mehr *idealiter* denn *realiter* zu markierenden Übergang von zweiter zu dritter Phase löste schließlich eine kontextorientierte Problematisierung die kategoriale Forderung von Demokratie ab.

1.1 Der Vorlauf: Vergangenheitsbewältigung und Revision

Der Anfang beider Kerngruppen bestand in einer kritischen statt imitativen Aneignung des Marxismus, die Mitte der 1960er Jahre auch zum direkten Kontakt zwischen beiden führte. Mit den heterodoxen Marx-Lektüren kamen SdM- und PyP-Gründer bis zu den frühen 1970er Jahren aber auf unterschiedliche Wege.³

2 Auch die Titel von Wefforts Buchveröffentlichungen spiegelten den Übergang: Nach der die sozialistische Utopie wahrenenden Begründung *Porquê democracia?* (1984) akzeptierte *Qual democracia?* (1991) die kapitalistische Perspektive.

3 Die v.a. im historisch-dialektischen Prinzip und der PC-Kritik bestehenden Übereinstimmungen gipfelten Ende 1963 in einer Reise Giannottis nach Córdoba sowie in seinem ("Marxismo, técnica y alienación", Nr. 5-6, 1964) und Cardosos ("El método dialéctico en el análisis sociológico", Nr. 7-8, 1964) PyP-Beitrag.

La democracia no era un término ajeno a nuestro vocabulario de izquierda [...]. Tradicionalmente su utilización en nuestro quehacer político era instrumental, más una táctica que un objetivo. Al cabo, el socialismo era en sí mismo la democracia (Portantiero 1988: 8).

Die jungen PyP-Intellektuellen waren insofern unorthodox, als sie den Kampf für den Sozialismus auf eine historisch-dialektische Analyse der nationalen Spezifika gründen wollten. Angesichts ihrer Kritik an den argentinischen Kommunisten wurden Marx und Gramsci zu Gewährsmännern für ein "national-populäres", die peronistischen Massen bewegendes Transformationsprojekt. In den frühen 1970er Jahren verurteilten sie einerseits den Stalinismus als "montruosidad política y ética" (Portantiero 1971: 105), verbanden andererseits leninistisch-maoistische Avantgardeideen mit dem peronistischen Appell ans Volk. Aricó und Portantiero riefen in der zweiten PyP-Folge nicht offen zur politischen Gewalt auf, rechtfertigten aber deren Gärungsfunktion für die Machtübernahme der Massen. Die *montoneros* sollten demnach zu einer sozialistischen Umgestaltung des Peronismus beitragen (Aricó 1988: 77-81),⁴ bevor das Scheitern der Regierung Cámpora, die Eskalation des Bürgerkriegs und der Zusammenbruch institutioneller Ordnung für sie nachhaltig prägende Frustrationserfahrungen darstellten.

Die jungen *paulistas*, die sich durch das politische Scheitern des Entwicklungsnationalismus 1964 bestätigt sahen,⁵ hatten ihre marxistischen Orthodoxien bereits bis zu den frühen 1970er Jahren revidiert. Dabei eigneten sie sich Marx als Modernisierungs- statt als Revolutionstheoretiker an und hoben auf theoretisch-methodologische statt politisch-praktische Aspekte seines Denkens ab (Cardoso 1988: 31; da Silva 1997). Anders als PyP beharrten die SdM-Mitglieder auf der Differenz zwischen Theorie und Lebenspraxis und machten eine kriti-

4 "La experiencia cubana y argelina revalorizan la posibilidad de la violencia como levadura necesaria del nuevo sistema" (J. Aricó, zit. n. Terán 1991: 147). Zur "strategischen Sympathie" mit den *montoneros* vgl. rückblickend und selbstkritisch Portantiero (1991) und Aricó (1988: 75-81), der aber auch relativierte: "No fue necesario que nos manifestáramos en contra del método democrático [...] porque no era defendido por nadie" (ebd.: 76).

5 In der Anfang 1964 beendeten Studie *Empresário industrial e desenvolvimento econômico no Brasil* zeigte Cardoso, dass die heimischen Unternehmer nicht als entwicklungsnationalistische Lokomotive fungierten, sondern mit dem Status quo als Juniorpartner im abhängigen Kapitalismus zufrieden seien (1972: 13-16).

sche, aber autonome Wissenschaft zu ihrem Leitbild. Den an der USP Verbliebenen ging es darum, den auf einem flexiblen Instrumentarium ruhenden akademischen Marxismus trotz des autoritären Kontexts institutionell zu festigen.⁶ Die Exilanten widmeten sich der Analyse politischer und ökonomischer Abhängigkeitsverhältnisse. Cardosos frühes *Opus magnum* "Dependencia y desarrollo en América Latina" argumentierte doppelt gegen die neoimperialistischen Orthodoxien. Zum einen hob es die Bedeutung der nicht von der Basis bestimmten politischen Akteure hervor (Lehman 1986: 32); zum anderen sah es statt der vermeintlich unausweichlichen Verelendung der Peripherie eine Möglichkeit "abhängig-assoziiertes" Entwicklung (Cardoso 1973a). Cardosos historisch-strukturelle Dependenztheorie (Lauga 1995: 77) und sein Plädoyer für eine spezifisch nationale Analyse abhängiger Gesellschaften sollten den Diskurs der *paulistas* zunächst entscheidend prägen.⁷

Insgesamt vollzogen die *paulistas* in den frühen 1970er Jahren jene Revision der marxistischen Orthodoxien, die einen späteren (bei CCS-Gründern notwendigen) Bruch mit der eigenen Vergangenheit unnötig machten. Die frühe Abgrenzung gegenüber der politischen Gewalt und revolutionären Linken war nicht nur die wichtigste Bedingung für die Tolerierung des *Cebrap* durch das Regime, sondern auch der Kern des späteren reformistischen Demokratiediskurses (Martins 1996: 56).⁸ Die Flexibilisierung des *dependencia*-Ansatzes ebnete zugleich einer Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Ökonomie und Politik den Weg (Puhle 1977). Während für die orthodoxe Linke die abhängig-autoritäre Entwicklung zum Scheideweg Revolution oder Faschismus führte, dachten die *Cebrap*-Köpfe dialektischer. Sie wagten die These, dass es *in the long run* zu politischen Freiräumen und zum Zerfall des autoritären Regimes kommen würde

6 S. den Sammelband *Política e revolução no Brasil* (1965, u.a. mit Ianni, Singer, Weffort) und Giannottis Habilitationsschrift "Origens da dialética do trabalho".

7 Als Frucht der Exilarbeit vgl. den von Cardoso und Weffort herausgegebenen Sammelband *América Latina. Ensayos de interpretación sociológica-política* (1970). Cardoso widmete seine erste Aufsatzsammlung (1973), der *Cebrap* die Erstausgabe (1971) der Reihe *Estudos Cebrap* der Kritik der Dependenztheorie.

8 Am einflussreichsten war F. de Oliveiras Plädoyer gegen eine in Ökonomie und Politik dichotomische *razão dualista* (1972); vgl. auch P. Singer, "As contradições do milagre" (*Estudos Cebrap*, Nr. 6, 1973); F. H. Cardoso, "As contradições do desenvolvimento associado" (*Estudos Cebrap*, Nr. 8, 1974).

– zum einen wegen der sozio-ökonomischen Dynamik, zum anderen wegen der internen Regime-Widersprüche, schließlich wegen der erstarkenden Opposition. Gegenüber den mit dem Staat verflochtenen “bürokratischen Ringen” (Cardoso 1975: 218) sollte sich die wachsende Opposition in zivilgesellschaftlichen Verbänden organisieren. Indem sie Zusammenarbeit mit dieser und Verständigung mit gemäßigten Machthabern entwarfen, setzten die *paulistas* auf Reform statt Revolution (Chilcote 1994: 216).

Auch hinsichtlich Zeitpunkt sowie theoretischer und politisch-psychologischer Ausgangslage wiesen die Gruppen große, auf den Demokratie-Diskurs nachwirkende Unterschiede auf. Die *Cebrap*-Gründer wahrten bei ihren Anfängen eine große Distanz zum Vulgärmarxismus, aber auch zu einer von in Argentinien gepflegten linksrevolutionären Rhetorik. Während die *paulistas* bei ihren ökonomischen Entwicklungsanalysen die Bedeutung formal-liberaler Demokratieprinzipien betonten, begegneten die *gramscianos argentinos* diesen trotz ihrer Stalinismus-Kritik bis Mitte der 1970er Jahre mit Misstrauen. Dieses speiste sich auch aus der Erfahrung, dass die liberaldemokratische Rhetorik v.a. von Militär, Unternehmern und technokratischen Eliten zum Ausschluss von Linken und Peronisten wie zur Legitimation autoritärer Herrschaft benutzt worden war. Als PyP und LL sich angesichts der usurpierten liberalen Ideen dazu genötigt sahen, ihr Denken am revolutionären Klassenkampf zu orientieren und mit politischer Gewalt zu sympathisieren, hatten die *Cebrap*-Köpfe bereits Partei gegen die auch in Brasilien von Teilen der akademischen Linken unterstützten Guerilla ergriffen.

Diese als *sine qua non* für die Institutsgründung abverlangte Distanz war für sie aber keine Richtungsänderung, sondern Fortführung ihres ursprünglichen Reformismus. Als die *gramscianos argentinos* noch mit den *montoneros* sympathisierten und anti-imperialistisches Gedankengut verbreiteten, revidierten die *Paulistas* die Dependenzdichotomien und schlugen mit Betonung der relativen Autonomie der Politik Schneisen zum späteren Demokratiediskurs. Trotz öffentlicher Zurückhaltung vereinten sie in den *Opinião*-Beiträgen schon vor Geisels Amtsbeginn – gegenüber einem Modernisierung und Demokratie trennenden Regime – ökonomische Kritik und politische Partizipationsforderungen. Während sie die Verbindungsmöglichkeiten von linker und liberaler Demokratie mittels der kontinuierlichen Reflexion

der Transition entwickelten, taten das die späteren CCS-Gründer gegen Ende der Dekade im inneren oder äußeren Exil. Als *Controversia* sich in der "La democracia como problema"-Beilage dem Thema annäherte, hatte der *Cebrap*-Umkreis schon bei den MDB- und SBPC-Kongressen sowie Cardosos Senatskandidatur theoretisch und praktisch mobil gemacht. Die *gramscianos argentinos* konzentrierten sich seit den späten 1960er Jahren auf politische Konflikte, führten diese aber wenig auf sozioökonomischen Wandel zurück. Als modernisierungstheoretische Marx-Leser erprobten die *Paulistas* das neue Instrumentarium früh an im Prisma der Politik gespiegelten ökonomischen Fragen, womit die *dependência*-Revision nahtlos in die engmaschige Analyse des sozio-politischen Wandels überging. Weil der *Cebrap* in klassischer Dialektik die ökonomische Dynamik als Schwungrad von Klassen- und Herrschaftswandel ansah und vom Wachstum der urbanen Mittelklasse ermutigt wurde, vertraute sie darauf, dass die abhängig-assozierte Entwicklung bald politische Freiräume eröffnen würde.

Während sich unter Cardosos Führung viele Institutsmitglieder an der Revision der Orthodoxien beteiligten, beschränkte sich der demokratische Neuanfang der späteren CCS-Gründer zunächst auf die *argenmex* – die PdV-Gründer revidierten ihre Standpunkte wegen der Zensur über den Umweg der literarischen Reflexion. Psychologisch schließlich war die Revision der Orthodoxien bei den späteren CCS-Gründern mit einer Identitätskrise, bei den *paulistas* dagegen mit zunehmender Selbstbestätigung verbunden. Die späteren CCS-Gründer erfuhren bis in die frühen 1970er Jahre mehrere Niederlagen. Einerseits waren linksrevolutionäre Ideen gescheitert, andererseits hatte die Machtübernahme der Militärs jede progressive Politik verhindert und zum inneren oder äußeren Exil gezwungen. Die Einsicht, mit der eigenen Radikalisierung zur Entfesselung der Gewaltspirale und zum Zusammenbruch der zivilen Ordnung beigetragen zu haben, sollte bis in die 1980er Jahre zu einem kollektiven *mea culpa* führen. Die *paulistas* dagegen waren mehrfach gestärkt worden: Der gemäßigte USP-Marxismus war zur Lehre der kritischen Sozialwissenschaften im Land geworden – und sie wurden von den Generälen geduldet und konnten sich mit der *Cebrap*-Gründung verselbständigen. Während die Berufung auf liberale Freiheits- und Bürgerrechte ihnen ermöglichte, gegenüber dem Regime die Wiederherstellung eines Rechts-

staats zu fordern und gegenüber den orthodoxen Linken auf Pluralismus zu beharren, bestätigten die anhaltenden Verteilungs- und Partizipationsdefizite sie darin, die Ideen des Sozialismus als emanzipatorisches Korrektiv zu bewahren.

1.2 Die Aufwertung liberaler Demokratieideen

Der Abschied von "national-populären" oder sozialistischen Denkmotellen berührte die demokratische Wende und das Verhältnis zwischen formal-prozeduralen und substantiellen Demokratie-Prinzipien, die neben den liberaldemokratischen Minima an Einschluss, Partizipation und Wettbewerb eine möglichst gleiche Verteilung von materiellen und symbolischen Gütern oder Zugangschancen gewährleisten sollten. Nachdem die lateinamerikanische Linke angesichts ökonomischer Ungleichheit und missbrauchtem Liberalismus lange substantielle Demokratieaspekte – wie Umverteilung oder soziale Wohlfahrt – betont hatte (Mols 1985: 24-26; Nohlen 1986), begann sie nun, formal-prozedurale Garantien als deren universale Grundlage anzusehen und auch ein auf materielle Gerechtigkeit zielendes Veränderungsprojekt dem Primat von Pluralismus und liberaler Demokratie unterzuordnen. Die Institutionen des aufzubauenden liberalen Staates galten nun weniger als Unterdrückungsapparat denn als Schutzschild gegen autoritäre Übergriffe und möglicher Ort eines Interessenausgleichs. In einem von Fragmentierung und autoritärer politischer Kultur geprägten Kontinent sollte das liberaldemokratische Regelwerk die Grundlagen zu zivil-pluraler Konfliktaustragung und Partizipation der Bürger sowie der Legitimität der Herrschaft legen.

La "libertad de los liberales" y "la libertad de los socialistas" se interpenetran [...] El aprendizaje sobre la existencia de esta relación fue verdaderamente una conquista (Portantiero 1988: 8f.).

Erst das Bewusstsein einer umfassenden theoretischen wie praktischen *derrota atroz* ließ die späteren CCS-Gründer die Sackgasse der linken Radikalisierung verlassen. Die Richtungsänderung bestand zunächst in der Lossagung von Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung wie von einem leninistischen, auf die überfallartige Eroberung des Staates zielenden Veränderungsprinzips. In einer selbstkritischen Rekapitulation der lateinamerikanischen Marx-Rezeption forderte Aricó Ende der 1970er Jahre die Demokratisierung des – den elitären

Strukturen und der schwachen Arbeiterschaft geschuldeten – leninistischen Politikverständnis der Linken (Aricó 1982): Diese solle sich nicht länger durch Kader führen lassen, sondern als soziale Bewegung von unten entstehen und die Legitimität politischer Gegner anerkennen. Der Zusammenbruch zivil-institutioneller Politikformen, der dem Traum der Machteroberung von Avantgarde und peronistischen Massen gefolgt war, bekräftigte in *Controversia* die Übernahme reformistischer Strategien. Angesichts der missachteten Menschenrechte gewannen liberaldemokratische Prinzipien an Wert. Die von der *mesa socialista* beschworene “tensión moral e ideológica” zielte nicht länger auf sozialistische Herrschaft, sondern auf eine “sociedad igualitaria, democrática y pluralista” (*Controversia*, Nr. 5, 1980: 27). Die *Controversia*-Beilage “La democracia como problema” war ein kollektiver Versuch, die Ideale von Sozialismus, Pluralismus und Demokratie einander anzunähern.⁹ Als progressive Synthese schlug Portantiero eine “democracia mixta” vor, die aus Arbeiterräten, liberalen Repräsentativinstitutionen und pluralen Parteien bestehen sollte (Barros 1986: 69).¹⁰

Nachdem *Controversia* für den argentinischen Diskurs Pionierfunktion gehabt hatte, wurde mit der Rückkehr der *argenmex* PdV zwischenzeitlich zur gemeinsamen Tribüne der demokratischen Erneuerung, an dem sich auch weniger radikale Denker beteiligten. In den Jahren des organisatorischen Neuanfangs und intensiven Dialogs über den Abschied von revolutionären und linken Ufern, die im PdV-Schwerpunktheft “La izquierda, crisis de una cultura” (Nr. 20, 1984)¹¹ kulminierten, wurde eine zugleich progressive und liberale, oft sozial-

9 In der Beilage (Nr. 9-10, 1980) J. Aricó, “Ni cinismo ni utopia”; J. C. Portantiero, “Los dilemas del socialismo”; daneben Portantiero (1979), Terán (1980) und Portantiero/de Ipola (1981).

10 Auch die vom Ex-PyP-Mitglied Delich gegründete Zeitschrift *Crítica y Utopía* (vgl. Ehrke 1984) widmete sich “Democracia” (Nr. 4, 1981); “Sociedad civil y autoritarismo” (Nr. 6, 1982); “Repensando la política” (Nr. 8, 1982); “Democratización y movimientos sociales” (Nr. 9, 1983); “Argentina en transición” (Nr. 10/11, 1983, u.a. mit einem Portantiero-Beitrag).

11 Aus dem Schwerpunktheft vgl. J. C. Portantiero, “Socialismo y democracia, una relación difícil”; J. Nun, “La rebelión del coro”; O. Terán, “Una polémica postergada”; davor O. Guariglia, “Qué democracia” (PdV, Nr. 17), danach Altamirano (1984) und Portantiero/de Ipola (1984).

demokratische Ordnung zwischen Sozialismus und Liberalismus, Konsens- und Konfliktmechanismen entworfen.

Não se trata de substituir a luta de classes por uma panacéia de “participação indeterminada”, mas de criar as arenas e o clima de liberdade que permitam [...] aos assalariados, aos sindicatos, às organizações culturais, religiosas e políticas exercer sua ação transformadora (Cardoso 1975:22).

No capitalismo como no socialismo, não existe outra saída democrática [...] que não aluda às instituições de representação (Moisés 1980: 45).

Nach der erfolgreichen *dependencia*-Revision der frühen 1970er Jahre (Cardoso 1973) machten die *Cebrap*-Köpfe – in Auseinandersetzung mit dem Autoritarismus im *Cono Sur* und im eigenen Land¹² – die Demokratie im Institut und in der Presse zum neuen Diskursmittelpunkt. Cardosos, Wefforts und de Oliveiras *Opinião*-Beiträge kreisten um die Frage, wie die Öffnung des Regimes und die Mitwirkung der Unter- und Arbeiterschichten vorangebracht, wie also eine liberale und zugleich progressive Ordnung etabliert werden könnte, die nicht die traditionelle Fassadendemokratie reproduzieren würde. Nach “O modelo político brasileiro” (1973) wechselte Cardoso in “Autoritarismo e Democratização” (1975) die Perspektive – angesichts der Entwicklungs- und Herrschaftswidersprüche der Generäle zeichnete sich für ihn eine notwendige Demokratisierung am Horizont ab, die es für die größtmögliche Partizipation auszugestalten gelte (11-23). In der zweiten Dekadenhälfte gaben auch die *Cedec*-Aktivitäten basisorientierte Denkipulse. Die als *paulistas*-Kollektivdokument lesbare DPM-Kampagne (Cardoso 1978) wollte Rechtsstaat, Pluralismus und Wahlen sowie gerechtere Verteilung von Arbeit, Einkommen und Bildung zu “democracia substantiva” und “realismo utópico” vereinen (ebd.: 31). Während DPM wahlkämpferisch noch am “semi-instrumentellen” Charakter liberaler Demokratie festhielt, rückten bald Pluralismus, Rechtsstaat und “democracia, simplesmente” (*Isto é*, 3.8. 1977) in den Vordergrund. Die von den *Cedec*-Gründern initiierten Seminare oder Publikationen kreisten ebenso um die Reformchancen

12 Cardoso war u.a. Mitglied des 1975 vom *Joint Committee on Latin American Studies of the American Council on Learned Societies and the Social Science Research Council* gegründeten Arbeitskreises.

in der Transition.¹³ Protagonisten wie Weffort oder Chaúí sowie der LN-Diskurs der ersten drei Jahre bekannten sich – ähnlich des vom *gramsciano* Carlos N. Coutinho vollzogenen Diktums der “*democracia como valor universal*” (1980) – zu liberalen Spielregeln, behielten aber eine klassenorientierte Stoßrichtung bei (Chaúí 1982; Weffort 1984; Moisés 1986; Garcia 1986). Nachdem die *paulistas* lange vom “*reformismo socialista*” geeint worden waren, der liberaldemokratische Spielregeln und zivilgesellschaftliche Veränderungswege entwarf (Martins 1996), zerfiel die Diskursfront in Folge der Pluralisierung.

Anknüpfend an den *time lag* in der Revision marxistischer Orthodoxien bauten die Gruppen auch die Brücken zur Demokratie zu unterschiedlichen Zeitpunkten und politisch-psychologischen wie theoretischen Begleitumständen. Während die *paulistas* das Thema 1973 in *Opinião* “entdeckten” und schnell in den Mittelpunkt rückten, legten die CCS-Gründer erst gegen Dekadenende in *Controversia* ein “liberaldemokratisches Glaubensbekenntnis” ab. Anders als die den Transitionsprozess direkt begleitenden *paulistas* hatten die meisten der späteren CCS-Gründer keinen Vorlauf im eigenen Land. Die *argenmex* entwickelten das demokratische Denken zunächst als eine Art Trockenübung im Exil und konnten erst mit der Rückkehr in die Heimat ihre Annahmen an der argentinischen Realität überprüfen, womit CCS-Gründung und öffentliches Engagement einem Sprung ins kalte Wasser der Praxis glichen. Bei den *paulistas* dagegen fanden Reflexion und Erprobung gleichzeitig und in ständiger gegenseitiger Überprüfung statt. Während das erste Muster auf kontinuierlichen Austausch zwischen Theorie und Empirie hindeutet, verweist das zweite auf Verselbständigung der Theorie.

Die bei den CCS-Gründern in den frühen 1980er Jahren häufige Rede vom politischen Scheitern – “*fuimos parte de una generación que fue derrotada con crueldad*” (Terán, PdV, Nr. 20, 1984) – bezeugt eindringlich ihre tiefe Identitätskrise. Die Aufgabe von revolutionären Gewissheiten und der Verbindung von Sozialismus und Liberalismus war für sie ein komplexer Lernprozess, bei dem das bis in die 1990er Jahre oft explizite Eingeständnis des Bruchs mit der eigenen Vergan-

13 Im *Cedec* fand im Sept. 1978 eine Seminarreihe zu “*Democracia e Socialismo*” statt (Chaúí 1982: 111); vgl. auch die Debatten “*A crise política e institucional*” (RCC, Nr. 1, 1978) und “*A democracia é possível?*” (RCP, Nr. 2, 1980).

genheit zur Selbstvergewisserung über den vollzogenen Richtungswechsel diene. Die Anerkennung des Primats der liberaldemokratischen Spielregeln war zugleich Teilnahmebedingung für den Demokratiediskurs.¹⁴ Die *paulistas* dagegen führten diesen nicht nur in biographisch-theoretischer Kontinuität, sondern auch mit gestärktem Selbstbewusstsein und lebensweltlicher Distanz zwischen Politik und Wissenschaft, die sie vor anti-demokratischem Denken bewahrt hatte.¹⁵ Nachdem sie trotz äußerer Unterdrückung innerlich gestärkt aus den "Jahren des Bleis" hervorgegangen waren, vertieften die miterwirkten frühen Öffnungserfolge ihren Glauben an die Reformmöglichkeiten.

Obwohl im unmittelbaren Zeitvergleich die CCS-Gründer als "latecomer" und die *paulistas* als "early birds" – auch hinsichtlich des Pluralismus in den eigenen Reihen – bezeichnet werden können, muss das Urteil bei Berücksichtigung der Transitionsprozesse relativiert werden. In beiden Ländern hatten die Gruppen schon vor der ersten politischen Öffnung – in Brasilien mit der Amtsübernahme von Geisel, in Argentinien mit dem Interregnum von Viola – die universale Aufwertung liberaldemokratischer Prinzipien vollzogen und damit eine Vorreiterrolle gegenüber den autoritären politischen Eliten und dogmatischen Links- oder Rechtsintellektuellen eingenommen. Die Erneuerungsleistung der CCS-Gründer ist umso höher zu bewerten, als sie die Wende zur Demokratie als doppeltes *exercicio ex negativo* vollzogen – zum einen als biographischer und ideeller Bruch, zum anderen als theoretische "Trockenübung" aus der Distanz des Exils. Bei den *paulistas* war der demokratische Diskurs keine Wende, sondern die bruchlose Weiterentwicklung eines partizipativen Reformdenkens im Angesicht des faktischen Öffnungsprozesses.

14 Der Bruch manifestierte sich auch im Publikationsende der von Aricó herausgegebenen *Cuadernos de Pasado y Presente* in Mexiko. Während Portantiero retrospektiv (1988: 7 u. 9) von "derrota histórica" und "ajuste de cuentas" sprach, wehrte sich Sarlo (1984) gegen die einseitige Verurteilung der 1960er und 70er Jahre. LCF festigte die (sozial-)demokratische Neuorientierung mit Gastbeiträgen, v.a. M. Rocard, "Atrevámonos a decir que hemos cambiado" (Nr. 1, 1986), N. Lechner, "De la revolución a la democracia" (Nr. 2, 1986).

15 Im *Cedec* vollzog Chauí mit der Kritik der linkspopulistischen CPC-Ideen (qua Freilegung ihrer autoritären Kerne [Chauí 1982: 61-83]) eine den CCS-Gründern ähnliche, aber autobiographisch unbelastete "Vergangenheitsbewältigung".

1.3 Linke und liberale Einflüsse und Rezeptionen

Auf welche Fundamente bauten die Intellektuellen ihren Brückenschlag von Sozialismus zu Demokratie? In beiden Ländern rekurrierte das neue demokratische Denken auf den Fundus sowohl des reformmarxistischen als auch liberal-bürgerlichen politischen Denkens. Zum einen wurden die bereits zur Revision der Orthodoxien hilfreichen reformmarxistischen Klassiker (wie Gramsci und Bobbio), zum anderen liberal-bürgerliche Theoretiker (wie Locke oder Weber) im Lichte der Demokratiefrage neu oder erstmals rezipiert.

Sus preguntas se parecen a nuestras, sus respuestas se integran en caminos que creemos útiles de recorrer (Portantiero 1983: 123).

Hoy no acordamos ni con su visión del partido ni con su esperanza en la revolución [...] Pero su pregunta por quién y cómo se dirige una sociedad [...] debe reconocer una postura crítica que no acepta el mundo como es.¹⁶

Als selbsternannte *gramscianos argentinos* war die Entwicklung der CCS-Gründer zeitlebens von einer Identifikation und Auseinandersetzung mit Gramscis Denken geprägt, die in Wechselwirkung mit dem Wandel des übrigen Selbstverständnisses verschiedene Momente besaß. In einer ersten Phase diente die Berufung auf Gramscis historisch-dialektischen Marxismus dazu, sich von den Dogmen der orthodoxen Kommunisten zu befreien. Gramsci war ein glaubhaftes "Symbol der Abgrenzung" (Lauga 1999: 275), eröffnete aber auch neue Erkenntnisse für die Analyse der post-peronistischen Blockade. Obwohl Portantiero 1971 gegenüber einer leninistischen Lesart die pluralistischen Elemente von Hegemonie betonte hatte, radikalisierten sich in der zweiten PyP-Folge aber auch die auf Gramsci zurückgehenden linksrevolutionären Ideen.

Obwohl Gramsci im mexikanischen Exil eine geistige Leitfigur blieb, begann sich das Verhältnis entscheidend zu wandeln. Zum einen stellte Gramscis ab 1927 im Gefängnis entstandene Gedankengebäude eine der Situation der *argenmex* mehrfach ähnelnde "reflexión desde la derrota" dar (Portantiero 1983: 109): Hatte er sich mit dem Scheitern der sozialistischen Revolutionen und dem Siegeszug des Faschismus auseinandergesetzt, wurzelte ihre Positionsbestimmung in

16 J. Aricó, "Un pensamiento recorrido por la sospecha" (*Nueva Sociedad*, Nr. 115, 1991: 125).

der Niederlage der national-populären Bewegungen und der Errichtung eines autoritär-repressiven Staats, der sie – ähnlich Gramscis letzten Lebensjahren im Gefängnis – ins Exil trieb. Zum anderen begann in *Controversia* eine kritische Neu-Lektüre und politische Revision seiner Ideen,¹⁷ zu der die marxistische Reform-Debatte in Westeuropa entscheidend beitrug.

Mit Portantieros Sammelband *Los usos de Gramsci* (1982) begann zugleich die Historisierung der eigenen Gramsci-Lektüren und die Befruchtung mit liberalen Denkern wie Weber. Nachdem Gramsci in den 1960ern den Annäherungsversuch an die peronistische Arbeiterklasse legitimiert und Mitte der 1970er Jahre den Weg zu einer von der Fabrik ausgehenden und im Parlament endenden Belagerungsstrategie gewiesen hatte (Portantiero 1983: 139), diente sein Denken in der Demokratiedebatte nun zur Abgrenzung eines linksdemokratisch-pluralistischen Veränderungsprojekts (Portantiero/de Ipola 1981). Die LCF-Gründer erkannten, dass seine oft in militärischem Jargon gefassten Begriffe autoritäre wie emanzipatorische, leninistische wie basisdemokratische Elemente beinhalteten. Um den Hegemoniebegriff für eine liberal-demokratische Ordnung zu operationalisieren, unterschieden sie zwischen „organischer“ und „pluralistischer“ Hegemonie. Während organische autoritären Charakter habe, weil eine Klasse ihre eigenen Normen und Werte verabsolutieren wolle, sei pluralistische Hegemonie demokratisch, weil sie auch andere Interessen als legitim anerkenne.¹⁸ Indem sie Gramscis Idee der Organizität der Intellektuellen als 1:1-Rückbindung anzweifelden, deuteten Portantiero und de Ipola auch diese demokratisch um.

In Argentinien wollten die CCS-Gründer – inspiriert von dessen Neulektüre in Europa wie den Demokratisierungsprozessen im eige-

17 Wichtige Wegmarken waren u.a. die von den *argenmex* mitveranstalteten Kolloquien „Gramsci y la política“ (1978 in Mexiko) und „Hegemonia y alternativas políticas“ (1980 in Morelia), an denen auch europäische Gramsci-Deuter teilnahmen – vgl. J. C. Portantiero, „La nueva izquierda eurocomunista. Entrevista con C. Buci-Glucksmann“ (*Controversia*, Nr. 7, 1980).

18 Nach Vorarbeiten (Portantiero/de Ipola 1981) galt nun: „Hegemonia tiene tantas (o más) potencialidades totalitarias que ‘dictadura’ [...] de ningún modo ajenas a algunas ambigüedades que aparecen en el propio Gramsci. [...] La hegemonía pluralista [...] ve en el consenso una realización que no resuelve las diferencias, que se reconoce en la legitimidad de los disensos y que articula la posibilidad de procesarlos“ („Una relación difícil“, PdV, Nr. 20, 1984; Portantiero 1988: 101).

nen Kontinent –¹⁹ Gramscis Denken innerhalb einer liberalen Ordnung fruchtbar machen. Die Entstehung des CCS, der auf eine politisch-moralische Reform der Linken hinarbeiten sollte, versuchte Gramscis Idee von politischer Bildungsarbeit in die Praxis umzusetzen. Auch die LCF-Gründung stellte sich in Titel und Programm in die Tradition seines intellektuellen Aktivismus und heterodoxen Denkens. Die anlässlich seines 50. Todestags erschienene LCF-Beilage “Gramsci en América Latina” begriff sein Denken fern aller Orthodoxien als “diálogo crítico y fecundo [...] en primer lugar con nosotros y nuestro tiempo” (LCF, Nr. 6, 1987: 11), betonte aber auch die Unterschiede.²⁰ Fern des leninistischen Parteikonzepts sollte sich der Kampf um eine progressiv-plurale Hegemonie als Austausch zwischen Intellektuellen und sozialen Bewegungen in Medien, Wissenschaftskultur und demokratischer Öffentlichkeit vollziehen. Während sein Einfluss in den aktuellen Analysen nachließ, blieb Gramsci für die LCF-Köpfe eine politisch-moralische und lebensweltliche Leitfigur – ein “anti-orthodoxer Optimist”, der den Zusammenbruch von Berliner Mauer und real existierendem Sozialismus antizipiert und deswegen überlebt hatte und bei den Bemühungen um eine undogmatische Mitte-Links-Kraft helfen konnte.²¹ Insgesamt relativierten die *gramscianos argentinos* (vor allem nach Aricós Tod) ihre einst blinde Gefolgschaft kontinuierlich. Hatte sich die frühe Anziehungskraft aus dem Fragment-Charakter seiner Schriften wie der eigenen politisch-lebensweltlichen Randlage gespeist, nahm sie mit der Normalisierung des eigenen Ortes wie der von Gesellschaft und Politik wieder ab.

Für die PdV-Gründer besaßen in den späten 1970er Jahren die englischen *Cultural Studies*-Gründer eine ähnlich identitätsstiftende Leitfunktion. Sie befreiten die zu LL-Zeiten linksrevolutionären Den-

19 Die Klammer zwischen europäischen und lateinamerikanischen Neulektüren war das Kolloquium “Politischer Wandel in Lateinamerika: Gramscis Präsenz in der lateinamerikanischen Kultur”, das im Sept. 1985 in Ferrara stattfand und an dem u.a. Aricó, Portantiero und Coutinho teilnahmen. Es war auch Grundlage des LCF-*suplemento* (Nr. 6, 1987) und des Sammelbands Coutinho/Nogueira (1988).

20 Vgl. J. C. Portantiero, “La actualidad de Gramsci” (LCF, Nr. 1, 1984); A. Gramsci, “Indiferentes” (LCF, Nr. 5, 1987); G. Marramao, “Releer a Gramsci” (LCF, Nr. 7, 1987). Mit der Beilage “Gramsci en América Latina” (Nr. 6, 1987) schlug LCF für die neuere Rezeption eine Bresche, der auch *Nueva Sociedad* folgte.

21 Vgl. J. Aricó, “Actualidad de un pensador” (LCF, Nr. 28, 1991); gegen Vereinhaltung von rechts F. Bosoer, “Gramscianos quién?” (LCF, Nr. 19, 1989).

ker von marxistischen Othodoxien und dienten zur Neuorientierung in der Demokratiedebatte. Williams und teilweise auch Bourdieus Gedankengut betonte die Bedeutung von Kultur bei der Festigung wie Überwindung kapitalistischer Gesellschaften bzw. beim Widerstand zu autoritärer Herrschaft und zeigten die Rückkehr von der Allmacht der Strukturen zu den Akteuren von einer geschichts- und veränderungsorientierten Kulturkritik.²² Daneben schlugen auch die LCF-Protagonisten solche Wege ein, die die Klassenkampfperspektive sozialdemokratisch aufhoben. Neben den italienischen Reformdenkern kamen – beeinflusst auch durch die Unterstützung der deutschen und französischen Stiftungen – viele westeuropäische Denker zu Wort.²³

Gramsci é capaz de fornecer preciosas indicações não só para a compreensão do passado, mas igualmente para a elaboração de uma estratégia de transição brasileira (Coutinho 1980: 59).

In Brasilien war es in den späten 1960er Jahren zu einer an die Übersetzungen der *Civilização Brasileira* anschließenden Gramsci-Rezeption gekommen (Coutinho/Nogueira 1988: 153-159), die bis zu den frühen 1970ern auf einige im Umfeld der verbotenen PCB engagierte "Eurokommunisten" (Packenham 1986: 143) beschränkt blieb. Bei den *paulistas* verhinderte Sartres anfänglicher Einfluss, die funktionalistisch geprägte Wissenschaftssozialisation an der *Maria Antônia* und die ökonomisch orientierten Forschungen, dass Gramsci tiefere Wurzeln schlug. Nach Transitionsbeginn und zunehmender Mobilisierung der Zivilgesellschaft wurden Gramscis Schriften aber in den späten 1970er Jahren landesweit stärker rezipiert (*Isto é*, 5.7.1978). Carlos N. Coutinho, der mit der Betonung der universalen Bedeutung von Pluralismus Schrittmacherdienste für ein modernes linkes Transformations-

22 Vgl. die Würdigungen Altamiranos "Raymond Williams: Propositiones para una teoría social de la cultura" (PdV, Nr. 11, 1981); B. Sarlo, "Raymond Williams. Una relectura" (PdV, Nr. 45, 1993). Anknüpfend daran wurde von den in PdV aktiven CCS-Gründern auch der *linguistic turn* rezipiert. Im Schwerpunkt "La izquierda, crisis de una cultura política" (PdV, Nr. 20, 1984) beriefen sich Nun ("La rebelión del coro") und Terán ("Una polémica postergada") auf Foucaults und Wittgensteins sprachphilosophische Marxismus-Kritik.

23 Vgl. die Beiträge der sozialdemokratischen Parteiführer M. Rocard (Nr. 1) und P. Glotz (Nr. 2), das *suplemento* "Nuevas ideas para una política de los 80" (Nr. 2, 1986), das ein "Godesberg" für die lateinamerikanische Linke forderte, sowie den als Berater der spanischen Sozialdemokraten fungierenden L. Paramio, "La izquierda ante el fin del siglo" (Nr. 8-9, 1987).

projekt leistete (1980), betrachtete durch Gramscis Brille die autoritäre Modernisierung, die Brasilien von einer rückständigen "östlichen" zu einer ausdifferenzierten "westlichen" Gesellschaft gemacht habe (Coutinho 1980: 56-60), in der die Opposition die Trennung von politischer und Zivilgesellschaft sowie die Widersprüche zwischen sozio-ökonomischer Dynamik und politischer Gängelung ausnutzen sollte.

Auch die *paulistas*, die sich in der *dependencia*-Debatte mit marxistischem Reformdenken auseinandergesetzt hatten, rekurrten ab den frühen 1970er Jahren zunehmend auf Gramsci, ohne ihn aber zur Leitfigur zu erheben. Während Cardoso sie zur Charakterisierung der zivilen Hegemonieversuche der bürokratisch-autoritären Regimes benutzte (1975: 194-197), verwendeten die *Cedec*-Gründer Moisés, Weffort und Chauí seine Kategorien v.a. zur Analyse der Umbruchsituation der späten 1970er Jahre. Warfen sie dem MDB mangelnde Verbindung mit dem *novo sindicalismo* vor, beschreibt das Bild einer "gelatinösen", sich festigenden Zivilgesellschaft die von unten entstandene Opposition, die mittels einer zivilen Belagerung auf politische Partizipation in der Transition drängte;²⁴ *società regolata* stand dagegen metaphorisch für eine utopische emanzipatorisch-partizipative Ordnung. Während *novo sindicalismo* und PT im Sinne Gramscis von unten entstanden waren, schienen die *Cedec*-Gründer mit einer anfangs partizipativen Forschungs- und LN-Agenda Gramscis Prinzipien – Kampf um Arbeiterrechte, Vergesellschaftung von Wissen – umzusetzen. Diente dieser Rekurs zur eigenen Vergewisserung und Abgrenzung gegenüber dem *Cebrap*, blieb dort v.a. Giannotti gegenüber Gramscis "Über-Politisierung" skeptisch.²⁵

Das *Cedec*-Seminar "As esquerdas e a democracia" sammelte 1986 – als Cardoso und die PT-Köpfe schon konkurrierten – brasilianische Gramsci-Denker aus Rio und São Paulo und führte die Bemühungen um Annäherung von Sozialismus und Liberalismus fort.²⁶

24 Vgl. neben Wefforts biographischem Beitrag "Exercício de idéias de um enfermo" (*Isto é*, 26.10.1977) Wefforts und Moisés' Anwendungsversuche in "A democracia é possível?" (RCP, Nr. 2, 1980), J. A. Moisés, "A estratégia do novo sindicalismo" (RCP, Nr. 5/6, 1981) sowie Moisés (1980) und Cardoso (1980).

25 Vgl. A. Giannotti, "Acabou o capitalismo, é a barbarie?" (*Presença*, Nr. 3, 1984).

26 An der Diskussion (Garcia 1986) nahmen aus Rio Coutinho und Reis, aus dem *Cedec* Weffort, Moisés, Benevides und Castro Andrade teil. Die Debatte band anfangs auch linke Kleinparteien ein (vgl. die von Marco A. Garcia moderierte Debatte "A esquerda e o compromisso com a democracia", LN, Nr. 3, 1984).

Während Coutinho eine “transição processual para o socialismo” mittels zivilgesellschaftlichem Stellungskrieg für möglich hielt, stellte Weffort das Endziel nun infrage und vertrat (ähnlich Portantiero) eine “kontinuierliche Demokratisierung” qua sozialdemokratischer Mischformen. Die *Cedec*-nahen “demokratischen Sozialisten” (Packenham 1986) Weffort, Moisés und Chauí, Coutinho und de Oliveira setzten sich auch (aber weniger als der CCS) mit den europäischen Reformmarxisten auseinander. Große Bedeutung erlangte Bobbios Denken, weil es auf dem Primat liberaler Rechte und Verfahren bestand. Über die Titelanalogien hinaus machte Weffort ausgehend von der Erkenntnis, dass Revolutionen dem Bedürfnis nach Freiheit und Gerechtigkeit entsprangen, den Denker zum theoretischen Gewährsmann für die Idee einer “revolutionären Demokratie”.²⁷ Demnach seien Revolution und Demokratie als zwei Modi politischer Selbstbestimmung sich ergänzende sozialistische Ziele (Weffort 1984: 107). In Brasilien hätten bürgerliche Revolution und liberale Demokratie einen ebenso emanzipatorischen Charakter wie eine sozialistische Revolution, weil beide die Partizipation der Unterschichten an der Herrschaft erlaubten.

Si fueron categorías gramscianas que permitieron a la izquierda del continente dejar de operar sobre una realidad en parte ilusoria, también han provisto medios para comprenderla como más compleja e menos transparente (*Nueva Sociedad*, Nr. 115, 1991: 115).

Umfang, Tiefe und Zeitpunkt der Gramsci-Rezeption wiesen bei beiden Gruppen also beträchtliche Unterschiede auf. Nicht nur wegen der historisch-kulturellen Nähe war der Einfluss in Argentinien, wo die *gramscianos argentinos* sich lebenslang mit ihm beschäftigten, größer. Während der Wandel von leninistischer zu pluraler Lesart der CCS-Gründer *in nuce* den Übergang vom eigenen revolutionären zum reformistischen Politikverständnis spiegelte (Chilcote 1994: 222), lasen die *paulistas* ihn von Anfang an mit liberal getönter Brille und nutzten ihn zum Entwurf politischer Reformstrategien, die mit der Festigung der Demokratie Ende der 1980er Jahre an Erkenntnis- und Gebrauchswert verloren. Zeigte der bei den CCS-Gründern deutliche

27 Wefforts Titelfragen *Porquê Democracia?* (1984) und *Qual democracia?* (1992) waren auch Replik auf Bobbios Plädoyer für einen die liberal-demokratischen Spielregeln akzeptierenden Sozialismus in “Quale socialismo?” (1978). Wefforts *Porquê Democracia* basierte auf seiner *Tese de livre-docência*, die er 1984 in der USP – u.a. vor den Prüfern Cardoso und Rodrigues – vortrug (FSP, 1.8.1984).

Wandel, dass Gramscis Schriften sowohl zur Rechtfertigung überfall- und revolutionsartiger undemokratischer Strategien als auch zur Inspiration für Erneuerung und Reform benutzt werden konnten (Lauga 1999: 274), schienen die Ambiguitäten und Widersprüche bei den *paulistas* eine schnellere Verfallszeit zu befördern.

Gramscis Unterscheidung zwischen ziviler und politischer Gesellschaft beleuchtete jene Akteure und Prozesse, die zwischen Ökonomie und Politik vermittelten. Ab den späten 1970er Jahren hatte die Aneignung Gramscis bei beiden Gruppen einem Politikbegriff den Weg geebnet, der nach dem früheren Ökonomizismus die symbolisch-kulturellen Handlungsebenen und das geforderte Bündnis zwischen proletarischen und bürgerlichen Schichten als möglichen Widerstand gegen den autoritären Staat in den Blick brachte. Machten die Intellektuellen einerseits die autoritären Engführungen von Gramscis (ein halbes Jahrhundert zuvor entwickeltem) Denken deutlich, zeigte ihnen andererseits das auf die ideologisch-kulturelle Legitimation von Herrschaft verweisende Hegemoniekonzept, dass die Militärregime zwar den Staatsapparat kontrollierten, aber nur selten öffentliche Meinungsführerschaft besaßen.²⁸ Bei den CCS-Köpfen löste die Idee einer kulturellen Dominanz die noch eine Dekade zuvor herrschende einer überfallartigen Eroberung des Staats ab – statt Frontalangriff und Bewegungskrieg war ein als Debatte von Ideen und Projekten zu begreifender Stellungskampf zur Veränderungsstrategie geworden. Mit dem Blick darauf hofften die *Paulistas*, den traditionellen Eliten – mittels Wahlen, parlamentarischen Institutionen und öffentlicher Debatte – die Führung in der Transition streitig zu machen.

Die große Bedeutung von Gramscis Gedankengut für die Intellektuellen beider Länder bestand auch darin, dass es traditionelle marxistische Glaubenssätze kritisch weiterzuentwickeln erlaubte, ohne das linksintellektuelle Selbstverständnis aufgeben zu müssen. Einzelne Punkte waren zugleich heterodoxes Rohmaterial für den Gegenentwurf eines kulturell-zivilgesellschaftlichen Politikbegriffs, bei dem paradoxerweise die CCS-Gründer den historischen Kontext und die politische Sprengkraft einiger Begriffe – wie z.B. Zivilgesellschaft –

28 Hinsichtlich des Modus des Klassenkampfes entscheidendenn Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft und der Frage, ob Lateinamerika zu Orient (mit einem starken Staat) oder Okzident (von einer starken Zivilgesellschaft) gehörte, war für die *gramscianos* beider Länder das westliche Modell dominant.

vernachlässigten (Barros 1986: 65). Unter Beibehaltung eines linken Selbstverständnisses bezog sich Gramscis Intellektuellenrolle nun nicht mehr auf die Bindung zu Arbeiter- oder Unterschichten, sondern zielte auf Selbstbestimmung im Kampf um Meinungsführerschaft, womit das Ziel der Arbeiterklassenherrschaft und die teleologische Dimension der Zivilgesellschaft (*società regolata*) aufgegeben wurde.

Die Revision von Gramscis Denken näherte die Intellektuellen aber auch an liberale Ideen an, die – als individuelle Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte, Bändigung politischer Herrschaft durch Verfassung, Gewaltenteilung wie ökonomische Selbstregulierung durch den Markt – in Lateinamerika lange ein Schreckgespenst der Linken waren (Werz 1992: 48-57; Mols 1985: 20-29). Trotz Ausnahmen war der republikanische Verfassungsliberalismus des 19. Jahrhunderts mit der oligarchischen Herrschaftspraxis der traditionellen Eliten eng verflochten gewesen. Ökonomisch hatte diese ein auf dem Agrar- und Rohstoffexport basierendes Entwicklungsmodell initiiert, dem abhängige Weltmarktintegration und Unterentwicklung folgten. Die autoritären, kulturnationalistischen und entwicklungspopulistischen Denker hatten dem Liberalismus staatszentriert-korporatistische Strukturen entgegengesetzt; autoritäre Regime verbanden die Unterdrückung der Opposition mit ultraliberaler Wirtschaftspolitik. Die Facetten des Liberalismus hatten als Rechtfertigungsideologie für Klientelismus, korrupte Eliten und Ausschluss der Unterschichten – und so als Nährboden für Populismus und Autoritarismus – fungiert.

La democracia no es identificable con el estado liberal. Pero parece evidente que el socialismo no podrá prescindir de la acumulación cultural y política que implican ciertas adquisiciones del liberalismo. A la teoría política del socialismo le ha sobrado Rousseau y faltado Locke. Por ese defecto le ha nacido Hobbes (Portantiero 1988: 104).

In Argentinien war das negative Erbe des Liberalismus der *década infame* und dem Kampf gegen den Peronismus geschuldet. Auch die gegen Jahrhundertende am progressiven Liberalismus orientierte Bürgerrechtspartei UCR verfiel nach der Machterlangung unter Yrigoyen (1916-1922) klientelistischen Übeln. Gegenüber dem Peronismus erlangte der Rekurs auf liberale Prinzipien zunächst oppositionelle Stoßkraft, erlitt bald aber die Polarisierung des Postperonismus. Hatte *Contorno* subjektorientiert auf eine Erneuerung durch den Liberalismus gebaut, lag dieser den an der Überwindung der Klassengesell-

schaft arbeitenden PyP-Gründern anfangs fern. Im mexikanischen Exil waren es Portantiero, de Ipola und Terán, die Ende der 1970er Jahre – “las libertades supuestamente burguesas eran una valla que separaba la muerte de la vida” (Portantiero 1988: 2) – Liberalismus und Pluralismus zur Korrektur der klassenzentrierten Ordnungen einbrachten. Portantiero betonte die pluralistische Natur von Hegemonie, die sich aus einer “multiplicidad de demandas y actores” statt einem Klassenwiderspruch ergebe, zum anderen auch die Bedeutung der liberalen Repräsentativinstitutionen zur Artikulation des politischen Willens in Meinungs- und Interessenvielfalt. Linke Demokratietheorie könne nicht auf die Errungenschaften des Liberalismus verzichten, weil die liberal-universalen Freiheitsrechte die sozialistischen Freiheiten gewährleisten würden (ebd.: 7).²⁹

Nach 1983 wurden diese Vorarbeiten erweitert. Im frühen PdV-Diskurs sollte die neue demokratische Ordnung, im Rekurs auf die liberalen Leitwerte Autonomie und Verantwortlichkeit, die größtmögliche geregelte Teilhabe am politischen Prozess ermöglichen. Trotz der Ambivalenz von Klassikern wie Locke sahen einige Anschlussstellen für ein sozialistisches Demokratieideal, das die liberalen Individual- und Bürgerrechte achtete.³⁰ Meist aber hielten sich die CCS-Köpfe bis Ende der 1980er Jahre bei der Diskussion liberaler Autoren zurück – sie stellten vielmehr die Erneuerung linken Denkens oder die Abgrenzung zum Peronismus in den Mittelpunkt. Allein de Ipolas und Portantieros Entwurf eines “demokratischen Pakts” war eine von Vertragstheorien beeinflusste Umschreibung für das Primat liberaldemokratischer Verfahren, das Habermas’ Ideal einer auf öffentlich-rationalem Meinungsaustausch ruhenden (und sich ausweitenden) deliberativen Demokratie spiegelte. Die Hoffnung auf Überwindung der Kluft zwischen instrumenteller und emanzipatorischer Vernunft wurde Fluchtpunkt des Bemühens um Festigung einer republikanischen Kul-

29 Vgl. die teilweise aus der Zeit in Mexiko stammenden Aufsätze J. C. Portantiero, “Socialismo y democracia, una relación difícil” (PdV, Nr. 20, 1984); Portantiero/de Ipola (1984) sowie Portantiero (1986).

30 Vgl. die Rechtsphilosophen O. Guariglia, “Qué democracia” (PdV, Nr. 17, 1983) und J. Dotti, “Viejo liberalismo, nuevo liberalismo?” (LCF, Nr. 1, 1986); “Lo político moderno” (PdV, Nr. 31, 1987); Tulas und Furets ideengeschichtliche Debatte über “Democracia, igualdad, revolución” (*Debates*, Nr. 4, 1985).

tur.³¹ Nachdem die CCS-Köpfe die Prinzipien des Liberalismus für linke Theorie nutzbar gemacht hatten, sahen sie sich bald der wachsenden Hegemonie des neoliberalen Denkens gegenüber, dessen Folgen – v.a. sozialer Ausschluss, Abbau des Wohlfahrtsstaats, Kommerzialisierung der Kultur – erneut die Kehrseite des Liberalismus illustrierten.

As garantias civis são condição indispensável para evitar a burocratização e a opressão em qualquer regime: socialista, capitalista, democrático ou autoritário (Cardoso 1975: 186).

In Brasilien war das liberale Denken der "Generation von 1870" zur Ideologie der Republik geworden, arrangierte sich angesichts schwacher bürgerlicher Parteien aber schnell mit Klientelismus und Patrimonialismus. Ohne dass Liberalismus und Nationalismus nach der Jahrhundertwende (wie in Argentinien) zu einander ausschließenden Begriffen geworden wären, wurde die der Wirklichkeit ferne Idee einer aufgeklärten Bürgergemeinschaft von den autoritären Denkern für das Scheitern der Republik verantwortlich gemacht. Nach dem Ausschluss im *Estado Novo* waren liberale Ideen auch nach 1945 angesichts von Nationalismus und Staatsdirigismus (v.a. unter Vargas) in der Defensive (Speck 1995: 109-114). Nachdem die *paulistas* seit ihrer Sozialisation mit liberalem Denken vertraut gewesen waren, erleichterte die Kräftekonstellation nach 1964 den weiteren Zugang. Zum einen führte der Autoritarismus des Regimes – mittels Dekreten, Parteienkontrolle und Beschneidung der bürgerlichen Freiheiten – die Aufhebung der liberalen Ordnung *ex negativo* vor Augen, zum anderen waren die beibehaltenen formal-demokratischen Verfahren – periodische Wahlen, eingeschränkter Pluralismus, Repräsentativorgane – wirksam genug, um liberale Chancen *ex positivo* erkennen zu lassen.

Aus der Doppelgesichtigkeit des Regimes schlossen die *Cebrap*-Köpfe in den frühen 1970er Jahren die mögliche Gleichzeitigkeit von Repression und Entwicklung. Während sie mit ihren *Opinião*-Beiträgen die Kluft zwischen Diskurs und Praxis eines Regimes kritisierten,

31 Mit dem PdV-Rückzug fand politische Theoriediskussion v.a. in LCF statt – vgl. u.a. J. Habermas, "Una idea racional de la patria" (Nr. 11, 1988); N. Bobbio, "Si cede la ley" (Nr. 15, 1989); R. Dahl, "Realidad Social y Mercado Libre"; R. Dahrendorf, "La revolución democrática o el uso de la ciencia política" (Nr. 29, 1991).

das der Gesellschaft zwar ökonomische Modernisierung, nicht aber Pluralismus und politische Teilhabe zugestehen wollte,³² stärkten sie mit der MDB-Programmhilfe die Bürger- und Minderheitenrechte. Mit dem vielfach wiederholten Rekurs auf liberale Klassiker – wie Tocqueville oder die US-amerikanischen Verfassungsdenker – konnten sie die Beschränkungen des politischen Spiels kritisieren, ohne des Kommunismus oder linker Tendenzen bezichtigt zu werden. Zwischen Marxismuskritikern (wie Lamounier) und *Cedec*-Gründern wurde die Forderung nach Bürgerrechten, Gewaltenteilung und Meinungspluralismus zum gemeinsamen Nenner.³³ Dieser Rekurs stärkte die *paulistas* nicht nur gegenüber dem Regime, sondern wurde zur Teilnahmebedingung am oppositionellen Reformdiskurs (Coelho 1995: 89).

Gleich "liberalen Marxisten" (Packenham 1986: 143) versuchten viele *Paulistas*, den von der Aushöhlung liberaler Ideen durch das Militärregime entstandenen theoretischen Erneuerungsbedarf zu füllen, ohne die Kapitalismus-Kritik aufzugeben oder liberale Ideen zu überhöhen. Mit der nach der Parteienreform zunehmenden Pluralisierung wuchsen trotz anhaltenden Diskussionszusammenhangs die Differenzen im Umgang mit liberalen Ideen. Während *Cedec*-Gründer und *gramscianos* um Coutinho liberale Prinzipien weiter in Verbindung mit sozialistischen Zielen dachten und mit dem PT die Hoffnung verbanden, auf parlamentarischem Weg eine neue Hegemonie fern der traditionellen Eliten zu erobern (Coutinho 1980; Chauí 1982: 86-95),³⁴

32 Vgl. u.a. F. H. Cardoso, "A esfinge fantasiada" (Nr. 9, 1.1.1973); "As concessões temerárias" (Nr. 13, 29.2.1973); und F. Weffort, "A democracia e a 'questão social'" (Nr. 90, 29.7.1974). Die Aufwertung liberalen Denkens blieb dem brasilianischen Kontext untergeordnet – Samuel Huntingtons Vorträge wurden von Cardoso als die eines "turista político" kritisiert, der keine Einsichten zu den Öffnungsmöglichkeiten ins Land gebracht hätte (*Opinião*, Nr. 94, 26.8.1974).

33 Eckpunkte des gemeinsamen Diskussionszusammenhangs waren neben Cardoso (1980/81; 1985) Chauí (1982), Weffort (1984), Lamouniers Plädoyer für die "importância de certos formalismos" (1981), Coutinhos Bestätigung der "democracia como valor universal" (1980) und die *Cedec*-Diskussionen "A crise política e institucional" (RCC, Nr. 2, 1979); und "A democracia é possível?" (RCP, Nr. 2, 1980). Lamounier veröffentlichte auch nach *Cebap*-Austritt weiter im *Cedec*-Kreis, vgl. "A representação proporcional no Brasil" (RCP, Nr. 4, 1981); "É possível o partido democrático" (RCP, Nr. 8, 1982); der Sammelband Lamounier/Weffort/Benevides, *Direito, cidadania e participação* (São Paulo 1981).

34 Vgl. M. Chauí, "Ainda a questão da democracia" (*Isto é*, 21.11.1979) sowie Moisés' und Wefforts (spätere Konflikte antizipierende) Beiträge in den *Cedec*-

war für einige *Cebrap*-Köpfe die Transition zur Demokratie mit der Wiederherstellung von Grund- und Bürgerrechten und pluralen Parteien (und der sich abzeichnenden Wahl Neves') bereits erfolgreich (Cardoso 1985). Als Brücke zwischen beiden Seiten fungierte zunächst Weffort, dessen "politische Pädagogik nach links" (Speck 1995: 226) die Versöhnung von Freiheits- und Gleichheitsideal und die liberale Umdeutung des Revolutionsbegriffs (der nun die breite Mitwirkung an den politischen Entscheidungen meinte) versuchte. Mit Kritik an autoritär-instrumentellen Demokratieideen der orthodoxen Linken und Rechten (Weffort 1984: 24-47) plädierte Weffort mit Schützenhilfe von James Madison wie Rosa Luxemburg für eine "*democracia revolucionária*" (ebd.: 118).

Bei der wachsenden Ausdifferenzierung übernahm Cardoso am schnellsten bürgerlich-liberale Positionen. Nachdem er in den frühen 1970er Jahren das liberale Gedankengut bei der Linken salonfähig gemacht und in DPM eine egalitäre "*democracia substantiva*" verfochten hatte, verwarf er in den 1980er Jahren das Leitbild einer klassenlosen Gesellschaft. Während er einen "intelligenten" bürgerlichen Kapitalismus beschwor und Weffort die "*possibilidade histórica real de um regime de tipo liberal-democrático burguês*" anerkannte (RCC, Nr. 2, 1979), bestritten Chauí und de Oliveira wegen der Stärke der traditionellen Eliten und der Schwäche der Arbeiterschaft die Progressivität einer bürgerlichen Demokratie" (Coelho 1996: 85). Nach Aufwertung der liberalen Verfassungsdenker fesselte Cardoso zunehmend Max Webers Ideal eines auf Objektivität und Leidenschaft ruhenden "Realismus" auch in dem Maße,³⁵ in dem er über öffentliche Interventionen hinaus politische Ambitionen entwickelte. Neben der Bekräftigung der liberalen Prinzipien diente die Referenz auf Weber zur eigenen, von zwei Momenten geprägten politisch-intellektuellen Positionsbestimmung.

In der ersten, bis zur Dekadenmitte reichenden Phase, die sein anfangs außer-institutionelles Oppositionsengagement und die ersten

Debatten "A crise política e institucional" (RCC, Nr. 2, 1979) und "A democracia é possível" (RCP, Nr. 2, 1980).

35 Vgl. neben Cardoso (1978) das JB-Interview ("Cardoso não crê que democracia traga o caos", 11.9.1977) und seinen Spott über den eigenen elitären *bias*: "We liberals easily sign petitions, protest torture, and so on, but we must learn to influence the regime from the bottom" (zit. n. Packenham 1986: 145).

beiden Jahren als Senator (1983/84) umfasste, betonte Cardoso mit Weber die Vermittlerrolle zwischen Wissenschaft und Politik, die aus der Verbindung der konträren, aber zusammenhängenden Prinzipien der Politik – Analyse und Leidenschaft, Glaube und Aktion – entstand. Ähnlich Webers (lebenslangem) Pendeln zwischen wissenschaftlichem und politischen Denken orientierte er sich sowohl an wertneutraler Expertise als auch an Veränderungsidealen und prinzipiengeleiteter Parteilichkeit,³⁶ was ihn innerhalb der Partei zum *Anti-establishment* gehören ließ. In der zweiten Phase, die zwischen der Parteinarbeit für die AD und der Niederlage bei der Bürgermeisterwahl in São Paulo begann und das politische Engagement auf Bundesebene umfasste, diente Weber nun immer mehr dazu, realpolitische Prinzipien sowie die Unterschiede der Prinzipien von Politik und Wissenschaft zu betonen. Trotz Vorbehalten gegen die klientelistischen PMDB-Sektoren wandelte sich Cardoso in der *Nova República* vom profilierten Oppositionspolitiker zu einem machtbewussten, zunehmend mit den traditionellen Eliten verflochtenen Pragmatiker. Er betonte in der *Assembléia Constituinte* und PSDB-Gründung ethisch-progressive Freiheits- und Solidaritätsideale, verfolgte *de facto* aber zunehmend die Prinzipien eines Realpolitikers, der auf Reformen innerhalb des Systems hinarbeitete. Der Wandel intensivierte sich, als Cardoso in den 1990er Jahren für die Regierungsbeteiligung des PSDB eintrat und Ministerämter übernahm (Cardoso 1990; Weffort 1992).

Die angebliche Kluft zwischen Cardosos wissenschaftlichem und tagespolitischem Denken (u.a. Packenham 1986: 147), nach der erstes durch den Marxismus und letzteres durch den Liberalismus inspiriert sei, greift dennoch zu kurz. Sein Diskurs war von Anfang undogmatisch von der Revision der linken wie liberalen Orthodoxien geprägt, verlagerte im Verlauf der 1980er Jahre aber die Gewichte. Während Cardoso zunächst beide Pole verbinden wollte und sich mit Weber als Grenzgänger zwischen Wissenschaft und Politik sah, identifizierte er sich – auf Kosten linker Denker oder Ideale – zunehmend mit Webers eliten- und machtorientiertem Liberalismus und gab (ein-

36 Vgl. Cardosos Eröffnungsrede im Senat (1983), die als Scharnier zwischen beiden Phasen letztmals liberale und sozialistische Ideale betonte; zur Bürgermeisterkandidatur vgl. *Isto é* (14.1.1984; 4.4.1984; 24.7.1985).

gestandenerweise) seine linksintellektuelle Orientierung auf. Dabei problematisierte er – wie viele prominente Kollegen in den *revistas* – die Probleme bei der Umsetzung liberaler Ideen angesichts institutioneller Funktionsdefizite und einer autoritär-klientelistischen politischen Kultur. In einem strukturell offenen demokratischen Spiel, das neben den verbindlichen Verfahrensregeln neue Ungewissheiten einführte, galt es mit Hilfe des pluralen Ideenwettstreits, die liberale Demokratie als eine offene und selbstbestimmte, soziale Fortschritte erst legitimierende Herrschaftsordnung zu verteidigen.³⁷

Zusammenfassend bemühten sich beide Gruppen, liberales Gedankengut trotz des negativen Legats in linke Demokratiekonzepte zu integrieren. Die *paulistas* einschließlich der linkeren *Cedec*-Köpfe taten das früher und teils stärker als die CCS-Gründer: Während jene seit den Tagen an der *Maria Antônia* beide Stränge zu befruchten suchten, beschäftigten sich diese bis zum Exil ausschließlich mit linken Denkern. Während sie sich zunächst mit den autoritären oder militärischen Schattenseiten liberaler Ideen auseinandersetzen mussten, hatten jene die emanzipatorischen Dimensionen des Liberalismus früher erfahren oder selbst zu dessen Verbreitung beigetragen. Zuge-spitzt erschlossen sich den CCS-Gründern liberale Ideen also *ex negativo*, den *paulistas* meist *ex positivo*. Während das liberale Gedankengut diesen zunächst zur Kritik am autoritären Staat diente und danach strategische Allianzen mit ehemaligen Widersachern zu schmieden half, war es im CCS primär in der linken Identitätsdebatte eingebunden. Auf die Frage, ob die liberale Demokratie ein Endziel oder Transformationsvehikel sei, kamen die Gruppen nach 1989 zu zunehmend unterschiedlichen Antworten. Während viele *paulistas* eine

37 In NE u.a. A. Przeworski, "Ama a incerteza e será democrático" (Nr. 9, 1984); A. Hirschman, "Os dilemas da democratização na América Latina" (Nr. 15, 1986); N. Lechner, "Sobre a incerteza" (Nr. 17, 1987); N. Bobbio, "Reformismo, socialismo e igualdade" (Nr. 19, 1987); in LN: N. Lechner, "Responde a democracia a busca da certeza?" (Bd. 4, Nr. 2, 1988); B. Ardit, "Uma gramática pós-moderna para pensar o social" (Nr. 15, 1988); F. Weffort, "As incertezas da transição na América Latina" (Nr. 16, 1989). Zur Liberalismus-Rezeption in NE: J. A. Giannotti, "O tema da ilustração em três registros" (Nr. 18, 1987); J. G. Merquior, "Resposta ex-cátedra" (Nr. 19, 1987); in LN: R. Faoro, "A democracia que temos"; M. Maciel, "Liberalismo revisitado" (Bd. 2, Nr. 1, 1985); J. G. Merquior, "A renascença do liberalismo" (Bd. 4, Nr. 1, 1987).

liberal demokratische Ordnung sozial abfedern wollten, hielten viele im CCS (vorerst) am Endziel Sozialismus fest.

2. Demokratie zwischen Staat und Zivilgesellschaft

Das postmarxistische Demokratieverständnis umfasste neben der Aufgabe des Klassenkampfprinzips und der Aufwertung liberaler Rechts- und Verfassungsprinzipien auch die Frage, wie die Einfluss- und Partizipationschancen organisierter Gruppen zu verankern seien. Mit diesem Blick auf die Binnenverhältnisse der Demokratie wurde auch das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat, Bürgern und Institutionen neu überdacht. Als Vermittlungsebene zwischen Basis und Überbau galt Zivilgesellschaft in linksrevolutionärer Sicht als Vorhof zur Machterlangung, aus bürgerlicher Perspektive dagegen als Krisenpolster eines "erweiterten", Konsens und Zwang verbindenden Staats (Bobbio 1988). Aus oft kontroversen Theorieansätzen – von Marx und Hegel bis Gramsci, Toqueville bis Habermas –³⁸ lässt sich ein "abgekühltes" und "emphatisches" Zivilgesellschaftskonzept herausfiltern (Costa 1997: 24). Während das erste soziale Akteure deskriptiv in den Blick bringt, betont das zweite ihre emanzipatorische Funktion als Gegenmacht oder Korrektiv zu einem autoritären Staat oder bürokratisierten Institutionen.

In der "Renaissance" des Zivilgesellschaftsbegriffs in den 1970er Jahren (Costa 1997: 23) überlagerten sich historisch-politische und theoretische Aspekte. In den westlichen Wohlfahrtsstaaten verwies der Begriff auf die abseits der Repräsentationsinstanzen entstandenen Bürger- und Protestbewegungen, in Osteuropa und Lateinamerika auf Oppositions- und Widerstandsgruppen, die sich – wie die polnische *Solidarnosc* oder die argentinischen *Madres de la Plaza de Mayo* – gegen einen bürokratisch-autoritären Staat auflehnten. Damit wurde der Blick auf die Artikulationsformen der Gesellschaft gerichtet und wachsenden Partizipationswünschen Rechnung getragen, sei es ange-

38 Das schillernde Amalgam setzte sich u.a. zusammen aus "the Gramscian tripartite framework of civil society while preserving key aspects of the Marxian critique of bourgeois society, [...] the claims of liberalism on behalf of individual rights, the stress of Hegel, Tocqueville and the pluralists on a *plurality* of societal associations and intermediations, the emphasis of Durkheim on the component of social *solidarity*, and the defence of the *public sphere* and of political *participation* stressed by Habermas and Arendt" (Cohen/Arato, zit. n. Costa 1997: 25).

sichts real existierender Diktaturen oder des Reformbedarfs der Konkurrenzdemokratie.

In der lateinamerikanischen Debatte stand der Begriff bei Linken und Rechten lange am Rand. Hatten die *intelectuales-políticos* das Fehlen von Bürgergemeinschaft und aufgeklärter Öffentlichkeit beklagt, fungierten für die Kulturnationalisten und autoritären Denker korporativistische statt freie Bürgergemeinschaften als Vermittler zum allmächtigen Staat. Auch nach 1945 lag der anfangs modernisierungs- und später dependenztheoretische Fokus auf Klassenstrukturen, sozialem Wandel und Wachstum, als dessen Motor Staat und nationales Unternehmertum galten. Die kritische Soziologie begriff bis zu den frühen 1970er Jahren die sozialen durch die ökonomischen Beziehungen determiniert – und den Staat als zentrale politische Regulationsinstanz. Erst gegenüber den Militärregimes erlangte der Begriff schließlich Konjunktur. Zum einen betonte er dank anti-staatlicher und anti-autoritärer Elemente die demokratisch-zivilen Politikmodi; zum anderen erlaubte er die Verständigung mit den von unten entstandenen neuen sozialen Akteuren, schließlich baute er eine Brücke zwischen liberalen und neomarxistischen, ökonomie- und politikorientierten Ansätzen (Lechner 1994: 133). Innerhalb des Demokratiediskurses der Gruppen entstand das Denken über Zivilgesellschaft, das immer auch eines über den Staat ist, aus der Wechselbeziehung zwischen tagespolitischer und wissenschaftlicher Reflexion, die auch als Rezeptionsfolie für den unterschiedlichen Umgang mit dem Begriff in der Praxis bedeutsam war.

Queríamos ter uma sociedade civil, precisávamos dela para nos defender do Estado monstruoso [...] Se não existisse, precisaríamos inventá-la. Se fosse pequena, precisaríamos engrandecê-la. [...] Precisávamos construir a sociedade civil porque queríamos a liberdade (Weffort 1984: 95).

Nach der weitgehend ökonomisch motivierten Revision der *dependencia*-Orthodoxien (Cardoso 1973: 50-103) betrat erneut Cardoso als erster das theoretische Neuland der Zivilgesellschaft. Ausgangspunkt war seine Ausdifferenzierung des Staatsbegriffs, innerhalb dessen verschiedene zivil-militärische Sektoren – als Ersatz freier und pluraler Parteien – um die Ausrichtung der Herrschaft kämpften (Cardoso 1975: 181-185). Gegenüber diesen kooptierten Sektoren sah er in den „vorgelagerten“ zivilgesellschaftlichen Assoziationen, die auch die Parteien umfassten und teilweise im Austausch mit dem Staat standen,

neuen Öffnungsspielraum (Cardoso 1975: 238f.). Die strategische Bedeutung des Begriffs für die Opposition bestand darin, qua Bündelung und Organisation der Kräfte in der Zivilgesellschaft den Mythos des allmächtigen Staats wie der “inviabilidade da participação política” überwinden zu können. Hintergrund war die in den *Cebrap*-Untersuchungen gewonnene Erkenntnis, dass die abhängig-assoziierte Industrialisierung v.a. im Südosten eine begrenzt plurale Gesellschaft hervorgebracht hatte, deren Partizipationsdruck die von den Militärs gelegten Kanäle sprengen würde. Nachdem Cardoso seine Senatskandidatur 1978 explizit auch als Vertretung der zivilgesellschaftlichen Opposition verstanden hatte, analysierte der *Cebrap* in der kollektiven Veröffentlichung “São Paulo, o povo em movimento” (Singer/Brant 1980) die “neuen sozialen Bewegungen” wie Frauen-, Stadtteil- und Schwarzenbewegungen sowie den *novo sindicalismo* der urbanen Lohnabhängigen als eine dem autoritären Staat entgegengesetzte Zivilgesellschaft. Als ikonoklastischer und gesellschaftsorientierter Perspektivenwechsel wollte die Studie Forschungslücken schließen und zur Stärkung der untersuchten Bewegungen beitragen.³⁹

Trotzdem beurteilten die *Cebrap*-Köpfe das Wirkungspotential der zivilgesellschaftlichen Bewegungen aus drei Gründen eher verhalten. Zum einen wussten sie, dass soziale Bewegungen nur in den modernisierten Südost-Bundesstaaten größeres Gewicht besaßen (Weffort 1984: 97).⁴⁰ Zum anderen erkannten sie, dass “die” Zivilgesellschaft äußerst unterschiedliche Bewegungen umfasste, die sich hinsichtlich Organisation und Strategie nicht nur zwischen Basis- und Elitebewegungen unterschieden. Schließlich herrschte die Einsicht, dass die Bewegungen trotz des Wachstums in den 1970er Jahren nur bei gegenseitiger Bündelung und in Verbindung mit den politischen Akteuren zu anhaltendem Druck in der Lage waren.

39 Richtungsweisend betonte Herausgeber Vinícius Caldeira Brant: “Os diversos capítulos deste livro não apresentam uma vista *neutra*, mas estão claramente motivados pelo propósito de contribuir para que o potencial de organização e expressão das classes trabalhadoras torne-se conhecido e possa desenvolver-se” (Brant 1980: 12). Der Band wollte sein Objekt im historischen Kontext verstehen und hatte mit Interviews und Fotos semi-dokumentarischen Charakter.

40 Das verhinderte aber nicht, dass die *paulistas* oft dazu tendierten, die Verhältnisse in São Paulo auf ganz Brasilien zu übertragen – vgl. u.a. J. A. Moisés, “Contradições urbanas, estado e movimentos sociais” (RCP, Nr. 1, 1979); kritisch L. Martins Rodrigues, “Comentário” (RCC, Nr. 2, 1980).

Gegenüber Cardosos abgekühlter Variante entwickelten die *Cedec*-Gründer Moisés und Weffort (und oft auch Chauí) eine stärker emanzipatorisch-emphatische Begriffsverwendung. Die ersten LN-Jahrgänge thematisierten die soziale Interessenartikulation, im Institut waren die neuen sozialen Bewegungen anfänglicher Forschungsschwerpunkt (Jelin/Graham 1992). Diese Zivilgesellschaft bestand vor allem in den in der ABCD-Region entstandenen Formen politischer Selbstorganisation der urbanen und ländlichen Arbeiter.⁴¹ Der Rekurs auf eine teils stärker imaginierte als existierende demokratische Zivilgesellschaft half den Bewegungen wie den Intellektuellen, die Fesseln des autoritären Staats und der eigenen staatsorientierten Denkschablonen abzustreifen. Damit wurde der Begriff bei den *Cedec*-Gründern zu einem *catch all*-Konzept für organisierten Widerstand (Costa 1997), mit dem verschiedene durch antiautoritäres Handeln geeinte Oppositionsgruppen in ihrem Beitrag zur Demokratisierung gewürdigt und tendenziell alle Organisationen subsumiert wurden, die sich außerhalb der vom Staat bereitgestellten Kanäle bewegten oder diese zu erweitern versuchten (Weffort 1984: 95). Die meisten *Cedec*-Köpfe entwickelten zu diesem begrifflichen Rahmen eine emphatische Nähe, zum einen wegen ihres emanzipatorischen Demokratieverständnisses, zum anderen wegen ihrer oft engen Verbindungen zu OAB, SBPC und *novo sindicalismo*.

Auch die *Cedec*-Köpfe waren sich des beschränkten Einflusses der zivilgesellschaftlichen Bewegungen bewusst; sie erhöhten aber – stärker als der *Cebrap* – die Widerstandskraft, um einem lange die Transition dominierenden Staat rhetorisch die Zähne zu zeigen. Andererseits behielten sie im Blick, dass die Zivilgesellschaft in einem autoritären Staat zugleich der “lugar por excelência da reprodução da exploração econômica e da dominação política” (Chauí 1982: 126) war. Mit der Betonung darauf, dass in der Zivilgesellschaft der Klassenkampf der brasilianischen Gesellschaft nicht aufgehoben, sondern gespiegelt

41 Vgl. neben den erwähnten Presse-Beiträgen F. Weffort, “Democracia e movimento operário” (RCC, Nr. 2, 1979); J. A. Moisés, “Contradições urbanas, Estado e movimentos sociais” (RCP, Nr. 1, 1979; entspricht dem Schlusskapitel von Moisés’ 1978 an der USP eingebrachten Promotionsarbeit [Moisés 1985: 14]), und den 1981 erschienenen Sammelband “Cidade, Povo e Poder”, der auf “conclusões indicativas e linhas de orientação que podem ser frutíferas para o desenvolvimento dos movimentos populares” zielte (Moisés 1985: 11).

werde, relativierten sie auch das emanzipatorische Potential.⁴² Nachdem die Direktwahlkampagne eine gemeinsame Front aus Elite- und Basisbewegungen geschmiedet hatte, wurden in *Cebrap* und *Cedec* zunehmend skeptischere Töne laut. Erstens habe der autoritäre Staat auf die Bewegungen flexibel, aber ohne strukturellen Wandel geantwortet; zweitens seien die aus den Bewegungen neu entstandenen politischen Akteure verdrängt worden; drittens habe sich die Hoffnung, dass alte und neue Akteure zusammenarbeiten würden, nicht erfüllt (Leite Cardoso 1983).⁴³

Zusammengefasst eröffnete der Zivilgesellschaftsbegriff innerhalb der *paulistas*-Diskurse einen gesellschaftsorientierten Blick auf politische Kräftekonstellationen, wobei er v.a. bei den *Cedec*-Köpfen zu einer emanzipatorischen Selbstverortung wie praktischen Handlungsanleitung des eigenen Wirkens beitrug. Indem sich die *paulistas* als Artikulatoren zivilgesellschaftlicher Interessen verstanden, legitimierten der Begriff ihr Engagement in den Basis- oder Eliteverbänden und brachte die Verständigung mit und unter diesen voran. Dabei nahmen sie in Kauf, dass der Begriff gleichsam zur Analyse wie Identitätssuche diene und so an analytischer Schärfe einbüßte. Mit diesem emphatischen Gebrauch verliehen die *paulistas* der Zivilgesellschaft in den späten 1970er Jahren eine ähnliche emanzipatorische und mobilisierende Bedeutung, wie sie die ISEB-*Intelligentsia* zwei Dekaden zuvor dem Begriff "Volk" gegeben hatte (Pécaut 1989). Stärker als diese trugen sie aber selbst dazu bei, dass die emanzipatorische Überhöhung zunehmend relativiert wurde. Der ab den 1980er Jahren unterschiedliche Diskurs und die *diretas-já*-Kampagne zeigten, dass unter den *paulistas* die Ansichten über das Transformationspotential immer weiter differierten. Während Cardosos abgekühlte Sichtweise dieses zunehmend bei Staat und Eliten sah, machten es die *Cedec*-Köpfe an der zivilgesellschaftlichen Basis fest (Packenham 1986: 144), schränkten die Emanzipationsutopien aber durch Betonung der Klassengegen-

42 "Nós descobrimos a sociedade civil através da política [...] para nela encontrar, como não poderia deixar de ser, uma sociedade de classes. Expressando as desigualdades regionais do desenvolvimento do capitalismo no país, a sociedade civil também expressa as desigualdades entre as classes" (Weffort 1984: 97).

43 Als externe Relativierungen vgl. T. Evers, "Identidade. A face oculta dos novos movimentos sociais" (NE, Bd. 2 (4), 1984); E. Laclau, "Os novos movimentos sociais e a nova pluralidade do social" (RBCS, Nr. 2, 1986).

sätze ein. Obwohl der Begriff in der Diskussion der *Nova República* angesichts von Institutionendebatte und *Constituente* an Bedeutung verlor, haftete ihm bis in die 1990er Jahre – unterstützt vom Erfolg der Anti-Collor-Bewegung – eine oppositionelle Konnotation an.

El camino metafórico de sociedades civiles que al irse constituyendo van constituyendo los estados, no [...] se ha dado en América Latina, ni siquiera en aquellos países [...] que constituyen su área de modernización temprana (Portantiero 1988: 137).

Im Vergleich zu den *paulistas* befassten sich die CCS-Gründer weit weniger mit dem Zivilgesellschaftsbegriff. Von den *argenmex* benutzte ihn allein Portantiero öfter, um bei der demokratischen Erneuerung eine staats- oder ökonomieorientierte Perspektive zu überwinden.⁴⁴ In abgekühlter Sicht schrieb er den neuen sozialen Bewegungen ambivalenten Charakter für den Aufbau demokratischer Institutionen zu (1988: 82), würdigte die Zivilgesellschaft aber als Vermittlungsebene zwischen Ökonomie, Gesellschaft und Politik. Insgesamt stellte er jedoch weiter jene Kanäle in den Mittelpunkt, in denen sich die sozialen Kräfte qua Parteien und Staat artikulieren sollten. Zivilgesellschaft war demnach weniger oppositionelles Vehikel als neutrale Zwischenebene eines als Zwangs- wie Konsensapparat fungierenden Staats, mit der punktuellen Verbindungen bestehen könnten.

Warum blendeten die CCS-Gründer den Zivilgesellschaftsbegriff weitgehend aus? Zum einen kämpften sie mit einer negativen politisch-historischen Erblast des Begriffs. Nach ihrer Kontrolle durch den Peronismus war die Zivilgesellschaft in den frühen 1970er Jahren zum Schauplatz der gewalttätigen Mobilisierung von Guerilla-Gruppen, Paramilitärs und Korporationen geworden und hatte die Militarisierung der Politik vorangebracht. Die institutionelle Instabilität und militärische Machtübernahme war auch durch die von der Politik nicht kanalisierbaren Partizipationswünsche der anti-demokratischen, radikal an eigener Nutzenmaximierung orientierten Interessengruppen verursacht worden. Auch die späteren CCS-Gründer hatten bis dahin die Machtübernahme eines primär repressiven Staats als überfallartige politische statt kontinuierliche zivilgesellschaftliche Eroberung ge-

44 Vgl. die der FLACSO-Arbeit entsprungenen Aufsätze “Estado y crisis en el debate de entreguerras” und “Sociedad Civil, estado y sistema política” (beide Mexiko, 1981) sowie “Sociedad Civil, partido y grupos de presión en América Latina” (Madrid, 1983; später 1988: 13-64, 105-120, 137-146).

dacht. Konzentrierten sie sich nach 1981 einerseits auf die Demokratisierung ihres Staatsbegriffs, schienen sie andererseits abzuwarten, ob die Stadtteil- oder Menschenrechtsgruppen nicht radikalisierte außer-institutionelle Handlungsformen annehmen und ihren Partikularismus überwinden würden. Gleich einem inneren Konflikt zwischen Ziel und Mittel sympathisierten viele CCS-Köpfe mit der Menschenrechtsbewegung, besaßen aber theoretische Zweifel gegenüber dem "Druck der Straße". Weil ihr Vertrauen in die Vermittlungs- und Demokratisierungsleistungen der Zivilgesellschaft erschüttert war und Konsens darüber bestand, dass der demokratische Neuaufbau nicht am Druck der Korporationen oder einer anderen "Übermobilisierung" scheitern sollte, hatte zunächst die Stabilität des neuen Staats Priorität. Während eine emanzipatorische Zivilgesellschaft auf eine neue politische Kultur zielte, wollten die *alfonsinistas* Partizipation und Forderungen von unten qua Pakt und Konsens von oben kanalisieren.

Auch die Merkmale der argentinischen Transition trugen zur Distanz der CCS-Köpfe bei. Nachdem das Militär zunächst beinahe jeden Spielraum der oppositionellen Zivilgesellschaft zerstört hatte (Jelin 1989a: 211), artikuliert sich mit den Menschenrechtsgruppen eine auch im Ausland als Demokratisierungshoffnung beachtete progressive Zivilgesellschaft. Sie trug viel zum Ansehensverlust, aber weniger zum Zusammenbruch des Regimes bei. War für die *paulistas* der Zivilgesellschaftsbegriff ein strategisches Konstrukt im Kampf gegen den lange übermächtigen Staat, besaßen die CCS-Gründer wegen des nach dem Falkland-Malvinas-Krieg schnellen Kollapses des Regimes keine Notwendigkeit, eine progressive Zivilgesellschaft als imaginäre Gegenmacht oder Oppositionsfluchtpunkt aufzubauen. Weil die Menschenrechtsbewegung sich einseitig an der Gegnerschaft zum Militär orientiert hatte, konnte sie sich nach dem Fall des Feindes nur schwer orientieren (Mainwaring/Viola 1984). Indem Alfonsín viele ihrer Forderungen aufnahm und seitens des Staates institutionell bearbeitete, nahm er der Bewegung Wind aus den Segeln, bevor die Wirtschaftskrise die Proteste gegen den Richtungswandel in der Militärpolitik sekundär werden ließ. Obwohl die CCS-Gründer in den ersten Jahren mit Vertretern der Zivilgesellschaft ins Gespräch kamen, blieb der Begriff unterbelichtet: Während PdV die Demokratisierung der Massenmedien erörterte, diskutierte LCF die politische Entwicklung meist auf Parteien- und Wahlebene. Die Distanz der meisten CCS-Köpfe

zum Zivilgesellschaftsbegriff hatte also theorie- und zeitgeschichtliche, eigen- und fremdverschuldete Ursachen.

Die Zivilgesellschaftsdebatte beider Gruppen lassen sich im Rahmen der Versuche sehen, die "überkommene Mentalität vom Primat des Staats zu brechen und "Staat" und "Gesellschaft" in ein gleichgewichtigeres Verhältnis miteinander zu setzen" (Mols 1985: 48). Diese Bewegung, die auf der Basis der liberalen Demokratieprämissen zivilreformistische Veränderungsstrategien entwarf (Lauga 1999: 279), war bei den *paulistas* stärker ausgeprägt als im CCS. Während der Begriff bei ihnen eine große Rolle beim Entwurf eines demokratischen Veränderungsprojekts spielte, war er im CCS-Umfeld trotz vereinzelter Bezugnahmen unterbelichtet. Bei den *paulistas* fungierte er – in der frühen Transition an Gramsci wie liberalen Denkern orientiert – gegenüber Widersachern wie Verbündeten als empirischer und emphatischer Reflexions- und Verständigungsrahmen (Costa 1997: 23), dessen Erklärungs- und Emanzipationspotential ab Mitte der 1980er Jahre zunehmend hinterfragt wurde. Ähnlich der übrigen Debatte in Lateinamerika neigten auch die *paulistas* zwischenzeitlich dazu, Zivilgesellschaft zu einer die Dichotomien Liberalismus und Marxismus, Kapitalismus und Sozialismus überlagernden "Ersatzutopie" (Lechner 1994) zu überhöhen. Bei den CCS-Köpfen dagegen blieb der Begriff wegen der historischen Erfahrung, nicht *per se* als demokratiefördernde Sphäre zu fungieren, eine diskursive Nullstelle.⁴⁵ Sie wandten sich seinem Veränderungspotential erst in den 1990er Jahren zu, ohne aber die prinzipielle Randlange aufzuheben. Die Diskurse spiegeln damit auch unterschiedliche Bewertungen der Demokratisierungsleistung von Zivilgesellschaft (Birle 2000: 236).⁴⁶ Die Aufwertung der *paulistas* beruht darauf, dass sie der Interessenartikulation und Partizipation lange Priorität einräumten, die Distanz der

45 Der Diskurs der CCS-Köpfe reflektierte so eine auch in der internationalen Forschung zur argentinischen Transition feststellbare Lücke, vgl. die Sammelbände Waldmann/Valdés (1982) und Peralta-Ramos/Waisman (1987).

46 Gemeinsamkeiten zur Zivilgesellschaftsanalyse der *paulistas* bestanden bei Soziologen im CEDES-Umfeld, die sich mit neuen sozialen Bewegungen befassten. Auch der von Elisabeth Jelin herausgegebene Band *Los nuevos movimientos sociales*, der thematisch und methodisch den *Cebrap*- (Singer/Brant 1980) und *Cedec*-Bänden (Moises 1985) ähnelte, widmete sich (qua Opposition und Selbstorganisation definierten) Menschenrechts- und Stadtteilmobilisierungen.

CCS-Köpfe darauf, dass sie zunächst institutionelle Stabilität als wichtigeres Ziel ansahen.

Zusammenfassend sind die verschiedenen Bedeutungen und Funktionen, die der Zivilgesellschaftsbegriff bei seiner Renaissance im politisch-intellektuellen Denken des Kontinents erlangte – Vermittlung zwischen Bürgern und Staat und Neudefinition des Verhältnisses zur Gesellschaft, Schutzfunktion gegen einen autoritären Staat sowie Kritik- und Öffentlichkeitsfunktion in der Demokratie, Verweis auf soziale Akteure, Neuorientierung der Linken, Erneuerung der Legitimität der liberalen Demokratie (Lechner 1994: 132-135; Lauth/Merkel 1998: 4-7) – von den Gruppenprotagonisten in oft gegenseitiger Überlagerung zu unterschiedlichen Phasen aktiviert worden. Während der 1970er Jahre aktivierten die *paulistas* vornehmlich die antiautoritäre Schutzfunktion des Begriffs, benutzten ihn aber auch zum Verweis auf die neuen gesellschaftlichen Akteure. Diente er den *Cedec*-Köpfen zur eigenen strategischen Neuorientierung, hob Cardoso – ähnlich wie später Portantiero – auf die Beziehungen zu Staat und Institutionen und damit auf die Korrektiv- und Vermittlungsfunktionen für die neue liberale Demokratie ab. In geringerem Maße nutzten auch die CCS-Wortführer den Begriff ab Ende der 1970er Jahre zur demokratischen Neuorientierung der Linken und des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Staat, bewahrten aber ein historisch begründetes Misstrauen in seine Vermittlungsleistung. Angesichts wachsender neopopulistischer Krisenphänomene fungierten Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit zunehmend als progressives Vehikel zur “Selbstkritik der Demokratie” (Lechner 1994: 142). In beiden Ländern hoben die Gruppen auf die Defizite einer Demokratisierung ab, die auch einen Einflussverlust der Zivilgesellschaft selbst mit sich brachte.

3. Interessenvermittlung zwischen Konflikt und Konsens

Ein Großteil der politisch-sozialwissenschaftlichen Diskussionen im Lateinamerika der 1990er Jahre handelte von den Bedingungen und Möglichkeiten zur Festigung liberaldemokratischer Spielregeln. Die Frage, wie Pluralismus, Partizipation und Rechtsstaat in demokratische Institutionen gegossen werden könnten, führte zu einer “neokontraktualistischen Debatte” (Lechner 1985: 31). Diese war auch eine Reaktion darauf, dass demokratische Übereinkünfte im Rahmen

von Oligarchen- und Militärherrschaft, autoritärer Kultur und institutioneller Instabilität in Lateinamerika oft von links und rechts usurpiert worden waren. Vor diesem Hintergrund und als Teil der Vermittlungsversuche zwischen liberaler und linker Theorie stellten die formulierten Ideen zu gemeinsamen Spielregeln und politischem Interessenausgleich oft einen historischen Fortschritt dar. Wie und warum wurden dabei bei den CCS-Köpfen Pakt und Konsens, bei den *pau-
listas* Konflikt zu zentralen Denkmustern?

La tensión entre espontaneidad caótica y orden excluyente sólo puede ser zanjada por un “pacto democrático”: un compromiso sobre el marco institucional dentro del que deberá desplegarse la acción social conflictiva, sin disolver las diferencias (Portantiero 1988: 82).

Als junge undogmatische Marxisten hatten die späteren CCS-Gründer den Klassenkampf gepredigt, bis der unkontrollierte Konflikt alle linken Emanzipationsutopien begrub. Mit der Annäherung von sozialistischen und liberalen Transformationsideen hatte *Controversia* zunächst den lange als theoretischen Angelpunkt fungierenden Hegemoniebegriff demokratisch reformuliert. Nachdem “pluralistische” Hegemonie – nach der keine einzelne Klasse hegemoniefähig sei und nur Pluralismus der gesellschaftlichen Akteursvielfalt Rechnung trage – zwischenzeitlich zum neuen Angelpunkt geworden war, machten v.a. die CCS-*alfonsinistas* Portantiero und de Ipola den Begriff des “politischen Paktes” in verschiedenen Schriften Mitte der 1980er Jahre zum zentralen Denkmuster (Portantiero 1984a/b; 1988: 65-91; Portantiero/de Ipola 1984).

Ausgangspunkt war die aus der argentinischen Geschichte gewonnene Erkenntnis, dass die in Form von Autoritarismus und institutioneller Instabilität latente Krise primär politischer statt sozioökonomischer Natur sei. Wegen der Fragmentierung und Funktionsdefizite der Parteien – die Interessen zwar aggregiert, nicht aber vermittelt hätten – und der Schwäche des Staats gegenüber den Machtgruppen sei kein fester politisch-institutioneller Handlungsrahmen entstanden (Portantiero 1984: 135-141). Demgegenüber müssten gleich einem demokratischen Gesellschaftsvertrag zwischen allen Akteuren neue, möglichst stabile und partizipative Regeln der politischen Interessenvermittlung etabliert werden. Als “utopia de conflictos, de tensiones y reglas para procesarlas” (Portantiero/de Ipola 1984: 15) bezog sich ihre Paktidee gleich einem Regelsystem zur Interessenvermittlung zunächst auf die

formal-prozeduralen Aspekte der Demokratie. Der prozedurale Fokus, der gleichsam als Gegenreaktion auf die Überbetonung substantieller Demokratieprinzipien durch die Linke und den Steuerungsverlust der politischen Institutionen im argentinischen Kontext einen idealistisch-utopischen Charakter hatte, wurde zugleich ausdifferenziert. In einer autonomen, weder der Ökonomie noch der Politik untergeordneten Sphäre sollten Geltungs- und Interessenkonflikte mittels aufgeklärtem Diskurs argumentativ gelöst werden, ohne die unterschiedlichen Identitäten der Akteure einzuebnen. Bei Unterordnung der substantiellen unter die formalen Demokratieprinzipien eignete dem politischen Pakt auch eine ethisch-normative Dimension, die in der gegenseitigen Mäßigung der Akteure bestand und bis zur Rücknahme der eigenen Forderungen gehen konnte (ebd.: 18-21).

Portantieros und de Ipolas Ideen waren nach 1983 nicht nur ein Kernpunkt der sozialwissenschaftlichen Demokratisierungsdebatte, sie dienten Alfonsín zudem als Denkvorlage beim Aufbau von Institutionen und Rechtsstaat. Um die Macht der traditionellen Interessengruppen zu brechen, wollte sich der Präsident auf seine anfangs deutliche parlamentarische Mehrheit und den in einer aufgeklärten Öffentlichkeit deutlichen Bürgerwillen stützen.⁴⁷ Die gescheiterten innenpolitischen Reformversuchen zwangen Alfonsín aber zum Kurswechsel. Angesichts des eigenen Legitimationsverlustes und der wachsenden Stärke des Peronismus begann er, die Spielregeln auf eine außerinstitutionelle Konzertierung auszuweiten. Indem die Konvergenzidee des DPN – der einerseits die formalen Spielregeln festschrieb, diese andererseits mit ethisch-partizipativen Werten normativ durchdringen wollte – über das Prozedere hinaus einen progressiven Konsens zwischen den Akteuren anstrebte, hatte er für die politischen Verständigungsversuche Alfonsíns mit der Opposition in der zweiten Mandatshälfte Gründungscharakter.

Theoretisch bestand das Paktsystem des DPM, anknüpfend an die Unterscheidung zwischen konstitutiven und normativen Regeln, aus

47 Die anfängliche Frontalstrategie des *tercer movimiento histórico* beschrieb der damalige Wirtschaftsminister Bernardo Grinspun mit "hemos sido elegidos para gobernar, no para concertar" (zit. n. Portantiero 1994: 303).

drei Ebenen (Nino 1987).⁴⁸ Auf einer ersten Ebene ging es um die “aceptación [...] de las reglas de juego básicas del sistema democrático” (ebd.: 11). Sie bezogen sich auch auf Alfonsíns frühes Bekenntnis zu liberaldemokratischen Verfahren, die gegenüber den oft noch korporativ-populistischen Traditionen anhängenden Peronisten zum Wahlsieg 1983 beitrugen. Auf einer zweiten, inhaltlichen Ebene ging es darum, “democracia participativa, ética de la solidaridad y modernización de las estructuras sociales” (ebd.: 13) zusammenzubringen. Diese auf eine gerechte Verteilung von Chancen und Gütern abzielende Wertetrias ähnelte mit ihren sozialdemokratischen Idealen Portantieros und de Ipolas Versöhnungsversuch von Liberalismus und Sozialismus. Die dritte Ebene schließlich hob zur Umsetzung der Reformen auf eine politische Übereinkunft zwischen den relevanten Akteuren ab. Indem sie auch auf außerinstitutionelle Absprachen zielte, ging sie über die akademischen Formulierungen der CCS-Köpfe hinaus. Im Namen der “convergencia democrática” rief Alfonsín zur Zusammenarbeit in der Sozial- und Wirtschaftspolitik auf und versuchte – an die in Lateinamerika in Krisensituationen üblichen Konzertierungsversuche (Maihold 2000) anknüpfend – nun, Akteure aus Opposition und Regierung in eine Allianz einzubinden.⁴⁹ Zunächst schuf er einen auf der Konvergenzidee aufbauenden *Consejo para la Consolidación de la Democracia* und berief zu dessen Koordinator das CCS-Mitglied Carlos Nino, und im Oktober 1986 erneuerte er qua Radio- und Fernsehansprache die “Convocatoria a una convergencia democrática” (Nudelman 1987: 117-168). Um zur Stabilisierung der demokratischen Institutionen und Verständigung unter den politischen Akteuren beizutragen, waren für die CCS-alfonsinistas “mögliche Allianzen” nun wichtiger als “perfekte Pakte” (LCF Nr. 8/9, 1987).

Inwieweit aber war die Paktidee Konsens innerhalb des CCS? Aufgrund des Wunsches, mit der Missachtung liberaldemokratischer

48 In Anlehnung an die Linguistik betrafen die normativen Regeln die Inhalte der politischen Auseinandersetzung, die konstitutiven das Procedere, nach dem inhaltliche Fragen ausgetragen werden (vgl. Portantiero/de Ipola 1984).

49 Im März 1987 erklärten 15 peronistische Gewerkschaften ihre Unterstützung für Alfonsín, der daraufhin einen ihrer Führer zum Arbeitsminister ernannte. Der aus öffentlichen und Partei-Honoratioren bestehende *Consejo para la Consolidación de la Democracia* sollte institutionelle Reformvorschläge im DPM-Sinne – “la búsqueda de una democracia participativa, la modernización de las estructuras sociales y la ética de la sociedad” – machen (zit. n. Nudelman 1987: 113).

Spielregeln zu brechen, wurden Portantieros und de Ipolas Ideen als eine Art demokratischer Quantensprung gewürdigt. Bei den tagespolitischen Stellungnahmen und der LCF-Debatte über das neue Selbstverständnis wurde aber deutlich, dass die *alfonsinistas* stärker als die Präsidenten-Skeptiker im CCS auf die institutionellen Spielregeln zielten. Während de Ipola die Linke zu “prácticas culturales centradas en el orden, la estabilidad y el funcionamiento de las instituciones” aufrief, war für die PdV-Köpfe eine auf Stabilität ausgerichtete “institucionalidad democrática” nicht ausreichend. Weil für sie die Prozedere allein ein Vehikel für tiefere Transformation sein sollten, blieben nach Alfonsíns Ansehensverlust Differenzen. Obwohl Portantiero und de Ipola nun stärker die konfliktorientierten Elemente betonten, beharrten sie auf dem Zusammenhang von institutioneller Stabilisierung und politischem Pakt.⁵⁰

Zusammenfassend war der Entwurf einer demokratischen Ordnung bei den CCS-Köpfen bis Ende der 1980er Jahre ein mehrfach mit der Paktidee verbundenes Unterfangen. Vor allem die *alfonsinistas* schrieben damit die Regeln von politischem und sozialem Pluralismus fest und gaben die Idee einer auf Klassenkampf basierenden pluralen Hegemonie auf. Die Paktidee wurde zu einer emphatischen Metapher für liberaldemokratische Verfahrensregeln, die am Wert sozialer Gerechtigkeit normativ festhielt. Diese Verbindung war zwar nicht immer eindeutig (Vadell 1996: 573), sie stellte aber für die Linke und die gesamte politische Kultur Argentiniens, in der Intransigenz oder Regelverletzung lange als Tugend angesehen worden waren, eine zweifellos “historische” Errungenschaft dar. Angesichts einer ohne Pakte vollzogenen Transition wollten die *alfonsinistas* gleich einer Nachholbewegung unter den relevanten Akteuren Konsens über Verfahren und Werte stiften. Mit der Erhöhung von liberalem Prozedere und institutioneller Stabilität zu universalen Werten sollten Meinungs- und Interessenkonflikte kanalisiert sowie zugleich Wege zu größerer Partizipation, Verrechnung und Verteilung eruiert werden.

Als Kern eines demokratischen Gesellschaftsvertrags umfasste die Paktidee also Momente von Konflikt und Ordnung, Dissens und Kon-

50 Zur Bekräftigung der Konvergenz- und Stabilitätsidee vgl. u.a. die LCF-*editoriales* “Convergencia política, divergencia social” (Nr. 2, 1986); “Hora de responsabilidad compartida” (Nr. 7, 1987); “Entre pactos perfectos y acuerdos posibles” (Nr. 8-9, 1987); “El retorno de las negociaciones posibles” (Nr. 10, 1988).

sens, Mobilisierung und Stabilisierung, die eine permanente Spannung zwischen Entwurf und Wirklichkeit implizierten. Die CCS-Köpfe waren sich bewusst, dass die realen Kräftekonstellationen und Konsensmöglichkeiten mit dem Ideal nicht immer Schritt hielten, aber zugleich bemüht, mit ihrem Diskurs demokratische Institutionen im nachautoritären Kontext quasi zu erfinden und die Grundfeste einer ebensolchen politischen Kultur einzuschlagen. In der argentinischen Debatte waren sie Wegbereiter und Hauptfiguren des an die liberalen Vertragstheorien anknüpfenden Neo-Kontraktualismus, der in den demokratischen Aufbauphasen in der gesamten Region Konjunktur hatte (Lechner 1984; Flisfish 1987). Gegenüber den in Lateinamerika traditionell autoritären Konsensmustern – zwischen autoritärem Staat und kooptierten sozialen Akteuren (v.a. Gewerkschaften) – zielte er auf stabile, gleichgewichtige Beziehungen zwischen autonomen Akteuren. Mit Ausblendung der wirtschaftlichen und politischen zugunsten der institutionellen und kulturellen Faktoren besaßen die Entwürfe der *alfonsinistas* aber eine idealistische Schräglage. Weil der vielerorts als abstrakt kritisierte Paktentwurf über Prinzipien- und Willenserklärungen hinaus – gleich einem Mangel an “soziologischem Realismus” (Barros 1986: 67) – die faktischen Machtverhältnisse und Gestaltungsmöglichkeiten vernachlässigte,⁵¹ wurden die CCS-Köpfe mit Wirtschaftskrise und Militärrevolten (wie Alfonsín selbst) von der “revancha de los intereses” eingeholt. Das Scheitern von Alfonsíns Konzertierungsplänen brachte auch sie in Schräglage und offenbarte die “exageración politicista” des eigenen Diskurses.⁵²

51 Im DPN nahm der Teil “las dificultades” nur knapp drei (von 27 Seiten) ein, die nur anderthalb Jahre später explodierende Militärfrage blieb unerwähnt. Barros’ bodenständige Kritik (“we are left with the contours of a normative conception of democracy, but no attempt to ground possibilities for its realization”, 1986: 66) missachtet aber die utopisch-visionäre Funktion des DPM.

52 Gegenüber der Kritik – PJ-*renovador* Cafiero nannte den DPM “abstracto y filosófico” (Nudelman 1987: 172), *Unidos* (Nr. 9/1986) sah Blindstellen – übten die *alfonsinistas* Selbstkritik: “La ansiedad [...] por construir un régimen democrático en la Argentina, tras décadas de autoritarismo, nos hizo caer en una exageración politicista y un desdén por hechos sociales” (LCF, Nr.17-18, 1989).